



SPD:

Kommt jetzt die Austrittswelle?

Die Regierungspartei SPD hat eine Reihe von Parteimitgliedern hinter sich gebracht. Intrigen in Hamburg, unbedingte Rethorik in Westberlin, ein Ja zur Aufrüstung in Nordrhein-Westfalen und Atomdurchmarsch in Hessen sind die Ergebnisse. Willy Brandt sieht nun Anzeichen für ein Ende der SPD-Krise. Aus seiner Sicht kein Wunder: Überall elegte noch einmal die Anpassung. Geradezu schmeichelechte Mehrheiten fanden sich für die Schmidts, Börsers, Dohnanys, Raus und Vogels - Ergebnissadressen eines Parteiparades, dessen Existenz engstens mit dem Schicksal seiner Führer verbunden ist.

Die obere SPD-Etage hat - das war immerhin eindrucksvoll - demonstriert, daß in der "realen Politik" 1981 kein Platz mehr ist für Kompromisse mit fortschrittlichen oder linken Tendenzen. Das gilt für die Friedenspolitik, für die Sozial-, Umwelt- und Energiepolitik (wo gilt es eigentlich nicht?). In den unteren SPD-Etagen wird diskutiert über Abschlüsse. Dies ist an sich nichts ungewöhnliches oder neues. Doch diesmal ist es spürbar ernster als sonst. Statistisch ist die Zahl derjenigen, die bereits "in aller Stille" mit den Füßen abgestimmt und die Partei verlassen haben. Ganze Unterbezirke und insbesondere die Jusos klagen über die

"Ausdünnung der Mitgliedschaft".

In vielen Großstädten ist die Zahl noch aktiver Jusos an einer Hand abzählbar; auf Versammlungen, die früher von Hunderten besucht wurden, findet sich heute nur noch ein verzagtes Häuflein ein.

Aktuell bereiten sich aber nun auch Teile der SPD darauf vor, sich mit einem bewußten politischen Schritt von ihrer Partei zu trennen. Nur ganz knapp unterlag der Stamokap-Kandidat auf dem Juso-Kongreß in Lahnstein dem bisherigen Vorsitzenden Plezyk. Sein Programm: Die sozialliberale Regierungspolitik "bis zum Ausschluß" bekämpfen. Ein noch größerer Adreßlaß droht der Partei beim Ausschluß des linken Bundestagsabgeordneten Hansen, der von "seinem" SPD-Bezirk Niederrhein ausgeschlossen betrieben wird. Hansen hat in kürzester Zeit eine Flut an Solidaritätsadressen erhalten, darunter zahlreicher Betriebe und anderer Kader. Auch Hansen führt über seine mögliche politische Zukunft Gespräche. In Hessen hat die Diskussion um ein Bündnis "Unabhängiger" (ausgetretener) Sozialdemokraten mit den Grünen zur Landtagswahl '82 bereits ein konkretes Stadium erreicht.

Fortsetzung Seite 3

Iran: Strategie der Bomben

Der Bombenanschlag auf das Hauptquartier der im Iran herrschenden "Islamischen Republik Partei" (IRP) tötete von mehr als 90 anwesenden Kadern der Partei mindestens 72. Unter den Toten befindet sich der zweitmächtigste Ayatollah der Islamischen Republik, Mohammed Behashti, ansonsten vor allem Kader der zweiten und dritten Garnitur. Das Attentat war ein schwerer Schlag für die in breitesten Schichten der Bevölkerung immer mehr verhasste IRP, Statthalterin der blutigen Diktatur der Mullahs.

Die Nachricht vom gelungenen Anschlag löste in Teheran Freudenkundgebungen und Hupkonzerte der Taxifahrer aus, die nach kurzer Zeit die Pasdaran und Schlägertrupps wieder die Kontrolle über die Straßen übernahmen.

Die Machthabenden beschuldigten zunächst die USA und den Zionismus des Attentats. Parlamentspräsident Rafsanjani bezeichnete die Attentäter als "geschworene Gegner des Islam" (iranischer Präsident) und als Agenten der USA. Khomeiny machte in der Traueransprache direkt

(ident) und als Agenten der USA. Khomeiny machte in der Traueransprache direkt die religiöse Organisation der Volksmodjahedin verantwortlich: "Die Bande von Ignoranten, die so tun, als kämpften sie für das Volk, hat 72 Menschen, die dem Volk dienen, das Leben genommen" ("az", 2.7.81). Regierungssprecher Nabavi (als Ministerpräsident vorgesehen, wenn Rafai für das Staatspräsidentenamt kandidiert) erklärte in Radio Teheran, daß die schabtrou "iranische Gleichheitspartei", die sich vor allem in der Türkei befindet, sich zu dem Attentat bekannt habe. Kurze Zeit später machte er dann die revolutionären Organisationen Volksmodjahedin, Volksfedayin und Peykar sowie die mysteriöse Organisation "Farghan", die sich schon 1979 für mehrere Anschläge auf Einzelpersonen verantwortlich erklärt hatte, verantwortlich ("SZ", 1.7.81).



Das Hauptquartier der IRP nach dem Bombenanschlag

Das Hauptquartier der IRP nach dem Bombenanschlag

Der nach dem Ableben Behashtis neue Vorsitzende der IRP, Bahonar, erklärte: "Alle Konterrevolutionäre, ob rechts oder links, haben sich zu Verschwörungen gegen uns zusammengesetzt. Es ist keine einzelne Gruppe, die dafür verantwortlich ist" ("az", 3.7.). Zur Hatz auf alle, die sich den Machtmongolen in den Weg stellen wollten, rief der jetzige Ministerpräsident Rafai, Handlanger Behashtis und Gegenspieler Banisadr, die Bevölkerung direkt auf: Sie solle, "die Bewegungen verdächtiger Elemente beobachten und dem Obersten Anführer der Revolutionsgarden anzeigen" ("FR", 30.6.81).

Ohne Zweifel kann die IRP das Attentat für ihre Zwecke ausnutzen: Die mit der Amtsenthebung Banisadr begonnene Jagd auf Oppositionelle wird verstärkt fort-

gesetzt. Bislang wurden mindestens 30 Menschen erschossen, darunter ein 13-jähriger Junge und ein 9-jähriges Mädchen - nach islamischem Recht schon hinrichtungs-würdig. Tausende wurden willkürlich verhaftet. Trotz der hohen Opfer konnte sich die Linke scheinbar kontrolliert in den Untergrund zurückziehen. Außerdem konnten die Machthaber ihre Anhänger wieder stärker mobilisieren. Bei den letzten Demonstrationen waren sie auf 200.000 bis 300.000 zusammengeschwupft. Der Trauertag hingegen soll wieder eine Million auf die Beine gebracht haben. So paradox es im ersten Augenblick scheint, sind die scheinbaren Opfer des Anschlags die eigentlichen Nutznießer, eben die reaktionären Mullahs.

Fortsetzung Seite 2

Majdanek-Urteil, Hoffmann-Verhaftung, Faschismus-Bewältigung à la BRD 81

Nach fünfjähriger Dauer ging jetzt einer der letzten großen Prozesse gegen Nazimörder zuende. Es ging um die juristische Bewältigung der Massenverrichtung von Majdanek. Wer aber nach fünfjähriger Verschiebung am Ende herauskam, ist wieder einmal, wie zu erwarten, ein überaus mildestes Urteil, tiefend vor Versöhnung für den allgemeinen Befindlichkeitszustand der Angeklagten, denen eine eigene Motivation bei der Durchführung der Massenmorde nicht habe nachgewiesen werden können, während andererseits ja den in Majdanek vernichteten Menschen "über die Tötung hinaus kein Leid zugefügt worden" sei. Aus dieser Sprüche spricht dieselbe Menschenverachtung, mit der die KZ-Massenvernichtungsfabriken betrieben wurden.

Das Urteil ist über die Rechtfertigung und Schochierung der Angeklagten und über die Verharmlosung des historischen Faschismus hinaus auch eine Ermunterung gegenüber reaktionären und offen (neo)faschistischen Kräften der heutigen BRD.

Die in diesen Tagen erfolgte Festnahme von Nazi Hoffmann und seiner Freundin sowie die damit in Zusammenhang stehende Wiedereröffnung des Ermittlungsverfahrens zum Münchener Anschlag, beweist nicht das Gegenteil, ein etwaiges und so oft angekündigtes "Durchgreifen" der Justizbehörden gegen den (Neo)Nazismus, im Gegenteil: Erst das Aufraufen eines "Knochen", Odfrid Hepp, der gegen Hoffmann ausgespuckt, veranlaßt die Justiz, Tatsachen öffentlich zuzugeben, die ihr schon seit langem bekannt sind, denen aber nicht nachgegangen wurde. Zudem sieht es ganz so aus, als werde es bei einer

langem Prozess nicht, dessen aber nicht nachgegangen wurde. Zudem sieht es ganz so aus, als werde es bei einer allgemeinen Anklage wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" gegen Hoffmann bleiben - das heißt, die konkreten Verbrechen bleiben unberührt.

Von der Justiz dieses Landes ist offensichtlich nichts anderes zu erwarten als die Beschuldigung des antisemitischen und die Deckung eines von uns entwickelten Faschismus. Das dürfte dieser Tage mal wieder überdeutlich geworden sein.

Fortsetzung Seiten 31 - 34

Sommerpause

Liebe AK-Leser(innen)!

Die nächste Ausgabe dieser Zeitung kommt erst am 17. August 1981. Wir (d.h. alle, die in den verschiedenen Bereichen der Zeitungsberei (stucken) brauchen diese Verschnaufpause, um neue Kräfte zu sammeln - und Sachen zu machen, zu denen wir sonst zu wenig kommen. Seid herzlich begrüßt von Eurer AK-Redaktion und -Technik!



Todes-Urteil für Ilse Schwipper?

Trotz gutachterlich festgestellter Haftunfähigkeit und akuter Lebensgefahr soll Ilse Schwipper nun doch weiterhin im Knast bleiben. Die 13. Große Strafkammer im Schmücker-Prozeß machte eine Kehrtwende um 180 Grad, nachdem das Kammergericht Berlin den Haftverschonungsbeschuß des Landgerichts aufgehoben hatte. Mit dieser Entscheidung wird der Tod von Ilse Schwipper zu mindestens billigend in Kauf genommen.

Die 13. Große Strafkammer hatte ihren Haftverschonungsbeschuß damit begründet, daß "die Angeklagte unter schweren reaktiven Depressionen mit Suizidgefährdung und unter quälenden körperlichen Beschwerden" leidet (vgl. hierzu AK 202 und 203). "Insgesamt befindet sich die Angeklagte im Zustand eines schwerkranken Menschen. ... Art und Schwere der Krankheit sind geeignet, die Fluchtgefahr erheblich zu verringern." Das Gericht stütze sich auf die gutachterlichen Ausführungen der Sachverständigen Prof. Dr. Cebanin und Dr. Barth, aus denen sich ergab, "daß die dringend gebotene Behandlung unter Haftbedingungen unmöglich ist." "Von der Richtigkeit des dargestellten Krankheitsbildes

ist die Kammer überzeugt. Schon die seit dem 26. August 1974 dauernde Haft mit den Besonderheiten ihres Vollzuges (insbesondere dreieinhalb Jahre Isolation, Anm. AK) macht dies wahrscheinlich."

In ihrer Beschwerde gegen diese Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft mit einem unfaßbaren Zynismus sich über Ilse offensichtlich katastrophalen Gesundheitszustand hinweggesetzt und behauptet, Ilse sei "verhandlungs- und auch fluchtfähig" (vgl. AK 204).

Das Kammergericht Berlin gab der Beschwerde der Staatsanwaltschaft am 29. Juni statt.

Fortsetzung Seite 2

Startbahn West: Vor der Räumung des Hüttendorfes

Große Ereignisse werden in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet ihre Schatten voraus: Die bevorstehende Räumung des Hüttendorfes der Startbahn-West-Gegner und die für Herbst (Spätsommer?) angekündigte Rodung von drei Millionen Bäumen. Daß dieses Vorgehen auf breiten Protest stoßen wird ist bekannt. Große Massenproteste allerdings sind häufig von seltsamen Phänomenen begleitet: Flugblätter tauchen auf, die

zu offenkundig irrwitzigen Taten aufrufen, Anschläge werden begangen, deren Sinn im Dunkeln bleibt, ein Klima von Angst und Hysterie wird produziert. Wer erinnert sich nicht an die geflüchteten KPD/ML-Flugblätter vor einer Brokdorf-Demonstration, in denen den Bauern der Wilster Marsch damit gedroht wurde, ihre Höfe anzuzünden? Für den Startbahnkonflikt hat der heimische Innenminister Gries (FDP) ange-

kündigt, er werde "schlimmer als Brokdorf" werden. Startbahngegner würden "Anschläge auf den Luftverkehr" planen ("Spiegel", 22.6.81). Diese Behauptung ist so ungescheitlich, daß sie stützig macht. Wer plant hier eigentlich was, und wie kommt die heimische Landesregierung zu derartigen "Erkenntnissen"?

Fortsetzung Seite 4

Todes-Urteil für

Ilse Schwipper?

Fortsetzung von Seite 1

Mit Hilfe einer geradezu absurden Phantasie geht das Kammergericht davon aus, daß für Ilse die „Fluchtgefahr unverändert groß“ sei, wenn sie aus der Haft entlassen werde. Ihre schweren Krankheits Symptome „hindern die Angeklagte nach wie vor nicht, sich dem Verfahren nach Belieben zu entziehen. ... Das Vorbringen der Verteidigung, daß die Angeklagte nicht fluchtwillig, sondern vielmehr daran interessiert sei, sich in die Behandlung eines Psychotherapeuten zu begeben, ändert nichts. Dieser Behandlung kann sich die Angeklagte auch dann unterziehen, wenn sie untertaucht“, um „die Feststellung der Schuld und die Bestrafung unmöglich zu machen“. Da a & b dieser Prozeß mit der „Feststellung der Schuld“ enden wird, ist dabei für das Kammergericht bereits eine ausgemachte Sache: „Der Bundesgerichtshof hat das in dieser Sache zuletzt ergangene Urteil ... aus verfahrensrechtlichen Gründen aufgehoben. Es besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die Angeklagte auch bei fehlerhaftem Verfahrensablauf der ihr vorgeworfenen Straftat überführt werden wird“.



Mit willkürlichen Spekulationen hielt sich das Kammergericht auch bei der Interpretation der Sachverständigengutachten nicht zurück. Beide Gutachter hatten einer dringenden erforderlichen psychotherapeutischen Behandlung in der Haft keine Erfolgschancen beigemessen. Völlig abwegig legte das Kammergericht diese Feststellung dahin aus, daß „eine psychotherapeutische Behandlung während des Vollzuges der Untersuchungshaft offensichtlich (?) deshalb für kaum erfolgversprechend (gehalten wird), weil die Angeklagte in der Haftanstalt nicht die Möglichkeit der freien Arztwahl hat“. In Wirklichkeit hatten die Ärzte eine Therapie in Freiheit für dringend notwendig erachtet.

Aber letzten Endes komme es „freier Arztwahl“ zu. Die Wahlmöglichkeit hatten die Ärzte eine Therapie in Freiheit für dringend notwendig erachtet.

Aber letzten Endes komme es darauf gar nicht an, denn „auch dann, wenn ... eine psychotherapeutische Behandlung der Angeklagten in der Haftanstalt undurchführbar ist ... kommt eine Haftentlassung nicht in Betracht.“ Nach dem Grundgesetz „hat der Angeklagte zwar einen verfassungsmäßig geschützten An-

spruch auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dieses Grundrecht hat gegenüber dem staatlichen Strafverfolgungsanspruch aber nicht schlechthin Vorrang; vielmehr sind die Interessen gegen die öffentlichen Belange abzuwägen. ... Die Grenze, bis zu der der Angeklagte gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge des Strafverfahrens hinzunehmen hat, verläuft da, wo mit einem gewissen Grad an Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß die Durchführung des Verfahrens zu einer erheblichen, konkreten Gefahr für das Leben des Angeklagten oder zu schwerwiegenden, nicht wiedergutzumachenden Schäden für seine Gesundheit führen werde“.

In diesem Zusammenhang weist der Kammergerichtsbeschuß auf eine Grundsatzzurückweisung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) aus dem Jahre 1979. Diese Entscheidung macht deutlich, wo das BVerfG diese „Grenze“ in anderen Fällen für erreicht hält. Bei diesem Fall ging es um den SS-Mörder und ehemaligen Obergewaltstäter Bischoff, gegen den vor dem Landgericht Hamburg ein Strafverfahren eröffnet werden sollte. Das BVerfG hielt Bischoff für verhandlungsunfähig und hob die Gerichtsentscheidung über die Eröffnung der Hauptverhandlung auf. Bereits Jahre zuvor wurde ein anderes Verfahren gegen Bischoff vom Oberlandesgericht Hamm aus demselben Grunde eingestellt. Es lohnt sich, die Begründung zur Kenntnis zu nehmen: „Zwar hat der Sachverständige ... ausgeführt, generelle Verhandlungsunfähigkeit liege bei dem Angeklagten Bischoff nicht vor. ... Falls Reizworte fallen oder Reizkonstellationen auftreten sollten, bestehe allerdings die Wahrscheinlichkeit der Gefahr, daß es bei dem Angeklagten Bischoff zu einer exzessiven Blutdrucksteigerung und zu Gefäßrisiken kommen könne, die den Tod des Angeklagten Bischoff zur Folge haben können. ... Dabei ist aus dem Gesamtzusammenhang des Gutachtens zu entnehmen, daß der Sachverständige unter einer Reizkonstellation auch den Vorwurf versteht, der Angeklagte Bischoff habe sich des Mordes schuldig gemacht“ (OLG Hamm vom 26.3.1979). Das Bundesverfassungsgericht schloß sich dieser Ansicht an: „Der Beschwerdeführer reagierte auf eine womöglich hohe Strafandrohung wie auf ein kränkendes Unrecht und geriet dadurch in einen Erregungszustand, der ihn unter Umständen in Lebensgefahr bringe“ (BVerfG vom 19.6.79).

Im Falle dieses Nazi-Mörders wurde also zur Vermeidung von „Erregungszuständen“ sogar gänzlich auf eine Strafverfolgung verzichtet, weil die „Grenze“ der zumutbaren Gesundheitsbeeinträchtigung erreicht gewesen sei. Demnach müßte Ilse Schwipper - möchte man/frau meinen - auf der Stelle und ohne weiteres für haftungsfähig erklärt werden. Aber für Ilse Angeklagte gelten bekanntlich andere Maßstäbe: „Die von der Ärztin Lili Barth geäußerte Befürchtung, daß sich die Angeklagte selbst töten könnte, läßt keine naheliegende Gefahr erkennen, weil dieser nach § 119 Abs. 3 Nr. 3 Strafprozeßordnung durch geeignete Maßnahmen im Vollzug begegnet werden kann (d.h. Beobachtung und Fesselung, Anm. AK). Bei den übrigen geschädigten Verhäftensstörungen der Angeklagten, wie schweren depressiven Zuständen, Tränenausbrüchen, innerer Unruhe, Schlafstörungen und Einschränkungen der Merk- und Konzentrationsfähigkeit, handelt es sich um gesundheitliche Beeinträchtigungen, die unterhalb der zuvor beschriebenen Grenze liegen und die im Hinblick auf den äußerst schweren Tatvorwurf von der Angeklagten hingenommen werden müssen“.

Nachdem Ilse Anwalt, Philipp Heinisch, von der Kammergerichts-Entscheidung erfahren hatte, wagt er mit gutem Grund nicht, Ilse Schwipper diesen Beschuß sofort mitzuteilen. Sie erfährt davon erst am nächsten Tag (30.6.), als RA Heinisch im Prozeß einen neuen Haftverhäftungsantrag stellt: „Die Verteidigung hat guten Grund zu der Annahme, daß Frau Schwipper diese Entscheidung des Kammergerichts nicht verkraften wird, so daß sie zumindest nunmehr nicht mehr haftfähig ist, - es sei denn, ein Gericht machte die Probe aufs Exempel und versuchte zu erkunden, wie lange es noch „gut geht“. Hierzu beantragt die Verteidigung, die Sachverständige Frau Dr. Barth zu hören, die Haftunfähigkeit nunmehr schon deswegen attestieren wird, weil Frau Schwipper seit fast einem Monat ihre letzten Kraftreserven gesammelt und dieses Verfahren bis jetzt durchgehalten hat... Für Frau Schwipper stellt sich dieser Beschuß als Ausdruck der „vorläufigen Todesurteile“ dar.“

Anstatt sofort über diesen Antrag zu entscheiden, wurde die Verhandlung bis Donnerstag unterbrochen. Am Donnerstag sollte dann Frau Dr. Barth gehört werden. Doch zunächst kam wiederum die „große Stunde“ der Staatsanwaltschaft; sie lehnte Frau Barth wegen Befangenheit ab! Begründung: RA Heinisch war am Montag nach der KG-Entscheidung zu Frau Barth gefahren, um ihr den Beschuß zu zeigen und zu fragen, was sie davon halte. „Der kann doch wohl nicht wahr sein“, war der Kommentar von Frau Barth, als sie las, wie ihre Befunde in ihren Ergebnissen und Schlussfolgerungen pervertiert worden waren. RA Heinisch hat im Prozeß von seinem „Besuch“ bei Frau Barth berichtet. Das ist alles.

Wie erwartet, wurde der unveränderte Befangenheitsantrag der Staatsanwaltschaft vom Gericht abgelehnt; was aber eigentlich mit diesem Antrag bezweckt wurde, klappete ebensowenig: Frau Dr. Barth ließ sich in keiner Weise einschüchtern, sondern begründete als sachverständige Zeugin nochmals Ilse Haftunfähigkeit und auch Verhandlungsunfähigkeit. Ilse Schwippers Gesundheitszustand - so Frau Barth - habe sich weiterhin und „linear“ verschlechtert; der Haftverhäftungsbeschuß sei ihr letztes Fünkchen Hoffnung gewesen, die Suizidgefahr sei nun akuter denn je, auch und gerade wenn - wie vom KG „vorgeschlagen“ - Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden würden. Entgegen der Behauptung des Kammergerichtes halte sie die Lebensgefahr nach wie vor für „außerordentlich naheliegend“. Ihrer Überzeugung nach sei eine sofortige Haftverhäftung medizinisch geboten; auch sei Ilse - jedenfalls momentan - mit Sicherheit nicht mehr verhandlungsfähig.

Das Landgericht gab seine Entscheidung am nächsten Tag (3.7.) bekannt. Entgegen seinem Haftverhäftungsbeschuß vom 5. Juni entschied das Gericht nun ganz im Sinne des Kammergerichtes. Mit einem erbärmlichen Kniefall vor den Richtern, die über Ilse Leben entschieden hatten, ohne sie jemals gesehen und ohne auch nur einen der Gutachter selbst gehört zu haben, machte sich das Landgericht nunmehr die „Rechtfertigung“ des Kammergerichtes ohne Abstriche zu eigen - auch wenn diese „Rechtfertigung“ freilich von falschen Tatsachen ausgeht, wie Frau Barth einen Tag vorher nochmals bestätigt hatte. Die Anwälte von Ilse mochten bei Verkündung dieses Beschlusses ihren Ohren nicht trauen. RA Remb begann mit einer Erklärung, die er aber unterbrechen mußte, weil seine Stimme vor Verzweiflung erstickte.

Alle Anwälte, auch die der übrigen Angeklagten, beantragten ihre Entpflichtung, da sie sich an diesem Prozessspiel nicht mehr freiwillig beteiligen könnten. Äußerungen der Ohnmacht, Wut und Empörung füllten die Säle, die sicherlich wieder eine Reihe von Ehrengerichtsverfahren nach sich ziehen werden.

Die Entpflichtungsanträge wurden abgelehnt, da kein „wichtiger Grund“ vorliege. Die Verhandlung wurde bis zum 14. Juli unterbrochen; das Gericht macht erstmalig zehn Tage Urlaub. Ob es Ilse Schwipper noch mal wiedersuchen wird, muß bezweifelt werden.

Tatsache jedenfalls ist, daß Ilse unter den jetzigen Umständen einzig und allein durch die emotionale Unterstützung und den Einsatz ihrer Freunde draußen am Leben gehalten wird. Aber auch diese Unterstützung wird nicht ausreichen, wenn Ilse im Knaß bleibt.

Juristisch sind vorerst und aktuell alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Es wird von der Reaktion der Öffentlichkeit auf diese mörderischen Beschlüsse abhängen, ob Ilse Schwipper trotz alledem überleben wird, das heißt, in aller nächster Zeit doch freikommt.

Antirepressionskommission des KJ/Westberlin

Iran: Strategie der Bomben

Die linken Kräfte können derzeit gar kein Interesse an einer Anbahnung des Bürgerkrieges haben, weil die herrschende Machtellique ganz rasant abwirtschaftet und sich in Machtkämpfen untereinander zu zerreiben beginnt. Es liegt allein im Interesse der Imperialisten, Widersprüche anzukurbeln und bürgerkriegsähnliche Unruhen zu schüren. Resignation und Ratlosigkeit sind schon heute vorherrschend in großen Teilen der Bevölkerung. Kämpfe für die gleichermäßen „linken Terroristen“ und religiösen Fanatiker verantwortlich gemacht würden, könnten in gar nicht so ferner Zukunft eine blutige Militärdiktatur a la Türkei als eine Erlösung erscheinen lassen.

Über die technische Perfektion des Attentats bestehen unterschiedliche Angaben. Von Seiten der Regierung werden Versionen wie Bombe im Papierkorb oder im Nachbarhaus verbreitet. Andere Quellen sprechen von mehreren Bomben im Hauptquartier selbst, die so geschickt angebracht waren, daß das Dach mit einem Mal einstürzte, der Anschlag also gekonnt durchgeführt wurde. Einer für den Anschlag notwendigen präzisen Planung widersprechen allerdings die bekannten schlampigen Sicherheitsmaßnahmen der Herrschenden im Iran.

Vermutungen über die Urheber des Attentates können auch in das Lager der Religionen selbst verweisen. Interessant für diese Frage sind die Teilnehmer der Versammlung: Der Sohn Khomeiny, der in der Versammlung, off. genau, die Pflicht der...

Interessant für diese Frage sind die Teilnehmer der Versammlung: Der Sohn Khomeiny, der in der Vergangenheit oft genug die Politik der IRP kritisiert hatte, erschien nicht, obwohl er an der Versammlung teilnehmen sollte. Unmittelbar vor der Explosion verließen Ministerpräsident Rajai und Regierungssprecher Nabavi die Versammlung. Parlamentspräsident Rafsanjani wurde durch Zufall bei dem Attentat nicht verletzt. Außer Behehihi entgingen also alle wichtigen Personen der herrschenden Clique dem Attentat.

Nahost-Kommission

Wer ist verantwortlich?

Die offensichtliche Genugtuung der „Bild“-Zeitung über das Attentat sowie die Durchführung selbst sind sehr sichere Anzeichen dafür, daß die Urheber in der Linken nicht zu suchen sind. Während die Urheber für die kurz vorher erfolgten Anschläge auf einen Zug in Qom und auf den Imam des Freitagsgebetes in Teheran, Khomeini, von der Presse hier noch bei Rechten gesucht werden, wird dieses Attentat sehr leichtfertig oder aber bewußt in Zusammenhang mit dem Aufruf Banisadr zum Widerstand gegen die Despotie (Hans Hoyng im „Stern“, 2.7.) oder aber mit Aufrufen der Volksmodjahedin, sich jetzt bei Angriffen zur Wehr zu setzen („faz“, die schon immer schwer ihre Sympathien für das Khomeinyregime verbergen konnte) gebracht. Die „Neue“ (30.6.) schließt in einem Kommentar den Vogel ab: Banisadr und die Volksmodjahedin werden beschuldigt, den Bruderkrieg bzw. den Krieg gegen die islamische Republik zu entfachen zu haben. Die Volksmodjahedin werden direkt für den Bombenterror verantwortlich gemacht. Die Entscheidungen des Parlamentes werden ausdrücklich begrüßt - als antirealistischer Kampf, ganz der Linie der Tudeh-Partei und der Volksfedayin (Mehrheit) entsprechend.

Nun, bei der „Neuen“ wundern sich die Linken nicht, wenn auch die Volksfedayin (Mehrheit) entsprechend.

Nun, bei der „Neuen“ wundern solche Lügen nicht.

Die gesamte andere Presse versucht an der Schwelle eines Bürgerkrieges dem linken Lager und anderen oppositionellen Kräften, also den hauptsächlichsten Opfern des Terrors der religiösen Fanatiker der islamischen Republik, nicht durchgeführte Terrorakte großen Stil anzulasten. Die Organisation der Volksmodjahedin hat jedenfalls die Verantwortung für das Attentat ausdrücklich dementiert und als nicht ihrer politischen Linie entsprechend bezeichnet.

Italien-Urlauber/innen: Aufgepaßt!

Vor einem Jahr, am 2. August 1980, fand der faschistische Anschlag im Bahnhof von Bologna statt.

80 Menschen wurden dabei ermordet. Zum mahnenden Gedenken und zur politischen Abwehr des Neofaschismus organisiert die Stadtverwaltung von Bologna (PCI/PSI-Mehrheit) ein internationales Treffen vom 30. Juli bis zum 2. August. Es wird Veranstaltungen, Diskussionen etc. ... geben.

Die revolutionäre Organisation „Democrazia Proletaria“ (im Bologna-Stadtrat übrigens mit einem Mitglied vertreten) organisiert im Rahmen dieser vier Tage eigene Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung.

Themen werden sein:
- Krieg und Frieden, Gegen die Mittelstreckenraketen (Crisis Missile, Pershing 2, SS 20),
- Wohnkampf,
- Rechtstendenzen in Europa und Repression,
- Jugendbewegung, insbesondere Häuserbesetzungen,
- Die revolutionäre Linke in Europa.
Schließlich wird am 2. August eine Demonstration zum Bahnhof von Bologna stattfinden.
Weitere Details werden ihr aus der entsprechenden Presse entnehmen können („Unità“, „Quotidiano del Lavoro“ u.a.).

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lohsestr. 75, 2. Hamburg 58; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 44; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsnachricht; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (ab Förder-Abz jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abz, sonst Pöckel Hamburg 27 173 203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abz, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Ausleihung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abz, nicht dem Grund der Nichtausleihung zurückzusenden.

SPD: Kommt jetzt die Austrittswelle?

Fortsetzung von Seite 1

Hier waren auf dem Sonderpartei-tag am 21.6., auf dem sich Hörner das „Vertrauen“ aussprechen ließ, selbst ausgeführte Reformisten aus der Fassung gekommen. Eher „gemäßigte“ Kritiker wie Martin Wentz oder Klaus Traube wurden von einer größten Meute von Ministerialbeamten und anderen Hörner-Bediensteten derart niedergemacht, daß Wentz, schließlich am Ende seiner Kräfte, vor einer „Gehirnwäsche“ in der SPD warnte. Doch es sind andere als die „prominenten Linken“, die im Moment entschlossen sind, Konsequenzen zu ziehen und man kann ihnen nur raten, mit dem, was sie für richtig erkannt haben, nicht so lange zu warten, bis auch die großen Namen mitziehen.

Sollte eine Neuformierung linker Sozialdemokraten in nächster Zeit spruchreif werden, so würden wir in aller Bescheidenheit einige Hoffnungen daran knüpfen wollen:

1) daß die Genossinnen und Genossen nicht darauf verfallen, sich

mit den Grünen um ein und dasselbe Potential zu streiten, sondern sich ein Herz nehmen und inhaltlich ein Stück weiter gehen. Neben den Umweltfragen sollte die Friedens- und Sozialpolitik eine wichtige Rolle bei der Neubestimmung spielen. Das Gedankengut von Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kann dabei keinesfalls schaden.

2) daß ihr Austritt dazu beitragen möge, innerhalb der gesamten Opposition zur Politik dieses Staates den Wunsch zur einheitlichen Aktion zu stärken. Denn dies ist und bleibt die Voraussetzung dafür, die existenziellen Probleme, die auf uns zukommen, zugunsten der Menschen und Völker zu entscheiden.

Allerdings sollten wir uns keine vorschnellen Illusionen machen. Vom aktuellen Stand der Debatte bis zur Herausbildung einer autonomen linkssozialdemokratischen Strömung in der BRD ist es noch ein langer Weg, und die SPD-Führung wird alles versuchen, eine solche Entwicklung zu behindern. Trotzdem drücken wir die Daumen.



Die Zensoren sind ... wieder da

„Bei einer Aktion gegen „harte Pornos“ hat die Münchener Polizei auf einen Schlag 90 Sex-Filme sowie 1.900 Sexmagazine und Bücher beschlagnahmt.“ („Hamburger Morgenpost“, 26.6.81).

Diese Kurzmeldung erinnert zwar frappernd an Volkswacht-Zeiten vor der Strafrechtsreform, allein der Hinweis auf „harte Pornos“ läßt viele LeserInnen befriedigt zu anderem übergehen. Was hier jedoch tatsächlich abließ, umfaßte Bücher von Rowohlts (1), Psychologie heute (1), Trikont usw. uaf. Hamburgs schwuler Überleben. War der jedoch tatsächlich abließ, umfaßte Bücher von Rowohlts (1), Psychologie heute (1), Trikont usw. uaf. Hamburgs schwuler Buchladen „Männerschwarz“ schreibt dazu: „...was an schwuler Literatur immer noch oder gerade jetzt unterdrückt wird. Der Polizeibericht auf unsere Schwester, den Buchladen SODOM in München... setzt uns, durch welche unsicheren Terrain uns unsere schwachen Beträge tragen müssen. Was gestern in München passierte, kann morgen auch uns und viele andere links Buchläden treffen. Deshalb brauchen wir möglichst breite Unterstützung, um stark und wehrhaft zu werden“.

Im Rahmen einer großangelegten Beschlagnahmeaktion wurden am 24.6. die Räume der SODOM-Buchhandlung sowie die Privaträume des Geschäftsführers (incl. die Zimmer von dessen Untermieter) fünf Stunden lang polizeilich durchsucht. Mitgenommen wurden nicht nur Bücher im Wert von DM 2.000 sowie eine Graphikausstellung im Wert von DM 4.200, sondern auch die gesamte Buchhaltung sowie Karteikarten mit Verlagsangaben und Bezugsquellen. Eine Übersicht von einigen beschlagnahmten Titeln zeigt, daß jede halbwegs gutsortierte Buchhandlung in die Schußlinie derartiger Aktionen fällt:

ROSA WINKEL VERLAG: Rainacher, Befreiung von der Kind-
limit
Gaiser u.a. (Hrsg.), Milchsilber
Kraushaar (Hrsg.), Schwule Lyrik,
schwule Prosa
FÖRSTER:
Hohmann (Hrsg.), Pädophilie heute
Birken, Knabenräume
MELZER:
Dukatz, Knabenliebe (eine gesuchte
antiquarische Rarität eines Buches,
welches vor 10 Jahren frei im
Handel erhältlich war.)
Schult/Stüben, Ich liebe Jungs
antiquarische Rarität eines Buches,
welches vor 10 Jahren frei im
Handel erhältlich war.)
Schult/Stüben, Ich liebe Jungs
ROWOHLT:
Gerson, Sexualästhetik
PSYCHOLOGIE HEUTE:
Bornemann u.a., Sexualität
BUCHER:
Vogel, Kino wider die Tabus
JESKE:
Arbeitshefte für die Sekundarstufe,
Heft „Prostitution, Pornographie“
TRIKONT:
Scharaz/Hooqueingham, Co-dre
IDEA BOOKS:
Inga-Pin, Performances
PETER HAMMER:
McBride, Zeig mal!
LETU:
Tress, Facing up
FRÖHLICH & KAUFMANN:
In the gutter

Das Engagement solcher Verlage wie Rowohlts, S. Fischer, Suhrkamp, Universitäts, Goldmann (um nur die größten zu nennen) auf dem Gebiet schwuler Literatur läßt diese Polizeiaktion umso unglaublicher erscheinen, zumal ein Polizist äußerte, „gegebenenfalls sei auch gegen Verlage, die „so was“ publizieren vorzugehen“ (daher auch die Karteibeschlagnahme).

Bei der Beschlagnahme der zehn Originalgraphiken äußerte „auf un-

seren ironischen Vorschlag hin, sich doch mal die Alte Pinakothek näher anzusehen, ein Beamter, dies wäre auch noch zu tun“. - Die darüber hinausgehende Meinung eines Beamten, der „ganze Dreck (gehört) nach Großlappen gefahren“ (Münchens zentrale Müllverbrennungsanlage), „erinnerte uns fatal an die Zeiten des Rosa Winkels, als nicht nur Bücher brannten“.

„Mit dieser Erklärung möchten wir unsere Entschlossenheit bekunden, uns nicht ausgrenzen zu lassen, und hoffen die Unterstützung aller, mit dieser Erklärung möchten wir unsere Entschlossenheit bekunden, uns nicht ausgrenzen zu lassen, und hoffen die Unterstützung aller Buchhandlungen / Verlage / Projekte / Autoren, welche morgen selbst betroffen sein können, in unserer Auseinandersetzung mit dem Versuch staatlicher Reglementierung von Literatur und Kunst.“

SODOM
Buchhandlung Wiedemann GmbH
Reichenbachstr. 51
8000 München 1
Tel.: 089/266713

Nachschlag - Pongl

Zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung wurde ebenfalls in München in der vergangenen Woche der Journalist und Knavskämpfer Peter Schult verhaftet. Ihm werden sexuelle Kontakte zu Jungen (in 1979/80), also ein Verstoß gegen §§ 175 und 176 StGB, vorgeworfen. Er wird von RA Arnold verteidigt, der ihn auch schon in früheren Verfahren vertreten hat.

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

Willi P., seinerzeit Bezirkssekretär des KBW, zeichnete ab 1976 für zehn Ausgaben der „Oldenburger Militärzeitung“ und sechs Ausgaben der „Volksmilite“, herausgegeben von den Soldaten- und Reservistenkomitees Weser-Ems, verantwortlich. Dafür wurde Willi P. wegen Wehrkraftzersetzung am 30.10.79 angeklagt. Inzwischen wird der Prozeß vorbereitet; er wird vor der Staatschutzkammer Oldenburg geführt werden. Als Revisionsinstanz gibt es zwar noch den Bundesgerichtshof, der allerdings lediglich die Formalien des Prozeßverlaufes prüft. Willi P. wird vorgeworfen, er habe auf Bundeswehrangehörige „fortgesetzt ... planmäßig eingewirkt“, „um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD ... oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben“.

Als Beleg dafür werden 21 Seiten aus den Veröffentlichungen des Soldaten- und Reservisten-Komitees zitiert. Weiterhin heißt es in der Anklage, daß die Forderung nach Wahl der Offiziere die Schriften, „wie ein roter Faden“ durchziehe. Diese Forderung - heißt es - verstoße gegen Verfassungsgrundsätze, da eine derartige Wahl die Streitkräfte aus dem Verantwortungsbereich der Bundesregierung „herauslösen“ würde.

Der Anklageparagraf ist der § 89 StGB. Dieser übernimmt die Verordnung der Faschisten vom 28.2.33 gegen den „Verrat am deutschen Volk“ und „hochverräterische Umtriebe“ (Informationen aus Materialien des KBW).

Zentrale Friedensdemonstration in Bonn geplant!

Am 10.10.81 soll in Bonn eine weitere große und zentrale Friedensdemonstration mit internationaler Beteiligung stattfinden. Die Demonstration steht unter dem Motto: „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen - für Abrüstung und Entspannung in Europa“. Die Initiative zu dieser Demonstration geht vom niederländischen Interkirchlichen Friedensrat aus, der diese Demonstration als Auftakt verschiedener internationaler Aktionen sieht: Im November steht im holländischen Parlament die Entscheidung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen an. Am 12.12. ist der zweite Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses. Dazu sind Demonstrationen in Den Haag und Brüssel in Vorbereitung.

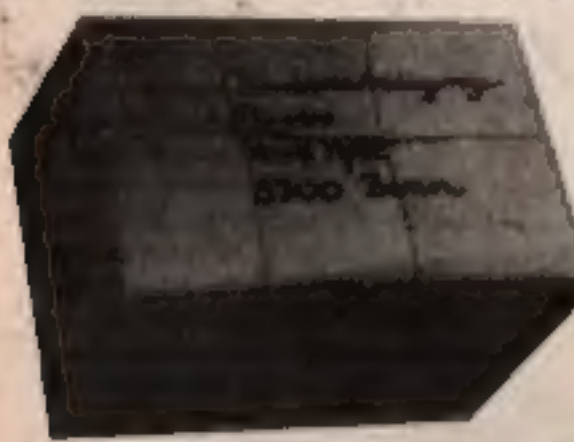
In der BRD wird diese Initiative zentral von der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ und der „Aktion Sühnezeichen“ getra-

gen; weitere Organisationen (KOFAP, BBU, Grüne, Jusos) wurden zu Gesprächen eingeladen. In diesem Kreis wurde ein Aufruf verabschiedet. Weitere Vorbereitungs-gespräche sind am 13.7. und 27.8. in Bonn im AGdF-Büro geplant (bedauerlicherweise jeweils wochentags, vormittags um 11 Uhr). Die Koordinationsstelle ist die AGdF, Büch-straße 14, 53 Bonn 1, Tel.: 0228/229192.

In einem „Offenen Brief“ hat in- zwischen die Hamburger Friedenskoordination sich an die Organisato- ren dieser Demonstration gewandt. Kritisiert wird die Vorbereitung in bislang kleinem Kreis ausgewählter Organisationen. Weiterhin wird zum Aufruf bzw. zur Kundgebungspla- nung erklärt, daß diese eine Wieder- spiegeler der Friedensbewegung in der BRD darstellen müßten (der Offene Brief liegt dem AK vor).

Wehrpässe entwertet und an Apel zurückgeschickt

Auf dem schon traditionell gewor- denen Marburger Umweltest- machte die „Reservisten-Gruppe Marburg“ eine Wehrpaßentwertungaktion. Mit Büroklammer konnten Noch-Besitzer von Wehrpässen ihren Wehrpaß selbst entwerten und mit dem Stempel „Ich



verweigere jede Zusammenarbeit mit dem Militär“ versehen. Anschließend wurden die entwerteten Wehrpässe in einen Karton verpackt - es kamen immerhin 41 Stück zusammen - und an Kriegsminister Apel zurückge- schickt, mit folgendem Begleitschrei- ben:

„Sehr geehrter Herr Apel!
Anbei senden wir Ihnen unsere Wehr- pässe zurück, die wir uns außerordentlich sehen, sie weiterhin „sorgfältig aufzu- bewahren und vor Mißbrauch zu schützen“.

Wir haben Angst bekommen vor der Entwicklung der modernen Waf- fentechnik, die einen Krieg immer wahrscheinlicher macht.

Wir haben Angst bekommen vor der westlichen Verteidigungspolitik, die sich ansieht, die Angst vor dem begrenzten Atomkrieg zu verlernen, die sich ansieht, die atomare Ver- wüstung Deutschlands in ihre Strate- gie mit einzubeziehen.

Deshalb halten wir es für unsere Gewissenspflicht, jetzt aus diesem Militärsystem auszustiegen, was wir symbolisch mit der Entwertung unse- rer Wehrpässe ausdrücken.

Wir rufen alle Soldaten und Reser- visten der Bundeswehr auf, dasselbe zu tun.

Anlage: 41 entwertete Wehrpässe, davon zwei als Asche.“

KB/Gruppe Marburg

50 Tagessätze wegen »gemeinschaftlich begangener Beleidigung der Bundeswehr«

In Wetzlar (nahe Gießen) erscheint seit einiger Zeit ein Blättchen, der „Lahn-Dill-Bote“. Anlässlich einer Rekrutenvereidigung in Wetzlar erschien eine Ausgabe der Zeitung mit einem Artikel, in dem Armeen und Soldaten einer recht kritischen Be- trachtung unterzogen wurden. Der Artikel betrachtete Soldaten unter anderem als „berufsmäßig trainierte Mörder“ und Armeen als „Terror- bänden“.

Einige Bundeswehrchefs fühlten sich offenbar bei der „Fairlichkeit des Gelöbnisses“ von einer solchen Betrachtungsweise arg gestört und erstatteten mit Unterstützung von Kriegsminister Apel Anzeige wegen „Beleidigung der Bundeswehr“. Und zwar gegen den Verleger der Zei- tung, den Autoren des Artikels und den verantwortlichen Redakteur. Die- se „Beleidigungs“-Klage ist umso ver- rückter, als die Bundeswehr in den inkriminierten Passagen nicht einmal genannt ist und im Prozeß die Ange- klagten betont haben, daß sich der Artikel auf „alle Armeen aller Län- der zu allen Zeiten“ beziehe. Das Ge- richt sah trotzdem „als vorsätzlich beleidigendes Werturteil über die Bundeswehr als Institution und alle

ihre Soldaten gegeben“ („Frankfur- ter Rundschau“ vom 26.6.) und ver- urteilte die drei Angeklagten (der Verleger ist übrigens örtlicher Juso- Vorsitzender) wegen „gemeinschaft- lich begangener Beleidigung der Bun- deswehr“ zu je 50 Tagessätzen. Das entspricht je nach Einkommen einer Geldstrafe von 1.000 DM bis 3.500 DM.

Als Begründung meinte der Rich- ter, daß die Ausführungen in dem Ar- tikel nur in bezug auf „kriminelle Sachverhalte“ anzuwenden seien (ganz richtig!), „vor dem Hinter- grund des Verteidigungsauftrags aber nicht geläuert werden könnten“. Die Äußerungen des Richters gipfelten schließlich darin, die Artikelpassagen als „sprachliche Exzesse, die die Men- schenwürde aller Soldaten der Bun- deswehr herabsetzen“, zu bezeich- nen.

Der südhessische Juso-Vorstand protestierte gegen das Urteil „als einen Akt politischer Zensur und eine unzumutbare Einschränkung der Pressefreiheit“ („Frankfurter Rund- schau“ vom 26.6.81).

Die Verurteilten gehen natürlich in die Berufung.

KB/Gruppe Marburg

Fortsetzung von S.1

Vor der Räumung des Hüttendorfes

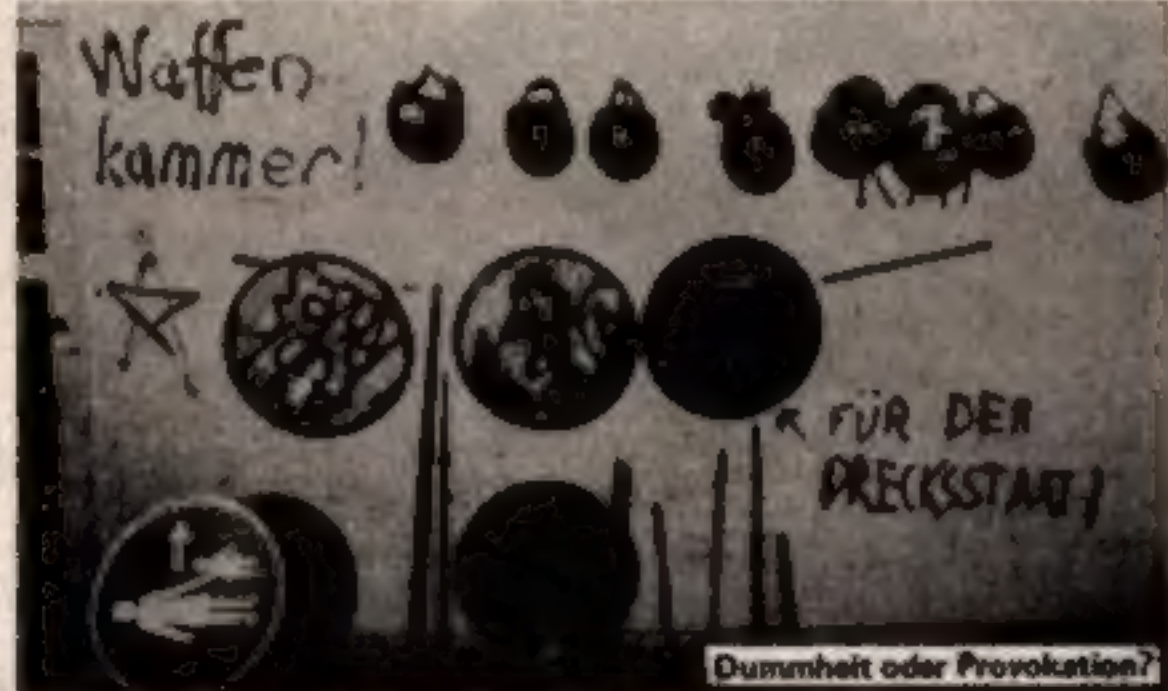
Nun ist der „Spiegel“ nicht irgendein Organ, sondern eines mit besonders guten Beziehungen. Daher ist es bestimmt kein Zufall, daß in der selben Ausgabe gemeldet wurde, die hessische Staatschützer seien nun endgültig davon überzeugt, daß der „Bekennerrbrief“ der „Revolutionären Zellen“ zum Kerry-Mord „echt“ sei. Die Verfasser dieses Schreibens stellen sich – das ist wirklich unübersehbar – in den Zusammenhang des Widerstands gegen die Startbahn West und gegen alle anderen geplanten Umweltverbrechen in Hessen. XY-Fahndor Zimmermann, der das Stichwort von der „grünen Terrorzelle“ geprägt hat, fand so eine der schönsten Bestätigungen in seiner Laufbahn. Doch die Verfasser des „Bekennerrbriefes“ sprechen von einem „Zufall“ und „Fehler“. Kerry sollte, wenn man ihnen Glauben schenkt, in die Beine geschossen und nicht getötet werden. Da angeblich „Revolutionäre Zellen“ gerade einige Wochen zuvor mit „Fehlern“ bei einigen Kaufhausbränden hervorgetreten waren, sind wir auf die Idee gekommen zu prüfen, ob es vergleichbare „Pannen“ früher schon einmal gegeben hat. Das Ergebnis ist verblüffend einfach: „Pannen“, „Fehler“, „Zufälle“ passieren in Frankfurt häufig vor großen Ereignissen der oben erwähnten Art, speziell im Vorfeld von Massendemonstrationen.

Krasses Beispiel: Rock gegen Rechts 1979, die gleichzeitig brisanteste und erfolgreichste Frankfurter Demonstration der letzten Jahre. Damals wurde im Vorfeld eine Hetzpropaganda betrieben („blutige Schlacht seit Jahren?“), die an Brokdorf-Verhältnisse heranreichte. Auf dem Höhepunkt des psychologischen Krieges, am Vortag der Demonstration, wurde ein Sprengsatz vor einer Daimler-Benz-Niederlassung gefunden. Unmittelbar darauf verbot OB Wallmann sämtliche Demonstrationen für den 16.6., darunter auch die vom DGB geplante Kundgebung. Wie aus einer DGB-Dokumentation hervorgeht, telefonierte Wallmann noch am gleichen Abend (15.6.) mit dem DGB-Vorsitzenden Klessewetter, um ihn dazu zu bewegen, „freiwillig“ auf die Kundgebung zu verzichten und die Leute aufzufordern, zuhause zu bleiben. Argument Nr. 1 des Oberbürgermeisters: „Die Mercedes-Bombe“. Der DGB sollte durch die Unterstellung, er mache gemeinsame Sache mit „Terroristen“, zum Rückzug bewegt werden. Nach dem (trotzdem überaus erfolgreich verlaufenen)

16./17.6. tauchte die „Mercedes-Bombe“ als Begründung für das städtische Demonstrationsverbot nicht mehr auf.

Dafür ging beim „ID“ um 18. Juni ein nicht unterzeichneter „Bekennerrbrief“ ein, in dem es hieß, der 30-kg-Sprengsatz (ein Satz Sprengsatz ist sogar von 40 kg die Rede) habe die „Daimler-Bude in eine Ruine verwandelt“ sollen, da Daimler „bis heute das Forterrigine Somosus unterstellt“. Weiter drei Tage später trüdelte beim „ID“ ein zweites Schreiben ein, in dem von einem „technischen Mangel“ und „absurden Fehler“ die Rede war,

te. Am selben Abend bekannte sich eine bis zu diesem Zeitpunkt, aber auch danach, unbekannte Gruppe „Solidarität mit der RAF“ zu dem mißglückten Anschlag („Frankfurter Rundschau“, 14.3.). In diesen Tagen gab es tatsächlich eine Menge kleinerer Anschläge anlässlich des Hungerstreiks, doch kaum einmal war „hochbrisanter Sprengstoff“ im Spiel, und wenn, dann nicht gerade aus „Solidarität mit der RAF“ (Kölner Ü-Bahn-Hof). Jedenfalls kam die Amerika-Haus-Bombe gerade rechtzeitig für Wallmann, um eine zentrale Demonstration gegen die türkische Militär-



die die Zündung der Bombe verhindert hätten. Der „ID“ (Nr. 287) machte in diesem Zusammenhang auf einige „Kleinigkeiten“ aufmerksam. Innerhalb des Bereichs um das Fundort der Bombe, der von 30 bis 40 kg Sprengstoff „in eine Ruine verwandelt“ worden wäre, liegen (bzw. lagen damals):

- sechs Wohnhäuser mit 68 Familien;
- das Frauengemeinschaftszentrum;
- der „Pflasterstrand“;
- der „ID“ selber;
- die Bonifatius-Grundschule für 480 Kinder von sechs bis zehn Jahren;
- sechs weitere fünfstöckige Wohnhäuser;
- die Regionalredaktion der „tar“.

Das Schreiben war diesmal unterzeichnet: „Revolutionäre Zelle Nicaragua“. Aber RZ ist in Frankfurt nicht das einzige Markenzeichen für „Pannen“. Am frühen Morgen des 13.3.81 wurde vor dem Amerika-Haus eine 5-kg-Bombe mit „hochbrisantem Sprengstoff“ gefunden, die als „unexplodierten Ursachen“ nicht explodier-

jungs am 14.3. – die er verboten hatte, was vom Verwaltungsgericht aber wieder aufgehoben worden war – angesetzt zu verbieten (womit er allerdings wieder nicht durchkam). Wobei daran erinnert werden muß, daß gerade diese Demonstration für die Auseinandersetzungen um die westdeutsche Türkeihilfe von erheblicher Bedeutung war.

Geht man von diesen Erfahrungen aus, so wäre beispielsweise mit folgendem „Modell“ zu rechnen: Die Polizei gibt die Räumung des Hüttendorfes einige Tage vorher bekannt. In einer der Nächte vor dem „Tag X“ passiert ein Bombenanschlag. Daraufhin werden alle Demonstrationen gegen die Räumung verboten; für den noch Protestierende werden schlimme Strafen angedroht. Wir weisen auf diese Möglichkeit hin, da wir befürchten, daß der Begriff „Panne“ mittlerweile eine Sinn-Veränderung bekommen hat (siehe Kerry). Der „Fehler“ kann auch darin bestehen, daß das Zeug tatsächlich hochgeht! Nur soll dann jeder wissen, wo die Urheber eines solchen Anschlags zu suchen

sind. Kommen wir noch einmal auf Rock gegen Rechts zurück: 1980 fand das Rock-Festival auf dem Frankfurter Rebstock bereits am 14./15.6. statt. Am 15.6. besetzten Jugendliche ein Haus in der nahegelegenen Siemeyerstraße in Bockenheim. Wenn auch diese Aktion auf den Widerwillen eines Teils der RGR-Veranstalter stieß, war doch die Sympathie von zig-tausend Jugendlichen auf Seiten der Besetzer, so daß sich die Polizei zunächst Zurückhaltung auferlegen mußte. Die nächste Siegesmeldung kam schon einen Tag später: Am Nachmittag des 16.6. statteten einige Antifaschisten dem Frankfurter Nazibuchladen einen nachhaltigen Besuch ab und konnten unentdeckt wieder abhauen. Selten dürfte eine militante Aktion auf soviel Zustimmung selbst unter älteren Bürgern gestoßen sein. Doch noch in derselben Nacht geschah eine „unbegreifliche Dummheit“: Ohne daß irgendein Grund dazu ersichtlich gewesen wäre, wurde ein SPD-Stadtbüro mit einem Molle bedacht. Ein siebzehnjähriger Jugendlicher, den die Polizei auf frischer Tat fassen konnte, gab in den Vernehmungen an, die Aktion sei „auf dem RGR-Konzert verabredet“ worden. Einen Tag später und fast schon wunschgemäß erzählte er der Polizei, „der Brandstiftung sei in dem besetzten Haus in der Siemeyerstraße hergestellt worden. Dort wohnten auch seine drei in der Nacht ankommenden Mitstreiter“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20.6.). In den Morgenstunden des 19.6. räumte die Polizei das Haus. Dort fand sie einen als „Waffenkammer“ deklarierten Koffer vor. Die Presse ließ sich das Fressen nicht entgehen: Am 20.6. war in jeder Frankfurter Tageszeitung ein wunderschönes Foto mit dem eindeutig lesbaren Schriftzug „Waffenkammer“ und einschlägigen Utensilien daneben zu finden. Das Resultat war, daß die ursprünglich sicher sehr gelungene Besetzung nach nur vier Tagen ohne jeden Protest beendet werden konnte. So einfach war das 1980.

Fazit: Wenn im Flughafenwald ein „Waffenlager“ „gefunden“ werden sollte (möglichst mit fotogenem Schild: „Dies ist unsere Waffenkammer“), dann wurde dieses nicht von Startbahngegnern angelegt, sondern von denjenigen, denen es ausschließlich um die möglichst problemlose Bewerkstelligung der Räumung des Hüttendorfes geht.

Vieles, u. a. Erklärungen des In-

nenministers selber, spricht dafür, daß die Polizei versucht, Leute in das Hüttendorf einzuschleusen. Nicht nur das, sondern alles spricht gegen Leute, die bei Schlägereien auf dem RGR-Festival, bei mysteriösen Vorgängen in der Kampagne gegen die „Bild“ und bei allem möglichen Scheiß in Frankfurt dabei waren, und die jetzt versuchen, im Hüttendorf das große Wort zu schwingen und zu „radikalen Aktionen“ aufzufordern.

Mit gefälschten Flugblättern wird bereits gearbeitet: In einem Aufruf mit dem Emblem der „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren“ (!) heißt es: „Die Landesregierung hat die Räumung des Hüttendorfes angekündigt, warten wir nicht! Es wird höchste Zeit! Mit Volksbegehren, Platzbesetzung und Zerstörung der Baum-schienen, Kabel und der gesamten technischen Anlagen die Startbahn endgültig zu Fall bringen!“ („Frankfurter Rundschau“ 3.7.). Das klingt auf den ersten Blick nicht viel anders als ähnliche, durchaus nicht provokatorisch gemeinte Aufrufe von Teilen der Anti-AKW-Bewegung. Doch die Sache hat zwei kleine Haken: Warum erstens das Volksbegehren da hereinziehen, und was ist zweitens mit den „gesamten technischen Anlagen“ gemeint? Die des Flughafens schlechthin? Ende November wurde bei einer Aktion gegen Baustellensfahrzeuge am Flughafen auch ein Gerät der Flugsicherung (Instrumentenanflug) zerstört. Zwar soll dadurch der Flugverkehr nicht beeinträchtigt worden sein, aber: Welchen Sinn soll diese Aktion (zu der es kein „Bekennerschreiben“ gab) gehabt haben? Wie soll dadurch der Bau einer neuen Startbahn „zu Fall gebracht“ werden? In der Tendenz richtete sich diese Aktion gegen die Flugsicherheit und damit letztlich auch gegen die Passagiere, was niemals im Sinne der Startbahngegner sein kann.

Daß es einen Zusammenhang zwischen dieser, wenn auch vergleichsweise harmlosen Aktion gegen die Flugsicherung, den bombastischen Aufforderungen zu Sabotage-Akten in dem „Bekennerrbrief“ zum Kerry-Mord, den öffentlich vorgebrachten Spekulationen über „Anschläge gegen den Luftverkehr“ und der tatsächlichen Vorbereitung von Gewaltmaßnahmen durch die Landesregierung gibt – das wird immer deutlicher.

Nun muß nur noch das auf mysteriöse Weise aus der Kerry-Waffe verschwundene Magazin im Hüttendorf „gefunden“ werden ...

Wettlauf mit der Zeit

Ginge es in diesem Land auch nur halbwegs demokratisch zu (wobei die hohen Hürden, die Übersprungen werden müssen, um durch „Volksbegehren“ einen „Volksentscheid“ überhaupt erst zu erzwingen, nicht gerade „demokratisch“ sind) – dann müßten Landesregierung und FAG bereits jetzt um ihre Startbahn West bangen. Denn die Bürgerinitiativen und Umweltschützer haben sich tatsächlich eine politische Basis schaffen können, die das in den Bereich des Möglichen rückt, was vielen noch vor kurzem als Überschätzung der eigenen Kräfte erschien: Die Unterstützung von 20 % der Stimmberechtigten in Hessen und damit das erfolgreiche „Bestehen“ des schwierigen Volksbegehrens. Klänge es aber erst einmal zum Volksentscheid, dann würden die Startbahngegner – davon sind die Initiatoren der Kampagne zu Recht überzeugt – erheblich mehr Menschen an die Urnen mobilisieren als die Befürworter. Denn diese verfügen zwar über den Machtapparat, nicht aber über eine aktive Unterstützung in der Bevölkerung.

Doch in dieser Gemlichkeit gibt es kein „fair play“. Ohne Zweifel setzt die Landesregierung auf Gewalt: das Hüttendorf soll geräumt, mit dem Bau (Unternehmung der Obkriftelstraße) soll schon in allernächster Zeit begonnen werden: der Antrag auf Volksbegehren soll abgelehnt werden, und während vor dem Staatsgerichtshof die mühsame Prozedur eines Rechtsmittels beginnt, will man mit dem Abholzen von drei Millionen Bäumen im Herbst vollendete Tatsachen schaffen. Ist dadurch die mit dem Volksbegehren eingeschlagene Strategie gescheitert, weil das „Ende der demokratischen Fahnenstange“ erreicht ist? Was kann überhaupt noch getan werden, um den Startbahnbau zu verhindern?

So entschlossen die Landesregierung ist, die Startbahn zu bauen und

sei es, daß die hessische Verfassung außer Kraft gesetzt wird und zehntausende von Wählern in den Anliegergemeinden des Flughafens „verloren“ gehen, so wenig dürfte ihr daran liegen, mit Methoden zu regieren, die von der Mehrheit der Bevölkerung als „Notstand“ oder „Diktatur“ empfunden werden. Solange es der Landesregierung gelingt, ihre Gewaltanwendung damit zu legitimieren, daß diese sich „nur“ gegen eine „radikale Minderheit“ richtet, wird sie diesen Konflikt (wenn auch mit schweren Verlusten) bestehen können. Sina des Volksbegehrens war es aber gerade, nicht nur Zehntausende, sondern Hunderttausende in diese Auseinandersetzung einzubeziehen und die Landesregierung in eine Situation zu bringen, in der sie gegen den erklärten Willen der Mehrheit der hessischen Bevölkerung Gewalt anwenden muß. Daß sie sich daran „übernimmt“ – darin besteht unsere Chance.

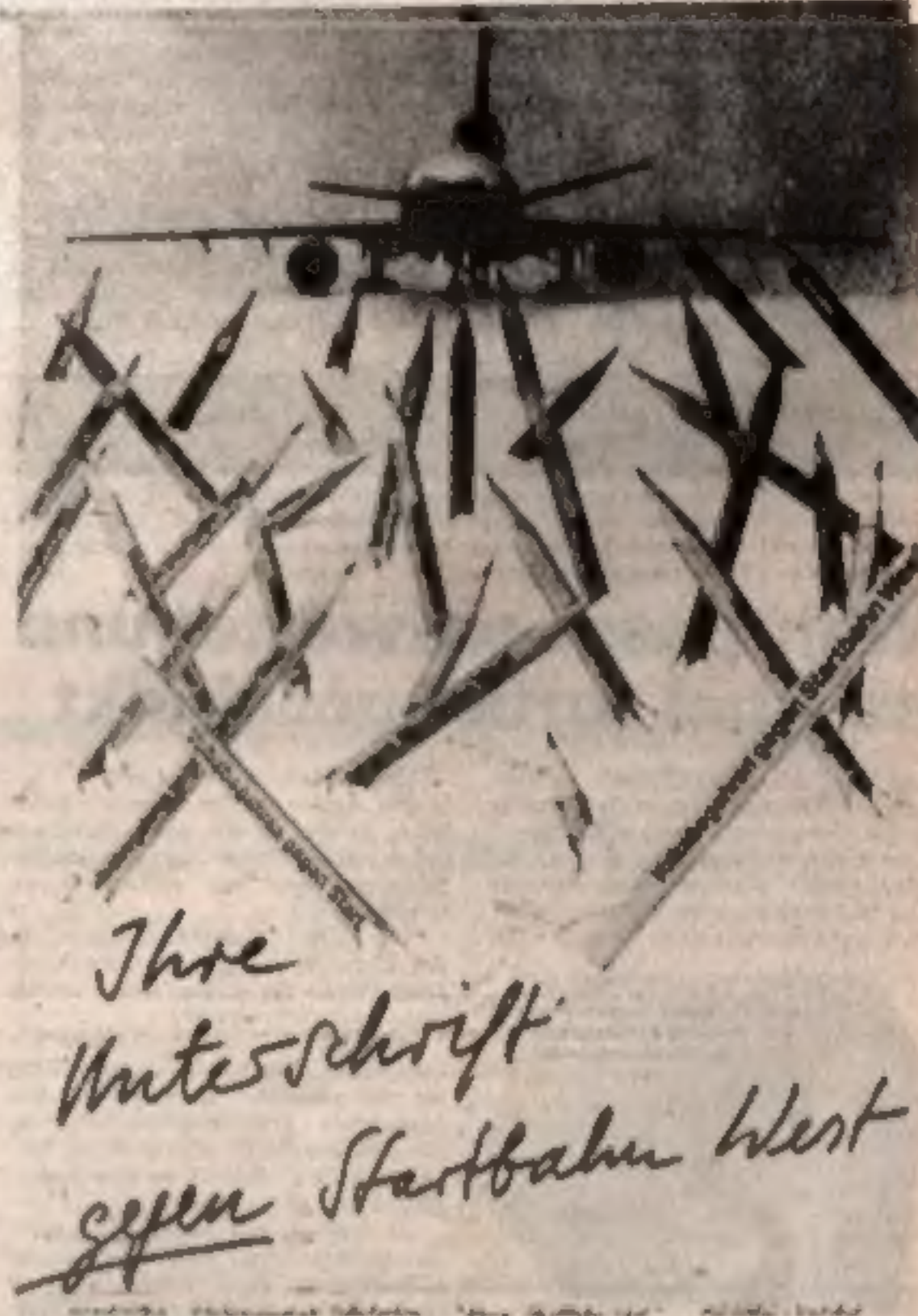
Deshalb hat die Bürgerinitiative beschlossen, bereits im ersten Durchgang der Unterschriftensammlung nicht nur die für den Antrag erforderlichen 120 000 Unterschriften zu sammeln, sondern weit mehr als das: „Soviel wie möglich“, ist angelegt.

Darüber hinaus muß es gelingen, das gesamte Potential der Umweltschützer (gegen die Waldvernichtung), der demokratischen Kräfte (gegen den Verfassungsbruch), der Friedenskräfte (gegen die Funktion der Startbahn als US-„Sprungbohrer“ in den Nahen Osten) und hoffentlich auch der Gewerkschaftsbewegung (gegen den Arbeitsplatzbetrug) zu mobilisieren, um den Durchmarsch der Landesregierung zu stoppen.

Börner hat mehrfach versichert, mit dem Roden des Waldes werde erst im Herbst begonnen. Stichtag, bis zu dem Unterschriftensammlung

und Massenmobilisierung der Startbahngegner abgeschlossen sein müßten, wäre demnach der 23. September. Da einiges dafür spricht, daß die Regierenden nicht unbedingt darauf erpicht sind, die Buchmesse (Mitte Oktober) als internationale Kulisse für ihre Polizeieinsätze in Frankfurt und Nachbarschaft zu haben, könnte der Beginn des Kahl-schlags vielleicht auf Ende Oktober verlegt werden, ähnlich wie im Vorjahr. Länger haben wir auf keinen Fall Zeit. Daher reicht es nicht, sich darüber zu freuen, daß überall in Hessen bis zu den WAA-Gegnern im äußersten Norden neue Gruppen zum Volksbegehren hinzustoßen. Die ganze Kampagne muß jetzt ungemein beschleunigt und systematisch werden, wenn sie ihr „Klassenziel“ in so kurzer Zeit erreichen will.

Die von der Landesregierung beabsichtigte Räumung des Hüttendorfs hat vor allem zum Ziel, eine Art „Vorentscheidung“ zu erzwingen, um die Bewegung zu demoralisieren und ihre hessenweite Ausbreitung zu stoppen. Doch anders als Gorbien liegt der Flughafen Rhein-Main inmitten eines einzigartigen Ballungszentrums, aus dem heraus trotz Sommerpause stündlich eine Massenmobilisierung möglich ist. Unser Ziel muß es sein, daß bei einem Räumungsversuch derart viele Menschen in den Wald kommen, daß der Polizeieinsatz abgebrochen werden muß. Wenn erst einmal Zehntausende auf dem Weg sind, dann muß – gewollt oder ungewollt – in diesem zentralen Verkehrsknotenpunkt nicht mehr viel. So besteht eine Chance, die Landesregierung an ihrem Vorhaben zu hindern. Nach Lage der Dinge wäre es hingegen aussichtslos, sich auf ein „militärisches Kräftemessen“ mit der Polizei („Schlacht im Wald“) einzulassen. Alles hängt davon ab, möglichst viele Menschen zu mobilisieren und sich so zu verhalten, daß alle Aktionen auf Verständnis und



Sympathie bei der Bevölkerung treffen, daß sie geeignet sind, den Kreis der Startbahngegner und ihrer Unterstützer noch weiter zu verbreitern und nicht einzunengen. Selbst im schlimmsten Fall, daß es der Polizei gelingt, das Dorf zu räumen, ist

nicht Resignation angesagt. Im Gegensatz dazu müßte alles versucht werden, um die Empörung über diese Gewaltmaßnahmen in Energie für den weiteren Widerstand zu verwandeln. Denn die Entscheidung fällt erst im Herbst.

Book 700, University of Toronto, 4800, Front Street East, Box 270, 22 (1997-98), Specialized (Specialized)

Fortsetzung von letzter S.

und Verschweigen des Unfalls sein könnte: „Nach den ersten Nachforschungen stellte sich heraus, daß das Kerosin wahrscheinlich unter einer der beiden Startbahnen in die Erde gelaufen ist. Dies hätte zur Folge, daß die Betonplatte in dem betroffenen Bereich ausgetauscht werden müßte - also eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Flugverkehrs auf dem Aéroport.“ Eine Ausgabe später (AK 193, S. 22, „Nochmal: Was ist mit dem ausgelaufenen Kerosin?“) schrieb wir: „Soll eine Grundwassergefährdung und möglicherweise sogar Trinkwasservergiftung in nahegelegenen Brunnen in Kauf genommen werden, nur um die Geschäfte der FAG nicht zu beeinträchtigen? Oder will man unter allen Umständen vermeiden, angesichts der laufenden Auseinandersetzungen um die Flughafenverlängerung einen weiteren Öko-Konflikt aufbrechen zu lassen? Das Schweigen über diese Angelegenheit ist mehr als seltsam!“

Heute steht einwandfrei fest: Das Ausmaß des Schadens wurde bewußt verschwiegen, um die eigentlich notwendige Stilllegung einer der beiden Startbahnen des Flughafens zu umgehen. Denn niemand kann erzählen, aus den Anzeigern der Treibstoff-Depots könne man nicht ablesen, daß derartige Riesensummen auslaufen. Ebenso steht fest: Auf dem Startbahn-Hearing im Februar wurden von FAG, Landesregierung und

korrupten „Gutachtern“ alle Fragen nach der Umweltgefährdung durch den Frankfurter Flughafen beiseite gewischt, obwohl sie wissen mußten, welche Schweinerei dort ihren Lauf nimmt. Nicht weniger hart müssen die Frankfurter Stadtwerke angegriffen werden: Sie blockten jede Kritik der grünen Stadtverordneten an der Trinkwasserqualität ab, obwohl auch dort die Spitze sicherlich informiert war, daß möglicherweise noch viel schlimmere Gefahren drohen als die von den Ökologen angesprochenen.

Nun versuchen die Verantwortlichen damit zu beruhigen, daß sie behaupten, die laufenden Trinkwasseruntersuchungen hätten noch keine Veranlassung ergeben. Doch sie geben nach wie vor nicht einmal eine Schätzung davon an, wieviel Treibstoff tatsächlich verreckt ist. Man kann sich denken warum. Möglicherweise ist das Ausmaß des Schadens so groß, daß niemand imstande ist zu sagen, wohin das verreckte Kerosin wandert, wann es auf Grundwasser stoßen wird, und welche Folgen dann eintreten. Vielleicht spekulieren die Verantwortlichen darauf, daß es zu diesem Zeitpunkt, der in einem Jahr, aber auch in zehn Jahren eintreten kann, ohnehin kein Trinkwasser aus Leitungshähnen mehr gibt? Es ist zu hoffen, daß nun auch der letzte Skeptiker die Notwendigkeit des laufenden Volksbegehrens begreift, damit der nicht abbreißenden Kette von Umweltverbrechen und Skandalen das Handwerk gelegt wird.

Woher kommt das Uran?

Über tausend Menschen beteiligten sich am 27.6. an einer Demonstration gegen die Atomindustrie in Hanau (Nukem, Alkem), zu der die Bürgerinitiativen, die Grünen und der hessische BUND aufgerufen hatten. Der Protest richtete sich in erster Linie gegen den neuerrichteten Plutonium-Bunker, in dem bereits 400 kg des hochgiftigen Stoffes eingelagert sind - nuklearer Sprengstoff für 60 potentielle Atombomben oder Brennstoff für schnelle Brüter. Der folgende Text ist einem KB-Flugblatt zu dieser Demo entnommen und macht auf einige weniger bekannte Aspekte des Atomgeschäfts aufmerksam.

Uran gegen Atomtechnologie

Seit langem weilen antilperialistische Gruppen, vor allem die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), darauf hin, daß die BRD Uran aus Südafrika bezieht und auf diese Weise erheblich zur wirtschaftlichen und politischen Stützung des rassistischen Regimes beiträgt. Im Gegenzug hat die BRD maßgeblich dazu beigetragen, Südafrika mit nuklearer Technologie und dem erforderlichen Know-how auszurüsten. So gab es Ende 1978 eine Debatte darüber, daß bundesdeutsche Firmen Südafrika Geräte lieferten, die zum Bau einer Urananreicherungsanlage benötigt werden, die eindeutig militärischen Zwecken dient. Die Bundesregierung dementierte eine atomare Zusammenarbeit - aber die Folgen sind mittlerweile längst eingetreten: Am 22.9.1979 ründete die Republik Südafrika (RSA) erstmals einen eigenen Atom-sprengsatz.

Daß es sich trotz aller südafrikanischen „Dementis“ tatsächlich um eine Kernwaffenexplosion gehandelt hat, geht aus einer Analyse der „Frankfurter Rundschau“ vom 11.3.80 klar hervor (Wissenschaftsteil: „Bisher hat sich der Satellit Vela noch niemals gelürt“).

Selbst die „FAZ“ (14.8.80) geht davon aus, daß Südafrika die A-Bombe „vermutlich schon hat“, meint aber, „selbst eine Versuchsexplosion (sei) erst fällig, wenn sich das Land in einer verzweiften Lage befindet“.

Inzwischen hat die RSA bereits einen zweiten Sprengsatz gezündet, was der Presse jedoch lediglich Meldungen von wenigen Zeilen wert war, was der Presse jedoch lediglich Meldungen von wenigen Zeilen wert war. Es ist keineswegs unbekannt, welche Art von Kernwaffen das südafrikanische Regime dabei verwandt hat. Es handelt sich dabei um eine 155-Millimeter-Artillerie-Granate mit atomarem Sprengkopf. Dieses NATO-Artillerie-System wurde auf vielfach verschlungenen Pfaden unter Beteiligung von Rüstungsfirmen mehrerer westlicher Länder nach Südafrika geliefert. Natürlich war auch die Bundesrepublik beteiligt, aus der eine Munitionsfabrik der Firma Rheinmetall für dieses System importiert wurde (nach „Spiegel“ 33/80, „Informationsdienst Süliches Afrika“ - „Ja“).

20 und „FR“ v. 22.10.80). der atomare Aufrüstung der Rassenfanatiker ist die BRD daher gleich in mehrfacher Hinsicht beteiligt. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn von der „sauberen“ und „billigen“ Energiequelle Uran die Rede ist. Der Preis dafür ist u.a. die Ausstattung eines extrem reaktionären Regimes mit Massenvernichtungswaffen. Der Preis ist die blutige Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung im südlichen Afrika, die militärischen Überfälle auf Angola und Mozambique, die Verweigerung der Unabhängigkeit Namibias.

Wie eng die nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika ist, zeigt sich am Ausmaß der Uran-Lieferungen: Nach offiziellen Angaben kommen rund 46 % der bundesdeutschen Importe aus Südafrika, der Löwenanteil davon aus Namibia (30 %). Dieser Anteil hat sich inzwischen bereits erhöht oder wird sich noch beträchtlich erhöhen, da Kanada und Australien wegen des bundesdeutschen Argentinien-Geschäfts (auch hier spielt die militärische Verwendbarkeit der gelieferten Nuklear-Anlagen eine entscheidende Rolle!) mit der Einstellung ihrer Uran-Exporte drohen.

In Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Kernkraftbetreiber wird damit gerechnet, daß 60 bis 70 %, ja bis zu 90 % des in der BRD benötigten Urans dann aus dem südlichen Afrika kämen. Gegen ausdrückliche UNO-Beschlüsse, die den Raub und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen aus Namibia verbieten, wird dieses Uran in erster Linie in der Rössing-Mine in Namibia abgebaut. An der Errichtung dieser Anlage war die Firma Nukem aus Hanau beteiligt. Die Uranengesellschaft mit Sitz in Frankfurt, die zu 2/3 im Staatsbesitz ist, besitzt 25 % der Anteile der Rössing Uranium Ltd., die die Abbaurechte innehat. Obwohl dies von der Uranengesellschaft dementiert wird, hat die Anti-Apartheid-Bewegung in jahrelangen Recherchen immer neue Beweise dafür ermittelt und diese Fakten auch dem UN-Rat für Namibia vorgetragen („Ja“ 8/80 - Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1).

Im Iran fliegt ein Geschäft auf

Im Iran fliegt ein Geschäft auf

Ein letzter überzeugender Beweis für die südafrikanisch-bundesdeutschen Geschäfte mit namibischem Uran kam dadurch zustande, daß nach dem Sturz des Schah-Regimes die neuen iranischen Politiker interessante Unterlagen in den Akten ihrer Vorgänger fanden.

Deutsche Firmen sollten ja Atomkraftwerke im Iran errichten und später auch die Brennelemente liefern. Über die entsprechenden Verträge unterrichteten die neuen iranischen Politiker auch die Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD. Daraus ergibt sich folgendes Bild (nach „Ja“ 8/80

und „Die Neue“ v. 15.12.80; siehe auch Tabelle der AAB v. 15.7.80): - Das Uran, das als Oxid (U₃O₈) in der Rössing-Mine abgebaut wird, wird in Großbritannien, Frankreich und in den USA zu Uranhexafluorid (UF₆) umgewandelt.

- Anschließend wird es in den USA und in der UdSSR angereichert. Für die Zukunft sind Anreicherungen auch in der von der BRD, Großbritannien und den Niederlanden geführten Anlage URENCO vorgesehen.

- Das angereicherte Uran wird hauptsächlich in der BRD, d.h. in Hanau, zu Brennelementen verarbeitet.

Für die iranischen Atomkraftwerke war z.B. folgende Brennstoffversorgung vorgesehen: „Per Flugzeug gelangte Uranoxid von Windhoek nach Frankreich, von dort per Straße zur Weiterverarbeitung in Uran-Hexafluorid zur 'British Nuclear Fuels' in Springfield, Großbritannien. Mit der Bahn wurde das Material quer durch Europa zur Anreicherungsanlage der sowjetischen Firma 'Technobexport' in Moskau geliefert. Die Kraftwerksunion stapelt mittlerweile die ursprünglich für Busher/Iran bestimmten Brennstäbe in der Bundesrepublik: Sie erhielt das angereicherte Uran zur abschließenden Verarbeitung für den Iran aus der Sowjetunion“ („Neue“ v. 15.2.80).

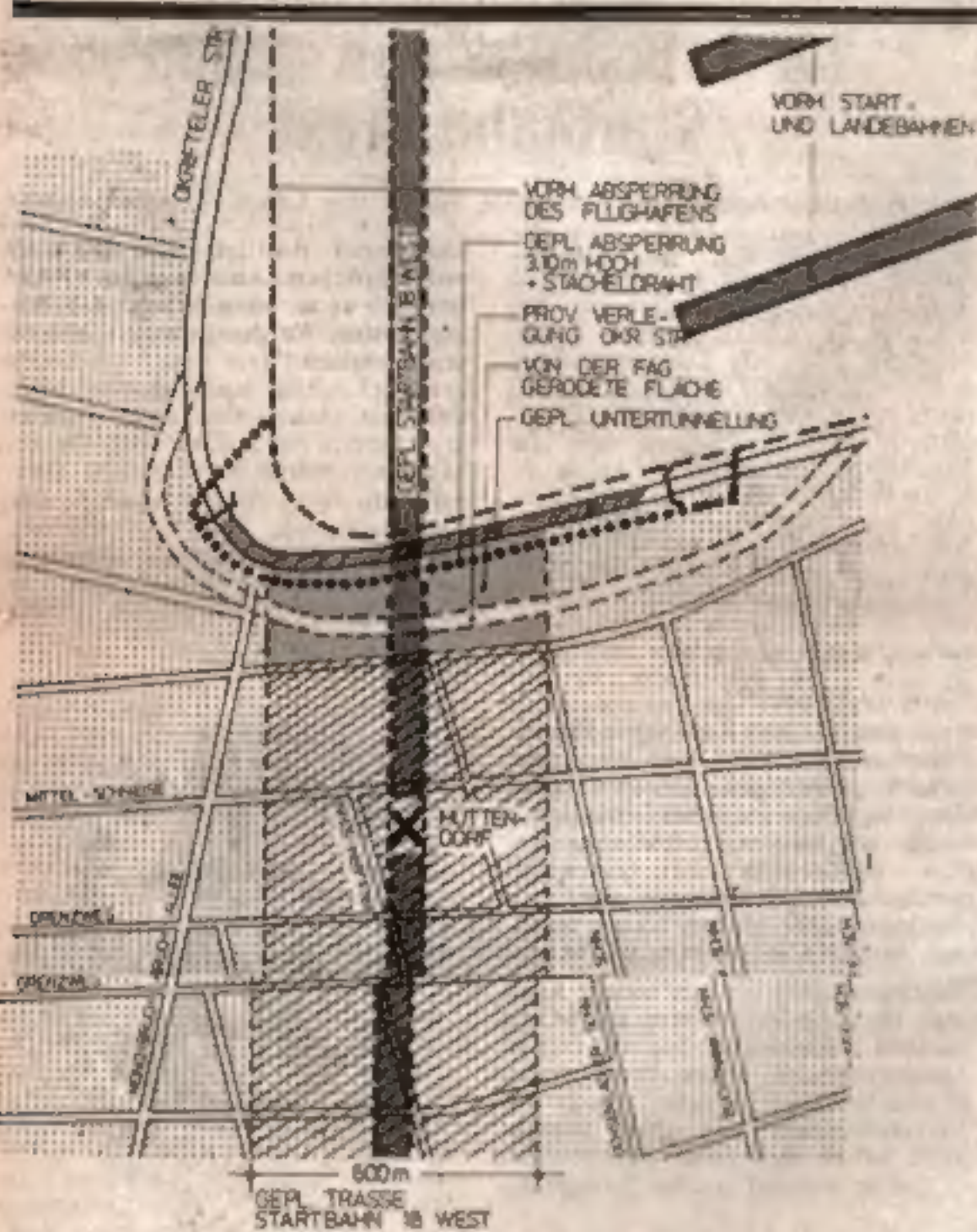
Uran aus Namibia, das in der UdSSR angereichert und in Hanau zu Brennelementen verarbeitet wird, wird z.B. in den AKWs Biblis B, Gundremmingen, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld benutzt. Ebenfalls in Hanau werden die Brennstäbe für Stade, Würgassen, Unterweser, Grohnde produziert; hierbei findet die Anreicherung in den USA statt. Wir sind empört darüber, daß sich neben den westlichen Ländern, von denen man das ohnehin annimmt, auch die Sowjetunion an der illegalen Weiterverarbeitung von Rohstoffen aus Namibia beteiligt, da sie in der UNO verbal Sanktionen gegen Südafrika unterstützt. Dies ist ein Skandal, der die vor Jahren aufgefliegenen heimlichen Kupfer-Importe der DDR aus Chile an Tragweite noch übertrifft.

Hessen vorn?

Doch unvergleichlich stärker ist die Thematik voran

Doch unvergleichlich stärker ist die Bonner Regierung in diese Geschäfte verwickelt, und auch die Wiesbadener Sozialliberalen trifft eine erhebliche Verantwortung. Wir wollen hier nicht die Spendenaffären der FDP abhandeln und auch nicht die von der CDU vielleicht etwas zu laut und zu vorzeitig aufgeworfene Frage nach dem guten Ruf des ehemaligen hessischen Wirtschaftsministers Kerry erörtern. Es ist aber auffällig, daß in Hessen

Fortsetzung nächste Seite



--- PROV. VERLEGUNG OCKFELTER STR.
--- ERRICHTUNG EINER Absperrung
--- UNTERTUNNELUNG OCKFELTER STR. → BAUBEGINN STARTBAHN 18 WEST

Diese Skizze verdeutlicht die erste, aktuell anstehende Baumaßnahme zur Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens um die Startbahn 18 West. Die am (jetzigen) Südrand des Flughafengeländes entlangführende Ockfelterstraße soll in einem Bogen umgeleitet werden und über das Gelände führen, das im Herbst letzten Jahres bereits gerodet worden ist. Gleich dahinter soll eine 3 m hohe Betonmauer errichtet werden, hinter der mit der Untertunnelung der Ockfelterstraße unter

die zukünftige Startbahn begonnen werden soll.

Diese Baumaßnahme, mit der „vollendete Fakten“ geschaffen werden würden, wirft gleichzeitig die Frage einer gewaltsamen Räumung des Waldhüttendorfes der Startbahngegner auf, das nur etwa 300 m von dieser Stelle entfernt ist. Daß die Landesregierung dazu entschlossen ist und die Polizei den „Tag X“ bereits vorbereitet, hat Innenminister Gries in aller Öffentlichkeit angekündigt.

Der Amoklauf geht weiter

Völlig überraschend meldete die „FR“ am 3.7. ohne konkrete Quellenangabe aus „Wiesbaden“, die Rodungsarbeiten im Flughafenwald würden „voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte“ beginnen. Anlaß zu dieser Meldung war ein Antwortschreiben der hessischen Staatskanzlei an die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Kino Startbahn West“, in dem die Landesregierung noch einmal offiziell ein Moratorium für die Dauer des Volksbegehrens ablehnt. Dies wird wortwörtlich ebenso begründet, wie es Börner bereits am 22.6. vor dem Landtag vorgetragen hat: Das Volksbegehren sei „unzulässig“ und die Landesregierung halte es daher „nicht für vertretbar“, „alle vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung des Planfeststellungsbeschlusses aussetzen“ („FR“, 7.81). Vor dem Landtag hatte

gesagt: „Bei meiner Zusage, daß vor dem Herbst dieses Jahres keine Bäume für den Bau der Startbahn 18 West gefällt werden, bleibt es selbstverständlich.“ Diese Aussage fehlt in dem Brief der Staatskanzlei.

Was ebenso fehlt, ist die vor dem Landtag aufgestellte Behauptung Börners, die Landesregierung werde bei ihrer Ablehnung des Volksbegehrens „durch einen namhaften Staatsrechtslehrer beraten“. Letzteres wundert uns nicht: Bei dem, was hier bevorsteht, dürfte ein „namhafter“ Professor seinen „Namen“ schon recht bald verloren haben, wenn er Börner und Co. die Stange halten soll. Dem Ministerpräsidenten ist durchaus zuzutrauen, daß er selbst zig-mal widerholten Versprechen bricht.

Wie dem auch sei: Eine Sommerpause findet für Startbahngegner ohnehin nicht statt.



Die Katze ist aus dem Sack: WAA soll nach Wethen!

Das Rätselraten um den heimischen WAA-Standort ist vorbei. Am Vormittag des 9. Juni teilte die DWK mit, daß sie die geplante 350 Jato WAA ins nordhessische Wethen bauen wolle. Wethen ist ein Ortsteil von Diemelstadt und liegt nur 30 km nordwestlich von Kassel im Kreis Waldeck-Frankenberg an der nordrhein-westfälischen Landesgrenze.

Damit befindet sich der jetzt offiziell bekanntgegebene Standort für die Plutoniumfabrik nur knapp 10 km entfernt vom bisherigen „Tip Nr. 1“, dem Iberg bei Volkmarsen. Das vorgesehene Gelände reicht sogar noch zu 20 % in die Gemarkung Volkmarsen hinein.

Unmittelbar nach Standortbekanntgabe stand nahezu die ganze Region Kopf. Noch am selben Abend fand eine spontane Demonstration mit weit über 3.000 Teilnehmern statt. In den darauffolgenden Tagen hagelte es Proteste und Ablehnungserklärungen von BI's, Parteien, Magistraten, Bürgermeistern, Bauern und Pfarrern.

Einzelne Befürworter, der sich bisher hervorgetan hat, ist der Landrat des Kreises Reccius — nach eigenen Angaben „parteilos“ — ein von Veranaltern von SS-, Panzerdivisions- u. Treffen im Arolauer Raum immer wieder gern geschehener Redner.

Börner will es wissen

Über ein Jahr hat sich das hessische Standortpoker hingezogen. Immer wieder wurde die Benennung von Standorten aufgeschoben. Lag es einmal an dem angeblich noch nicht vorliegenden „nuklearen Bundeskriterienkatalog“, so wurde es beim nächsten Mal mit dem noch nicht erstellten nichtnuklearen, raumordnerischen und landschaftsplanerischen Landeskriterienkatalog begründet. Selbst als dieser schließlich vorlag, war die Landesregierung darauf bedacht, einen „politisch günstigen Zeitpunkt“ abzuwarten. In der Zwischenzeit waren zahlreiche Orte Nordhessens durchgesehen, die für eine WAA angeblich infrage kämen, dabei war Volkmarsen seit einiger Zeit der Favorit. An jedem dieser Orte bildeten sich sehr schnell z.T. sehr große BI's gegen die WAA, so daß Nordhessen inzwischen mit einem Netz von BI's überzogen ist. In der SPD Nordhessen mehrten sich ebenfalls die Ablehner einer WAA, ebenso wie in Südhessen die Kritiker des Startbahn-West-Projektes.

Die jetzt erfolgte Standortbekanntgabe durch die DWK — kurz vor dem SPD-Sonderparteitag am 21.

Die jetzt erfolgte Standortbekanntgabe durch die DWK — kurz vor dem SPD-Sonderparteitag am 21. Juni, auf dem Börner an die WAA und die Startbahn-West-Frage geknüpft die Vertrauensfrage stellte — erfolgte laut „Hessisch-Niederrheinische Allgemeine“ (HNA) vom 11.6. „auf Geheiß der hessischen Landesregierung“.

Börner wollte es offensichtlich wissen und vor dem Parteitag klare Fronten schaffen.

Daß es sich jetzt nur um die Benennung von einem und nicht wie ursprünglich vorgesehen von mehreren

ren zur Auswahl stehenden Standorten handelt, geht sicherlich auf das Kalkül der hessischen Landesregierung zurück, sich möglichst wenig Feinde zu machen. Es wäre vielleicht zu erwarten gewesen, daß ein etwas ruhigerer ost-hessischer Ort benannt würde, hiervor hatte jedoch schon die FAZ gewarnt: Es könne sich dann eine Haltung durchsetzen, daß man nur dagegen zu sein bräuchte, und schon sehe die Landesregierung davon ab, einem eine unliebsame Angelegenheit vor die Nase zu setzen.

Wethen — ein „geeigneter“ Standort?

Entsprechend dreist ist bei näherem Hinschauen auch der Vorschlag der DWK: Südlich des Standortes befindet sich ein Standortübungsplatz der Bundeswehr und nördlich davon eine Nato-Basis für Flugabwehrraketen. DWK Pressesprecher Marquard teilte dazu der dpa mit, der Ort sei „in voller Kenntnis“ dieser Tatsache gewählt worden und: „Wir sehen darin kein Handicap.“ Ein Handicap ist für die DWK und die hessische Landesregierung ebenfalls nicht, daß im etwa 3 km entfernten Gernete erst kürzlich gut zwei Millionen Mark für den Ausbau zum Kurort investiert wurden. Gernete liegt schon in NRW und fällt somit aus der Beurteilung durch den Landeskriterienkatalog raus. Ebenfalls hat sich die DWK davon beeinträchtigen lassen, daß Diemelstadt selbst für seine 70.000 Besucher jährlich so etwas wie Kurortfunktion hat. Einzelne haben schon vorgeschlagen, den bisherigen Werbeslogan der Gemeinde: „nördliches Eingangstor des Ferienlandes Waldeck“ „würzige Luft“, „weite Wälder“ (wovon übrigens einer der WAA zum Opfer fallen soll) und „liebliche Täler“ noch „strahlende Zukunft“ hinzuzufügen. Vorteilhaft ist der Standort für die DWK selbst: Das Gelände liegt direkt an der A44 (Dortmund-Kassel). Die Nähe zu Warburg ermöglicht den Gleisanschluss an die DB Hauptstrecke Kassel-Warburg-Hagen. Das Gebiet befindet sich im Besitz des Landkreises, was eine Übernahme durch die DWK vereinfacht, da sich das Kreisparlament nicht gegen die WAA ausgesprochen hat.

Nicht zuletzt ist sich die DWK sehr sicher bzgl. Wethen. Gegenüber AP ließ sie verlauten: „Eine Ablehnung aus sachlichen Gründen ist nicht möglich“ (nach „Neue Westfälische“ vom 10.6.81). Zu denken geben sollte auch, daß das von der DWK beanspruchte Gelände fast dreimal so groß ist, wie man es für eine 350 to Anlage benötigt. Erste Hinweise deuten darauf hin, daß die DWK für Wethen von vornherein eine 1400 Jato Anlage vorsieht.

Ein feiner Landrat ist mit von der Partie

Zum örtlichen Fürsprecher hat sich unmittelbar nach Bekanntgabe des Standortes der „parteilose“ Landrat Dr. Karl-Hermann Reccius gemacht. Kaum hatte die DWK ihre Entscheidung mitgeteilt, begrüßte er sie auch schon mit den Worten: „Es herrscht endlich Klarheit“ (Waldeckische Landeszeitung, („WLZ“) vom 10.6.). Er habe keine Befürchtung, daß eine WAA sich negativ auf den Fremdenverkehr auswirken werde, sondern erwarte eher das Gegenteil (nach „WLZ“ 10.6.). Falls der Landrat damit auf auswärtige AKW-Gegner anspielt, dürfte er sogar recht haben. Reccius



scheint es nun schon gar nicht mehr abzuwarten zu können, daß die WAA endlich gebaut wird. Er geht sogar davon aus, „daß während des Genehmigungsverfahrens für die WAA eine „kalte Anlage“ errichtet wird, an der bereits Personal ausgebildet werde“ („WLZ“, 10.6.). Allerdings scheint er sehr genau zu wissen, was auf ihn als Landrat mit einer solchen Meinung zukommen kann. Deshalb appellierte er auch gleich an die Bevölkerung des Kreises, das Thema WAA nüchtern und leidenschaftslos zu behandeln „und sich nicht von außenstehenden Unruhmachern bedrücken zu lassen.“ (nach „Gießener Allgemeine“, (GA), 10.6.). Reccius' Einsatz für die WAA ist denn auch von der Presse recht interessiert aufgenommen worden. Die „FAZ“ vom 13.6. sprach ihm dafür sogar ihre Anerkennung als „einer der wenigen, der den Mut hatte, den Zorn der Straße auf sich zu ziehen“ aus. Allerdings muß auch die „FAZ“ zugeben, daß Reccius „redlicher Versuch“ damit zu vergleichen ist, „in einer vom Hochwasser überfluteten Stadt auf die Respektierung der Verkehrsregeln zu drängen.“

einer vom Hochwasser überfluteten Stadt auf die Respektierung der Verkehrsregeln zu drängen.“ U.E. charakterisiert folgendes Zitat diesen feinen Landrat noch am besten: „Die Gegner dieses Staates treten in mannigfacher Form und mit den verschiedensten Begründungen auf. Ob Hausbesitzer, Terroristen, Kernkraftgegner, Naturschützer, ob Bundeswehrreformer oder Bildungspolitiker, kein Gewand ist ihnen fremd oder zu schade.“ (Dr. Reccius am 16.5.81 auf dem „Kameradschaftstreffen der ehemaligen Soldaten der Panzerdivision „Großdeutschland“ und „Brandenburg“ in Arolsen).

Der Widerstand ist hellwach

Schon Tage vor der Bekanntgabe des Standortes befanden sich die Anti-WAA BI's des Kreises Waldeck-Frankenberg gewissermaßen in den Startlöchern. Als die DWK schließlich ihre Entscheidung bekanntgab, wurde noch am selben Tag zu ein sponta-

nen Protestdemonstration nach Diemelstadt aufgerufen. Trotz einer Mobilisierung von nur wenigen Stunden, kamen am Abend weit über 3.000 WAA-Gegner zusammen. Auf einer Kundgebung sprachen Helmut Hirsch von der Ökologiegruppe Hannover, der Bürgermeister von Brauns (Nachbargemeinde von Diemelstadt) und ein Sprecher des seit 1 1/2 Jahren bestehenden Anti-Atom-Büros Diemelstadt. Außerdem überbrachte ein Sprecher der BI gegen die Startbahn West die Solidarität der Startbahn-West-Gegner und bat gleichfalls um Unterstützung der Volksbegehrens. Der Pfarrer von Wethen erklärte in seiner Rede, daß er nicht einmal an die Unfehlbarkeit des Papstes glaube, geschweige denn an die der Politiker. Unter großem Beifall machte er deutlich, daß fünf Finger eine Hand sind, gegebenenfalls aber auch eine Faust bilden können.

Ihre Mobilisierungsfähigkeit hatten die nordhessischen und ostwestfälischen BI's im März schon einmal unter Beweis gestellt, als sie mit etwa 10.000 Teilnehmern zwei Tage vor den Kommunalwahlen eine Demonstration in Kassel machten. Mehrere der 30 BI's in dem Raum haben über 1.000 Mitglieder, nur sehr wenige unter 100. Die BI Warburg kam zur Kasseler Demonstration in einem Sonderzug mit allein schon über 2.000 Teilnehmern. Koordiniert werden die BI's über das Büro in Brauns. In Brauns zählt der Bürgermeister Hartmann (SPD) zu den WAA- und Börner-Gegnern. Insgesamt gibt es in und um Diemelstadt herum eine ganze Palette von Erklärungen und Beschlüssen gegen eine WAA. So hat sich in Warburg neben der BI auch der Rat der Stadt und ihr CDU-Bürgermeister dagegen ausgesprochen. In Diemelstadt selbst hat der Magistrat ebenfalls einen Beschluss gegen die WAA gefasst und Diemelstädter Bürgermeister Weishaupt erklärte, er wolle sich an den Beschluss des SPD Unterbezirks halten, der im Februar eine WAA „wegen der Unwägbarkeiten

einer nuklearen Großanlage“ ablehnte. In Kassel hat sich ebenfalls der SPD Unterbezirk deutlich gegen eine WAA ausgesprochen. Auch was die „FAZ“ beispielsweise hinsichtlich des Bürgermeisters Weishaupt meint, er habe sich lediglich „dem Druck der Straße gebeugt“, so ist das insgesamt trotzdem ein recht erfreuliches Zeichen.

Überregionale Großdemonstration verschoben

Ursprünglich war geplant, spätestens drei Wochen nach Standortbekanntgabe eine mindestens landesweite Demonstration am Standort durchzuführen. Diese Absicht war auf mehreren hessischen Landeskonferenzen bekräftigt worden. Auf der Konferenz am Samstag nach Standortbenennung waren die BI's allerdings mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: Einmal war schon seit längerem für den 27.6., dem Tag an dem die Anti-WAA-Demo eigentlich hätte stattfinden müssen, eine landesweite Demonstration gegen die Plutoniumlagerung in Hanau geplant. Da das Problem der Plutoniumlagerung in Hanau in der Anti-AKW-Bewegung noch absolut unterbelichtet gegen die Plutoniumlagerung in Hanau geplant. Da das Problem der Plutoniumlagerung in Hanau in der Anti-AKW-Bewegung noch absolut unterbelichtet ist und eine Demo am selben Tag in Wethen magnetartig sicherlich auch die Südhessen angezogen hätte, wurde an der HANAU-DEMO festgehalten. Zum anderen steht gegenwärtig die Ernte auf den Feldern hoch und es wäre bei den beengten räumlichen Verhältnissen im Raum Diemelstadt zwangsläufig zu Ernteschäden gekommen, falls mehrere 10.000 AKW-Gegner eingetroffen wären. Frau/man einigte sich schließlich darauf, die geplante Demonstration zu verlegen und Ende August/Anfang September im bundesweiten Maßstab durchzuführen. Die Landwirte haben zugestimmt, zu dem Zeitpunkt ein entsprechend großes Areal abgeräumt zu haben.

Im gleichen Zeitraum wird voraussichtlich die Entscheidung der Landesregierung über den Standort Wethen fallen. KB-Gruppe Marburg

Fortis. von d. letzten 8.

belleibe nicht nur die Hanauer Nukleum und die Frankfurter Urangesellschaft Geschäfte mit Südafrika treiben. Da ist z.B. die Ingenieurfirma Lurgi, die für die RSA strategisch bedeutsame Anlagen zur Benzin- und Gaserzeugung aus Kohle entwickelt hat (es gibt einen Ölboykott der arabischen Länder gegen Südafrika). Da sind vor allem auch die zahlreichen Abschreibungsfirmen mit ihren sog. „Verlust“-Investitionen in (Süd-)Afrika. Bekanntester Fall: Die OTRAG, die in Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime in Afrika die Entwicklung von Billie-Raketen probiert, mit ehemaligem Sitz in Neu-Lenburg. Hierbei werden westdeutschen Kapitalanlagen Steuern in Millionenhöhe erlassen, damit sie dazu beitragen, daß mörderische Kolonialregimes in Afrika mit Raketenwaffen ausgestattet werden.

Über all dies hält die hessische SPD/FDP-Regierung ihre schützende Hand, und sie sorgt sogar dafür, daß die Öffentlichkeit nichts davon erfährt. Umso mehr muß es uns darum gehen, alle Implikationen, die das Atomgeschäft mit sich bringt, bekannt zu machen und die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß der Weg in den Atomstaat — in unserem Interesse und im Interesse der „Dritten Welt“ — gestoppt werden muß!

Aktion gegen die Lagerung des »Otto Hahn« Reaktor-Druckbehälter



Am 24.6.81 fand der Transport des Reaktor-Druckbehälters der „Otto Hahn“ (atomgetriebenes Fracht- und Forschungsschiff — jetzt abgewrackt) vom Geesthachter Hafen zum Gelände der GKSS statt. Ca. 300 Umweltschützer beabsichtigten, durch einen spontanen Sitzstreik, den Transport zeitweise aufzuhalten und dadurch ihrem Protest Nachdruck zu verleihen.

Die inzwischen in der Öffentlichkeit diskutierten Befürchtungen der AKW-Gegner richteten sich gegen die beabsichtigte Endlagerung des Reaktor-Druckbehälters in Krümmel. Für den Reaktor-Druckbehälter wurde auf dem Gelände der GKSS ein ausbetoniertes Loch mit überdachter Lagerhalle geschaffen. Die Bedenken der Umweltschützer konnten durch die GKSS nicht entkräftet werden, da dort weder technische noch finanzielle Mittel für Forschungsvorhaben zur Verfügung stehen.

Mit einer, für Geesthachter Verhältnisse, bis daher nicht bekannten

Brutalität, gingen 200—300 Polizisten gegen die Demonstranten vor.

Trotz des friedlichen Verhaltens der Demonstranten setzten die Polizisten Schlagstöcke ein und nahmen gezielte Festnahmen vor. Unter dauernder Gewaltanwendung trieb die Polizei die Demonstranten vor sich her. 20 Personen wurden vorläufig festgenommen und mehrere Stunden an einem geheimen Ort in Geesthacht festgehalten. Anwälte und Angehörige bekamen keine Auskunft über den Verbleib der Festgenommenen.

Nachdem der Transport des Reaktor-Druckbehälters die Demonstranten passiert hatte, sammelten sich die Demonstranten und zogen gemeinsam zur Geesthachter Polizeiwache. Dort forderten sie die Freilassung der Inhaftierten. Gegen 23.30 Uhr, nach mehreren Stunden, wurden alle Festgenommenen freigelassen.

3 Mitglieder des Koordinationsausschusses zur Krümmel-Demo

5.000 Demonstranten gegen das Krümmelmonster

Am 27.6. beteiligten sich 5000 Demonstranten an der Demonstration gegen das AKW Krümmel, zu der über 45 BIs und Organisationen aufgerufen hatten. Dies war die bisher größte Demonstration gegen die Inbetriebnahme des AKW. Seit dem 13. Mai war diese Demo vorbereitet worden. Die BIs sehen diese Demo als erfolgversprechenden Auftakt an für weitere Aktionen des Widerstandes — bis hin zu einer Groß-Demonstration gegen das AKW und die Atommülldeponie im Tesperhude-Grünhof im Herbst dieses Jahres (Zitat Pressemitteilung des Koordinationsausschusses nach der Demo vom 27.6.).

Begleitet wurde diese Demonstration mit den schon fast üblichen Auflagen von Seiten der Behörden. So wurde die ursprüngliche Route — die am AKW vorbeigang — verboten. Es wurde der Demo-Leitung empfohlen, doch auf den Elbwiesen ca. 500 m vom AKW entfernt die Abschlußkundgebung abzuhalten. Diese „Empfehlung“ wurde abgelehnt und man bestand darauf, die Kundgebung so nah wie möglich am AKW stattfinden zu lassen. In der Woche vor der Demo wurde dann die Befestigung des AKW verstärkt — so wurde ein Zaun vom AKW-Gelände quer über die Elbuferstraße gezogen. Um zu verhindern, daß Fahrzeuge bis an den Zaun vordringen können, war die Straße ca. 40 Meter davor durch Betonklötze gesperrt worden.

Die Demo selbst wurde geprägt durch zahlreiche Fahrradfahrer. Von Bergedorf aus war eine ca. 600 Menschen starke Fahrraddemo nach Krümmel aufgebrochen. Unterwegs gab es dann zwei kleinere Zwischenfälle mit völlig unbeherrschbaren Autofahrern, die aber die gute Stimmung nicht dämpfen konnten. In Geesthacht formierte sich der Zug der Demonstranten. In der Innenstadt wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten, auf der auch ein Mitglied der BI Geesthacht sprach und die Ängste und Sorgen der Menschen in Geesthacht zum Ausdruck brachte.

Danach ging es dann mit Elan in Richtung AKW Krümmel. Die Abschlußkundgebung wurde direkt an der Absperrung durchgeführt. Hier wurde die Vielfältigkeit der Anti-AKW-Bewegung demonstriert. Während ein Teil der AKW-Gegner schnellstens dazu überging, den Zaun und die sich dahinter befindlichen Wasserwerfer zu bearbeiten, sahen andere interessiert dem Treiben zu und/oder griffen ein. Direkt daneben lauschten andere Interessierte den Rednern.



Der offizielle Anmelder der Demo (Mitglied der BI Geesthacht) versuchte in seinem Sinne den Ablauf der Kundgebung zu bestimmen. Nachdem seine Aufrufe durch den Lautsprecher — das Gelände vor dem Zaun zu verlassen — keinen Erfolg hatten, erklärte er kurzerhand die Kundgebung für beendet. Nicht nur, daß hier völlig selbstherrlich und ohne Diskussion mit den Vertretern der anderen BIs entschieden wurde. Nein, man wollte auch eine politische Distanzierung von den AKW-Gegnern am Zaun erreichen. Dieser Versuch wurde in einer kurzen Rede von einem Mitglied der BI Bergedorf zurückgewiesen. Er rief dazu auf, die Kundgebung wie geplant weiter fortzuführen, was dann auch geschah.

Daß die Kundgebung doch etwas

früher enden mußte, lag an den Fortschritten, die am Zaun gemacht wurden. Gleichzeitig tauchten Zivilisten mit Hunden am Rand der Kundgebung auf und in einer Seitenstraße formierten sich Hundertschaften, um der Demo den Rückweg abzuschneiden. Daraufhin entschloß man sich, geschlossen in Richtung Geesthacht abzuziehen.

Auf dieser von uns als Initialzündung verstandenen Demonstration hat sich gezeigt, daß es möglich ist, die verschiedenen Formen des Widerstandes unter „einen Hut“ zu bekommen. In diesem Sinne werden wir weitermachen! (aus der Pressekklärung)

Dem ist nichts hinzuzufügen!

KB Bergedorf

Aktion sauberes Frankfurt

Seit langer Zeit wurde in Frankfurt wieder mal ein Haus besetzt. Das ausgewählte Objekt war der Musikantenweg 4, im Frankfurter Nordend. Dort zogen am 20. Juni um 3 Uhr nachts zwölf Besetzer ein. Gegen Mittag rückten dann 200 Helfer vom Flohmarkt und aus der Nachbarschaft an, um das Haus erstmalig vom Müll zu säubern und zügig mit Streicharbeiten zu beginnen. Grund der Besetzung ist die katastrophale Wohnungsnot in Frankfurt, wo es für Wohngemeinschaften, kinderreiche Familien und Ausländer ausichtslos ist, eine Wohnung zu finden. Außerdem lehnten die Besetzer ab, sich und ihre Wohnbedürfnisse Vermietern gegenüber zu verweigern. Die Besetzer wollten sich Wohnbedingungen nicht länger von Immobilienhaltern und Spekulanten diktieren lassen. Um für das Haus möglichst schnell einen Nutzungsvertrag zu kriegen, setzten sie sich mit ihrem Anwalt zusammen und schickten einen Entwurf für einen Nutzungsvertrag an das Züricher Postfach des Hausbesitzers. Dieser, A. Fränkel, läßt das Haus seit Januar 1978 verrotten. Zuvor hatte er dort noch 54 Ausländer einquartiert, um möglichst viel Geld rauszuholen, was die Behörden allerdings mit einer Schließung aus Hygienegründen bockten. Danach gab es eine Reihe mysteriöser Wasserrohrbrüche. Das Haus verkam immer mehr zur Ruine, worüber sich die Nachbarschaft empörte.

Als im April 1980 19 Leute das Haus instandbesetzen wollten, hatte es A. Fränkel plötzlich sehr eilig; mit der Begründung, die Vandalen hätten sein Haus in Schutt und Asche gelegt, ließ er noch am gleichen Mittag räumen. Um sich den traurigen Anblick von Schutt und Asche zu ersparen, setzte sich der 76jährige in ein Schweizer Altersheim ab.

Am 22.6.81, morgens um 6 Uhr, wurden nun die neuen Besetzer sehr unzufrieden gewinkt. Mit Äxten bewaffnet verschaffte sich die Polizei Zutritt in das Haus. Vorab jeglicher Verständigung mit dem Eigentümer wurde das Haus geräumt. Auf Hinweis des Rechtsanwaltes, daß dies völlig unrechtmäßig sei, antwortete Polizeipräsident Gerner: „Aus Erfahrung mit A. Fränkel wissen wir, daß er keine Besetzung duldet“ („FR“, 23.6.81). Weiter meint Gerner: „Bei einer Gefahr für die Rechtsordnung sind wir nach eigenem Ermessen befugt, die Gefahr zu beseitigen.“ Mit dieser Begründung wurde jedoch nicht nur das Haus geräumt, sondern die Leute wurden auch noch in Polizeigewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Da ist natürlich die Kriminalisierung auch nicht weit: Angeblich vorgefundene Steine in einem Rucksack und in einem Eimer sowie angeblich sicher gestellte Steinschleudern, Totschläger und Molotowcocktails wurden als Beweismittel genommen.

Um die Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Verstoß gegen das Waffengesetz einzuleiten. Aus Protest gegen die Räumung und Kriminalisierung demonstrierten am selben Abend ca. 250 Leute durchs Nordend, wobei Parolen gesprüht, Scheiben eingeworfen und angeblich Autos beschädigt wurden. Feindschändung wurde ein linkes Anwaltsbüro getroffen; außerdem

fragen wir uns, ob die Auswahl von Einzelhandelsgeschäften sinnvoll war. Nach Angaben der Polizei sind die „bedauernswerten Beamten“ wieder stark in Mitleidenschaft gezogen worden, nicht besser soll es ihren fahrbaren Untersätzen ergangen sein. Mit Knütteln und Leuchtkegeln seien sie drangsaliert worden, worauf zwei Beamte dann schnell dabe waren, ihre Dienstwaffen zu ziehen. Zwei Frauen wurden festgenommen. Ihnen wird nun „Beschädigung von Kraftfahrzeugen“ angehängt.

„Die Wohnungsnot systematisch angehen ...“

will die Stadt Frankfurt, damit nicht noch mehr Leute auf die Idee kommen, Häuser zu besetzen, und damit Sympathien für Hausbesetzungen in der Bevölkerung keine Kreise ziehen. So hat der Magistrat den Planungsdezernenten H. Köppers aufgefordert, den baulichen Zustand der leerstehenden Häuser zu ermitteln; weiter hofft man dann auf die Eigeninitiative der Hauseigentümer! So wurde auch A. Fränkel ein Modernisierungsvorschlag von der Stadt gemacht, beziffert auf eine halbe Million DM, wofür er natürlich auch öffentliche Gelder in Anspruch nehmen könnte. Fränkel sah sich dazu finanziell nicht in der Lage, woraufhin die Stadt sich nun überlegt, das Haus zu kaufen.

Frankfurt den anständigen Deutschen!

In einem Artikel der „FAZ“ vom 22.6. wird beklagt, daß in Frankfurt nun schon 130.000 Menschen ausländischer Nationalitäten leben, während die Deutschen (wohl die besser verdienenden) in den Tausen abwandern würden. Mit Schrecken sehen die Stadtväter Frankfurt schon als Ausländerstadt, die Deutschen würden weiter abnehmen, die Ausländer bei „einem Geburtenüberschuß von 2.000 Ausländerkindern im Jahr“ an Zahl zunehmen. Diese Entwicklung muß natürlich schnellstens gestoppt werden. Nach Einschätzung Köppers' werde die Anzahl der Arbeitsplätze im produzierenden Bereich in Zukunft abnehmen, die im sogenannten tertiären Bereich (Banken, Versicherungen ...) — Arbeitsplätze für hochqualifizierte Leute — dagegen zunehmen. „Diese Leute kommen in der Regel nicht aus dem Kreis der Gastarbeiter, und, was weiter zu bedenken ist, sie stellen meist hohe Ansprüche an den Wohn- und den Freizeitwert einer Stadt. Man müsse die Stadt eben „sanieren, daß die Heide wecket“, folgert der Planungsdezernent.“

Die Frage, wo die Ausländer verbleiben sollen, wird in dem Artikel nicht beantwortet. Währenddessen schreiten die Stadtväter jedoch eilig voran, die Frankfurter Wohnverhältnisse den Ansprüchen der „deutschen Elite“ (und natürlich denen der Haus- und Grundeigentümer!) anzupassen, wozu auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gehört. Wer auf der Strecke bleibt, sind Ausländer, Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien, Wohngemeinschaften ...

Zwei Frankfurter Gemeinderäte

»Noch mehr Trecker als in Gorleben«



Am 19.6. fand in Wethen eine regionale Treckerdemonstration statt.

Schon Ende Januar hatte auf einer Veranstaltung in Volkmar ein Bauer aus dem Publikum die Wissenschaftler des ausschließlich mit Befürwortern besetzten Podiums unter Anspielung auf Gorleben gefragt: „Glauben Sie, daß es bei uns weniger Trecker gibt?“ Leider blieben die Wissenschaftler hierauf bis heute eine Antwort schuldig. Folglich mußten die Bauern die Frage jetzt selbst beantworten: Mehr als 500 Traktoren behängt mit Transparenten kamen auf der Demonstration zusammen und es wurden mehr als 3000 Teilnehmer gezählt. Auf der Kundgebung sahe dem geplanten Standort forderten die Bauern „Mitspracherecht über die Landschaft“ und sprachen sich zugleich gegen „den totalen Atomstaat“ aus. In einer Resolution an die hessische Landesregierung kündigten sie an, „mit allen“ ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die WAA Widerstand zu leisten.

Nicht vergessen

Ein wichtiges Vorbereitungstreffen für die geplante Großaktion in Gorleben (s. AK 204) wird am 11. Juli ab 14 Uhr in Hannover, Jugendzentrum Kornstraße stattfinden (Kornstr. 3, Tel.: 0511/715032).

Nachdem am 29.6. zum erwarteten Baubeginn des Zwischenlagers bereits einige Hundertschaften aufmarschiert waren, machte im letzten Augenblick der Landkreis Lüneburg-Dannenberg einen Rückzieher und erklärte, nun doch die gerichtliche Entscheidung über eine von Lüneburg-Dannenberg veranlaßte einstweilige Anordnung abwarten zu wollen. Ziel dieser kleine Atempause ist es, die aufgeheizte Stimmung im Landkreis ein wenig zu dämpfen.

Die Vermutungen, bis wann das Stader Verwaltungsgericht über die einstweilige Anordnung entschieden hat, schwanken zwischen 2 bis maximal 4 Wochen. Dies kann gewiß kein Grund sein, die angelaufenen Vorbereitungen für die Großaktion zu bremsen. Alles Nähere wird jedoch am 11.7. geklärt werden.

Beim Bau der WAA in Hessen darf man die Bürger nicht vergessen

1000 gegen Atommülllager im Schacht Konrad und Asse II

Am 27.6. demonstrierten rund 1000 AKW-Gegner aus Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg in Salzgitter Bleckenstedt, 500 Meter vom Schacht Konrad entfernt und protestierten gegen das geplante Lager für radioaktive Stoffe und das atomare Endlager in Asse (Wolfenbüttel). Die Demonstration zog dann zum Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt, vor dem ein 12 Meter hoher Holzturm (Schachtförderer) aufgebaut wurde, der symbolisieren sollte, daß die Demonstranten den

Ratschergen am liebsten gleich den ganzen Schacht vor die Tür gestellt hätten.

Für die BI Lüneburg-Dannenberg berichtete Lilj Wollay auf der Abschlußkundgebung vom Kampf gegen „ihre“ Atomlager.

Am 5.7. findet ein Nachbereitungstreffen statt, auf dem über das weitere Vorgehen nach diesem gelungenen Auftakt beraten werden soll.

Nach einem Bericht eines Wolfenburger Genossen

Frankfurt

Überfall auf Indercity

Am 20.6. abends um 23.00 Uhr überfielen ca. 30 bis 40 Leute mit Knütteln und Molotowcocktails das besetzte Gelände des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerkes, „Indercity“, im Frankfurter Stadtteil Nied (siehe AK 202). Dabei gab es mehrere Verletzte und zwei Autos wurden in Brand gesteckt. Glücklicherweise konnten die Angreifer abgewehrt werden, so daß nicht noch größere Schäden entstanden. Trotzdem hinterließen sie eine ganze Reihe von Verwüstungen.

Während die Polizei natürlich gleich von „unpolitischen“ Jugendschlägereien sprach, erklärten die Besetzer, von Nazis überfallen worden

zu sein. Die Polizeiversion wurde auch von so ziemlich der gesamten Nieder Jugend verbreitet. Danach seien am Abend des 19.6. vor der Gaststätte „Zum Rosengarten“ neun oder zehn der Besetzer aufgetaucht und hätten ohne irgendeinen Grund drei „harmlose“ Jugendliche mit Baseballschlägern zusammengeschlagen. Einer dieser drei war gerade aus dem Krankenhaus gekommen und mußte auch gleich wieder eingeliefert werden. Daraufhin seien am nächsten Tag Leute aus mehreren Stadtteilen zusammengetrommelt worden, um einen „Gegenschlag“ gegen „Indercity“ zu führen.

Während sich die mehr oder weni-

Jugendzentrum statt Ordnungsamt

In der niederrheinischen Kleinstadt Geldern (ca. 10 km östlich der niederländischen Grenze) haben ca. 20 Leute ein ehemaliges Ordnungsamt besetzt. Das Haus soll abgerissen und auf dem Gelände ein Supermarkt errichtet werden.

Mit ihrer Aktion wollen die Besetzer auf ihre Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum aufmerksam machen und außerdem das Haus erhalten. Wie der Stadtdirektor erklärte, soll das Haus abge-

rissen werden, unabhängig davon, ob eine Neubaugenehmigung vorliegt oder nicht. Diese ist erst für August/September in Sicht. Aus der Tatsache, daß ein Niederländer unter den Besetzern ist, konstruierte die Lokalpresse gleich eine „Kraker-Invasion“.

Der private Vermieter, dem das Haus gehört, hat bisher noch keine Erlaubnis zur Räumung erteilt, da er die Abbruchgenehmigung von der Bewilligung des Neubaus abhängig macht. Ein AK-Leser aus Moers

Fortsetzung von vorheriger Seite

ger fortschrittlichen Jugendlichen aus dem Nied mit der Version der unpolitischen Schlägerei begnügten, kam es bei anderen (darunter Nazis) zu einer richtigen Euphorie über diese Aktion. Endlich sei „den Kommunisten“ mal ein ausgewechselt worden. Eigentlich ist diese Euphorie schon fast als Fegromatierung gegen WG's, Langhaarige, Kommunisten. Schon dadurch wird die Behauptung von einer „unpolitischen“ Schlägerei sehr fragwürdig. Was aber bei einem Blick hinter die Kulissen alles auftaucht, wird er liegt eindeutig diese Version:

Zunächst wurden nicht etwa „harmlose Jugendliche“ verprügelt, sondern im Stadteil bekannte und brutale Schläger, die ihren Treffpunkt im „Rosengarten“ haben. Sie bekamen die Hücke auch nicht ohne Grund vollgehauen: Vorher wurden auf dem besetzten Gelände nämlich Schoten eingeschossen. Die Täter konnten bis zum „Rosengarten“ verfolgt werden (es war übrigens nicht das erste Mal, daß Leute auf dem Gelände provoziert. So waren z. B. an Ostern Rocker aufgetaucht und hatten ein Transparent angezündet). Daß bei den Auseinandersetzungen vor

Ostern Rocker aufgetaucht und hatten ein Transparent angezündet). Daß bei den Auseinandersetzungen vor der Kneipe vielleicht auch „Unbeteiligte“ was abbekamen, ist bedauerlich, aber aus der Situation heraus doch entschuldigbar. Auf keinen Fall läßt sich nur durch diesen Vorfall der äußerst brutale „Gegenschlag“ gegen „Indercity“ erklären oder gar rechtfertigen.

Vielmehr deutet alles darauf hin, daß für diese Aktion ein guter Vorwand gesucht, vielleicht sogar provoziert wurde.

Bereits Tage vor dem Überfall „besuchte“ Dieter Sporleder sowie Helge Blanche die Nieder Besetzer, um, wie man heute getrost annehmen kann, das Gelände zu sondieren und die Situation auszubaldern. Beide sind stadtbekannte Nazis, die den frankfurter Antifaschisten schon des Öfteren Übel aufgetrieben sind, ebenso wie Klaus-Peter Thomas (der im Nied wohnt) und Alfred Hagedorn, die bei dem Überfall identifiziert werden konnten (beide waren, wie auch Sporleder, bereits im Januar 1980 an der berühmtesten Nazi-Schlägerei an der Katharinenkirche beteiligt, damals unter Führung von Frank Schubert). Offenbar hatten Thomas und Alfred Hagedorn bei dem Angriff auf das „Freiland Indercity“ führende Funktionen.

Auch wie die Aktion ausgeführt wurde, deutet auf trainierte führende Köpfe hin – oder seit wann basteln „normale“ Schläger Molli's und greifen fast militärisch an?

Außerdem steht fest, daß nur die Rechtsradikalen einen Nutzen aus der ganzen Sache ziehen. Die jetzt auf einmal unter Nieder Jugendlichen hochkommende Stimmung ist der ideale Nährboden für Rassismus, Antikommunismus und, im Endeffekt, für den Neonazismus. Seit den Auseinandersetzungen nehmen im Nied die Pöbeleien gegen Linke oder Langhaarige schlagartig zu, ja, sogar normale Radfahrer/innen werden nicht als „Kommunistenschweine“ beschimpft und bedroht.

Leider kann man/frau aber auch die Besetzer nicht von jeder Schuld für diese Stimmung „freisprechen“. Hätten diese anfänglich noch eine zinnlich gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet (siehe AK 202), so zogen sie sich in letzter Zeit immer mehr auf ihren engen Kreis zurück. Besucher wurden teilweise recht übel als „Wochenredtouristen“ o. ä. angemacht oder bekamen die neuen „Besitzverhältnisse“ recht eindrücklich klargemacht (was habt ihr denn hier zu suchen? Macht ihr dieses und jenes überhaupt mit uns abgesprochen etc.). Deshalb sind viele, die diese Erfahrungen machen mußten, nun auch für die Heiße empfindlich. Dazu kommt noch, daß die früheren Provokationen gegen „Indercity“ nie öffentlich

gemacht wurden, so daß nun, wenn die Besetzer mal zurückschlagen, alle Welt meint, diese hätten den Stunk angefangen, wodurch sich instinktiv die Stimmung erstmal gegen sie wendet.

Hätten sich die „Indercity“-Leute nicht selbst so isoliert, und zwar nicht nur im Nied, sondern auch bei vielen Linken, dann wäre eine so flache Stimmungsmache auch gar nicht möglich.

Inzwischen ist im Stadteil auch allgemein bekannt, daß ein weiterer „Rachefeldzug“ gegen die Besetzer geplant ist. Man habe, so verlautet aus Schlägerkreisen, beim ersten Mal „verloren“. Allerdings sind ein paar Leute, die beim „ersten Mal“ dabei waren, inzwischen ausgestiegen. Diese Leute hatten, wie andere auch, leichtgläubig mit draufgehauen, ohne den Hintergrund überhaupt zu kennen. Jetzt allerdings wird es ihnen zu heiß, daß Molli's gebaut werden und ganz unversehens die Parole ausgeht: „Beim nächsten Mal gibt es Tote“. Außerdem ist ihnen klargeworden, daß sich die „unpolitischen“ Schläger jetzt ganz bewußt mit Nazis verbünden, mit denen die Leute, die ausgestiegen sind, nicht in einen Topf geworfen werden wollen.

Man/frau kann beim momentanen Stand der Dinge von folgendem ausgehen: Die meisten der „Indercity“-Angriffe waren keine harten Nazis, sind aber zumindest „beeindruckt“ von deren „Schlagkraft“ und identifizieren sich mittlerweile teilweise mit deren Parolen („Schleiß-Kommunisten“ etc.). Die Faschisten haben offensichtlich bereits eine Wählerarbeit im Stadteil geleistet, deren Auswirkungen erst jetzt sichtbar werden, indem sich Jugendliche, die eigentlich unpolitisch sind, gemeinsam mit den Nazis brüsten, es den Linken mal gezeigt zu haben.

– So gibt es seit einigen Monaten eine HJ-Nied, deren Gründer bzw. Anführer, Dieter Köllner und Klaus-Peter Thomas (s. o.), auf die Griesheimer Gesamtschule gehen, von welcher schon des Öfteren über Naziumtriebe berichtet wurde.

– Nazischmiedereien tauchen in letzter Zeit massiv auf, teilweise mit HJ-N unterzeichnet.

– Mitglieder der HJ-Nied provozieren seit einiger Zeit regelmäßig eine WG, indem sie nachts vor deren Fenstern Lieder gröhlen und in wildes „Heil“-Geschrei ausbrechen. Dabei ist gelegentlich auch mindestens einer beteiligt, der auch zur Schlägerszene im „Rosengarten“ gehört.

Anscheinend versuchen die Neonazis in letzter Zeit verstärkt, in Rocker- und Schlägerkreise einzusickern und sich dadurch eine neue und vor allem schlagkräftige Anhängerschaft zu erschließen. Solche Beispiele gibt es auch in Kronberg im Taunus, wo mehrere WSGler eine Rockergruppe für ihre Interessen einspannen konnten und sie gemeinsam alles, was nach „links“ aussah, terrorisierten. Auch auf dem frankfurter Flohmarkt tauchten, im Zusammenhang mit der Bullenheute auf alles, was „punkig“ aussieht, seit längerer Zeit wieder mal Nazis auf – in Begleitung einer Rockerbande! Offensichtlich wollten sie sich als Ordnungsmacht profilieren.

Zu guter Letzt profitieren natürlich auch die Besitzer des Eisenbahnausbesserungswerkes von den Vorfällen im Nied. Entweder ziehen die Besetzer nämlich nach und nach von selbst aus, weil sie den Zoff nicht aushalten, oder die Polizei nimmt die Schlägereien als Vorwand zur Räumung. Die Generalprobe dafür fand zwei Tage nach den erwähnten Ereignissen statt, als im Morgengrauen mehrere Hundertschaften aufgeboden wurden, um die Personalien von 23 (1) Besetzern festzustellen.

Es ist schon erstaunlich (oder auch nicht), wie ähnlich die Vorgehensweise von Nazis, Schlägern und Bullen sind.

KB/Gruppe Frankfurt

Bochum:

Massenverhaftungen und Prügelorgie

Jetzt ist auch Bochums SPD-Oberbürgermeister auf der Suche nach dem Dialog mit der kritischen Jugend flüchtig geworden. Erst ließ er durch seine Bullen 130 Hausbesetzer festnehmen, und nur eine Woche später betrat er die erneut gegen Hausbesetzer und ließ den Knüppel sprechen. Diesmal hatte er nur das Pech, daß der WDR dabei war und über die Ereignisse berichtet, wie sie sich tatsächlich abgespielt hatten. Am 26.6. versammelten sich etwa 500 Leute vor einer leerstehenden Fabrik an der Uni-Straße, um sie zu besetzen. „An der Fabrik angekommen, erwartete uns ein großes Polizeiaufgebot. Wir versammelten uns vor der Fabrik, um zu beraten. Der FDP-Stadtrat Reneese teilte uns mit, daß der Oberstadtdirektor bald kommen würde. Während wir warteten, griff die Polizei fünf Leute aus unserer Mitte heraus und nahm sie fest. Als nach einer Stunde noch niemand gekommen war, beschlossen wir, gemeinsam zum Polizeipräsidium zu gehen, um auf die Freilassung der Festgenommenen zu drängen. Herr Reneese bestätigte uns in unserer Absicht und versprach, sein Möglichstes für die Freilassung zu tun. Am Präsidium angekommen, kam alles ganz anders als erwartet: Als die herbeigerufenen Anwälte sich nach dem Verbleib der Festgenommenen erkundigten, wurden sie kurzerhand vor die Tür gesetzt: aus polizeibürokratischen Gründen sei man nicht zur Auskunft verpflichtet. Damit kamen die Anwälte aus dem Präsidium heraus. Durch das Megafon wurde dieses Ergebnis be-

kanntgegeben. In diesem Augenblick stürmte ein Trupp Polizisten vor und schlug mit Knüppeln auf die Sprechenden und die nächststehenden Demonstranten ein. Dann trieben sie uns alle die Straße hinunter, wobei sie knüppelten und die chemische Keule auf uns abschossen. Wir hatten Angst und liefen die Straße Richtung Innenstadt hinunter. Im Blickfeld der WDR-Kamerateams ließ die Polizei von uns ab. Viele von uns hatten Augenverletzungen davongetragen, die wir im Schutze der Fernsehkamera notversorgen konnten. Doch es war nur eine kurze Atempause. Wenig später griff die Polizei wieder ein. Angst- und wut erfüllt flüchteten wir in die Innenstadt. Diejenigen, die von der Polizei eingeholt werden konnten, wurden zusammengeschlagen und festgenommen, selbst mit bereits Verletzten wurde genauso verfahren. Wir können nicht die Zahl der Festgenommenen oder Verletzten genau angeben, wir wissen aber, daß sich wenigstens vier von uns im Krankenhaus befinden“. (Flugblatt der Hausbesetzer)

Diese auch vom WDR verbreitete Darstellung der Geschehnisse hat zwar bei der Polizei und dem Innenminister zu scharfsten Protesten geführt, hat aber auch gleichzeitig die verantwortlichen Politiker Bochums in arge Verlegenheit gebracht. Denn es war ja gerade erst eine Woche her, daß sich die Herrschaften des ersten Börsen geleistet hatten. Völlig überraschend hatten sie eine von vielen Jugendlichen besetzte und zu einem Kulturzentrum hergerichtete Fabrik räumen und postwendend abrei-

lassen. Dabei waren 130 Besetzer verhaftet worden.

Nun ist im Rathaus ein einmaliges Treiben ausgebrochen, um den rülperten Ruf wieder aufzupollern. Krampfhaft wird darüber nachgedacht, wie am besten wieder an die Jugendlichen heranzukommen ist. Die Fortsetzung des Konfliktes ist allerdings schon vorprogrammiert. Am Tag nach der Prügelorgie gelang es den Jugendlichen doch noch, das Fabrikgebäude an der Uni-Straße zu besetzen und mit der Einrichtung eines autonomen Kulturzentrums zu beginnen. Prompt forderte die Stadt die Besetzer auf, das Gebäude bis zum 31. Juli zu räumen...

Letzte Meldung:

Weil die von der Bewegung aufgestellten Forderungen „Für ein autonomes Jugendzentrum“ und „Zurücknahme aller Strafanträge und Ermittlungsverfahren“ nach wie vor nicht erfüllt sind, planen am 4.7. zwischen 2.000 und 2.500 Menschen in Bochum auf die Straße.

Wohnungskampfkolonne



Vollversammlung der Jugendlichen, die für ein autonomes Zentrum eintreten, im Innenhof des Schienenbahnhofs



Grundlos und ohne Vorwarnung prügeln Bullen auf Demonstranten vom Polizeipräsidium ein, als diese die Freilassung von Festgenommenen verlangen

3.000 beim Hausbesetzerfestival in Nürnberg

Rock gegen § 129 (a)



Mit ca. 3000 Leuten, starker Musik von 12 Gruppen (von bundesweit bekannten wie Straßenjungs bis zu diversen Lokalmatadoren), duffter Stimmung, Demo mit 2000 Leuten zum Knast, Frisbeemeisterschaft, Lagerfeuerromantik und einigen Arbeitsgruppen, war das „Internationale Hausbesetzerfestival“ in Nürnberg (vom 26. - 28.6.) eine schöne Sache.

Das wesentliche Ziel des Hausbesetzerfestivals war die politische und materielle Solidarität mit den seit über drei Monaten gefangenen Hausbesetzern der Roritzerstraße in Nürnberg. Außerdem sollte auf dem Festival nicht nur Musik laufen, sondern auch die inhaltliche Diskussion innerhalb der Häuserkampf-Bewegung geführt werden. Die Idee zu diesem Festival kam zustande, als bekannt wurde, daß die Stadt Nürnberg als Nachgeplänkkel zum 5. März (dem Tag der Massenverhaftung) durch einen „Dialog mit der Jugend“ wieder Brücken schlagen wollte, wobei prompt die Instandbesetzer vom „Dialog“ wieder ausgeladen wurden. So ganz nebenbei wurden den Organisatoren des Festivals jede Menge Schwierigkeiten bei der Durchführung des Festivals gemacht. Das Nürnberger Ordnungsamt intervenierte bei der Stadt Fürth, wo-

mit ca. 3000 Leuten, starker Musik von 12 Gruppen (von bundesweit bekannten wie Straßenjungs bis zu diversen Lokalmatadoren), duffter Stimmung, Demo mit 2000 Leuten zum Knast, Frisbeemeisterschaft, Lagerfeuerromantik und einigen Arbeitsgruppen, war das „Internationale Hausbesetzerfestival“ in Nürnberg (vom 26. - 28.6.) eine schöne Sache.

Das wesentliche Ziel des Hausbesetzerfestivals war die politische und materielle Solidarität mit den seit über drei Monaten gefangenen Hausbesetzern der Roritzerstraße in Nürnberg. Außerdem sollte auf dem Festival nicht nur Musik laufen, sondern auch die inhaltliche Diskussion innerhalb der Häuserkampf-Bewegung geführt werden. Die Idee zu diesem Festival kam zustande, als bekannt wurde, daß die Stadt Nürnberg als Nachgeplänkkel zum 5. März (dem Tag der Massenverhaftung) durch einen „Dialog mit der Jugend“ wieder Brücken schlagen wollte, wobei prompt die Instandbesetzer vom „Dialog“ wieder ausgeladen wurden. So ganz nebenbei wurden den Organisatoren des Festivals jede Menge Schwierigkeiten bei der Durchführung des Festivals gemacht. Das Nürnberger Ordnungsamt intervenierte bei der Stadt Fürth, wo-

Aktion Bunter Knast

Leider war es wegen der hektischen Festivalvorbereitung nicht möglich, eine Demo von vornherein zum festen Bestandteil des Festivals zu machen, für die in Nürnberg sicherlich auch noch andere Kräfte außerhalb der engeren Hausbesetzerzone mobilisiert hätten. So wurde es halt eine „Spontandemo“ als die Stimmung nach CHECKPOINT CHARLY Samstag Nacht auf dem Höhepunkt war. Knapp 2000 Leute machten sich auf den Weg zum nahegelegenen Knast, dessen Außenmauern mit bunten Parolen verschönert wurden, und

Überlegungen bestehen, die Amnestieforderung für Häuserkämpfer und Sympis zu stellen. Auch die Nürnberger Initiative hat sich erst nach wochenlangem Zögern dazu entschlossen, den Amnestieaufruf zu verbreiten. In der Szene ist der Aufruf umstritten, so recht begeistern kann sich niemand. Entscheidend für eine Amnestiekampagne in Bayern kann so wieso nur sein, wie hoch der Grad der Öffentlichkeit ist, der damit hergestellt werden kann, denn an eine echte Amnestie ist nicht zu denken. Die müßte immerhin von STRAUSS unterschrieben werden, und wer glaubt ernsthaft dran?

Die Nürnberger Amnestie-Initiative versteht sich als Anstoß und nicht als Ergebnis einer Instandbesetzerpolitik. Hierüber wären auch noch bundesweite Zusammenhänge herzustellen.

In der AG zum § 129 (a) wurden Berichte über die Kriminalisierung von Häuserkämpfern aus den verschiedenen Städten gegeben. Es wurde festgestellt, daß die Staatsgewalt zwar überall versucht, die Bewegung zu zerschlagen, daß sie aber in den verschiedensten Städten noch recht unterschiedlich vorgeht, vor allem, was derzeit die Anwendung des § 129 (a) betrifft.

Ergebnis dieser eindrucksvollen Berichte war eine Stimmung, gegen die sich verstärkende Kriminalisierung der Instandbesetzer gezielter vorzugehen, denn die Anwendung des § 129 bedeutet eine neue Qualität staatlicher Repression.

So wurde vorgeschlagen, die überregionale Diskussion über Gegenstrategien zur Kriminalisierung auszubauen und speziell gegen den § 129 eine bundesweite Kampagne anzuleiten. Voraussetzung dafür ist aber ein genauer Überblick über die Kriminalisierung durch den § 129. Es wurde festgestellt, daß noch nicht mal in allen Städten kontinuierlich Ermittlungsausschüsse arbeiten, dies ist bundesweit anzustreben. Über die lokalen Dokumentationen und Broschüren hinaus wäre eine zentrale Doku zum § 129 eine gute Voraussetzung für die bundesweite Kampagne gegen den 129er, die in lokalen Aktionstagen aber auch in Form von zentralen Aktionen angepackt werden könnte. Voraussetzung für eine zentrale Doku ist, daß überall Berichte dazu verfaßt werden. Sie können gesammelt werden an: Wolfgang Gröner, Solzbeckerstr. 45, 8500 Nürnberg. Später sollte sich, so der Vorschlag, ein bundesweiter Ausschuss zur Erstellung der Doku bilden.

Das Hausbesetzerfestival in Nürnberg endete am Sonntag, den 28.6. abends mit der Ankündigung, daß bereits

die Vorbereitungen für ein zweites, vielleicht größeres Festival im Herbst laufen, da davon ausgegangen wird, daß bis dahin längst nicht alle Häuserkämpfer aus dem Knast sind.

Nürnberg nach dem großen Schlag - Das juristische Nachspiel

Vier Monate nach den Massenverhaftungen von Nürnberg hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage gegen 82 der 141 Festgenommenen erhoben. Dabei erdreistet sie sich nicht nur, den Anschein zu erwecken, allein bei einer „gewalttätigen“ Demo dabei zu sein, sei schwerer Landfriedensbruch. Das würde nämlich zuerst die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagrafen erfordern. Sondern sie stellt die restlichen 59 Personen, gegen die nicht Anklage erhoben wird, auch als Straftäter dar, gegen die nur deshalb nicht Anklage erhoben wird, weil die Betroffenen „trotz fortbestehenden Tatverdachts nicht mit der für eine Anklage ausreichenden

den Sicherheit überführt werden konnten.“

Hier geht es nicht mehr um Recht und Gerechtigkeit, sondern um die nachträglich auch durch die Justiz zu untermauernde Rechtfertigung der breit kritisierten Massenverhaftung gegenüber der Öffentlichkeit.

Der Ablauf des Prozesses, der jetzt möglicherweise in der Sommerpause durchgezogen werden sollen, läßt das Schlimmste befürchten. In einem „Vorprozeß“ wurde bereits eine Entlastungszeugin wegen angeblichen Meineids verurteilt, aufgrund der Aussage eines Spitzels, der selbst nicht auftreten durfte, weil sonst die Interessen des Freistaats und der BRD gefährdet seien. Zeugen der Verteidigung wurde angedroht, sie umgehend im Gerichtssaal verhaften zu lassen, was bei einem anderen Demo-Prozeß auch praktiziert wurde. Wir können nur hoffen, daß sich nicht alle Zeugen einschüchtern lassen.

Freiheit für alle, sonst gibts Krawalle.

Gen. aus Nürnberg

Haus soll einer Haus soll einer LKW-Einfahrt weichen Presseerklärung

Seit Freitag, den 5.6. ist in Neumünster ein Haus besetzt. Nachdem sich der Besitzer in der ersten Phase verhandlungsbereit zeigte, stellte sich jetzt heraus, daß er an seinen Abrissplänen festhält und die Besitzer lieber heute als morgen draußen sieht. Die Polizei wurde bisher nicht eingeschaltet.

Das liegt zum einen sicherlich an der Taktik der Polizeiführung in Neumünster, zum anderen aber auch an der Reaktion der Nachbarn, die sich zum größten Teil mehr oder weniger offen auf die Seite der Besitzer stellen, was sich durch Besuche, Gespräche und Spenden zeigt.

Das Haus gehört zu einer benachbarten Tuchfabrik und soll seit vier Jahren einer LKW-Einfahrt weichen. Seit kurzem soll an dieser Stelle auch eine unterirdische Wasseraufbereitungsanlage entstehen, denn nur für die LKW-Einfahrt gibt es keine Abrissgenehmigung.

Nachdem das Haus von uns besetzt wurde, machte der Besitzer am folgenden Morgen das Angebot, einen Nutzungsvertrag abzuschließen,

Als mündliche Verhandlungen aber zu keinem Ergebnis führten und die Besitzer einen Mietvertragsvorschlag anboten, schickte Herr Sager, der Geschäftsführer der Firma Sager & Söhne & Co., einen Gegenvorschlag, wonach die Bewohner unter anderem am 31.10. wieder raus müßten, Brandversicherer selbst zu tragen haben und keine Transparenzen oder ähnliches raushängen dürfen. Von diesem Vorschlag hat er bisher nicht abgewichen.

Nachdem in den ersten Tagen die größten Spuren vierjähriger Verwahrlosung beseitigt wurden, geht es nun daran, die Räume wohnlich zu gestalten.

Langfristig wird von den Besetzern die Möglichkeit gesehen, durch das Instandsetzen des Hauses und dem Nachweis, daß eine Wasseraufbereitungsanlage an andere Stellen gesetzt werden könnte, den Abriss zu verhindern. Wir wollen das Haus zum einen bewohnen und zum anderen eine Begegnungsstätte für Besitzer, Nachbarn etc. schaffen. Mit abtrübselnden Größen die Besitzer, 21.6.81

macht. Das Nürnberger Ordnungsamt intervenierte bei der Stadt Fürth, worauf diese die vertraglich zugesicherte Bühne wieder zurückzog. Das Ergebnis waren Mehrkosten in Höhe von 8000 DM, die Wieser vor dem Knast wurde als Festivalgelände verboten usw.

Doch der Schuß ging für die Stadt nach hinten los: nach der Ausladung der Hausbesetzer ergaben ihrerseits sämtliche Jugendverbände die Teilnahme an den von der Stadt geplanten Aktionstagen ab, die dann auch prompt nur in Form einer laienhaften Musikveranstaltung ohne Masse und dem Dialog zwischen einigen Berufs-jugendlichen, d.h. einigen Sozialarbeitern, unter sich stattfand.

Das Ziel des Hausbesetzerfestivals, Geld zu sammeln für die anstehenden Prozesse, besonders für die § 129 Beschuldigten, wurde voll erreicht: runde 10.000 Mark und gleich nach Beendigung des Festivals eine Spende von etwa 13.000 Mark (günstig für die Abrechnung) sind ein gutes Polster für die nächsten Gerichtsrunden.

Im Nürnberger Knast sitzen seit über einem Vierteljahr 8 Instandbesetzer ein, 2 weitere Nürnberger befinden sich in anderen bayrischen Knästen (einer davon führte über 40 Tage lang einen Hungerstreik durch). Sechs andere, die bei der gleichen Gelegenheit (Hausräumung Roritzerstraße) verhaftet wurden, sind zwar entlassen worden. Aber gegen sie alle, sowie gegen 3 Räumungs-zuschauerlatter, wird wegen der Bil-

Gegen die Kriminalisierung der Häuserkampf-Bewegung

Der inhaltliche Teil des Festivals, der in zwei Arbeitsgruppen lief, war recht mäßig besucht. In der AG Amnestie konnten außer Nürnbergern keine Leute aus anderen Städten von Analysen einer derartigen Amnestiekampagne berichten, da anscheinend außer dem Vorstoß der AL in Westberlin noch keinerlei entwickel-



Mit Räumungen, Durchsuchungen, Massenfestnahmen und Polizeiknüppel hat sich der neue West-Berliner (DJ) Senat unter Richard von Weizsäcker bereits zwei Wochen nach Übernahme der Regierungsgeschäfte entsprechend verhalten gemacht. Dieser Senat setzt auf volle Konfrontation zu den Instandbesetzern seit Umfild. Dazu gehört auch, daß der CDU-Fraktionschef Diepgen erst vor kurzem Nutzungsverträge mit Hausbesetzern über besetzte Häuser abgeschlossen hat (Tagesspiegel, TSP, 26.6.81).

Der Regierende Bürgermeister ergänzte wenn „die Voraussetzungen wie Strafanträge und Nutzungsakzept vorliegen, werde auch geräumt“ (ebd.).

Und diese „Voraussetzungen“ werden nach und nach bei allen besetzten Häusern geschaffen werden. Im Klartext bedeutet das die Räumung aller Häuser. Zur Zeit leben rund 1.500 Instandbesetzer/innen in den über 160 besetzten Häusern.

Dabei scheinen die Verantwortlichen zumindest im Kauf zu nehmen, daß sie Teile der Besitzerbewegung mit der praktizierten Räumungs-, Knüppel- und Kriminalisierungspolitik in den „Untergrund“ abdrängen. Schon jetzt sind nicht nur für Spritzen „Bild“, „Straßenterroristen“ am Werk. Die „Berliner Abendschau“ – eine vielgelesene Fernsehzeitschrift über lokale Ereignisse des Tages – sprach am 26.6. gar von „ca. 500 Stadiguerillas“ im Zusammenhang mit den jüngsten Auseinandersetzungen.

Die Fortsetzung der „weichen Linie“

Tatsache ist, daß die jüngsten Auseinandersetzungen von der CDU bewußt gewollt sind und ihre Ursachen im „täglichen Terror“ gegen die besetzten Häuser haben.

So wurden allein in den zehn Tagen vor dem 23.6. zehn Häuser „durchsucht“ und zwei geräumt, die anschließend unbewohnbar gemacht bzw. abgerissen wurden. Am 18.6. waren im Verlauf einer vorläufigen fünf Häuser zugleich „durchsucht“ worden... Die Vorwände für die „Durchsuchungen“, bei denen die Besitzer in aller Regel „erkennungslos behandelt“ und/oder vorübergehend festgenommen werden, sind immer dieselben: „Verdacht auf Stromdiebstahl“ oder „Gefahr im Verzug“. Neu ist die Variante „Verdacht auf bauliche Veränderungen des Hauses“.



So, wie im folgenden geschildert, sieht es in aller Regel in den instandbesetzten Häusern aus, wenn die Ordnungshüter „durchsucht“ haben. „Katzentreu und Blumenerde wurden auf die Teppiche und Betten zerstreut, Kleider zerschnitten, Bongos und Lautsprecher zerstört, Zahnpasta in Bürsten geschmiert, Tampo in Blumenvasen deponiert, Pflanzen teils abgetötet, teils mit Essig übergossen, Lackfarbe über Fensterrahmen gekippt, die Fahrräder von Mietern und Besuchern gründlich zerstört, ein Schornstein zerbrochen und elektrische Leitungen zerschnitten. Den Hausbesitzern fehlen Kamera, Videofilm und Geld“ (TAZ, 19.6.81).

Am 22.6. wurde dann ein Haus in der Mittenwalderstraße geräumt und anschließend unbewohnbar gemacht. Als nur noch Wechselstuhlleute im Haus waren, fing es dort gegen 15.30 Uhr zu brennen an. Wie sich später herausstellte, war das Feuer mit den noch nicht abgeholten Einrichtungsgegenständen der Besitzer entzündet worden. „Gegen Eindringlinge ist das Haus überaus gut gesichert: Eine zwei Meter hohe Brüstungswand wurde auf die bereits zwei Meter hohe Mauer, die den Hof nach hinten begrenzt, aufgesetzt, Fenster und erster Stock sind zugemauert“ (TAZ, 24.6.81). In demselben Haus hat es vor ungefähr einem Jahr



Weizsäcker probt die Massenräumungen

schon einmal gebrannt, als nämlich die letzten Mieter die angestrebte „Luxusmodernisierung“ durch ihren Verbleib behinderten.

Am selben Tag wurden drei weitere Häuser „durchsucht“, darunter der „Kukuk“ (Kunst und Kulturzentrum), ein von der Bewegung insgesamt getragenes Projekt, in dem Besetzeratreffen, Theateraufführungen, Feste etc. stattfanden.

Räumungen werden nicht widerstandslos hingenommen

Gegen die Räumung des Hauses Mittenwalderstraße 45 protestierte u.a. auch der kreuzberger Superintendent der ev. Kirche. „Kath sagte, das Gebäude sei eines der am besten erhaltenen in der Straße und mit geringem Aufwand instandzusetzen. Wenn es nun „luxusmodernisiert“ werde, sei das ein „eklatanter Beweis dafür, daß der Senat in der Sanierungspolitik ohne jegliches befriedigendes Konzept vorgeht“ (TSP, 23.6.).

Als Reaktion auf die Räumungen, aber auch auf die Bestätigung zweier Urteile von 14 Monaten ohne Bewährung in der zweiten Instanz, sollte am Abend eine Demonstration in Schöneberg stattfinden. Von starken Polizeikräften wurde von Anfang an versucht, diese Demonstration zu verhindern. Als ca. 500 Demonstranten am Nollendorfplatz heranstanden, griff die Polizei ohne ersichtlichen Grund an.

Im Laufe der Auseinandersetzungen wurden einige Barrikaden gebaut, auch sollen laut offiziellen Angaben fünfzig Scheiben zu Bruch gegangen sein, insgesamt aber fand da doch eher ein Bürgerkriegsmanöver der Polizei statt, die ca. 1500 Beamte im Einsatz hatte. „Gegen 0.45 Uhr bemerkte ich, daß sich aus der Richtung Pallasstraße eine Polizeikette in Richtung Bülowstraße bewegte und alle Leute auf der Straße, Anwohner, Freier (die Potsdamerstraße ist Straßegebiet – Anmerk. AK) und Demonstranten vor sich hertrieb. Leute, die sich in Hauseingängen zu verstecken versuchten, wurden herausgeprügelt. Eine Krippe, in der sich hauptsächlich Ausländer aufhielten, wurde geräumt. So waren gegen 1.00 Uhr nach meiner Schätzung etwa 70 Leute Ecke Potsdamer/Bülowstraße von zwei Bullenkettenteilen eingekesselt, darunter 14 Sanitäter“ (aus einem Gedächtnisprotokoll eines Sanitäters).

Zum Schutze der Eingekesselten bildeten die deutlich gekennzeichneten Sanitäter aus den autonomen Sanitätsgruppen eine Kette zwischen der Polizei und den Passanten/Demonstranten. Daß unter den auf der Straße festgehaltenen Menschen keine Panik ausbrach, war lediglich deren Besonnenheit zu verdanken. Dank schnell anwesender Presse kam es nicht zu größeren Prügeleien der Polizei.

Gegen 2.30 Uhr wurden alle Eingekesselten einschließlich der Sanitäter in Gefangenentransporter der Polizei verladen und ins auf Polizeireviere verschleppt, teils – wenn diese überfüllt waren – in den Mannschaftswagen Kundenlang durch die Gegend gefahren. „Wir wurden in die Polizeikaserne in der Bülowstraße (liegt in einem Randbezirk Westberlins – Anm. AK) gebracht. Hier wurden erneut die Personalausweise eingemittelt und wir – ca. 30-40 Leute in einem Gefangenentransporter – mussten warten. Anschließend wurden

die ersten vier von uns entlassen“ (aus einem Betroffenenbericht). Auseinandersetzungen gab es in dieser Nacht auch in Kreuzberg.

Öffentlichkeit stört

Mehrfach ging die Polizei bei Auseinandersetzungen der letzten Zeit gegen Journalisten vor. So wurde beispielsweise ein „TAZ“-Reporter bei den Auseinandersetzungen um den Winterfeldplatz (siehe AK 202) Krankenhaus geschlagen.

Auch an diesem und den folgenden Tagen waren die Pressevertreter Opfer polizeilicher Maßnahmen: „Im Verlauf der Auseinandersetzungen drohte nach Berichten von Augenzeugen sogar ein Einsatzleiter der Polizei dem Reuters-Korrespondenten die Festnahme an, der die Durchführung einer Demonstrationsgruppe beobachtete. Bei der Durchsuchung hatten Beamte in der Potsdamerstraße gestellte Personen getreten. Der Reporter wurde schließlich von drei Beamten des Einsatzkommandos gewalttätig entfernt“ (Neue, 24.6.81). Zwei Tage später wurde einem Tagespiegelredakteur von einem Bullen angedroht: „Soll ich Ihnen Ihre Brillengläser in die Augen drücken?“ (TSP, 27.6.81).

angedroht: „Soll ich Ihnen Ihre Brillengläser in die Augen drücken?“ (TSP, 27.6.81).

Dieses Vorgehen der Polizei scheint Sympathien bis hinauf zum Regierenden Bürgermeister zu haben. „Er sei der Ansicht, sagte der Regierende Bürgermeister, daß eine Verschärfung der Situation entsteht, wenn die Polizei am Ort des Geschehens bereits von der Presse empfangen wurde“ (TSP, 24.6.).

Insgesamt wurden in der Nacht auf den 23. Juni 173 Personen festgenommen. Ebenso gab es unter den Demonstranten und Passanten zahlreiche Verletzte. „Uns sind mindestens 35 Verletzungen bekannt, die von Kopfplatzwunden bis zu einem Sehnenabriss reichen. Dazu ist zu bemerken, daß diese Verletzungen zum größten Teil nicht aus gewalttätigen Auseinandersetzungen resultieren, die von Demonstranten oder angeblichen „Störern“ ausgegangen sind, sondern daß diese Personen sich beim Zusammentreffen mit Polizeiketten völlig friedlich verhalten haben oder versucht haben, sich vor den willkürlich losknüppelnden Beamten in Sicherheit zu bringen“ (aus der Presseerklärung des Ermittlungsausschusses vom 29.6.81).

So wurde z.B. einem, der unter einem Auto Schutz vor den Bullen suchte, sofort mit einem Holzknüppel auf ein Bein geschlagen, daß dadurch eine Sehne abriß – mehrere Wochen Gipsbett für den Betroffenen.

Insgesamt spricht der Ermittlungsausschuss von über 250 Festnahmen, mindestens 70 verletzten Demonstranten und Passanten innerhalb der Woche vom 18. bis zum 24. Juni.

Doch es ging gleich weiter mit den Polizeistationen. Am 23. Juni wurde ein Haus in Zehlendorf geräumt und danach gleich abgerissen. Die verteilten Besetzer stellten daraufhin in den Mittagsstunden einen Busch in Zehlendorfer Rathaus ab, um den Bezirksbürgermeister zur Rede zu stellen. Polizei war auch gleich da, trotzdem wurden die Besetzer vorgelesen. Im Rathaus wurde zur selben Zeit der Fahrstuhl in Brand gesteckt. „Nach Polizeidienstleistung war im Aufzug „Benzin ausgeschüttet und durch Knallkörper angesteckt“ worden. Die Rathausbesetzer erklärten eindeutig,

daß sie mit diesem Brand nichts zu tun hätten. „Oder glauben Sie, wir hätten an der Polizei vorbeikommen und das Feuer legen können“ (TAZ, 24.6.81). Trotzdem behaupteten Teile der bürgerlichen Presse am nächsten Tag: „Die Tat war offenkundig von Sympathisanten der Hausbesetzer verübt worden“ (Berliner Morgenpost, 24.6.81).

Trotz alledem: 15 000 mit den Instandbesetzern auf der Straße

Seit längerem war von 40 verschiedenen Organisationen eine Großdemonstration für den 23.6. vorbereitet worden. Bis zu 15 000 Demonstranten zogen vom Winterfeldplatz über Umweg zum Rathaus Schöneberg.

Bereits unterwegs versuchte die Polizei zu provozieren: Nach deren Willen sollte die Demonstration nur über die halbe Straßbreite marschieren, was aber durch das Zurückdrängen von Polizeieinheiten nicht durchgesetzt werden konnte. Vor dem Rathaus Schöneberg war – entgegen dem Antrag der AL – die Bandenliste nicht aufgehoben worden.

Mit dabei beim Steine schmeißen: Zivilbulen

Mit dabei beim Steine schmeißen: Zivilbulen

Als ein Teil der Demonstranten nicht hatte, hinter die Absperrgitter zu gelangen, begann die Straßenschlacht. Die ersten Steine flogen bei einem Anwalt meldete sich nach der Demonstration ein Journalist, der beobachtet hatte, daß Zivilbulen, die er beim Aussteigen aus einem Mannschaftswagen gesehen hatte mit der ersten Welle, die Steine auf eine Polizeikette um das Rathaus herum warfen.

Ähnliches wurde bereits bei den Auseinandersetzungen um den Winterfeldplatz beobachtet. Die Polizei setzte sofort Tränengas im bisher nicht gekanntem Ausmaß ein. Wasserwerfer, hinter denen sich Polizeieinheiten verchanzt hatten, folgten Überwachen war, daß mehr Demonstranten als in vergangenen Auseinandersetzungen zu Steinen griffen und Barrikaden bauten, um der Polizei das Zurückdrängen der Demonstranten zu erschweren. Dicke Tränengaswolken hingen über dem gesamten Demonstrationstrupp. Scheiben von Banken, dem Landeskriminalamt und dem Amtsgericht Schöneberg flogen ab. Eine Filiale der Firma Bölle (Latexmittelhandelskette) wurde geplündert.

Ein Teil der Demonstration stand gegen 19.30 Uhr in der Grunewaldstraße kurz vor dem nächsten U-Bahnhof. Der Lautsprecherwagen der AL hatte bereits bekanntgegeben, daß die Demonstration aufgelöst sei und die Polizei freien Rückzug zum nahegelegenen U-Bahnhof zugeordnet hätte. An plötzlich mehrere Mannschaftswagen der Polizei mit hoher Geschwindigkeit durch die Demonstration führen.

Sofort stürzten zehn Bullen aus nächster Nähe aus der Wanne und begannen auf die Umstehenden einzuprügeln. Bullen aus anderen Mannschaftswagen der Polizei folgten und knüppelten ebenfalls flüchtig mit. Ein Bulle ging auf eine Gruppe von vier Frauen zu, die vor einem Schaufenster standen, und schlug einer Frau dermaßen auf den Kopf, daß der gewiß stabile Holzknüppel dabei abbrach. Die Frau liegt mit einer schweren Gehirnerschütterung im

Krankenhaus. Ein 40-jähriger Passant, der der Frau zu Hilfe kommen wollte, wurde auch gleich mitvermöbelt (nach den Berichten von Augenzeugen auf der Pressekonferenz des Ermittlungsausschusses am 27.6.81). Insgesamt spricht der Ermittlungsausschuss von 70 verletzten Demonstranten und Passanten, die in der Hauptsache Kopfverletzungen, Prellungen und Quetschungen davontrugen. 55 Menschen wurden verletzt, gegen sieben wurde Haftbefehl verhängt, der lediglich bei zwei Demonstranten außer Vollzug gesetzt wurde.

Nun weiß ja jeder einigermaßen aufmerksame Zeitungsleser, daß die Unions-regierten Bundesländer nach einer weiteren Verschärfung des Demonstrationsrechts schielen, das ein „Maskierungsverbot“ für Demonstranten mit einschließen soll. „Linke“ Unterstützung (einmalige Entlohnung?) erhielt die CDU von M.S. in der „TAZ“: „Fortweg Punks, einige maskiert, Tücher die unter die Augen oder Kapuzen, die an den Ku-Klux-Klan erinnern“ (TAZ, 26.6.81). Der Ku-Klux-Klan ist bekanntermaßen eine faschistische amerikanische Vereinigung. Mit unverhüllten faschistischen Kommentaren reagierte die „Berliner Morgenpost“ vom 26.6.: „Die Stadtwilden haben dem Senat ihre schmutzige Vultenkarte gereicht... Die Mitverantwortung der AL für den gestrigen Amoklauf der Gasse steht außer Zweifel“ (Berliner Morgenpost, 26.6.81). Und die „Frankfurter Allgemeine“, allezeit treuer Ratgeber der Reaktion, kommt zu dem Schluß: „Es sind nicht alle Häuser, um die es in Berlin geht. Es geht darum, daß der Staat die Autorität der Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht auch zum Gewaltmonopol wahr. Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos streiten läßt.“

Unter dem Deckmantel der „Rechtsstaatlichkeit“ empfiehlt der Kommentator in der „FAZ“ dann eine knaifharte Linie. „Es ist nicht die Schuld der Union, wenn der Rechtsstaat das harte Gesicht, das er eben auch hat, in dieser Situation zeigen muß“ (FAZ, 26.6.81).

Der erste Tote wird vorbereitet

Bereits nach den Auseinandersetzungen um den Winterfeldplatz lag nachher ein Passant mit lebensgefährlichen Gehirnblutungen im Krankenhaus. „Er ist nicht die Schuld der Union, wenn der Rechtsstaat das harte Gesicht, das er eben auch hat, in dieser Situation zeigen muß“ (FAZ, 26.6.81). Unter dem Deckmantel der „Rechtsstaatlichkeit“ empfiehlt der Kommentator in der „FAZ“ dann eine knaifharte Linie. „Es ist nicht die Schuld der Union, wenn der Rechtsstaat das harte Gesicht, das er eben auch hat, in dieser Situation zeigen muß“ (FAZ, 26.6.81).

Anti-Repressionskommission K3/Westberlin



Heißer Sommer in Westberlin?

Am 11. Juni wurde – gegen die Stimmen der 9 Abgeordneten der Alternativen Liste und die Stimmen der SPD – der neue CDU-Senat des Bürgermeisters von Westberlin gewählt. Die CDU konnte sich dabei auf die fünf „abtrünnigen“ FDP-Parlamentarier verlassen, die entgegen den Beschlüssen der Westberliner FDP-Parteitage, aber mit Rückendeckung von Genscher, einer weiteren Rechtsentwicklung des neuen Senats die Zustimmung gaben. Die CDU, noch im Wahlkampf mit einem eher liberalen Mantelchen auftretend, ließ die Hosen runter, als sie ihre neue Senatsliste präsentierte. Innenminister wurde der CDU-Rechtskäufer Lummer, der zusammen mit dem neuen Justizsenator Scholz (dieser spricht sich u.a. für die Todesstrafe „unter gewissen Bedingungen“) aus das ideale Polizeistatutsgesetz abgeben wird, um die gewaltsame „Lösung“ der Hausbesetzungen anzupacken. Neue Schulsenatorin ist Hanna Renate Laurien, die für eine reaktionäre Schul- und Jugendpolitik eintritt. Und damit es den Kapitalisten auch weiterhin gut bekommt, holte die CDU den Weinunternehmer Piroth als Wirtschaftsminister nach Westberlin.

Die frischgebackene Fraktion der AL machte schon beim ersten Auftreten im neuen Parlament deutlich, daß sie den CDU-Senat als Kampfbündnis an die Bevölkerung begriff. Als einzige Fraktion nahmen verschiedene AL-Parlamentarier/innen die einzelnen Senatoren genauer unter die Lupe und kritisierten ihre politischen Aussagen. Die SPD hielt sich aus diesem Streit völlig raus. Die drei etablierten Parteien änderten wegen der AL gleich zu Beginn die Geschäftsordnung, wonach die verschiedenen Bundesgesetze ohne Diskussion automatisch auch in Westberlin zu übernehmen sind. Konkret ging es um die Übernahme des neuen Montanmitbestimmungsgesetzes, das die AL heftig als unternehmerfreundlich angriß. Außerdem spielt dieses Gesetz in Westberlin gar keine Rolle, da es in dieser Stadt keine Betriebe gibt, auf die das Gesetz anwendbar wäre. Alle drei etablierten Parteien gingen nicht konkret auf diese Kritik ein, sondern verschanzten sich hinter Phrasen über die „Lebensfähigkeit“ Westberlins. Wer über die Übernahme von Bundesgesetzen streite, wolle die Stadt von der BRD „abkoppeln“.

Weiterhin brachte die AL zwei Anträge gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen die Gas- und Strompreiserhöhungen ein, die jedoch von den bürgerlichen Parteien an die Ausschüsse verwiesen wurden. Stadt von der BRD „abkoppeln“.

Weiterhin brachte die AL zwei Anträge gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen die Gas- und Strompreiserhöhungen ein, die jedoch von den bürgerlichen Parteien an die Ausschüsse verwiesen wurden.

CDU setzt 'Berliner Linie' konsequent fort

Nach einer kurzen Schonfrist hat sich der neue CDU-Senat in die Konfrontation mit den Hausbesetzern gegeben. Am 22.6. ließ Innenminister Lummer ein Haus in der Mittenwalder Straße räumen und drei weitere Häuser durchsuchen. Es kam daraufhin zu heftigen Gegendemonstrationen: Barrikaden wurden errichtet, Pflastersteine flogen in Schaulust. Doch der Polizeistaat funktionierte. Nachdem die Polizei bei den Räumungen bzw. Durchsuchungen schon rund 70 Personen vorübergehend festnahm, waren es bei den nächtlichen Auseinandersetzungen insgesamt 173 Menschen. Und die CDU konnte sich dabei auf die Unterstützung der sogenannten „Berliner Linie“ des ehemaligen SPD-Bürgermeisters Vogel berufen, der bei einer ähnlichen Aktion Ende März schon einmal rund 150 Demonstranten festnehmen ließ. Die SPD erklärte zu diesen Auseinandersetzungen auch ausdrücklich, daß das Vorgehen der Polizei und die Räumung des Hauses „rechtmäßig“ erfolgt sei. Die CDU habe sich lediglich nicht gerade das geeignete Haus ausgesucht.

Am 25.6. folgte die Antwort der Bewegung. Über 10.000 Menschen demonstrierten für die Freilassung aller inhaftierten Hausbesetzer, gegen die Kriminalisierung und das jüngste Vorgehen der Polizei; es durchbrachen teilweise die Bannmeile um das Schöneberger Rathaus. Die Polizei setzte Tränengas ein und es kam zu militärischen Auseinandersetzungen bis in die frühen Morgenstunden.

Am gleichen Tag trat das Abgeordnetenhaus zu seiner zweiten Sitzung zusammen, wobei es wiederum die AL war, die im Parlament den Ton angab. Neben parlamentarischen Initiativen u.a. gegen die geplanten

Massenentlassungen bei AEG-Telefunken stand ein Antrag auf ein Amnestiegesetz im Mittelpunkt der Diskussion. Mit dieser Gesetzesinitiative forderte die AL die Freilassung aller Inhaftierten sowie Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen. Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien lehnten diese Gesetzesinitiative ab und verwiesen sie an die Ausschüsse. Die Abgeordneten der AL prangerten das brutale Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die Räumung eines Hauses heftig an, während sich Weizsäcker und Vogel um Feinheiten ihrer gemeinsamen „Berliner Linie“ stritten. Die AL-Abgeordnete Rita Kantemil verteidigte u.a. die Gewalt und die Steinwürfe, da „die gestellte Objekte treffen, die den Jugendlichen als Symbole der Unterdrückung und der verhassten materialistischen Welt erscheinen. Sie können Argumente sein, wenn die Regierenden sich weigern, eingetragene Mißstände zu beseitigen“. Ein anderer Igel-Parlamentarier, Manfred Rabatsch, machte darauf aufmerksam, daß der Senat keineswegs Strafanträge gegen die eigentlich Schuldigen, die Hausbesitzer und Spekulanten, gestellt habe (nach „TAZ“, 26.6.).

Insgesamt ist nunmehr klar, was die „Linie der Vernunft“ oder „Berliner Linie“, die von der SPD im Wahlkampf propagiert wurde, bedeutet. Der Konflikt mit den Hausbesetzern blieb im Wahlkampf auf Sparflamme, um nun in die Vollen zu gehen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Diepgen erklärte inzwischen in der CDU-eigenen „Berliner Rundschau“, daß es keine vertraglichen Regelungen über das Verbleiben von Hausbesetzern in besetzten Häusern und Wohnungen geben werde. Im Parlament machte die SPD als neue Oppositionspartei deutlich, auf welcher Seite sie nach wie vor steht: Sie kritisiert nur an einzelnen Maßnahmen der CDU herum, geht aber im Grundsatz mit CDU und FDP eine Große Koalition gegenüber der AL ein.

AL zwischen Anpassung und Widerstand

Derweil gehen innerhalb der AL die Auseinandersetzungen über die Organisation der Arbeit weiter. Über 50 Parlamentarier in 10 Bezirksparlamenten, 4 Stadtratsposten und 9 Igel im Abgeordnetenhaus stellen selbstverständlich erhöhte Anforderungen an die Gesamtarbeit der AL. Die Parlamentarier der Abgeordnetenhausfraktion leisten ihre Arbeit im engen Zusammenhang mit den jeweiligen Bereichsgruppen der AL. Hier laufen parlamentarische Initiativen aus der Basis und die Auswertung der Dinge, die aus dem Senatapparat kommen, zusammen. Jedem der 9 Parlamentarier ist ein sogenannter „Fraktionsassistent“ beigeordnet; vielfach handelt es sich dabei um diejenigen AL'er, die in zwei Jahren aufgrund des beschlossenen Rotationsprinzips die jetzigen Abgeordneten ablösen werden. Über die Bezahlung dieser Assistenten ist noch keine Entscheidung gefallen. Auch über die Anstellung von Sekretären, einem Pressesprecher usw. wird derzeit gestritten, ohne schon zu einer Entscheidung gekommen zu sein. Ebenfalls debattiert wird noch darüber, ob der Geschäftsführende Ausschuss (GA) der AL von 9 auf 12 Personen aufgestockt werden soll, von denen drei AL'er bezahlt werden sollen. Eine Mitgliederversammlung am 24.6. konnte zu diesen „Strukturfragen“ noch keine Entscheidung fällen; das Sommer über wird also zunächst alles beim Alten bleiben.

Im Grunde genommen stehen sich in der AL diejenigen Kräfte gegenüber, die auf der einen Seite jede zusätzliche Bezahlung oder „Professionalisierung“ der parlamentarischen Erfordernisse kritisieren, und die auf der anderen Seite sehr tief in die Kassen greifen wollen, um einen tendenziell professionellen Parlamentsapparat zu installieren.

Daß sich die „Professionalisierung“-Tendenzen innerhalb der AL bislang nicht durchsetzen konnten, hat wohl eine eher peinliche Ursache. Die AL hat über 300.000 DM Wahlkampfkosten! Vor diesem Hintergrund wirken Forderungen nach bezahlten Sekretärsposten auf jeden Fall unpassend. Die AL hatte rund 300.000 DM Wahlkampfkosten veranschlagt, die am Ende jedoch mehr als doppelt so hoch ausfielen. Ein gutes Drittel dieser Wahlkampfaufgaben ging für die Finanzierung von kontroversen Anzeigen in den bürgerli-

chen Medien drauf, wobei einige Bereiche der AL allzu locker und tief in die leeren AL-Kassen griffen. Statt alternativem Wahlkampf wurde also eher eine etablierte und verwechselnde Wahlkampfstrategie betrieben. Das Skandalöse daran ist, daß die AL ihren Wahlkampf unter dem Versprechen führte, „über-schüssige“ Gelder aus dem Wahlkampf an verschiedene Initiativen zu geben. Ironisch hieß es in einer Stellungnahme aus dem AL-Bezirk Tiergarten, ob denn jetzt die Basisinitiativen die AL finanzieren müßten. Eine selbstkritische Stellungnahme gab die AL zu ihrem Finanzgebaren bislang nicht ab, obwohl sie dies gegenüber den Basisinitiativen und auch den vielen Gläubigern, die der AL Kredite gaben, eigentlich schuldig ist. Obendrein existiert keine einigermaßen durchschaubare Finanzübersicht, ganz zu schweigen davon, wer für diese Finanzmisere eigentlich verantwortlich ist. Es liegt auf der Hand und im eigenen Interesse der AL, diesen Mangel und die Ursachen dieser Geldververschwendung festzustellen und aufzuklären, denn dieser Schuldenberg schadet dem Ansehen bürgerlicher Alternativen Listen überhaupt.

Es dürfte angesichts dieser Situation auch schwer fallen, ein anderes Wahlkampfversprechen einzulösen, als eine der ersten Gesetzesinitiativen die Kürzung der Abgeordnetenhausdotation zu beantragen. Die parlamentarischen Schmiegelder dürften gerade recht kommen, um damit erst einmal den Schuldenberg abzutragen.

Erster Stadtrat der AL gewählt

Aufgrund der guten Wahlergebnisse in den zwölf Westberliner Bezirken steht der AL in vier Bezirken je ein Stadtrat zu. Bezirksstadträte haben per Gesetz – im Vergleich zu Stadträten in anderen Städten der BRD – weitaus weniger Befugnisse. Unter den gegebenen Verhältnissen in Westberlin bilden sechs Stadträte sowie ein Bezirksbürgermeister, der immer von der stärksten Fraktion gestellt wird, das Bezirksamt. Diesen Bezirksämtern „obliegt die örtliche Durchführung der Gesetze und Verordnungen nach den allgemeinen Anweisungen des Senats“, und der „Senat übt die Aufsicht über die Verwaltungen der Bezirke aus“ (Artikel

51/2 und 74 der Berliner Verfassung). Den Bezirksverwaltungen ist lediglich die „Möglichkeit zu geben, zu den grundsätzlichen Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen“ (Artikel 52/1 der Verfassung).

Stadträte sind Beamte auf Zeit und kassieren zwischen 70.000 und 120.000 DM im Jahr.

Die bürgerlichen Parteien mißachteten jedoch den „Proporz“ und knickten lange Zeit hinter verschlossenen Türen, wie die Wahl der Stadträte der AL zu verhindern wäre. Knackpunkt ist nämlich, daß das neue Bezirksamt erst konstituiert wird, wenn alle Stadträte von den Bezirksparlamenten gewählt sind.



AL-Stadtrat Werner Orłowski

Die FDP hat bereits einen Antrag im Abgeordnetenhaus parat, der auf eine Verkleinerung der Bezirksämter hinausläuft. Ziel ist es, die AL über diesen Weg erst gar nicht zum Zuge kommen zu lassen bzw. die Amtsdauer eines AL-Stadtrates bis zur Verkleinerung der Bezirksämter zu verkürzen.

In den Bezirken Wilmersdorf, Schöneberg und Tiergarten, wo die AL jeweils einen Gesundheitsstad-

rat stellen würde, hat vor allem die CDU geschlossen gegen die Wahl eines AL-Stadtrates gestimmt. In Schöneberg bekam die AL immerhin 881 gesamt SPD-Stimmen, unterlag im Endguthum dennoch mit 22 23 gegen die Stimmen von CDU und FDP. In diesen drei Bezirken kommt es zu einer Neuaufstellung der Stadtratswahl erst nach der Sommerpause, obwohl bleiben die alten Bezirksämter weiterhin im Amt.

Nur in Kreuzberg gelang es der dortigen Bezirksgruppe der AL, die Forderung nach einem Stadtrat durchzusetzen. Sie einigte sich bereits vorher auf einen Kuhlhandel mit der SPD und war bereit, die drei SPD-Stadträte zu wählen, wenn die SPD im Gegenzug den Baustadtrat kandidaten der AL, Werner Orłowski, wählte. Mit 24 20 Stimmen konnten sich AL und SPD gegenüber der CDU und einem SPD-Abweichter durchsetzen; dieser Handel ist allerdings innerhalb der AL und der Kreuzberger Bezirksgruppe nicht unumstritten. Orłowski selbst ist kein AL-Mitglied, sondern Ladenbesitzer in einem der berühmten Kreuzberger Sanierungsgebiete und hat aktiv gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats und bei dem Versuch einer „friedlichen Lösung“ der Hausbesetzungen mitgewirkt.

Gerald Klöpper blieb im Knecht

Der Bezirksverordnete der AL in Tiergarten, Gerald Klöpper, wird nach wie vor an der Ausübung seines parlamentarischen Mandats gehindert. Gerald Klöpper, nicht rechtskräftig verurteilt im sogenannten Lorenz/Drackmann-Prozess, durfte an zwei Sitzungen des Bezirksparlaments in Tiergarten nicht teilnehmen. Der verantwortliche Richter Weiß, der einen ehemaligen Richter am Volkgerichtshof unter Freiler freigesprochen hatte, begründete die Nichtausführung Klöpfers nicht nur mit einer angeblichen „Fluchtgefahr“, sondern erlaubte sich sogar, die gewählten parlamentarischen Institutionen auf Bezirksebene in Frage zu stellen. Weil bezweifelte, ob Bezirksverordnete überhaupt Parlamentarier seien, um damit Gerald Klöpper das Recht auf Ausübung seines Mandats abzusprechen.

D., Westberlin

Auftakt zur Kommunalwahl 1982 in Neumünster (Schleswig-Holstein)

Auftakt zur Kommunalwahl 1982 in Neumünster (Schleswig-Holstein)

Seit Mitte Mai wird in der neumünsterer linken Szene brandheiß über die Beteiligung an der Kommunalwahl im Frühjahr 1982 diskutiert. In der Einladung zu einem gemeinsamen Treffen teilte die den GRÜNEN nahestehende „Demokratische Bewegung“ mit, daß „die Grünen beschlossen (haben), nicht zu kandidieren, wenn ein tragfähiges Bündnis zustande kommt.“

Am ersten Treffen nahmen überraschend viele Menschen teil (über 70), was auch auf eine etwas euphorische Stimmung nach den unmittelbaren vorausgegangenen Westberliner Wahlen zurückzuführen ist. Dem großen Interesse stand jedoch noch ein kümmerlicher Diskussionsstand in den Basisinitiativen gegenüber. Nirgendwo war die Frage einer alternativen Wahlbeteiligung diskutiert worden. Von daher sprachen die meisten dafür, das Einzelmitglied-schaft zur organisatorischen Grundlage einer möglichen Liste zu machen.

An der Diskussion waren folgende Gruppen beteiligt: die Grünen, Z, DKP, KPD, RGO, Arbeiter*innen Leben, BWK, KB, Artische Alternativzeitung, Naturfreundejugend, Hausbesitzer u.v.a.m.

Die erste Diskussionsrunde wurde von der Frage nach dem Sinn einer alternativen Kandidatur, der Bedeutung der parlamentarischen Strukturen bestimmt. Einmütigkeit herrschte über die Verbindlichkeit des imperativen Mandats für eventuelle Ratsmitglieder und Funktionäre der Liste.

Besonders die organisierte Linke vertrat die Position, daß die außerparlamentarische Bewegung eindeutig das primäre Beteiligungsfeld und der bestimmende Faktor für die Politik der Liste zu sein habe. Die DKP vertrat dagegen die These, daß die kommunale Aufklärungsarbeit über das Parlament laufe. Mehrheitlich

wurde die Position, die APO sei das Standbein, die Parlamentarität das Spielbein (Dirk Schneider) positiv aufgenommen.

Die Teilnahme der DKP stieß nur bei einem erklärten „Anti-Stalinisten“ (A la Vilmar oder Heinz Brandt) auf vehementen Ablehnung. Allerdings hat es bis heute heisse Debatten um die Essenzials der DKP bzw. deren Nichterwähnung gegeben. Große Teile der nicht ständig politisch aktiven Leute und wesentliche Teile der Unorganisierten legten eine große Kompromissbereitschaft an den Tag und schienen sehr bemüht, die Teilnahme der DKP am Bündnis nicht in Zweifel zu ziehen. Sichtlicher Ausdruck war eine angestrebte Beschränkung des Programms und der bereits diskutierten Präambel auf rein kommunale Punkte. Andererseits lag die Notwendigkeit eines „allgemeinpolitischen Mandats“ offen auf dem Tisch und mochte bis auf Ausnahmen (aus grünen Reihen) nicht beschnitten werden.

Aus dem allgemeinen Teil der Präambel wurde von der DKP folgende Passage heftig kritisiert: „Unterstützen wir Reform- und Befreiungsbewegungen in Ost und West, Nord und Süd. Lehnen wir jedes Atomprogramm ab.“ Dabei mußten die lange bekannten Begründungen herhalten, die DKP habe ja schließlich auch durch Verzicht auf parteispezifische Programmpunkte zur Konsensbildung beigetragen und es sollte der (von der DKP diktierte) kleinste gemeinsame Nenner zur gemeinsamen Basis erhoben werden. Im einzelnen stieß sich die DKP an der Ortsangabe „Ost“, da hier dem herrschenden Antikommunismus Vorschub geleistet würde, ferner wünschte sie eine Beschränkung der Kritik auf das Bonner Atomprogramm. Alles Reden nützte nichts, denn am Schluß der Sitzung kam von einem führenden Grünen der Kompromißvorschlag, die angeführte Passage um die Bemer-

kung zu ergänzen, es gäbe auch Minderheitenpositionen in der Liste. Selbst Leute, die „KPD“-Positionen vertraten, schienen hierüber befriedigt.

Doch das Blatt wendete sich. Der besagte Grüne sah den Kompromiß im nachhinein als Fehler und Flugs wurde auf der nächsten Sitzung das gleiche Thema noch einmal auf die Tagesordnung gebracht. Die Kompromißformel sollte wieder gestrichen werden, da es bereits an anderer Stelle in der Präambel heißen sollte: „Dabei – und das ist doch auch klar und sehen wir als Vorteil an – sind wir unter uns in vielen Punkten über-haupt nicht immer einer Meinung.“ Aber Konflikte tragen wir offen und fair aus.“ Diese Sätze machten (in der Tat) die zusätzliche Kompromißformel überflüssig. Die DKP-Vertreter witterten zwar sehr heftig, akzeptierten jedoch auch unter Weglassung der Kompromißformel ein Anti-AKW-Pamphlet, wollten allerdings „Ost, West, Nord und Süd“ durch ein „überall“ ersetzt sehen. Selbst so eine Formulierung hätte nur einen oberflächlichen und eher verwischenden Charakter gehabt, da inzwischen für 90% der Leute klar war, daß im Falle einer Intervention der SU in Polen die Liste von ihrem „allgemeinpolitischen Mandat“ heftig Gebrauch machen würde. Ein linker Grüner legte nochmal unmissverständlich klar, daß es der alternativen Wahlbewegung letztlich um das Selbstbestimmungsrecht der Menschen ginge. Dieses Recht sei unteilbar und gelte auch für alle Völker, u.a. Polen.

Die über die Strichung der Kompromißformel durchgeführte Abstimmung fiel mit 14/13 für die Formulierung mit den vier Himmelsrichtungen denkbar knapp aus.

Die DKP zeigte nach dieser Abstimmung keine Begeisterung, will aber sicherlich weitermachen.

Ein Genosse aus Neumünster

Fortf. von S. 13

Basisdemokratie
oder „Sicherungen“?

Die in den Konflikten von Göttingen und Hannover (sowie indirekt auch schon Hamburg) sichtbar gewordenen Problematik wird weiterer ernsthafter Auseinandersetzungen bedürftig. Das Problem der Majorisierung auf Vollversammlungen besteht (s. S. 13). Das weiß natürlich auch die „Gruppe Z“, die auf VV der Hamburger Grünen schon mit 80-90 Mitgliedern und Sympathisanten aufgetreten ist, obwohl von diesen nur ein sehr kleiner Teil wirklich engagiert und kontinuierliche Arbeit in der Grünen Partei machen. Hierher gehört auch der bemerkenswerte Umstand, daß zwei Leitungsmitglieder der „Z“ öffentlich - vor allem in der Zusammenarbeit mit der DKP - als Vertreter der Grünen auftraten, obwohl beide keine Basisarbeit in der Grünen Partei leisten und für ihre Ämter kein Basismandat haben. Wir erwähnen diese Dinge hier nur, um deutlich zu machen, was diejenigen sind, die sich als Betreuer einer Kampagne gegen den KB im Gewand von Hütern der Demokratie präsentieren.

Solange alternative Wahlbündnisse an Vollversammlungen als wichtigstem und „oberstem“ Diskussions- und Entscheidungsorgan festhalten, sind sie der Gefahr ausgesetzt, daß relativ große und stabile politische Gruppen Mehrheitsentscheidungen durchsetzen, die nicht das gesamte Spektrum des Bündnisses und schlusserfüllend noch nicht einmal die Mehrheit der engagierten Basismitglieder des Wahlbündnisses repräsentieren. Die Festlegung auf das „Konsensprinzip“ kann diese Gefahr unter Umständen abschwächen. Indessen zeigt die Entwicklung der AL Westberlin, daß trotz Konsensprinzip im Einzelfall auch relativ knappe Entscheidungen akzeptiert werden müssen, um handlungsfähig zu bleiben und nicht durch starke Minderheiten jede praktische Politik zu blockieren (Beispiel: Streit um die Politik der AL gegenüber SPD/FDP).

us zu blockieren. (Beispiel: Streit um die Politik der AL gegenüber SPD/FDP).

Die Alternative zum Vollversammlungsmodell kann letzten Endes nur darin bestehen, zusammen mit den Gelehrten dieses Modells („Majorisierung“) auch das demokratische Prinzip insgesamt zu kippen. Die „Gruppe Z“ bezeichnet dies als „Einbau von Sicherungen“, was darauf hinausläuft, Vollversammlungen von vornherein abzuschaffen (bzw. sie zwar als Diskussions-, nicht aber als Entscheidungsorgane zu akzeptieren) oder sich von Fall zu Fall vorzubehalten, ob man VV-Beschlüsse anerkennen will oder nicht. In der Praxis könnte man jeden konkreten Beschluß, jede Leitungs- oder Kandidatenwahl für „nicht bindend“ erklären, sofern sie nicht wünschenswert ausgefallen ist. Das Argument der „Majorisierung“ birgt also ein erhebliches Risiko, als Argument zur Aufhebung der Basisdemokratie mißbraucht zu werden. In der Parlamentsarbeit im Hamburger Bezirk Himsbühl hat die „Z“ sich mit genau diesem Argument schon längst von der Basiskontrolle gelöst. Hier liegt auch eine Versuchung für künftige alternative Parlamentarier z.B. in der Hamburger Bürgerschaft.

Wir meinen deshalb: Die Bindung alternativer Listen an Vollversammlungen als wichtigstes Diskussions- und Entscheidungsforum birgt tatsächlich Risiken. Es würde zudem wenig helfen, wenn wir - als eine der Gruppen, die hauptsächlich mit dem Majorisierungsverdacht gemeint sind - Hebeversprechen abgeben. Man kann das nur in der Praxis überprüfen, und da soll man uns nötigenfalls auch ruhig auf die Finger klopfen, aber bitte konkret und am Hand von Tatsachen. Andererseits gehen wir davon aus, daß jedes Gegenmodell zur VV-Demokratie nur schlechter sein kann als mehr Raum für Willkür, Selbstherrlichkeit und Intrigen politischer Gruppen und Einzelpersonen bieten würde. Ganz verhängnisvoll wäre das in einer Situation, wo die alternative Wahlbewegung sich anachet, Abgeordnete in die Parlamente zu delegieren. Diese müßten ihrer Basis verpflichtet bleiben, und zwar nicht auf „Treu und Glauben“, sondern auf Grundlage von VV-Beschlüssen, kontinuierlichen Diskussionen und Imperativem Mandat. Diese Grundsätze sehen wir im Modell der AL Westberlin am besten verwirklicht.

LG des KB, 1.7.1981

Kommunalwahlen
in Hannover:

Nach fast fünf Monaten harter Arbeit hat die Grüne Alternative Bürger-Liste Hannover (GABL) eine wichtige Zwischenschritte auf dem Weg ins Rathaus erreicht. Ein ausführliches Programm liegt vor, ebenso eine Satzung, ein großer Teil der Kandidaten ist gekürt, und an die hundert Mitglieder brennen darauf, nach der Sommerpause den Ratparteiern zu zeigen, was eine grün-alternative Marke ist.

Angefangen hat alles im vergangenen Jahr auf einer kommunalpolitischen Konferenz. Zur Vorbereitung einer gemeinsamen Liste kam es auf einer 2. Konferenz im Februar dieses Jahres. Initiatoren waren die alternative Stadtzeitsung „Stadtpost“ und die Grünen. Ca. 70 Leute kamen zusammen, von denen ungefähr die Hälfte die Gründung vollzog. In der Gründungsversammlung wurden von den etablierten Parteien nicht vertretene Bevölkerungsgruppen aufgeführt, deren Forderungen sich die GABL zu eigen machen will. Von Antifaschisten und Ausländern über Lesben und Schwule bis zu Strobos und Verkehrsberuhigern, insgesamt 22 Gruppen.

Allerdings konnte erst in einigen Bereichen der Anspruch der Zusammenarbeit mit den Basisinitiativen in die Realität umgesetzt werden, so z.B. in den Bereichen Schwule, Verkehr und Kultur. In anderen Bereichen, wie Antifaschismus oder Frauen, haben (neben der schon langen Mitarbeit einzelner) jetzt erst Diskussionen in den Initiativen über die GABL begonnen. In manchen Bereichen wie Wohnraum, alte Menschen oder Arbeitsplätze, tut sich in dieser Hinsicht noch wenig oder gar nichts. Hinzu kommt der Einfluß der in Hannover traditionell starken Position des Wahlboykotts: die Mitarbeit einzelner Hausbesitzer oder Totalverweigerer ist da ein wichtiger Schritt in Richtung Zusammenarbeit.

Unbestritten ist der starke Einfluß der Grünen, die gut die Hälfte der Mitglieder stellen. Daneben arbeiten KB, KBW und Gruppe Z mit, neuerdings auch ein exponierter SBler (BWK und Volksfront haben ihre Mitarbeit ganz bzw. weitgehend eingestellt).

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

Wahlbündnisse mit der DKP
Nur wenn das »Trennende« außen vor gelassen wird!

Nachdem der Vorsitzende Herbert Mies auf dem DKP-Parteitag meinte, daß es „an der Zeit (sei)“, ernsthaft zu prüfen, wo und unter welchen Bedingungen die Möglichkeiten eines organisierten parlamentarischen Zusammengehens verschiedener demokratischer und linker Kräfte geschaffen werden könnten“, begibt sich die DKP bei den niedersächsischen Kommunalwahlen auf dieses für sie neue und glatte Parkett.

In mehreren Orten tauchte die DKP in Alternativen Listen auf, um über eine gemeinsame Kandidatur zu diskutieren. Ihr Auftreten ist unterschiedlich, aber es läuft fast überall auf dasselbe hinaus: Eigenkandidatur der DKP.

Wenn die DKP gemeint hat, sie bräuhete nur die große bündnispolitische „Öffnung“ ankündigen, und alle würden begeistert die Arme nach ihr ausstrecken, sieht sie sich jetzt getäuscht. Nachdem die Grünen postwendend nach dem DKP-Parteitag ihre Ablehnung solcher Bündnisse kundgetan haben, mößt die DKP auch in den Alternativen Listen auf Skepsis und Mißtrauen, zumal sie die Bedingungen für ihre Mitarbeit stellen will, nach dem Motto: alle sollten sich auf das Eingende beziehen, und das Trennende außen vor lassen. Konkreter formulierten das DKP-Vertreter in Delmenhorst: sie wollten gewährleistet haben, daß die AL keine Verurteilung eines möglichen Einmarsches der Sowjetunion in Polen aussprechen darf.

Solch eine Politik macht die DKP bei Linken und Initiativen nicht beliebter. Wird gerade an den wunden Punkten des „realen Sozialismus“ dann etwas entgegengesetzt, zieht man sich beleidigt zurück, wie z.B. in Stade an der Auseinandersetzung um den Friedenspunkt in der Prämehel, in der gefordert wird, keine Mittelstreckenraketen in Ost und West, und wo gegen die Pershing II aber auch gegen die SS 20 argumentiert wird. Mit der Begründung, das sei NATO-Politik, schied die DKP aus dem Bündnis und beschloß die Eigenkandidatur.

In Delmenhorst ist noch alles offen. Die DKP tritt massiv auf in der AL. Das Kräfteverhältnis ist etwa 50:50. Sie ist letztlich darauf be-

GABL startklar

So positiv die große politische Spannweite dieses grün-alternativen Bündnisses ist, so ist es natürlich auch Quelle häufiger, nicht immer fruchtbarer Spannungen. Das ging schon los bei der Namensfindung. Daß in der alternativen Szene der Begriff der „Bürger“-Liste meistens Verwunderung bis Schmunzeln hervorruft, weil damit eher Frederdorfs Bürger-Partei als Bürgerinitiativen assoziiert wird, wog in der Diskussion wenig: „Die ewige Angst vorm Bürgerlichen muß endlich aufhören“, so beschloß der hiesige Z-Chef diese Diskussion.

Die Spannungen setzen sich fort in Krächen, die das wiederholte Brechen demokratischer Regeln von seiten einzelner weniger Grüner und der Z hervorrief. Das Einnehmen nicht autorisierter „Pressesprecher“-Funktionen, arrogante und oberlehrerhafte Bemerkungen zu Programmentwürfen, die fast die Mitarbeit jener Autoren gekostet hätten, das Umschreiben von Programmteilen beim Tippen derselben - das waren einige unerfreuliche Episoden.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen sprach sich die große Mehrheit der GABL dafür aus, mittels einer Satzung bündnisdemokratische Spielregeln zu fixieren. Danach sind Doppelfunktionen und Doppelmandate nicht zulässig, die Tätigkeiten im Arbeitsausschuß ist auf zwei Jahre, die im Rat auf zweieinhalb Jahre begrenzt. Nach einigem Kampf wurde durchgesetzt, daß alle Gremien und Kandidatenlisten zur Hälfte und gleichwertig mit Frauen besetzt werden sollen. Außerdem ist das imperative Mandat ausdrücklich verankert. Schlechte Erfahrungen anderorts führten schließlich zu folgenden Passagen: „GABL MandatsträgerInnen üben ihr Mandat nicht als Berufspolitiker aus, sondern betrachten sich als Beauftragte der hannoverschen Basisbewegung. Daraus folgt, daß sie ihr Mandat nicht hauptberuflich wahrnehmen. Die Daten werden vollständig an die Liste abgeführt“.

Insgesamt ist die Zusammenarbeit über fast ein halbes Jahr trotz aller Nervenverrenkungen als ein Erfolg anzusehen.

Diese Ansicht wird allerdings von einigen Grünen nicht geteilt: „Bei einigen unserer Mitglieder des Kreisverbandes erheben sich Bedenken, daß die GABL von Kommunisten vereinnahmt werden könnte“, teilte der grüne Mitgliedsrundbrief im Mai mit. Inzwischen werden von einigen Grünen auch schon Zweifel geäußert, ob das Beschreiben des offenen Weges eines breiten Bündnisses nicht überhaupt ein Fehler war. Aber hier soll der innergrünen Meinungsbildung nicht vorgegriffen werden, die nach der Kommunalwahl entstehende Auseinandersetzung um die Landtagskandidatur im nächsten Frühjahr wird sicherlich Aufschluß darüber liefern, wie das „Modell GABL“ bei den Grünen angekommen ist...

Natürlich lag die hauptsächliche Betätigung der GABL bisher nicht darin, innere Querelen auszutragen, sondern in erster Linie in einer intensiven Programmarbeit. An ihr haben sich Dutzende abgerackert, so daß lange für etwas anders kaum Zeit blieb. Herausgekommen ist ein umfangreiches Werk, in dem an wichtigen Bereichen nur Abschnitte zu den ausländischen und den älteren Mitbürgern noch fehlen. In vielen, wenn auch leider nicht allen Teilen wird die Handschrift kompetenter Betroffener sichtbar, die die Mißstände in dieser Stadt präzise schildern und die Forderungen der Basisbewegung aufnehmen.

Vorangegangen sind lange Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die anfangs öfter auftretende Verengung des Blicks auf den Rahmen der „kommunalen Rechte“, den zu überschreiten sich für eine Kommunalwahl-Liste nicht schickte, aufgebrochen wurde, so daß jetzt z.B. ein Teil zu Krieg und Frieden mit der Ablehnung der Nato-„Nachrüstung“ dem Programm vorangestellt wurde.

Auch wurde letztendlich mehrheitlich akzeptiert, Autoren wie z.B. der Gruppe Rotzschul soviel Autonomie zuzugestehen, daß sie in ihrem Programmteil auch Forderungen an die Linken und Alternativen, also auch an



die GABL selbst, hinzuschreiben können. Das Programm kann benutzt werden bei: GABL, c/o Stadtpost, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1.

Die bisher ernsteste Krise durchlebte die GABL während der Aufstellung ihrer Kandidaten. Ziel war es, die verschiedenen Strömungen in der GABL auf den Kandidatenlisten (es gibt keine zentrale Liste, sondern 20 Stück für 20 Wahlbereiche) möglichst angemessen zu repräsentieren. Hierbei bläute sich dann aber die Gruppe Z zu kurz gekommen und sorgte für einige Aufregung. Der Konflikt konnte schließlich beigelegt werden (vgl. dazu in diesem AK „Erklärung des KB zu einigen Vorgängen...“).

Nach dem bislang durchgeführten Wahlen für über die Hälfte der 20 Listen dürfte sich wohl keine der politischen Strömungen untergeordnet fühlen. Ordne, Linke und Unabhängige sind gleichermaßen vertreten. Die Frauen stellen 40% der Kandidatenliste, besetzen allerdings nur 33% der Spitzenplätze.

Die wichtigste und entscheidende Frage ist jetzt die, wieweit die GABL in schaff, mit der praktischen Politik voranzukommen. Damit hat sie sich bisher noch etwas schwergetan. Die Frauen der GABL gehen mit gutem Beispiel voran. Die katastrophale Kindergartenversorgung in einem hannoverschen Bezirk wollen sie mit Öffentlichkeitswirksamen Aktionen aufgreifen.

KB/Gruppe Hannover

s

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

Wahlbündnisse mit der DKP
Nur wenn das »Trennende« außen vor gelassen wird!

unlängst aus der SPD ausgetretenen und auch im Stadtrat vertretenen Kandidaten Schachtschneider. Diese Liste und vor allem Schachtschneider kann sich der Unterstützung der Jusos gewiß sein, da diese gerade erklärt haben, bei den Kommunalwahlen der SPD die Unterstützung zu entziehen. In Oldenburg ist keine AL zustande gekommen. Außer der DKP kandidieren die Grünen.

Vermutlich wird es außer in Listen, in denen einzelne DKP-Mitglieder kandidieren, wie z.B. in Verden, mit der DKP kaum „parlamentarischen Zusammengängen verschiedener demokratischer und linker Kräfte“ (Originalton H. Mies) geben.

KB/Gruppe Bremen

Hamburg:

„Gruppe Z“ zieht Antrag gegen grünen Bundesvorstand zurück

Die Chancen für die DKP, Platz in einem Wahlbündnis zu den Bürger-schaftswahlen '82 zu finden, sind nun noch geringer geworden, nachdem auch die „Gruppe Z“ stärker auf Distanz zur DKP geht.

Zur Erinnerung: Auf dem DKP-Parteitag Ende Mai hatte diese ihr Interesse signalisiert, mit den Grünen und Buntten Listen Wahlbündnisse bzw. -absprachen einzugehen. Der Bundesvorstand der Grünen verlor daraufhin sofort eine schriftliche Abweisung und sprach sich prinzipiell gegen eine Zusammenarbeit mit der DKP aus. Das

Niedersachsens FDP will oppositionellen Kreisverband ausschließen

1976 verriet die niedersächsische FDP ihre Wähler und lief zur CDU über. Bei der nächsten Landtagswahl, putzte sie die Platte und betrachtete seitdem den Landtag von außen. Das scheint ihr zu gefallen! In Westberlin mischte sie sich ein, um zu einer Wiederholung des Harakiri zu ermuntern. Inzwischen ist sie der CDU zubebe sogar bereit, die Auflösung oppositioneller Kreisverbände zu betreiben.

Erstes Opfer ist der FDP Kreisverband Luchow-Dannenberg, der im Gegensatz zu den gekauften Marionetten von CDU und SPD durch seinen klaren Anti-AKW Kurs positiv

schreckte die „Gruppe Z“ hoch, die in Hamburg sehr enge Kontakte zur DKP gesponnen hatte. Um sich ihre Möglichkeiten in diese Richtung offen zu halten, wurde im Landesvorstand der Hamburger Grünen ein Antrag für den Bundesausschuß (höchstes Gremium der Grünen Partei) eingebracht, daß Bündnispolitik Sache der Landesverbände sei und nicht vom Bundesvorstand zentral entschieden werden könne.

Auf einer folgenden Sitzung des Hamburger Landesvorstands der Grünen tauchte ein Leitungskader der „Gruppe Z“ auf und argumentier-

te, die Intention eines solchen Antrags sei zwar richtig, aber ihn im BHA zu stellen, wäre „taktisch unklug“ (da der Antrag offensichtlich nicht mehrheitsfähig wäre). Dies stieß im Landesvorstand nicht auf Widerspruch. Erlaunen könnte es aber doch bei den nicht zur „Z“ gehörenden Vorständen aus, daß das mit der Ausformulierung des Antrags beauftragte gewesene Vorstandsmitglied gar nicht erst einen Entwurf gemacht hatte, weil er im geistigen Gleichschritt mit der „Z“-Leitung - schon vor der LV Sitzung beschlossen hatte, „daß das doch keinen Sinn hat“.

aufgewiesen ist und damit gute Karten bei der bevorstehenden Kommunalwahl hat. Als deshalb Albrecht persönlich mit einem Beschwerdebrief die Luchow-Dannenberg FDP bei Graf Lambstorff denunzierte, wurde nicht lange gefackelt: In einem 4-seitigen Schreiben griff der Graf die „unverbreitbare“ Politik dieses Kreisverbandes an, die zudem im Gegensatz zu FDP Parteizweckbestimmungen stehe. Die niedersächsische FDP Führung setzte mit der der Androhung des Parteischlusses einen Schritt nach, wobei ihr als Aufhänger ein Zusatzparagraf in der Kreisverbandsatzung diente, der

die Gegnerschaft gegen AKWs fest schreibt. Der Kreisverband der Luchow-Dannenberg FDP hat sich bisher diese Disziplinierung nicht gefallen lassen und die geforderte Satzungsänderung abgelehnt. Der „liberale“ Landesvorstand hat sich hierdurch nicht stören lassen und das parteiinterne Schiedsgericht eingeschaltet. „Sollte der Spruch des Schiedsgerichts, das sich mit Sicherheit die Meinung der Parteiführung zu eigen machen wird, nicht befolgt werden, droht dem gesamten Kreisverband der Ausschluss aus der FDP“ („Hannover Allg. Zeitung“, 27.6.).

Rollei Braunschweig meldet Konkurs an 785 Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz

Mit den Rollei-Werken wird im September der letzte bedeutende Kamerahersteller der BRD die Produktion einstellen. Damit verlieren im Raum Braunschweig mit seiner ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von z.Zt. 6,7% weitere 785 Menschen ihren Arbeitsplatz.

Das Braunschweiger Rollei-Werk

war erst im April dieses Jahres von der Norddeutschen Landesbank (Nord LB) in den Besitz einer „Foto-Holding“ unter Leitung von Hansheinz Porst (Foto Porst) übergegangen. Damals wurde oftmals behauptet, der Betrieb sei von der Nord LB an Porst „verschenkt“ worden — heute sagt Porst, daß ihn „ohnmächtige Wut“ packte, wenn er an diesen Transfer denke: Die Situation des Betriebes sei ihm nicht wahrheitsgemäß vermittelt worden. Bei der Kalkulation des Lagerbestandes seien z.B. Vorräte an Linsen berücksichtigt worden, die gar nicht mehr in die heutigen Kameras eingebaut werden könnten. Kenner behaupten außerdem, daß die bevorstehenden Veränderungen des Wechselkurses und des Zinsgefüges, die offiziell als Grund für die Betriebschließung angegeben werden, der Nord LB zum Zeitpunkt des Transfers bekannt gewesen sein müssen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Nord LB ganz bewußt den Betrieb an Porst zum Zwecke der Konkursdurchführung „verschenkt“ hat, um auf diese Weise selber aus der Rolle des Liquidators herauszukommen und in die Rolle des Hauptgläubigers überzuwechseln.

Endgültige Klarheit über die Hintergründe des Rollei-Konkurses wird es wohl erst dann geben, wenn bekannt wird, was mit dem Rollei-Werk in Singapur wird. In Singapur befindet sich die Hauptproduktionsstätte von Rollei, in der 5000 Menschen arbeiten. Rollei Singapur gehört zu 75 % der Nord LB und zu 25 % der Entwicklungsbank von Singapur — es ist rechtlich ein eigenständiger Betrieb und nicht Bestandteil der Konkursmasse. Im Gegensatz zu Rollei Braunschweig, wo seit Jahren Verluste ausgewiesen werden, machte Rollei Singapur im vergangenen Jahr einen Bilanzgewinn von 20 Millionen DM.



Unklar ist zur Zeit noch, ob die Nord LB einen Weg kennt, Rollei Singapur als profitables eigenständiges Betrieb weiterzuführen. Sollte der Bank dies gelingen, dann würde sich der Konkurs im nachhinein als der erfolgreiche Abschluß einer 1970 begonnenen und etappenweise durchgeführten Betriebsverlagerung von Braunschweig nach Singapur herausstellen.

In Braunschweig rühren sich inzwischen auch die Leute, die aus der jetzt

noch weiter verschlechterten Arbeitsplatzsituation einen Nutzen ziehen wollen: Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Vehling, will als Konsequenz aus den vielen Betriebschließungen im Braunschweiger Raum grundsätzlich neue Wege gehen. Er fordert für die Industrieanstellung im Raum Braunschweig „ein Konzept wie für die Küste bei Wilhelmshaven.“ Wer dieses Konzept kennt, den überkommt bei solchen Worten der nackte Horror.

Die Nordseeküste bei Wilhelmshaven wird zur Zeit durch die Anstellung von Chemiebetrieben als Erholungsgebiet zerstört. Für Braunschweig soll auch der Ölschieferabbau wieder erwogen werden, den wegen der ökologischen Konsequenzen inzwischen keine der bürgerlichen Parteien mehr zu fordern wagt.

KB/Braunschweig

Gesamtmetall geht vor Gericht:

Droht ein Verbot von Warnstreiks?

Ende Juni haben die 13 Mitgliedverbände des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall bei den zuständigen Arbeitsgerichten Klagen eingereicht, um die „Rechtsunsicherheit über die Zulässigkeit von Warnstreiks“ zu beseitigen. Gesamtmetall hatte diese rechtlichen Schritte bereits im Verlauf der diesjährigen Tarifrunde mehrfach angekündigt, verzichtete jedoch aus Gründen der Zweckmäßigkeit zunächst darauf („um eine Eskalation zu vermeiden“).

Anlaß waren die diesjährig erstmals in so breiter Form vorgetragenen Streikaktivitäten im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ in der Metalltarifrunde, in deren Folge ca. 1,5 Mio. Arbeitsstunden ausfielen (s. Kasten).

Nachdem das Bundesarbeitsgericht den Kapitalisten das Recht auf Aussperrung höchst nichtlich schenkte, verspricht sich Gesamtmetall in diesem erneuten Vorstoß eine weitere Einschränkung des Streikrechtes zu erreichen. Dabei wird ein Rechtsstreit von zwei bis dreijähriger Dauer (ggf. bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel) in Kauf genommen.

Das BAG-Urteil und die Sichtweise von Gesamtmetall

Formal-rechtlicher Hintergrund der Klage von Gesamtmetall ist das sog. „Warnstreikurteil“ des Bundesarbeitsgerichts (BAG) von 1976. Hierin wurde für Recht erkannt, daß der „milde Druck“ kurzer, begrenzter Warnstreiks während noch laufender Tarifverhandlungen zu deren Beschleunigung geeignet sein könne. Eine Urabstimmung ist hiernach als Voraussetzung nicht erforderlich, wohl aber, daß diese von der Gewerkschaftsführung getragen und daß der „geordnete“ Verlauf gewährleistet bleibe (d.h. also ein Verbot „wilder“ Warnstreiks).

Das BAG-Urteil ist nicht im Sinne einer Erweiterung des Streikrechtes zu verstehen, sondern dient der „Entschärfung“ tarifpolitischer Auseinandersetzungen. Die eingeschränkte Erlaubnis von Warnstreiks ist vom Gericht gedacht „im Interesse des Allgemeinwohls“, um damit „die Gefahr eines großen, unbedingten Arbeits-

kampfes“ vermeiden zu können (zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 28.2.).

Was „kurz und sanftlich begrenzt“ ist, hat das Gericht offengelassen. Hieran anknüpfend die Auslegung von Gesamtmetall. Wenn Warnstreiks überall in der BRD im „regulierenden System“ eingesetzt werden, so käme dies einem „rechtswidrigen Erzwungungsstreik“ gleich. Hierfür gelte aber das „Ultima-Ratio-Prinzip“, d.h. ein „Erzwungungsstreik“ dürfe erst nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten geführt werden (nach dem Scheitern von Verhandlungen, der evtl. Schlichtung sowie erfolgter Urabstimmung).

1,5 Millionen Stunden ausgefallen

Nach den Ermittlungen der Arbeitsgerichte wurden in der Tarifrunde 1981 über 4400 Betriebe betroffen, davon 830 mehrmals. Insgesamt hätten sich von den 2,7 Millionen zu Warnstreiks aufgerufenen Metall-Arbeitnehmern mehr als 850.000 daran beteiligt, also rund ein Drittel. Ausgefallen seien etwa 1,5 Millionen Arbeitsstunden (zum Vergleich: Als 1974 in Bremen 57.000 Arbeitnehmer drei Wochen lang voll streikten, waren es 6,8 Millionen Stunden gewesen). Der Verdienstausfall der Streikenden, vom Arbeitgeber in aller Regel nicht ersetzt, auch nicht von der Gewerkschaft, wird auf 24 Millionen DM beziffert, der rechtserhebliche Produktionsausfall auf rund 110 Millionen DM.

„FAZ“, 28.6.81

Was die Kapitalisten an der von der IGM-Führung praktizierten „neuen Beweglichkeit“ besonders wundert, sind u.a. zwei Dinge:

— Sie können — formalrechtlich — nicht das Mittel der Aussperrung anwenden, zudem wird dieses Mittel in der Praxis als „selbstschädigend“

„die Führungsfähigkeit der IGM“ (im Sinne der funktionierenden „Sozialpartnerschaft“) durch „basisdemokratische und radikale Kräfte“ geschwächt werden könnte, wenn diese den „Irrweg der neuen Beweglichkeit“ weitergehe (Gesamtmetallchef Kuchner in der „Westfälischen Rundschau“ zitiert nach „SZ“, 21.4.). Kann die IGM-Führung aufgrund der diesjährigen rühmlichen Erfahrungen auf das Gegenteil verwiesen, will Gesamtmetall dennoch kein Risiko eingehen. Nach wie vor geht Gesamtmetall davon aus, daß zukünftig „solche Radikalisierung der Seite für die IGM-Verhandlungskommissionen zum Bumerang“ werden kann, und die IGM-Führung „ihren Verhandlungsspielraum selbst einschränkt und ihre Autorität untergräbt“ (Händlerblatt, 26.6.). Vorwissen wird in diesem Zusammenhang auf die diesjährigen Erfahrungen der Metall-Lohnrunde in Herten, wo die Verhandlungsführung der IGM nach einem „Kompromiß“ anbot an die Kapitalisten unter dem Druck der Basis zunächst zurückgegriffen wurde.

Nun geht es Gesamtmetall bei ihrem Versuch der „ausgewogenen Weiterentwicklung des geltenden Arbeitskampfrechts“, bei der „entschiedenen Verteidigung ihrer Rechte“ („HB“ s.o.) nicht darum, Warnstreiks generell zu verbieten zu lassen, sondern um deren erheblichen Einschränkung. Vom Bundesarbeitsgericht erhofft man sich, „daß wenigstens Dauer der Arbeitsniederlegungen, die Zahl der Beteiligten und die Wiederholbarkeit konkret begrenzt sowie auch dazu Stellung nimmt, ob Auszubildende überhaupt zu Warnstreiks aufgerufen werden dürfen“ („FAZ“, 26.6.).

Konkret stoßen sich die Kapitalistenverbände vor,

— daß Arbeitsniederlegungen im Rahmen von Warnstreiks auf 15 bis maximal 30 Minuten begrenzt werden,

— daß Warnstreiks nicht wiederholt werden dürfen, d.h. nur einmal während der Verhandlungen innerhalb eines Tarifgebietes in einem oder auch gleichzeitig in mehreren Betrieben getreift werden darf,

— ein völliges Verbot von Warn-

streiks zu erwirken, wenn für das betreffende Unternehmen ein über den Verlust der Arbeitszeit hinausgehender „beträchtlicher Schaden“ entstehen würde (etwa, weil eine festgebundene Erledigung eines Terminals aufgespart werden und deshalb eine Vertragsstrafe fällig sein würde).

Kommt das BAG diesem Ansinnen nach, so wäre dem Warnstreik jegliches Druckmittel genommen. Dieser Angriff auf das Warnstreikrecht würde in der praktischen Konsequenz einem Verbot gleichkommen, nur mit dem „Unterschied“, daß ein Schein vom „Rechtsanstand“ gewahrt bliebe.

Ein Flakbatterien

In einer ersten Stellungnahme auf die Klage von Gesamtmetall hat die IGM mit einer Stellungnahme geantwortet, in der es „als wichtig und das Dämteste“ bezeichnet wurde, „was der westdeutschen Volkswirtschaft passieren könnte, wenn man den Gewerkschaften das Arbeitskampfmittel des Warnstreiks wegnehme und sie damit zwingt, jeweils einen Streik zu führen“ (IGM-Vorstandsmitglied und Tarifexperte Janßen, zitiert nach „HB“ 26.7.76.).

Ihr aber liege daran, „ein mildes Mittel“ schon während der Verhandlungen einsetzen zu können, „um uns und der Volkswirtschaft schärfere und größere Flächenstreiks zu ersparen“ („FR“, 26.6., Janßen). Für die IGM-Führung stellt sich also jetzt erneut die Frage, ob sie — wie etwa im Falle der Aussperrungsklage — ihre Mitglieder mit der ausschließlichen Orientierung auf die „Gerechtigkeit“ westdeutscher Justiz verstricken kann. Wie die Realität der „Rechtsprechung“ aussieht, dürfte sich inzwischen eigentlich herumgesprochen haben.

Ob die DGB-Führung „zum Wohle der westdeutschen Volkswirtschaft“ diesmal mehr zu tun gedenkt, wird sich bald konkret zeigen lassen. Einmal mehr wird der ArbeiterInnen die Aufgabe zufallen, sich dem Angriff auf das Streikrecht auf allen Ebenen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung entgegenzustellen.

Kommision 3 + G

Achtung — Achtung — Achtung
Jetzt im Preis reduziert !!!

Rotbuch Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 300 Original-Dokumenten
mit Gutachten zum Ausschluss-Tribunal

48 aktive IGM-Vertrauensleute bei der Hamburger Werft HDW vom Gewerkschaftsausschluss bedroht.

Obwohl diese Liste „Aktive Metaller“ gegen die offizielle IGM-Liste die Mehrheit errang und obwohl eine große Mehrheit aller Hamburger IGM-Vertrauensleute für die Einstellung des Ausschlußverfahrens plädiert, wird die Hamburger IGM-Ordnung des Verfahrens durchgezogen.

Ausschlußverfahren laufen nach dem diesjährigen Betriebsratswahlen u. a. bei Höchst (Frankfurt), Kalle (Wiesbaden), Triumph/Adler (Frankfurt), Daimler-Benz (Bremen), HHLA (Hamburg).

Ausschlußverfahren wegen Kandidatur zu früheren Betriebsratswahlen und aufgrund der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ der DGB-Gewerkschaften haben wir in einem „Rotbuch“ dokumentiert.

Mehr als 100 Fälle mit mehr als 350 Original-Dokumenten

Rotbuch zu den Gewerkschafts-

650 Seiten Brosch.
Jetzt preisreduziert DM 9,50
ISBN 3-88305-011-3

Buntbuch-Verlag

Weitere Aktionen zur Solidarität mit Hermann Gaßmann



An der Friedensdemonstration anlässlich des Evangelischen Kirchentages in Hamburg beteiligten sich auch Kollegen aus der Hamburger IG Metall. Mit Transparenten und Sprechchören forderten sie die Freilassung ihres seit Ende März wegen angeblicher Spionage inhaftierten Kollegen Hermann Gaßmann. Insbesondere diejenigen Demonstranten, die sich alljährlich am 1. Mai von den obli-

gere Veranstaltung statt, auf der über den aktuellen Stand in Sachen Gaßmann berichtet wurde. Aus dem Bedürfnis heraus, Hermann eine ganz direkte Unterstützung und Ermunterung zukommen zu lassen, entstand der Vorschlag, eine spontane Demonstration zum Untersuchungsgefängnis an der Holtenauerstraße zu machen. Fast ohne Ausnahme zogen die ca. 150 Teilnehmer der Veranstaltung

Fast ohne Ausnahme zogen die ca. 150 Teilnehmer der Veranstaltung dorthin und brachten Hermann ein halbtündiges Ständchen aus Sprechchören und Liedern. Die Parole „Eins, zwei, drei, laßt den Hermann frei!“ wurde von anderen Gefangenen mit der Antwort „wir beißen alle Hermann!“ quittiert. Die von der Aktion offenbar völlig überraschte Polizei beschränkte sich auf Verkehrsregelung und Beobachtung durch einige Zivilfahnder

Wenige Tage später fand eine wei-



Fragen der Innengewerkschaftlichen Demokratie waren ein Schwerpunkt in der Diskussion bei einer Veranstaltung zum neuen DGB-Grundsatzprogramm in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Auf dem Podium saßen u.a. der DGB-Sekretär Albert (links im Bild), DGB-Präsident (zweiter von rechts) und Lothar (rechts) vom ICG Bundesvorstand.

Angesprochen auf ein DGB-Mitglied, das die Veranstaltung auch festge-

werkschaft einengend dargestellt werden, obwohl er vorher immer diese Passage kritisiert hätte

In seiner Antwort betonte Herrsche, daß er eine andere Formulierung besser gefunden hätte, daß er aber diesen Kompromiß mitgetragen habe, weil das Toleranzgebot hier angenommen worden sei. „Auf die Solidarität können sich die Antikommunisten nicht stützen“, meinte

Veranstaltung auch festge-

Staatsschutzaktion gegen DKP-Betriebsrat

Der Spitzel kam nach der Arbeit Peter Jarczyk, Betriebsrat bei Opel-Bochum und bekanntes DKP-Mitglied, war kaum zu Hause, als es klingelte und ein bieder wirkender Herr, Anfang 40, vor der Tür stand. Im Wohnzimmer offenbarte sich der Besucher als Mitarbeiter des Bundesinnenministers. Er begehrte Informationen über die Arbeit des Opel-Betriebsrates und über Internas aus der DKP. Um Vertrauen zu erwecken, täuschte er die Story auf, daß es zwei Linien im Bundesinnenministerium gäbe. Ein Teil sehe die DKP nur als verfassungsfeindliche Partei, während ein anderer Teil mit der DKP Kontakt halten wolle, da diese Partei in Betrieb und Gewerkschaft sehr aktiv sei. Für Informationen bot der Spitzel Geld - 2000 DM monatlich seien ohne weiteres drin.

Peter Jarczyk zeigte sich interessiert und bestellte den Spitzel zu einem späteren Termin. Auf diese Begegnung beruhte er sich gründlich vor. Fünf Arbeitskollegen versteckten sich schon Stunden vor dem verabredeten Zeitpunkt in Jarczyks Wohnung. Ein halbe Stunde früher als verabredet erschien der V-Mann und gab sich mit einem roten Ausweis vom Innenministerium zu erkennen. Dann griffen die Kollegen zu. Was dann geschah, darüber gegen die Schuldungen einander. Sei es, was die „Rottier“ schreibt, daß der Spitzel verprügelt, ihm eine Flasche Whisky eingelegt und er schließlich in Unterhosen aus der Wohnung gejagt wurde oder sei es wie die „Deutsche Volkszeitung“ meldete, daß der V-Mann angesichts der Übermacht bereitwillig den Anordnungen der Kollegen folgte, jedenfalls brachte die nun folgende Vernehmung einige recht interessante Ergebnisse. Der Spitzel, dessen Lottoschein ihn als Siegfried Köntgen entlarvte, erklärte, daß sein Chef Josef Degenhardt von der Abteilung II des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln sei. Er führte 2000 DM in 100 Markscheinen und eine vorgedruckte Verpflichtungserklärung bei sich, die Jarczyk wohl unterschreiben sollte. Sieben Personen des Verfassungsschutzes stünden in der Nähe von Jarczyks Wohnung, erklärte der Spitzel. Und richtig, nach einer Viertelstunde erschien

einer von ihnen und erkundigte sich nach seinem Kollegen. Herr Madler sei schon gegangen, wurde ihm mitgeteilt, und er zog befriedigt wieder ab (vgl. dazu Punkt 5 der Verpflichtungserklärung, wo der VS seinen Spitzeln garantiert, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die zu seiner Sicherheit erforderlich sind). Nach einer Stunde wurde der V-Mann entlassen.

„BILD“ spricht von Folter und die Staatsanwaltschaft ermittelt

Über eine Woche lang passierte zunächst einmal nichts. Dann, am 8.6., erschien in der „Bild“-Zeitung die Story „Prügel für den V-Mann“, nach der in Essen sechs DKP-Leute einen Verfassungsschützer in eine böse Falle gelockt hätten. Am 16.6. berichtete dann das WDR-Fernsehen über den empörenden Anweisungsvorschlag. Nun beschloßen die VS-Agenten offenbar, die Flucht nach vorn anzutreten. In diversen Tageszeitungen, darunter auch der „Frankfurter Rundschau“, erschien jetzt die Version, der Spitzel sei gefoltert worden. Die Männer hätten ihn „ausgezogen und etwa eine Stunde lang unter anderem mit Gummiknüppeln auf Nieren und Geschlechtsteile gequält“ und dabei „lebensgefährlich mißhandelt“. Die Staatsanwaltschaft ermittelte. Erstes Ergebnis: Das Opfer schwelge in Lebensgefahr. Einem „Saem“-Reporter gelang es allerdings, herauszufinden, in welchem Krankenhaus der Spitzel gewesen sein soll.

Hatte die Presse die Vorverurteilung Jarczyks übernommen, so warte jetzt die Staatsanwaltschaft nach. Der Anlaß, nämlich der Versuch, den Opel-Betriebsrat zu bespitzeln, soll so in Vergessenheit geraten. Der Staatsanwalt platzte am 22.6. in eine Betriebsratssitzung und ermittelte, am 26.6. fand morgens bei Jarczyk eine Polizeirazzia mit 20 Polizisten statt, bei der u.a. Fotos aus dem Warnstreik der letzten Tarifrunde beschlagnahmt wurden. Peter Jarczyk hat jetzt ein Verfahren wegen „schwieriger Körperverletzung, Raubes pp.“ zu erwarten.

IG-Metall verlangt Aufklärung von Baum Die IG-Metall reagiert auf die Vor-

gänge mit einer Anfrage bei Bundesinnenminister Baum, „ob es zu den üblichen Methoden des Verfassungsschutzes gehöre, Betriebsratsmitglieder anzuwerben, um über ihre Betriebs- und Gewerkschaftskollegen an den Verfassungsschutz zu berichten“. Was die IG-Metall hier scheinbar anfragt, ist ihr längst bekannt. Erinnern wir uns: Im Vorfeld der letzten Betriebsratswahlen erklärte Baum, auf die routinemäßige Überprüfung aller Bewerber für Betriebsratsposten künftig verzichten zu wollen. Welche Absichten hinter dieser Änderung standen, wurde damals nicht verschwiegen: „Das neue Verfahren nimmt bei der Beobachtung der kommunistischen Kader seinen Ausgang. Es ist darauf angewiesen, deren Angehörige in die Betriebsratswahlen hinein zu verführen. Das Verfahren ist sicherlich arbeitssintensiver, fordert mehr nachrichtendienstliches Verhalten („Schnüffelei“)“ („FAZ“, 2.4.81).

„Baum setzt auf V-Leute“ meldete die „Welt“ bereits am 19.1. Damals schrieb der IGM-Vorsitzende Loderer und das Vorstandsmitglied Benz an Baum und dankten ihm für sein Entgegenkommen. Heute begnügen sie sich angesichts nachgewiesener Spitzeleien mit einer Anfrage. Auf der anderen Seite haben Loderer und Benz in einer Stellungnahme zu den Vorfällen bei Opel-Bochum den Foltervorwurf übernommen und „Selbstjustiz und Folter“ verurteilt.

Ein schlechtes Licht auf die IGM wirft auch ein anderer in diesem Zusammenhang bekanntgewordener Vorfall. Bereits vor einem Jahr wurde der Opel-Kollege Hans Wolkmann, der als aktiver Gewerkschafter bekannt ist, von einem Herrn Bamberg vom Innenministerium aufgekauft, um ihn für eine Spitzeltätigkeit zu werben. Wolkmann wandte sich damals an die IGM-Verwaltungsstelle und schrieb einen Brief an Loderer - dennoch wurde der Vorfall nirgends bekannt gemacht.

Informationen nach „Roter Morgen“ 12. und 28.6., „UZ“ 26. und 27.6., „FR“ 19.6., „Neue“ 1.7., „Deutsche Volkszeitung“ 2.7., „Revier“ 7/81.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Polizeigewerkschaft: Die 17. Säule des DGB

Mit dem Beitritt der Gewerkschaft der Polizei zum Deutschen Gewerkschaftsbund wurde vor drei Jahren ein Geschäft auf Gegenseitigkeit vollzogen. Zuvor hatte der DGB eine eigene Polizeigewerkschaft abgelehnt und Polizisten in der ÖTV organisiert. Der kollektive Beitritt änderte am Charakter der Polizeigewerkschaft wenig, er bescherte ihr aber einen Mitgliederzuwachs von 140.000 auf 161.000 (im wesentlichen jene, die zuvor in der ÖTV organisiert waren) bei ca. 180.000 Polizeianghörigen in der BRD.

Die Einbettung in den DGB hat der Polizeigewerkschaft „den unerschütterlichen Vorteil“ gebracht, auf breiter gewerkschaftlicher Ebene die Rolle der Polizei in der Gesellschaft verdeutlichen zu können“ (1). Dies zeigte sich zunächst in der Debatte, ob eine positive Bezugnahme auf die innere Sicherheit in die Programmatik des DGB aufgenommen werden sollte. Ein solcher Satz fand sich im Entwurf des DGB-Bundesvorstandes für ein neues Grundsatzprogramm (1979) und in den Wahlprüfsteinen zur letzten Bundestagswahl. Trotz vieler Gegenanträge wurde er auch

setztlichen Vorschriften notwendig sei. „Es ist nicht länger hinzunehmen, daß aufgrund politischer Entscheidungen offenkundige Rechtsverstöße - wie z.B. bei Hausbesetzungen oder Bohrplatzbesetzungen - über lange Zeit toleriert werden, derlei Situationen verfestigen rechtswidrige Zustände mit dem Ergebnis, daß bei politischen Einsätzen das Unrecht überwiegt und der Betroffenen abgebaut ist, was zu Eskalationen beitragen kann“ (2).

Welchen Charakter die GdP hat, zeigte sich z.B. bei der Verabschiedung ihres Mitgliedes Horst Herold aus dem BKA, dem die „für seine Maßstäbe, die er für die gesamte Verbrechenbekämpfung setzte“ (3), dankte.

Der DGB-Führung kommt es natürlich nicht ungenügend, wenn die GdP offensiv darangeht, „die teilweise historisch bedingten und teilweise irrationalen Gräben zwischen Arbeitnehmern und Polizei einzuebnen, Feindbilder abzubauen“ (4). Ein gewisses Geschick ist dabei der GdP nicht abzusprechen. So werden häufig Diskussionen aus anderen (eher politischen) Gründen eingeladen, wo dann Thesen (z.B. Ver- bei Streik) nicht

15.000 - 20.000 neuen Planstellen bei der Polizei verbunden

Wie die GdP in den DGB hinein- arbeitet, läßt sich an einem Beispiel zeigen. Die Haltung der GdP zur Legalisierung des gezielten Todeschusses war auf Kritik im DGB gestoßen. Die GdP vertrat hier die Ansicht, daß „zur Rettung anderer Menschenleben“ der Todeschuss erlaubt werden müsse und daß die Notwehr- und Nothilfevorschriften hier nicht ausreichen würden (5).

Die GdP lud dann Anfang 1980 den DGB-Präsidiumsausschuß, der aus Redakteuren der Gewerkschaftszeitungen besteht, in ihr Tagungshaus nach Hildesheim ein. Hier erklärte dort „Auch in den Gewerkschaften seien Mitglieder noch nicht frei von Feindbildern. Daher gelte es, die Aufgabe der Polizei und die Tätigkeit der Beschäftigten in dieser Institution deutlich zu machen“ (6). Ergebnis dieser Tagung war dann ein großer Artikel in der „Welt der Arbeit“: „Beim Todeschuss“ allein gelassen. Polizei hängt rechtlich im luftleeren Raum“ (7).

Anmerkungen

(1) Mit dem Beitritt der GdP zum DGB

Engagiert sich Frister hauptberuflich für Hausbesetzer?

Daß gerade hauptamtliche Gewerkschaftsführer keine Mühe scheuen, um Beschützer des gewerkschaftlichen Basis zur Umsetzung zu verhelfen, ist allgemein bekannt. Daß aber gerade der im AK viel geschätzte Erich Frister seine berufliche Karriere auf Spiel setzt, um ausgerechnet einem Beschluß der GEW Berlin zum Durchbruch zu verhelfen, erfüllt uns mit Verwunderung und Hochachtung. Doch es soll der Reihe nach erzählt werden.

Schon im Dezember 1980 hatte sich die Landesvertreterversammlung der Westberliner GEW mit den Instandbesetzern solidarisiert. Ende April trat dann die LVV wieder zusammen, wo ein Antrag „Hausinstandbesetzer“ vorgebracht wurde, der auch Forderungen an die gewerkschaftseigene Neue Heimat enthielt: „1. Festhalten an der bisherigen Politik der Neuen Heimat, keine Räumungen und keine Kriminalisierung von Instandbesetzern einzuleiten 2. Eingehen der Neuen Heimat auf die berechtigten Forderungen der Instandbesetzer (z.B. Versorgung der Wohnungen mit Wasser, Gas, Strom, Müllabfuhr, Schornsteinfeger etc. Technische Hilfen für die Instandbesetzungen)“

3. Rückzug der Neuen Heimat aus allen spekulativen, mieterfeindlichen Sanierungsprojekten, d.h. keine Sanierung über die Köpfe der Mieter hinweg, verbindliche Anerkennung der Voten von Hausversammlungen und Mieterinitiativen für die Renovierung von Häusern.“

Als Erich Frister diesen Beschluß vorgelegt wurde, erkannte er als gewählter Satzungsrichter sofort, daß der Neuen Heimat über den DGB nicht beizukommen ist, da die Gewerkschaftsunternehmen formell selbstständig sind.

Damit der Beschluß trotzdem umgesetzt werden kann, besann sich Frister auf Dutschkes alte Taktik vom Marsch durch die Institutionen. Als ehemaliger Schulleiter und langjähriger Gewerkschaftsvorsitzender kam ihm dabei zugute, daß er nicht als Sachbearbeiter bei der Neuen Heimat einsteigen muß, sondern gleich den Posten eines Arbeitsdirektions-Übernehmens konnte. Der Vorstandsvorsitzende der Neuen Heimat, Albert Vistor, wird demnächst pensioniert. Auf die Instandbesetzer bei der Neuen Heimat kommen goldene Zeiten zu.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Bremerhaven:

GEW-Vorstand trat zurück

Nachdem im März der zum rechten Spektrum der Sozialdemokratie gehörende langjährige Landesvorsitzende der OPW Bremen, Hans Steljes, abgelöst werden konnte, bröckelt es jetzt auch in der Hochburg der Rechten, dem Bezirksverband Bremerhaven. Dieser Bezirksverband hat innerhalb der Bremer GEW immer eine gewisse eigenständige Rolle gespielt, so betonte er sich z.B. auch nicht am Lehrstreik im Sommer 1979.

Am 3.6. fand in Bremerhaven eine Bezirksdelegiertenversammlung statt, auf der das neue Konzept der „Bremer Lehrerzeitung“ diskutiert wurde. Nach den Wahlen im März hatte es hier eine Öffnung nach links gegeben. Dem Bremerhavener Bezirksvorsitzenden Werner Ihlen paßte dies gar nicht.

Kritisiert wurde ein Bericht über die Wehrpaß-Rückgabe Bremer Lehrer (siehe AK 202, S.24), „wodurch der Eindruck entstanden sei, dieser pazifistische Standpunkt sei für die GEW der einzig mögliche“ („NZ“, 10.6.). Kritisiert wurde auch der Terminkalender der Zeitung, in den auch Termine von Bürgerinitiativen aufgenommen worden waren.

Als Ihlen auf der Versammlung feststellen mußte, daß die Mehrheit der Bezirksdelegierten die Aussagen und die Gestaltung der Lehrerzeitung begrüßt, trat er zurück. Zwei Tage später folgte ihm der gesamte Bezirksvorstand. Dadurch werden jetzt Neuwahlen auch der Delegierten nötig, wobei der alte Vorstand auf eine ihm gemächere Zusammensetzung hofft.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

GEW-Niedersachsen: Initiativen gegen den Nachrüstungsbeschluß unterstützen!

Einige erwachsenwerte Beschlüsse faßte die GEW-Niedersachsen auf ihrer diesjährigen Landesvertreterversammlung in Wolfenbüttel. In dem Beschluß zur Abrüstung heißt es:

„Zur politischen Entspannung und Gestaltung des Friedens gehört die Absage jeglicher Drohung und Einmischung gegenüber anderen Völkern sowie die Absage an jegliche Demonstration der Friedensbewegung im eigenen Land, z.B. dadurch, daß der Begriff „Pazifismus“ zum Schimpfwort erklärt wird.“ Der Beschluß spricht sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD und für eine atomwaffenfreie Zone „von Polen bis Portugal“ aus. Weiter heißt es in dem Beschluß: „In diesem Sinne unterstützt die VV der GEW Niedersachsen die gegen die Stationierung von Atomraketen auf europäischen Boden gerichteten Friedensinitiativen.“

Angesichts anhaltender Berufsverbote in Niedersachsen wird in einer weiteren Entscheidung gefordert, den 10. Jahrestag des Berufsverbotes zu einem Höhepunkt des Kampfes gegen die Berufsverbote zu machen, und es wurde beschlossen, Ende Januar 1982 eine „Woche gegen die Berufsverbote“ zu veranstalten.

Außerdem wurde die abweichende Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bekräftigt und die GEW-Bund aufgefordert, diese Beschlüsse nicht mehr auf den Antragsformularen für den Erwerb der Mitgliedschaft zu vermerken.

Bemerkenswert ist auch eine Entschließung „Internationale Gewerkschaftsbeziehungen“, die vor dem Hintergrund der Verweigerung der Solidarität der GEW-Bund mit der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP zu sehen ist: „Der DGB und die GEW sollen die Gewährung von Unterstützung und Solidarität für ausländische Gewerkschaften nicht davon abhängig machen, daß sie in ihrem Land nicht zugelassen bzw. nicht Mitglied in der IVFL (Internationale Vereinigung Freier Lehrerverbände) oder im IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) sind.“

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

GEW Hessen begrüßt Volksbegehren gegen Startbahn West

Wie zu erfahren war, soll der GEW-Landesvorsitzende Harnischfeger sogar mit seinem Rücktritt gedroht haben (wie bei Sozialdemokraten gegenwärtig üblich), um diesen Beschluß zu verhindern. „Der Landesvorsitzende der GEW Hessen begrüßt die Einleitung des Volksbegehrens gegen den Bau der Startbahn West und fordert die Mitglieder der GEW auf, diese Initiative zu unterstützen.“

Doch die Drohung war vergebens und so vermehrte Harnischfeger wenige Tage später mit einem Rundschreiben an die Kreisvorstände, verlorenes Terrain wieder wettzumachen und sich wieder in die „Solidarität“ des DGB einzubinden, der ja bekanntlich den Bau der Startbahn West unterstützt. Harnischfeger schrieb: „Der mit knapper Mehrheit vom Landesvorstand gefaßte Beschluß, daß Volksbegehren gegen den Bau der

Startbahn West zu begrüßen, bedeutet keinen Beitritt der GEW zur Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen, die dieses Volksbegehren tragen. Der Adressat der GEW Hessen zur gewerkschaftlichen Stellungnahme für und wider den Startbahnbau ist und bleibt der DGB Landesbezirk.“ Der GEW-Landesvorstand hat jedoch die endgültige und abschließende Stellungnahme des DGB-Landesbezirks Hessen (die noch nicht vorliegt, Anm. AK) zu akzeptieren.“

Zum Glück sehen das nicht alle GEWler so verbissen wie Harnischfeger. Die GEW-Frankfurt beispielsweise nimmt schon seit längerem Unterschriften und hat auch zu Geldspenden für das Volksbegehren aufgerufen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Polizeigewerkschaft gegen GEW-Berlin

Gegen die polizeiliche Räumung der drei besetzten Häuser am Fraenckelufer (siehe AK 198, S.5) am 24.3. hatte die GEW-Berlin in einer Presseerklärung protestiert. Darin wurde kritisiert, daß die Räumung „unter grober Täuschung der Hausbesetzer“ vonstatten gegangen sei und daß gegen die Hausbesetzer der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erhoben worden sei.

Gegen diese Presseerklärung hat die Gewerkschaft der Polizei protestiert. In einem Schreiben an den damaligen GEW-Vorsitzenden Schmidt heißt es: „Die Sachdarstellung ist falsch und die Rechtslage ist unrichtig wiedergegeben worden. Im übrigen stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie weit eure Satzungen die GEW-

Berlin ermächtigen, derartige Erklärungen herauszugeben, zumal die bei euch organisierten Lehrer und Erzieher von dem Ereignis unmittelbar überhaupt nicht betroffen waren. Wir können uns nicht vorstellen, daß die GEW ein politisches Mandat hat, um zu solchen Fragen in der vorliegenden Form Stellung zu nehmen.“ Bei der gegebenen Sachlage wäre es ohne Zweifel im Interesse der Solidarität der im DGB organisierten Gewerkschaften erforderlich gewesen, ehe man eine derartige Presseerklärung abgibt, sich mit uns in Verbindung zu setzen.“

Aus dieser Stellungnahme klingt die zynische Position heraus, daß offenbar nur die Polizeigewerkschaft berechtigt sein soll, gewerkschaftliche Stellung-

nahmen zu Polizeiberechnungen abzugeben. Der Landesbezirksvorstand des DGB Berlin hat sich inzwischen der Position der Polizeigewerkschaft angeschlossen. Für den 15.7. ist ein weiteres Gespräch zu diesem Thema im DGB-Landesbezirk vorgesehen.

In der neuesten Ausgabe der „Berliner Lehrerzeitung“ verzichtet die Redaktion auf den Abdruck von Beiträgen zum Thema Polizeieinsatz – Hausbesetzungen, „um die Gespräche zwischen GEW-Berlin und dem DGB-Landesbezirk nicht von vornherein zu belasten“ („bz“, 7-8/81). Allerdings kündigt sie an, daß sie in Zukunft dieses Thema wieder aufgreifen will.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Befürwortet die Polizeigewerkschaft Lähmungsgas bei Demonstrationen?

Es blieb dem scheidenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Helmut Schürmacher, vorbehalten, in der „Bild-Zeitung“ eine neue Wunderwaffe der Polizei anzupreisen. Ein Lähmungsgas, das großflächig bei Demonstrationen eingesetzt werden kann und das die Betroffenen bewegungsunfähig macht, ohne daß sie ohnmächtig werden. Schürmacher: „Vor dieses Zeug einmal kennengelernt hat, wird sich hüten, noch einmal damit in Berührung zu kommen.“ Die chemische Waffe, die sich ortho-Chlorbenzylidenmalonitril (CS) nennt, soll bereits im nächsten Jahr die bisher verwendeten Tränengase bei der Polizei ablösen.

Welche Rolle die Gewerkschaft der Polizei in diesem Zusammenhang spielt, soll im folgenden aufgeklärt werden.

Der 6. Mai 1980 ...

Der 6. Mai 1980 ...

Die militanten Proteste gegen die öffentliche Rekrutierung am 6.5.80 im Bremer Weserstadion nahm die Gewerkschaft der Polizei zum Anlaß, nicht nur gegen die neue Jugendbewegung zu hetzen, sondern auch die Forderung nach einer anderen Ausstattung der Polizei öffentlichkeitswirksam zu erheben. Im GdP-Bericht über die Ereignisse in Bremen las sich das so: „Aus Niedersachsen mußten stützpunktartig Verstärkungen herbeigeführt werden, was sogar so eilig geschah, daß eine Hundertschaft mit langer Hose und Halbschuhen aus einer Ausbildungseinheit in den Einsatz geschickt wurde. Angesichts so vieler verletzter Kollegen muß ganz allgemein die Ausstattung der Polizei im Hinblick auf ähnliche Einsätze überprüft werden.“ (1) Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Helmut Schürmacher, warnte damals „vor einem Wiederaufleben der Krawalle von Anfang der 70er Jahre“ (2).

Vor dem Hintergrund des Ausbaus der Demonstrationen um die Hausbesetzungen und um die Hamburger Brokdorf-Demonstration am 22.81 ging dann die Polizeigewerkschaft zur propagandistischen Offensive über: „Der Straßenterror in der Bundesrepublik hat das Maß des Erträglichen erreicht oder schon überschritten“, meinte Schürmacher in einer Pressemitteilung der GdP vom 3.2.81 heißt es: „Angesichts des Straßenterrors in Berlin und der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frankfurt, Hamburg und anderen Städten in den letzten Tagen fragt die Gewerkschaft der Polizei im Interesse der Kollegen, die sich fast täglich im wahren Sinne des Wortes mit Gewalttätigen herumzuschlagen müssen, was denn die politische Führung in Bund und Ländern dagegen zu unternehmen gedächte.“ (3) In diesem Zusammenhang wurde die Forderung erhoben, daß sich die Innenministerkonferenz mit den Krawallen befassen solle. Garniert wurde das Ganze mit blutigen Bildern, in Presseerklärungen verbreiteten Geschichten „Bereits Kinder würden dazu angestachelt, Polizisten mit Steinen zu bewerfen“ (4). „Es könne nicht geduldet werden, daß Mieter von radikalen Hausbesetzern terrorisiert würden oder Passanten vor gewalttätigen Horden in Angst und Schrecken versetzt werden.“ (5). „Wer in blinder Zerstörungswut das Eigentum Unbeteiligter zerstört, wer mit Steinen, Flaschen, Eisenstangen und Feuerwerkskörpern

gegen die Polizei vorgeht, hat das Demonstrationsrecht verstoßen“ (6).

In welche Richtung die Forderungen der Polizeigewerkschaft an die Innenminister gehen, deutete Schürmacher dann im April seiner Mitgliedschaft an. In Abgrenzung zu dem Vorschlag des bayrischen Innenministers Tandler, der die polizeiliche Ausstattung um Gummigeschosse und „Brechmittel“ ergänzt wissen wollte, schrieb Schürmacher: „Zum Mittel der Auslösung eines Brechreizes. Der Polizei ist ein solches Mittel völlig unbekannt – es müßte also erst entwickelt werden – und muß hier nicht an die Beachtung der Grundrechte der Menschenwürde gedacht werden? ... Hier hat wohl jemand etwas mißverstanden. Es geht um Überlegungen, das bisher angewandte Mittel CN durch das aus vielen Gründen bessere Mittel CS zu ersetzen. Nur: Das löst keinen Brechreiz aus“ (7). Daß dieses Mittel statt eines Brechreizes Lähmungseigenschaften hervorruft, wurde hier von Schürmacher noch nicht erwähnt.

Ende April versickerte dann die GdP neu erarbeitete Leitsätze und Forderungen unter dem Titel „Demonstrationen und kriminelle Begleiterscheinungen der Gegenwart“ an Regierungen, Parteien und Parlamente, um so auch die Beratungen der Innenministerkonferenz in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In dem Papier, in dem übrigens als sprachliche Neuschöpfung eine Unterscheidung zwischen „Demonstrationen“ und „Demolanten“ eingeführt wird, wird eine Verbesserung der Ausstattung der Polizei gefordert: „Die Ausstattung der Polizei ist jeweils auf den neuesten Stand zu bringen und zu verhältnismäßigen. Dies betrifft die Ausstattung (...) polizeitypische Einsatzmittel (Wasserwerfer, Waffen, Reizstoffe pp.). Die polizeiliche polizeiliche Zwangsmittel unterhalb des Schußwaffengebrauches muß ergänzt werden“ (8).

... und der 6. Mai 1981

An diesem historischen Datum fand dann die von der GdP geforderte

Innenministerkonferenz statt. In dem dort gefaßten Beschluß heißt es: „Die polizeilichen Einsatzmittel unterhalb der Schußwaffe müssen ergänzt werden. Es müssen polizeitypische Einsatzmittel entwickelt werden, die rechtsstaatlich-humanitären Anforderungen entsprechen, gleichzeitig aber die Erfüllung des polizeilichen Auftrages gewährleisten und den Beamten den denkbar besten Schutz bieten“ (9). Mit Recht konnte die GdP feststellen, daß mit dem Beschluß der Innenminister „wesentliche Forderungen der Gewerkschaft der Polizei erfüllt sind“ (10). Für Helmut Schürmacher war es das erfreulichste Ergebnis der Konferenz, „daß über parteipolitische Grenzen hinweg der politische Wille zum Konsens in Fragen der Inneren Sicherheit erkennbar geworden ist“ (11).

Mit diesem Beschluß hat die Innenministerkonferenz grünes Licht für die Einführung des neuen Lähmungsgases gegeben, das schon seit längerem an der Polizeiführungskademies in Mültrup erprobt wird. Daß sich ein Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft hierfür verwendet, dürfte die politische Durchsetzbarkeit der neuen Waffe wesentlich erleichtern. Von daher ist es notwendig, daß sich auch gerade innerhalb der DGB-Gewerkschaften Widerstand gegen das Lähmungsgas formiert.

Anmerkungen

- (1) Deutsche Polizei, Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei 6/80, S.2
- (2) Deutsche Polizei 7/81, S.3
- (3) Deutsche Polizei 3/81, S.2
- (4) Pressemitteilung der GdP vom 3.2.81
- (5) aus einer Presseerklärung der GdP-Berlin, nach Deutsche Polizei 3/81, S.3
- (6) aus einer Pressemitteilung der GdP-Hamburg nach der Brokdorf-Demonstration in Hamburg vom 22.81
- (7) Deutsche Polizei 4/81, S.2
- (8) „Demonstrationen und kriminelle Begleiterscheinungen der Gegenwart“ Leitsätze und Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand, 10.4.81
- (9) Deutsche Polizei 6/81, S.4
- (10) Deutsche Polizei 5/81, S.3
- (11) ebd.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Anzeige

SIEBEN ERSCHEINEN!

Aus dem Inhalt Nr. 19:

- Gewerkschaften und „Nachrüstungsbesch.“
- Atomkraft: Die Verschwörung von Staat und Konzern
- Nachlese zur GEW-Aktion 80
- Polizei stoppt Demonstration: 20.000 DM bezaht
- Spekulation des Friedensverbandes NWV
- Bucherscheu über die Verfolgung der Zigeuner
- außerdem Berichte aus den Landesverbänden der GEW
- Grundgesetzprogramm des Arbeitskreises Demokratischer Antifaschistischer Gewerkschaftler (ADAG)

Die Zeitung kostet 2 DM, im Abonnement 12 DM für 8 Ausgaben (jeweils plus Porto) und kann bestellt werden über: A. Antifaschistischer Demokratischer Antifaschistischer Gewerkschaftler (ADAG) Postfach 1104, 3540 Korbach



Trotz dieser Beschränkung bietet der Russell-Aufruf eine für viele Teile annehmbare Grundlage für den Kampf gegen die Kriegsgefahr in Europa. Die Forderung für ein blockfreies Westeuropa und speziell eine um die BRD reduzierte NATO richtet sich gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus, mit der besonders Speerspitze gegen die SU. Ohne das NATO-Bündnis kann die BRD ihren Konfrontationskurs nicht in gleicher Weise fortführen, da dieser der Atomdrohung durch die USA bedarf. Gerade deshalb wird die Forderung nach Blockfreiheit und Neutralität aber auch auf den erhärteten Widerstand der Bourgeoisie dieses Landes und ihrer Parteien stoßen.

Auf Grundlage des Russell-Aufrufs ist es möglich, den engen Rahmen zu sprengen, wie er bisher von der DKP für die Friedenspolitik gezogen wird. Das Dilemma der DKP-Friedenspolitik besteht ja gerade darin, daß versucht wird, die SU als Friedenskraft zu verkaufen, weshalb die Friedensbewegung hier darauf reduziert werden soll, die Verhandlungsposition der SU zu stärken. Deshalb ist es der DKP auch durchaus möglich, Bündnisse mit ausgesprochenen Gegnern der SU wie General Bastian (auch wenn dieser von der bürgerlichen Presse schon als Kommunist bezeichnet wird) zu schließen, wenn dies sich nur auf der Ebene bewegt, daß Abrüstung bzw. Rüstungsbeschränkung eine Sache der Verhandlungen zwischen den Großmächten ist. Diese Bündnispartner brauchen dann nicht einmal anzuerkennen, daß die SU eine „Friedensmacht“ sei. Nur so ist auch das paradoxe Verhalten zu erklären, daß bedeutende Initiatoren des „Krefelder Appells“ (Bastian, Kelly) diesem gleichermäßen auch gegen die Stationierung der SS 20 gerichtet sehen wollen, im Aufruf davon aber nichts erscheint und in der Kampagne schon gar nichts davon zu hören ist, denn auf der Ebene der Verhandlungen über ein militärisches und atomares „Gleichgewicht“ befindet sich die SU gegenwärtig in der absolut schwächeren Position, womit dann auch eine alleinige Orientierung auf die NATO-Richtung von Bastian und anderen gerechtfertigt erscheint.

Und aus dem gleichen Grund sind z. B. Teile der Friedensbewegung die sicherlich weit weniger „antimilitaristisch“ sind als ein General Bastian, wie etwa die Pazifisten, die Granwehrrevolution oder der KB für die DKP keine Bündnispartner, weil diese nicht bereit sind, die Frage von Krieg und Frieden, von Abrüstung und Rüstungsbeschränkung auf die Ebene der Verhandlungen bzw. Appellen an die Regierungen zu beschränken.

Diese Einschränkung enthält der Russell-Aufruf nicht und es wäre möglich, daß alle Teile der Friedensbewegung (sogar einschließlich der DKP) ihre Unterstützung erklären. Trotz dieser Möglichkeit werden in der BRD von wesentlichen Teilen der Initiatoren bzw. Träger der Kampagne für den Aufruf der Russell-Peace-Foundation schon vor Beginn einer wirklich breiten Kampagne die Weichen für die Spaltung gestellt.

Diese Einschränkung enthält der Russell-Aufruf nicht und es wäre möglich, daß alle Teile der Friedensbewegung (sogar einschließlich der DKP) ihre Unterstützung erklären. Trotz dieser Möglichkeit werden in der BRD von wesentlichen Teilen der Unterstützer bzw. Träger der Kampagne für den Aufruf der Russell-Peace-Foundation schon vor Beginn einer wirklich breiten Kampagne die Weichen für die Spaltung gestellt.

Bahro, Vaterlandsverteidiger und die alternativen Verteidiger

Bahro, einer der offiziellen Vertreter der Russell-Foundation in der BRD, formulierte schon für die Marburger Sozialistische Konferenz ein erstes Ausgrenzungskriterium für die Bewegung: „Wer einen Beitrag zur Verhinderung der Pershing II und der Merschflugkörper leisten, wer Europa atomarwaffenfrei, die Bundesrepublik einseitig abrüsten, auf längere Sicht blockfrei machen will, kann nicht gleichzeitig Organisationen angehören, bei denen die Lüge der Friedensmächte mit der anderen Supermacht beginnt“ (zitiert nach „Rundbrief des SK“ Nr. 5). An sich ist diese Aussage völlig unlogisch, da natürlich jemand DKP-Mitglied sein kann und gerade deswegen all die oben genannten Ziele „ählich“ vertritt. Aber Bahro meint dies ganz offensichtlich in dem Sinn, daß niemand der diese Ziele vertritt, der DKP angehören darf, um damit einen unvereinbarkeitsbegriff zu formulieren. Natürlich stößt er damit auf ein real bestehendes Problem. Die DKP hat hier den Friedenskampf auf ihre Fahnen geschrieben, wobei sie sich unbeschrieben auch noch als eine Friedenskraft ausgibt, während sie die Aggressionen der SU ausnahmslos und kritiklos gutheißt. Aber, darf auch jemand, der ein atomarwaffenfreies Europa fordert, der SPD angehören, die ja immerhin zum NATO-Block steht? Oder darf jemand, der in Polen dieselbe Forderung aufstellt, nicht Mitglied der ProA sein? Oder darf ein anderer mit dieser Forderung in der DDR nicht mit der SPD sympathisieren?

Nach Bahros Worten nicht, denn sie würden jeweils einen der herrschenden Blöcke unterstützen. Aber natürlich würde Bahro niemals auf die Idee kommen, einem SPD-Mitglied, einem CDU-Mitglied, einem Sympathisanten der SPD in der DDR o.ä. die Berechtigung für die Unterstützung der Bewegung abzuspüren. Er kommt nicht einmal auf die Idee, die „Ehrlichkeit“ der Unterstützung der oben genannten führenden Sozialdemokraten anzuzweifeln. Insofern entpuppt sich seine Forderung, sich keinem der Blöcke angeblich zu nähern, als alleiniger Versuch, die DKP aus diesem Bündnis auszugrenzen, um es für die bürgerlichen Kräfte offenzuhalten.

Im Russell-Aufruf wird dies allerdings anders formuliert: „Wir müssen lernen (Hervorhebung durch den Verfasser), nicht gegenüber dem „Osten“ oder dem „Westen“, sondern untereinander loyal zu sein“. Natürlich muß man sagen, daß eine Friedensbewegung aus dann konsequent und wirkungsvoll agieren kann, wenn sie radikal mit beiden Lagern bricht. Nur stehen wir heute vor dem Problem, daß die Masse der Menschen loyal zu den herrschenden Systemen steht. Dies Problem kann im besten Fall mit Ausgrenzungsbekämpfen gelöst werden.

Noch in einem weiteren Punkt verfährt Bahro den Aufrufteiler in sein Gegenteil. Heißt es im Russell-Aufruf: „Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West zu verteidigen und auszuweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsäußerung teilzunehmen“, so formuliert Bahro (wie auch Thompson): „Die zunehmende Bewegung in Westeuropa gegen die „Nachrüstung“ der NATO muß den offiziellen Mächten des Ostblocks einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedanken- und Informationsaustausch...“ (Sechs Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen, vorgelegt auf der Marburger Konferenz). Und in einem späteren Aufsatz: „Daher sympathisiert die Russell-Initiative ebenso mit dem Kampf um die politischen Bürgerrechte Osteuropas, wie sie hier bei uns für ihre Verteidigung eintritt“ (zitiert nach der 1. Broschüre der Russell-Friedens-Kampagne). Wollte man diesen Worten folgen, würde der Friedenskampf heruntergekommen auf einen Kuhlhandel und die sorgfältige Ausgewogenheit des Russell-Aufrufs gänzlich zerstört (siehe hierzu AK 196). Bahro: Ein Vorschlag zur Spaltung.

So nimmt es auch nicht weiter Wunder, daß zu den agilen Vertretern des Russell-Aufrufs in der BRD die Kräfte der aufgelösten „KPD“ zählen. Schriftliche Äußerungen dieser Strömung sind bisher rar. Aus mündlichen Aussagen auf Konferenzen geht jedoch hervor, daß sie vor allem der Aspekt eines blockfreien Europas interessiert und damit die Fortsetzung der „Drei-Welten-Theorie“, wobei sich dieser Block vor allem gegen die SU zu stellen hätte. Klar benannt wird dies von einem weiteren Unterstützer des Aufrufs, dem KBW, der heute in der westdeutschen Linken am aggressivsten die „Drei-Welten-Theorie“ vertritt. Auch der KBW wendet sich gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen, schränkt jedoch in einem Kommentar in der „KVZ“ vom 12.6.81 an die Schaffung einer atomarwaffenfreien Zone in Europa würde „das Kräfteverhältnis schlagartig zugunsten der Sowjetunion verändern“. Dagegen propagiert er einen Block, natürlich einen „unabhängigen“, der westeuropäischen Ländern (ebenda) im Bündnis mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt im gleichen Sinn hofft der sozialdemokratische Politiker wie Eugen Loderer, der vor „jener modernen Einseitigkeit“ warnte, „die die Kritik einseitig auf die USA konzentriert“ („KVZ“, 19.6.). Von dieser „Einseitigkeit“ ausgehend macht der KBW gleich den Sprung zur einseitigen Lokalisierung der Kriegsspannungen bei der SU. Der gegenwärtig drohende Krieg in Europa werde vorbereitet „durch begrenzte Kriege in Afghanistan und Kambodscha“ („KVZ“, 26.6.). Ob ein neuer Weltkrieg „hinweggezögert und letztendlich verhindert werden“ könne, hängt wesentlich davon ab, ob der sowjetische Einmarsch in Polen verhindert werden könne (ebenda). Diese von der SU ausgehende Gefahr läßt den KBW schließlich zu der Einschätzung kommen, daß sich „die Kräfte, die für den Kampf gegen den Weltkrieg gewonnen werden können, ... sowohl unter den Gegnern als auch Befürwortern der US-Raketen befinden“ („KVZ“, 19.6.81). Und damit niemand Illusionen über die Vorstellungen des KBW über ein blockfreies Europa bekommt, fordert er „eine Politik der Blockfreiheit, die eine militärische Verteidigung dieser blockfreien Europa gegenüber den Super-

mächten beinhaltet“ (ebenda).

Nun könnte man zu der Meinung gelangen, daß dies eine spezielle Marotte der „Drei-Welten-Theoretiker“ und Vaterlandsverteidiger aus dem ML-Spektrum ist. Aber zumindest auf den letzten Aspekt, eine andere Form der „Verteidigung“, stößt man auch bei anderen, relevanten Teilen des Unterhaltungspektrums des Russell-Aufrufs.

So forderte Bahro schon in einem Resolutionentwurf für die Sozialistische Konferenz in Marburg „eine umfassende Debatte, in der ihre (die der BRD) der Verfall der Sicherheitsinteressen neu definiert und in eine völlig andere, nicht stonore Verteidigungspolitik umgewandelt werden“. Genauso formulierte er dies in einem Aufsatz, „Überlegungen zu einem Neuanfang der Friedensbewegung in Deutschland“, in der Zeitschrift „Befreiung“ (Nr. 21): Wir sollten „mit vollem Ernst und mit aller Sachkenntnis das alternative Verteidigungskonzept propagieren, das in allen wesentlichen Elementen vorhanden (siehe Ahfeldt, Ebert, Mechttersheimer, Vilmer) und überzeugender als die gültige Strategie ist“.

Nun muß man wissen, daß bis auf einen (Ebert) alle aufgeführten Vertreter von alternativen Verteidigungsstrategien Propaganden von militärischen Konzepten sind, bis hin zu Vertretern atomarer Massenvernichtungswaffen. Dies, wie Bahro vorschlägt, zur Grundlage der Kampagne zu machen, heißt natürlich, ein weiteres Ausgrenzungskriterium zu formulieren. Hierbei könnte nicht nur der KB, sondern ebenso die gesamte pazifistische Bewegung nicht mehr mitziehen, womit sich die von Bahro genannte „neue“ Friedensbewegung auf die bürgerlichen Kräfte beschränken würde in Richtung der Pazifisten macht Bahro deshalb auch noch einen halbherzigen Umarmungsversuch. Er schlägt vor, „auf der politischen Ebene für das alternative Verteidigungskonzept einzutreten, auf der ethischen aber zu einem Standpunkt höherer Vernunft und Zuversicht überzugehen“ (ebenda). Da in diesem Land nun aber jedes Kind weiß, daß Politik allemal über der Ethik steht, heißt dies, daß auch Bahro für die praktische Orientierung der Bewegung auf alternative, militärische Verteidigung eintritt. Will man ihm abnehmen, daß er kein Vertreter dieses militärischen Konzepts ist, bleibt nur die Schlussfolgerung, daß er dies als Zugeständnis an sozialdemokratische und bürgerlich konservative (aber auf Blockfreiheit bedachte) Bündnispartner vertritt.

Noch konkreter wird dieses Konzept von Größen rund um den SB vertreten. Besonders deutlich wird dies an Stellungnahmen des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“. Sie sind ebenfalls einer der ersten Ansprechpartner der Russell-Foundation in der BRD gewesen. Gleichzeitig mit der jetzigen Offensive zur Verbreitung des Russell-Aufrufs hat dieses Komitee „Friedenspolitische Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland“ unterbreitet. Auch in diesem Vorschlag wird ein „strikter Defensivkonzept“ propagiert, das „Rüstung und Militär nicht abschaffen will, wohl aber beides auf verteidigungsbezogene Waffen und eine entsprechende Strategie begrenzen möchte“ (aus einer Broschüre, veröffentlicht im Juni 1981). Zwar wird dieses Konzept nur als eine mögliche Option (= Möglichkeit) angegeben, dennoch weisen verschiedene Dinge darauf hin, daß diese Option die entscheidende sein soll (ähnlich wie bei der Bundesregierung, die auch wie immer die Optionen Kernkraft und Kohle offenhält). So ist einer der Autoren Ulrich Abrecht, ein anderer Andreas Burro, „Vorredner“ des SB, der sich in jüngster Zeit eindeutig in diese Richtung geäußert hat. So sorgt sich dieser darum, daß konsequente Abrüstungspolitik „immer Gefahr läuft als überhöhte Forderung abgeblockt zu werden“. Dagegen würden Ahfeldts Vorschläge „die Friedensliebe aus dem Pazifisten-Ghetto (führen)“ und zwar dadurch, daß sie breiten Massen die Möglichkeit weiterer militärischer Selbstverteidigung ohne eine damit zwangsläufig verbundene Selbstzerstörung plausibel zu machen erlauben (in „am“ 3/81). War es bisher immer das „linke Ghetto“, das gegen jede radikale und revolutionäre Strategie ins Feld geführt wurde, wird heute schon versucht, die ersten Ansätze einer radikalen pazifistischen Bewegung mit dem Vorwurf des „Ghettoa“ zu zertrampeln.

Auch dieses Kräfte braucht man gar nicht zu unterstellen, daß sie selbst Anhänger einer militärischen Strategie sind, bekannt ist aber, und das beweisen sie wiederum, daß sie ihre Konzepte jeweils an Vorurteilen ausrichten, die sie für mehrheitlich in der gegenwärtigen

SPD hatten. Dies schränkt ihren politischen Horizont von vornherein auf die taktischen Spielräume in dieser Partei ein und ist von daher nicht offen für eine von der Sozialdemokratie unabhängigen, radikaldemokratischen und radikal antimilitaristischen Friedensbewegung.

Ein letztes Ausgrenzungskriterium hat Bahro schon vorweglich formuliert: „Der Druck auf das institutionelle System durch größtmögliche Mobilisierung der Öffentlichkeit“. Schon im Hinblick auf das Ziel, die Mehrheit der Bevölkerung, bis hinein in konservative Kreise, zu erreichen, müssen wir in unseren Methoden Mithras des stillen Ungehorsams, mit grundsätzlicher Gewaltfreiheit in den Mitteln verbinden“ (1. Russell-Broschüre). Richtig ist sicherlich, daß sich die Bewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen (noch) weitestgehend auf den „Druck auf das institutionelle System“ beschränken (muß); ebenso falsch ist es jedoch, dies als Grundorientierung festzuschreiben, denn selbstverständlich muß die Bewegung in der Situation der unmittelbaren Kriegsvorbereitung so oder so hierüber hinausgehen.

Bahros Forderung nach „grundständlicher Gewaltfreiheit“ richtet sich konkret gegen revolutionäre linke Kräfte bzw. gegen Linke, die etwa die Aktionen gegen die Rekrutenverdingungen im vergangenen Jahr in Bremen getragen haben. Allerdings wirkt die Berufung auf prinzipielle Gewaltfreiheit schon akkur, wenn man gleichzeitig für das Konzept „Alternativer Verteidigung“ eintritt, was immerhin die Befürwortung militärischer Gewalt (sogar mit Einschluß von Atomwaffen) beinhaltet. Wenn überhaupt von Gewaltfreiheit die Rede ernsthaft sein kann, dann in Abgrenzung von derartigen Vorurteilen, aber doch nicht in erster Linie in Abgrenzung von solchen linken Kräften, die der Meinung sind, daß der Kampf gegen einen staatlichen Macht- oder gar Militärapparat nicht ausschließlich und prinzipiell gewaltfrei geführt werden soll und kann.

Zu einigen Fragen der Demokratie in der Bewegung

Die Russell-Peace-Foundation hat den Aufruf im Frühjahr 1980 veröffentlicht und mit der Bitte an verschiedene europäische „Multiplikatoren“ weitergegeben, diesen möglichst rasch zu verbreiten, bekannt zu machen und für eine Unterstützung von unten zu werden. In England selbst hatte dies, wie oben beschrieben, großen Erfolg. Heute besteht dort eine Vielzahl von örtlichen Initiativen, die für die Ziele des Aufrufs eintreten. In der BRD dagegen hat es nur eine schleppende Verbreitung gegeben.

Verantwortliche Ansprechpartner für die Russell-Foundation waren hier durchweg Vertreter des SB bzw. des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“. Diese haben in einer Unterschriftenkammerung unter Prominenten den größtmöglichen Erfolg der Verbreitung dieses Aufrufs erreicht.

Verantwortliche Ansprechpartner für die Russell-Foundation waren hier durchweg Vertreter des SB bzw. des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“. Diese haben in einer Unterschriftenkammerung unter Prominenten den größtmöglichen Erfolg der Verbreitung dieses Aufrufs erreicht. Auch in der „Zeit“ als Anzeige (mit 1200 Unterschriften), für die westdeutsche Friedensbewegung hatte dies jedoch keinerlei relevante Auswirkungen. Dann wurde in SB-Kreisen beschlossen, die Kampagne zu professionalisieren und der bisherige SB-Sekretär wurde für diese Aufgabe rekrutiert. Der SB erschien der Aufruf jedoch nicht ausreichend, da eine „durchführbare Politik nicht im Aufruf enthalten sei. Deshalb wurde beschlossen, ein „Manifest für rechtstomare Verteidigungsstrategien für Deutschland und den Westen“ zu erarbeiten. Hiermit wurden vier Mitglieder des SB beauftragt. Das Ergebnis und die oben kurz zitierten „Friedenspolitischen Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland“, die in einfacher Form im Herbst im Ko-Wohl-Verlag erschienen werden. Die Ergebnisse davon wurden im Februar 1981 auf einer Sitzung des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ vorgestellt, womit sich die Autoren erhofften, die Kampagne in der BRD in volle Schwung zu bringen (alle Informationen nach einem Anlauf von Ulrich Abrecht in „European Nuclear Disarmament Bulletin“, Nr. 4, Feb. 1981). Es ist schon fast erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit diese Kräfte des SB eine Kampagne für ihre spezielle Sichtweise vornehmen, die gedacht war als Anregung für die gesamte Friedensbewegung und für die sie nur der Ansprechpartner sein sollten. Daß dieser Aufruf heute innerhalb der westdeutschen Linken überhaupt diskutiert wird, ist wesentlich Rudolf Bahro (mittlerweile Vertreter der Russell-Foundation in dieser Sache in der BRD) und anderen Kräften zu verdanken.

Zwischenzeitlich hat ein erstes und zweites Treffen von Unterstützern des Aufrufs stattgefunden (am 23./24.5., bei einem Treffen, zu

dem die Hamburger Friedenskoordination geladen hatte, und am 17.6. in Hannover im Rahmen des Treffens „Ökologie und Frieden“). Dort wurde beschlossen, einen Rundbrief für alle Interessierten herauszugeben (zu bestellen bei Josef Wenzel, Frankfurter Str. 74, 5000 Köln 80, gegen Überweisung von DM 12, auf das Konto 21473143, BLZ 37030198, Stadtpark Köln).

Ein breites Bündnis?

Schon die ersten Monate nach dem Beschluß auf der 2. Sozialistischen Konferenz in Marburg, den Russell-Aufruf zu unterstützen, haben ihm eine große Verbreitung in der westdeutschen Linken gebracht. Jo Leinen, als Vertreter der SPD im BBU-Vorstand, meldete auf einer Konferenz der Hamburger Friedenskoordination Interesse für einen Teil dieses Verbandes an. Dabei ließ er durchaus durchblicken, daß er dies durchaus als Gegengewicht innerhalb des BBU gegen den „Krefelder Appell“ ansieht.

In Westberlin wird ein Aufruf für die Russell-Erklärung verbreitet, unter dem neben Rudolf Bahro auch Carl Bastian und Petra Kelly (beides Initiatoren des „Krefelder Appells“), Helmut Goldwitzer, Omp K. Flechtheim, Jo Leinen und Rudolf Steinke stehen. Rudolf Steinke mag vielen vielleicht noch als Sekretär Bahros für die 1. Sozialistische Konferenz bekannt sein. Danach zog er ihn in die mehr heimatischen Gefilde und er wurde persönlicher Referent von Peter Glogz im Kultusministerium von Westberlin. Durch den Abgang von Glogz und des SPD-Senats wurde er arbeitslos, wobei er wohl die Worte seines Meisters im Ohr hat, die SPD müsse sich mehr um die Friedensbewegung kümmern. Interessant ist jedoch in diesem Fall der Einbruch ins Feld der Initiatoren des „Krefelder Appells“. Die DKP selbst dagegen verhält sich nach wie vor strikt ablehnend. Zwar unterstützt sie inzwischen durchaus die Forderung nach einer atomarwaffenfreien Zone, die immer in Friedensaufrufen auftaucht, aber an die Unterstützer des Russell-Aufrufs – so die DKP – müsse die Frage gestellt werden: „Warum muß gegenwärtig in erster Linie (ausschließlich, der Verf.) die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa verhindert werden?“ D.h. die Frage danach zu stellen, weshalb der Russell-Aufruf nicht der „Krefelder Appell“ ist. Indem der Russell-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Stationierung neuer Atomraketen orientiert, trage er zur Ablenkung und letztlich Schwächung der Friedensbewegung bei“ („Rote Blätter“, zitiert nach „UZ“ vom 24.6.). So einfach ist für die DKP die Welt immer noch; wer nicht ihre Richtung vertritt, lenkt ab, „schwächt die Bewegung“ usw. Dabei ist es nicht einmal wahr, daß der Russell-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Mittelstreckenraketen orientiert, nur tut er es nicht ausschließlich wie es die DKP fordert. Noch nicht entschieden scheint sich die „Z“ zu haben.

„... schwächt die Bewegung“ usw. Dabei ist es nicht einmal wahr, daß der Russell-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Mittelstreckenraketen orientiert, nur tut er es nicht ausschließlich wie es die DKP fordert. Noch nicht entschieden scheint sich die „Z“ zu haben. Während ihr Vertreter in der Sozialistischen Konferenz (M.S.) den Russell-Aufruf unterstützt, wendet sich der neue Friedenspolitische Experte der „Z“ in den Grünen in der „Bunten Zeitung“ (Nr. 4, März 81) insbesondere gegen jene, „die scheinbar ausgewogen sowohl die SU als auch die USA auffordern, keine Atomraketen zu stationieren... So z.B. der Aufruf der Russell-Peace-Foundation“.

Auch noch nicht entschieden hat sich die GIM. Zwar gebe es kein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit den Unterstützern des Russell-Aufrufs, aber die Orientierung sei falsch. Sie stellt stattdessen die Forderung an, BND raus aus der Nato! Solidarität mit den Arbeiterklassen in den Ländern der sog. 3. Welt; und die Solidarität mit den polnischen Arbeitern.

Große Teile der Linken, selbst der Friedensbewegung, und bisher in der Diskussion noch gar nicht eingestiegen. Noch gar nicht wurde über die Initiierung einer gemeinsamen Kampagne diskutiert. Die Russell-Foundation plant für Anfang nächsten Jahres eine internationale Konferenz. Sollte diese anfangs in der BRD stattfinden, wie Bahro auf der SK verkündete, wurde dies mit Rücksicht auf die teilnehmenden Sozialdemokraten zurückgenommen (Sozialdemokraten aus Nordeuropa und den Niederlanden wollten ihre Freunde in der BRD nicht bräutern). Nach dem bisherigen Stand würde es so aussehen, daß die westdeutsche Friedensbewegung nicht daran teilnehmen würde, sondern einige selbsternannte Friedensvertreter stellvertretend für die Bewegung. In dieser Hinsicht sollte möglichst bis zum nächsten Treffen am 17./18. Oktober für gründliche Diskussion gesorgt werden.

Abwurf einer 1-Megatonnen-Bombe über Hamburg

Die Kreise der Zerstörung



Der erste Kreis

Hier steht nichts mehr, hier leben höchstens noch einige Kakertaken. Vielleicht gibt es einen Krater, der späteren Generationen als Denkmal der Dummheit der menschlichen Rasse dienen kann. Eine Besichtigung in den ersten Wochen nach der Explosion ist allerdings wegen der radioaktiven Strahlung zu gefährlich.

Der zweite Kreis

mit einem Radius von 4,6 km. Der Luftüberdruck beträgt hier wenigstens 0,7 atü (= Atmosphären Überdruck), der Wind weht mit einer Geschwindigkeit von fast 500 km/h. Der Luftdruck zerstört selbst Gebäude mit festen Mauern.

Nicht nur die Universität, der Fernsehturm, die Messehallen, die Hauptkirchen und die Gebäude an der Hamburger Straße sind nicht mehr identifizierbar - Schutthaufen sind auch die Hochhäuser an der Palmallee, der Bahnhof Altona, die Russisch-orthodoxe Kirche in Stellingen, der S-Bahnhof Barmbek und die Gebäude am Wandsbeker Markt, wie natürlich alle Wohnhäuser in ähnlicher Entfernung.

Die Hitze der Explosion ruft auf entblößter Haut Verbrennungen 3. Grades hervor. Kleidung entzündet sich spontan.

Ein Überleben der ersten Sekunden nach der Explosion ist in diesem Kreis nur in besonders gefestigten Bunkern möglich. Ob nicht allein die radioaktive Strahlung ein längeres Überleben verhindert, ist zumindest fraglich. Ein Feuersturm würde die Bunker zu Massengräbern machen.

Der dritte Kreis

mit einem Radius von 6,7 km. Der Luftüberdruck beträgt hier 0,3 atü. Der Wind weht mit einer Geschwindigkeit von über 250 km/h. Leichtgebaute Häuser werden vollständig zerstört. Dächer abgetragen, Fensterscheiben eingedrückt. Nackte Haut wird schwer verbrannt (Verbrennungen 3. Grades). Kleidung wird in Brand gesetzt, wie alle brennbaren Gegenstände.

Der dritte Kreis

In diesem Kreis kann die Explosion vielleicht überlebt werden - wie es weitergeht ist allerdings fraglich.

Der vierte Kreis

mit ca. 8 km Radius umschließt die Fläche, in der die Hitzestrahlung sekundenlang 25 Kalorien pro qcm übersteigen wird. Innerhalb des Kreises entstehen Großbrände, die auch auf Gebiete außerhalb des Kreises überspringen. Entscheidend für die dadurch entstehenden Schäden werden Windrichtung und Wetter sein.

Der fünfte Kreis

mit 10 km Radius umfaßt die Fläche, in der die Hitzestrahlung kurzfristig 12 Kalorien pro qcm übersteigt. Die meisten Materialien entzünden sich; nackte Haut wird schwer verbrannt.

Der sechste Kreis

Hier beträgt der Überdruck „nurmehr“ 0,15 atü. Der Wind bläst „nur“ mit Orkanstärke. Typische Wohngebäude bleiben brauchbar. Umfassende Reparaturen sind aber nötig, da Mauerrisse auftreten, Fensterscheiben zerstört und brennbare Materialien angekokelt sind. Innere Mauern können eingestürzt sein. Die Hitzestrahlung wird um 6 Kalorien pro qcm betragen.

Der siebte, achte, neunte ... Kreis

Leichtere Zerstörungen durch Druck, Wind und Feuer treten noch in einiger Entfernung vom Explosionsort auf. Noch in 20 km Entfernung vom Explosionsort sind alle Fensterscheiben zerstört.

Der Anblick des atomaren Feuerballs macht noch in über 100 km Entfernung blind.

entnommen der Broschüre:
„Atomwaffen werden auch Hamburg zerstören - wenn wir den Atomkrieg nicht abbrechen“; DM 2,-, zu beziehen über die ESG Hamburg,
2000 Hamburg 12, Grindelallee 9

Kaugummi gegen Panik

Ärzteschaft bereitet sich auf den Atomkrieg vor

... Die Bundeswehr als Wehrpflicht-gesamtes kann nicht kämpfen, wenn die Angehörigen des kämpfenden Soldaten schützlos der Vernichtung preisgegeben sind“, erklärte CDU-Dreger in einer Bundestagsdebatte über die Gesamtverteidigung (zit. n. „Kfz“, 13.10.80).

In diesem Sinne ist nach dem Notstandsgesetz, die 1968 verabschiedet wurden, jetzt ein weiteres, das Gesundheitssicherstellungsgesetz (GesSG), in Vorbereitung. Den inzwischen vorliegenden Referentenentwurf für dieses Gesetz haben wir bereits ausführlich dargestellt (in Unser Weg 33). Dieses Gesetz, das tatsächlich mehr der Kampfmoral als dem Gesundheitsschutz dient, wird von entsprechenden Aufklärungskampagnen der Ärzteschaft begleitet. Was diese Kampagnen betreffen, soll bei so ausdenken, wollen wir etwas genauer darstellen, auch wenn der Leser die Lektüre eines derartigen Zynismus als „Zusatz“ begreifen mag.

Den Startschuß zur Kampagne der Ärzteschaft bildete eine Pressekonferenz der Bundesärztekammer im April 1980. Dieser Auftritt wurde mit großem Brimborium und von zahlreicher Katastrophen-Prominenz begleitet. Der Präsident der Bundesärztekammer und des deutschen Ärztetages, Vilmar, konnte es gar nicht abwarten und „reklamierete beim Gesetzgeber, das Angst überfällige Gesundheitssicherstellungsgesetz zu verabschieden.“ Dabei sei es notwendig, „die Ärzteschaft unmittelbar als Sachverständige bei der Ausarbeitung des Gesetzeswerkes einzuschalten und ihr weitreichende Kompetenzen bei den Planungen und der Durchführung institutionell einzuräumen.“ Er kritisierte die „streng geheime Planung“ bei der Erarbeitung des Referentenentwurfes. Er verwies darauf, daß es schon seit 1969 entsprechende Beschlüsse von Ärzten gegeben habe. Es ginge ihm nicht darum, „die Gunst der Stunde“ zu nutzen, wenn er „Bundesregierung, Parteien und Behörden ausgerechnet jetzt schwerer Verdächtigungen“ bezichtigte (aus: „Deutsches Ärzteblatt“ (DAB), 18/80).

Weitere Redner waren der Chef des Bundeswehr-Sanitätswesens, Rebenbach (der soll bei uns erst später zu Wort kommen) und der Oberstarzt der Akademie des Sanitätswesens der Bundeswehr, O. Mommschmidt, der eine „unverkennbare Strahlenpsychose in der Öffentlichkeit“ diagnostizierte und die „mangelnde Ausbildung der Ärzte auf diesem Gebiet“ und „die fehlenden Kenntnisse über die Entstehung radioaktiv bestrahlter Räume und die Behandlung radioaktiver Strahlenschäden“ beklagte. Weiterhin nahm Dr. Osterwald, Präsident der niedersächsischen Ärztekammer und zugleich Vorsitzender der „Ständigen Konferenz Sanitätswesen in der Bundeswehr und Zivilschutz“, teil. Die niedersächsische Ärztekammer geht ganz besonders für sich in der Katastrophengeschichte vor, wie wir noch sehen werden.

Zufall oder gemeinsames Timing? Kurz nach dieser Pressekonferenz jedenfalls war der Referentenentwurf für das geplante Gesetz allen interessierten Verbänden zugestellt worden. Zufall oder nicht? Der Entwurf, der ohne die entsprechende „Fachkompetenz“ der Ärztekammer erstellt worden sein sollte, entsprach im Grunde haargenau ihren Vorstellungen. Osterwald (von der niedersächsischen Ärztekammer) ist er noch zu lauch. Er fordert die Dienstverpflichtung schon im „Spannungsfall“ sowie „höhere Kriterien und Maßnahmen zur Zwangsverpflichtung“, denn wenn der Tag X kommt, dauert es dann noch 8-14 Tage, bis alles funktioniert („Kfz“, 8.1.81).

Für die niedersächsische Ärztekammer hat die Vorbereitung allerdings schon längst begonnen. Es wurden bereits ärztliche Katastrophenschutzberater benannt, Musterpläne und Checklisten für Einsatzpläne erstellt. Da die Vorbereitung für den „Verteidigungsfall“ (so heißt das im Gesetz) Bundesangelegenheit ist, laufen diese Vorbereitungen unter dem Mantel des „Katastrophenschutzes“, der Ländersache ist und somit ohne GesSG auskommt. Damit soll

auch Osterwald zufolge auch direkt auf den Ernstfall eingestellt werden, es sei nämlich „höchste Zeit“, die fortschreitende Einschleifung des Gefahrenbewußtseins der Bevölkerung ebenso zu überdenken, wie die allzu optimistische Einstellung zu der Frage einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung in Europa“ („Nieders. Ärzteblatt“ (NAB), 24/80).

Sein Kollege Fromm findet, es sei „höchste Zeit, die systematische Einschleifung der Bevölkerung für Großunfälle und Naturkatastrophen sowie die politische „Entspannungseuphorie“ neu zu überdenken“ („NAB“, 10/80). Die Kette von Großunfällen, Naturkatastrophen und Krieg ist alles andere als zufällig bei diesen Kreisen. Dr. Kowalski, „Katastrophenchirurg“ und bereits gedienter „Feldchirurg“ (im 2. WK), konstatierte bereits erfreut den Bewußtseinswandel: „Seit Afghanistan hat sich der Wind gedreht“ („Spiegel“, 49/80). Bei den von Ärztekammern geforderten und schon praktizierten ABC-Ausbildungen geht es natürlich nicht um AKW-Katastrophen, denn dort - so das niedersächsische Ärzteblatt - sei ein Unfall ja „extrem unwahrscheinlich“ („NAB“, 24/80). Es geht natürlich auch nicht darum, wie ein Krieg überhaupt verläuft werden kann, sondern darum, sich auf einen solchen Krieg vorzubereiten. Die ganze Ärztediskussion wird konsequenterweise maßgeblich von Bundeswehrmedizinern getragen und bestimmt. In diesem Sinne sprach der „Spiegel“ von einer „neuartigen Koalition aus Militärärzten und Landespolitikern“ (49/80).

„Der nukleare Krieg ist wahrscheinlich“

Prof. Rebenbach, Generaloberstabsarzt und Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, unterstützt die Forderung nach einem GesSG, „weil der zivile Bereich etwas tun muß, damit nicht zum Schluß - auch im Verteidigungsfall - eine Last auf die Bundeswehr zukommt, der sie nicht gewachsen ist“ („Wehrmedizin“, zit. n. „Roter Morgen“, 10.4.81). Tatsächlich fordert der vorliegende Geszentwurf, daß sämtliche Wehrdienstfähige im Gesundheitswesen mit und sondern (bis auf ganz wesentliche Ausnahmepersonen) der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, je sogar zivile Krankeneinrichtungen sollen im Kriegsfall in „Lagerstätten“ mit der Wehrmacht ihren Zwecken zur Verfügung stehen. Das GesSG soll in diesem Sinne auch einen vollkommenen Zusammenbruch des zivilen Gesundheitsbereichs verhindern. Das Motto der Kriegsmethoden lautet dabei: „Derjenige Staat wird sich aus den Verpflichtungen am besten herausziehen, der am sorgsamsten die Eventualitäten vorausdenkt... kurz dessen Organisation des Krisenmanagementdienstes die beste ist“ („Wehrmedizin“, s.o.).

Rebenbach war - wie erwähnt auch auf der Pressekonferenz der Ärztekammer und dort „bemängelte“ er vor allem die seiner Meinung nach „totale Führungslosigkeit“ in diesem Bereich“ („DAB“, 21.80). Nach seinen Vorstellungen werden „die zivilen Krankenhäuser und Hilfskrankenhäuser - die Grundzüge des Feldsanitätsdienstes und der Streitkräfte anwenden müssen“ („Roter Morgen“, s.o.). Oberstarzt O. Mommschmidt sagt deutlich, worum es geht: „Der nukleare Krieg ist nach meinem Gefühl wahrscheinlich... Wir müssen die Kollegen heranziehen für diesen Fall“ („Spiegel“, 49/80).

Kaugummi beruhigt beim Strahlentod vor Augen

Im Atomkrieg ist natürlich ärztliche Kunst vergebens, wie es der „Spiegel“ am Szenario einer Megatonnen-Atombomben-Explosion über Hamburg darlegte. Dazu hieß es: „Innerhalb des sieben-Kilometerkreises waren alle Hamburger sofort tot, etwa 900 000 Menschen, darunter 75 000 Kinder. Noch 35 Kilometer vom Hauptbahnhof entfernt verbrannten Menschen... starben 1,5 Mill. Menschen. Wer überlebte, hatte meistens schwere Brandwunden. Die radioaktive Strahlung spürte niemand,

denn sie tut nicht weh... Die meisten Strahlentopfer starben erst nach einigen Wochen... Für sie gab es keine ärztliche Hilfe. Von den insgesamt 7000 Ärzten im Katastrophengebiet waren 3000 tot oder schwer verletzt. Die großen Kliniken der Hamburger Universität „aber auch die kleinen Krankenhäuser im Radius von 20 Kilometern existierten nicht mehr. Im Außenring rund um die Stadt hatten 2000 Ärzte den Atomschlag zwar überlebt, doch jeder von ihnen sollte 3000 Schwerkranken betreuen, so blieben pro Patient fünf Minuten alle 14 Tage. Es gab kein Verbandsmaterial und keine Medikamente, bald auch nichts zu essen und nur schmutziges Wasser zu trinken“ („Spiegel“, 49/80; mehr auch die inzwischen in Hamburg erscheinende Broschüre mit dem Titel „Atomwaffen werden auch Hamburg zerstören, wenn wir den Atomkrieg nicht abbrechen“, erhältlich für zwei DM bei Hamburger Friedensinitiativen). Tatsächlich hat die Kriegsmethoden auch alle möglichen Aufgaben, nur nicht die, Patienten zu heilen! Dazu Oberstabsarzt und Wehrpsychiater Brickenstein: „Beim Einsatz von Atombomben muß damit gerechnet werden, daß auch Personenkreise abertausend regieren, die sich bisher bei Belastung unauffällig verhalten haben“ (zit. nach „Konkret“, 6/81).

Kein Wunder, möchte man denken, doch Brickenstein, der häufiger über „Probleme der geistigen Tauglichkeit“ referiert, setzt dem die Devise entgegen: „Gegen die Panik müssen rechtzeitig sinnvolle Reflexe eingeübt werden“ („Spiegel“, s.o.). Ein ganzes Panikbuch hat Brickenstein mit Ratsecheln gefüllt („Panikprobleme im Rahmen der Landesverteidigung“). „Für einen guten Rat hält Brickenstein den Tip, gegen Angst und Panik 'Kaugummi zu kauen'. Das habe sich bewährt, lehrt der Seelenarzt, denn 'gleichmäßiges Kauen macht kühnheitlich'... Eine Panik bekomme der Doktor nicht durch 'sackige' Mitteilungen an die Opfer in Griff. Er müsse auch bereit sein, 'Panikpersonen' sofort zu 'isolieren', notfalls 'brustal'“ („Spiegel“, s.o.). Bei Panikstimmung von Soldaten: „Nachdrückliche Erinnerung an die eigenen Kriegstriebe“ (zit. n. „Militärmedizin, Maschinengewehr hinter der Front“, S. 15).

Dabei geht es Brickenstein natürlich nicht um humanitäre Beruhigung, sondern die Panik-Abstellung (er der Front“, S. 15).

Dabei geht es Brickenstein natürlich nicht um humanitäre Beruhigung, sondern die Panik-Abstellung hat für ihn ganz handfeste politische Motive: „Außerliche Merkmale einer Panikberuhigung sind u.a. häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widerstandsfähigkeit, Sachbeschädigung, rückwärtslose Verfolgung von Minderheiten und grober Vandalismus... eine solche Menschenmasse ist charakterisiert durch Anonymität, leichte gefühlmäßige Ansprechbarkeit, Kritikschwäche und Verantwortungslosigkeit“ (zit. n. „Konkret“, 6/81). Der brave, tapfere, vaterlandsliebende Deutsche bleibt eben selbst in der Stunde höchster Gefahr ruhig, selbst wenn er seinen eigenen Tod nicht zu fassen entgegnet. Tatsächlich steht jede Notstandsplanung gleichzeitig die Bekämpfung von möglichen Aufständen vor, auch die Mediziner sollen ihre Möglichkeiten gegen „Panik“ dabei zur Verfügung stellen.

Jodtabletten und andere Beruhigungspillen

Natürlich beschäftigen sich die Militärmediziner nicht nur mit der Panik, schaut man sich etwa die umfangreichen „Lehrbücher“ und Meinungen zu diesem Thema an. Die niedersächsische Ärztekammer ließ ein solches Lehrbuch „Reaktionsschritte und nukleare Katastrophen“ an alle Ärzte verschicken (NAB, 24.80). Verfasser und Oberstabsarzt P. Kirchhoff von der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr in München und Generalstabsarzt M. Linde, Chef des Sanitätsamtes der Bundeswehr in Bonn, bittet Kostproben solcher Vorschläge brachte der „Spiegel“ (s.o.): Die „wichtigste Aufgabe“ bei einem Strahlenunfall sei „die Aufklärung der Patienten über sein individuelles Risiko“ und weiter: „Unter den No-

Fortsetzung nächste Seite



Opfer der Atombombe auf Hiroshima

Das Muster des Kleides dieser Frau wurde in die Haut durch die Hitze der Atombombe eingebrannt. Ähnliche Verletzungen würden in einem Umkreis von zehn bis zehn Kilometern um den Kern einer Atombombenexplosion entstehen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

dingungen einer Katastrophe sind Ganzkörperbelastungen über 500 rad nicht therapierbar, die Patienten sterben... Die maximale Therapie (Sterilisation, Knochenmarktransplantation) ist nur bei 1000 rad möglich. Patienten und begrenzt möglich, kommt aber für ungewählte Patienten nicht in Betracht... Für das namenlose, aber mit einer Registernummer versorgte Opfer kommen der Katastrophe (Kosowski) bleiben ein paar schlichte Ratschläge. Ihm empfiehlt man bei Wind und bei Staubentwicklung möglichst nur durch ein Taschentuch zu atmen. Verbrannte sollen reichlich Wasser trinken, denn die wichtigste lebensrettende Infusionen wird es nur für sehr wenige privilegierte geben. Ähnlich nachhaltig wirkungsvoll und die „Hausmittelchen“ gegen Verwundung: „Zunächst sind die Kleider abzulegen und die betroffenen Körperpartien gründlich zu reinigen... Demontierungsalben und Erntekleider sind von der zuständigen Behörde bereitzustellen.“ Darüberhinaus – wer hätte es nicht gesagt – „ist die prophylaktische Gabe von Jodid notwendig“, was so wie so nur einen Nutzeffekt bei Einnahme vor der Katastrophe, und selbst dann nur geringen, hat, aber der Beruhigung dient es allemal (Prof. Creutzig im „NAB“, 24/80).

Opium und Bibel

Opium und Bibel

Inhaltliches Kernstück aller Überlegungen des Arztes ist die sogenannte Triage, ein Sortierungsverfahren. „Unter dem Kommando von Soldaten... soll den Zivilisten erstmal beigebracht werden, daß im Krieg von Arzte wegen andere, inhumanere Regeln gelten. Das Stichwort heißt Triage, Patientensortierung“ („Spiegel“, 49/80). Diese Sichtung steht laut Lehrbuch von Linde und Kirchhoff „an erster Stelle“ (S. 86). Alles das, was man in Lehrbüchern und Arztschulung findet, geht zurück auf interne Dienstvorschriften der Wehrmacht. Seit 1961 gibt es ein entsprechendes NATO-Handbuch, zu deutsch „die dringliche Kriegschirurgie“. Diese NATO-Anweisung ging in die Bundeswehrdienstvorschrift 49/50 ein. Damit wurde das NATO-Handbuch unter Nr. 2968 des NATO-Standartierungsabkommens für die BRD übernommen. Die Sache wurde in der BRD im letzten Jahr bekannt, als Bundeswehrärzte mit diesen Dienstvorschriften ihre Kriegsdienstverweigerung begründeten. Als das Prüfungsgericht einem Arzt seine Aussagen nicht abnehmen wollte, mußten sie sich nach Einsicht in diese geheimen Vorschriften eines Besseren belehren lassen. Wie wollen uns deshalb bei der Darstellung der Einteilung der Verwundeten in vier Gruppen gleich auf dieses Handbuch beziehen. Es heißt dort auf S. 171: „Da an vielen Stellen eine ungeheure Arbeitslast für den Sanitätsdienst entsteht, müssen gegenüber den üblichen ärztlichen Grundsätzen folgende Kompromisse geschlossen werden: Eine große Anzahl Verwundeter muß als nur geringfügig verletzt eingestuft werden, nach einfacher ärztlicher Hilfe, die selbst oder von einem Kameraden ausgeführt wird, müssen diese Patienten zum Dienst zurückgeschickt werden... obwohl man genau weiß, daß sie später im sanitätsdienstlichen Versorgungsweg wieder

zur Weiterbehandlung aufsuchen werden. Ohne Zweifel werden durch die verzögerte Behandlung Deformationen und Funktionsstörungen entstehen, aber sie müssen in Kauf genommen werden. Die 2. Gruppe von Verwundeten kann durch eine einfache Erstversorgung am Leben erhalten werden, während die weitere Behandlung zunächst auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird... Zu dieser Verwundetengruppe gehören hauptsächlich die geschlossenen Frakturen der Röhrenknochen, die diese bei richtiger Ruhigstellung nicht mehr lebensgefährlich sind. Die dritte Gruppe sind „die Verwundeten, die eine sofortige lebensrettende Behandlung brauchen und die damit gute Überlebenschancen haben... Die letzte Gruppe umfaßt die kritisch Verwundeten, deren Überlebenschance fraglich ist und sogar unter idealen sanitätsdienstlichen Verhältnissen fraglich wäre... zwar werden diese Verwundeten nicht alle sterben, doch zeigt eine nüchterne Überlegung, daß es sich die Behandlung der an sich tödlich Verletzten als Folge der Dringlichkeitstabelle zwangsläufig zur Vernachlässigung derjenigen Verwundeten führen muß, bei der eine richtige und sofortige Behandlung bessere Überlebenschancen schafft.“ Exfeldchirurg Kosowski lehnt das so: „Schwerstverletzte bedürfen der Schmerzlinderung und der Seelhilfe“ („Spiegel“, a.o.). Oder: „Der einzelne Patient, der eine kleine 5 Liter (Blutkonserven - Anm. AK) braucht, muß als letzter behandelt werden, falls er denn noch lebt“, denn, so heißt es an anderer Stelle: „Verwundete mit einer Verletzung der Aorta... oder anderer großer Blutgefäße sind meist kein Problem für den Arzt, denn die Verwundeten sofort“. Es sei denn, der Arzt hat sich geirrt. „Übersteht der Patient jedoch die ersten 24 Stunden, so kann es sich herum um eine letale (= tödliche - AK) Verwundung handeln“ (alle Zitate nach der Broschüre: „Militärmedizin“). Bei schwereren Verletzungen setzt die Militärmedizin ganz offen auf „natürliche Auslese“, bzw. auf „Beruhigungsmittel“, die einzige Behandlung in den ersten 24 Stunden. Bei leichteren Fällen geht es ebenfalls nur um die weitere Einmüdigkeit und weniger um die Gesundheit: „Militärische Erfordernisse heissen laut Heeresdienstvorschrift 303/1 die schnelle Wiederherstellung der vollen Kampffähigkeit“ oder zumindest der „begrenzten Einsatzfähigkeit“ („Stern“, 49/80).

Kein Wunder, daß der Gedanke der Erhaltung der Kampffähigkeit jedes medizinische Ethos pervertiert. Die Perversion besteht vor allem darin, daß die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall benutzt wird, um den Eindruck zu erwecken, als ginge es dabei um den Schutz von Leben.

Da ist es nur zu begrüßen, wenn aus der Ärzteschaft selbst der Protest gegen dieses Notstands- und Kriegsführungsplanungen wächst

Antimilitarismus-Kommission/
KB Gruppe Göttingen und
AK-Redaktion

(Anmerkung: Die Broschüre „Militärmedizin - Maschinengewehr hinter der Front“ gibt es zum Preis von DM 4,- bei der Dr. med. Mabuse Redaktion in Frankfurt 70, Postfach 70 07 47 zu beziehen.)

Interview mit der ProTest - Redaktion

Kirche von unten

— eine Basisbewegung stellt sich vor

Der Kirchentag in Hamburg hat neue Zeichen gesetzt. Die aufgeschreckte Diskussion in den bürgerlichen Medien wurde immer wieder von der bängigen Frage begleitet: Haben die Kirchenoberen diese Bewegung noch im Griff? Die große Friedensdemonstration — die „Fortsetzung des Kirchentages mit anderen Mitteln“, wie es auf der Demonstration hieß — wurde ohne jede Form der Ausgrenzung gemeinsam von kirchlichen Gruppen und dem Spektrum linker Organisationen — bis einschließlich des KB — getragen. Für viele Links war dies ein überraschendes und erstaunliches Ergebnis. Wir haben das zum Anlaß genommen, vier Redaktionsmitglieder der „ProTest“, einer kirchenoppositionellen Zeitung, die während des Kirchentages täglich in 10.000 Exemplaren verkauft wurde, über ihre Einschätzung des Kirchentages und der kirchlichen Basisbewegung zu befragen.

AK: Der 1. Kirchentag in Hamburg hatte 150.000 Besucher, drei Viertel davon waren Jugendliche. Es hat eine große Friedensdemonstration mit 70 - 80.000 Teilnehmern gegeben. Worum beruht die Anziehungskraft dieses Kirchentages und wie schätzt ihr seinen Verlauf ein?

Peter: Hauptpunkt war, daß stärker als früher Möglichkeiten zur Diskussion und Foren zur Auseinandersetzung gegeben waren. Es ging also weniger darum, mal ein schönes Wochenende zu erleben und so ein Massenfest zu haben, wie das meist war, beim letzten Kirchentag (vor zwei Jahren in Nürnberg) der Fall war, sondern darum, daß die Möglichkeit gegeben war, die Friedensfrage in den Mittelpunkt zu stellen. Unter dem Motto, jetzt und sofort muß was für den Frieden getan werden, sind die meisten jungen Leute auf den Hamburger Kirchentag gekommen.

Theo: Der Kirchentag soll natürlich auch der Kirchenleitung die Möglichkeit geben, die Kirche attraktiv darzustellen. Das gelingt auch immer wieder, da den Gruppen die Möglichkeiten geboten wurde ihre Stände aufzubauen. Drei ganze Hallen gab es, wo sich die verschiedenen Projekte darstellen konnten, und das haben diese seit Jahren minutiös vorbereitet. Das macht — glaube ich — auch die Attraktivität aus.

Das war auch ein Problem, ob alle aus den Hallen zur Demonstration gehen würden, weil sie eben die lange Vorplanung für das Programm getroffen hatten.

Peter: Es geht weniger darum, das Projekt in seinen Formen den

Peter: Es geht weniger darum, das eigene Projekt in großen Foren darzustellen als darum, im Rahmen des Kirchentages Aktivitäten, Ideen zu entwickeln, diesmal auch „etwas für den Frieden zu unternehmen“.

AK: Ich könnte mir vorstellen, daß ein großer Teil der Jugendlichen nicht unbedingt der Kirche wegen gekommen ist, oder wegen der immer betonten Möglichkeit, hier an Gottesdiensten teilzunehmen. Worum beruht heute der Einfluß der Kirche bei den Jugendlichen? Hängt das damit zusammen, daß ein großer Teil der Jugend in vielen Orten im Rahmen der Kirche stattfindet, oder im Rahmen der Kirche Möglichkeiten für Jugendliche geboten wurden? Oder liegt das am Kirchentag und seinem Ablauf selbst?

Wolfgang: Der Einfluß der Kirche beginnt dort, wo sie Bedürfnisse aufnimmt, die Attraktivität steigt dort, wo eine Auseinandersetzung mit Problemen stattfindet. So haben z.B. kirchliche Gruppen großen Zulauf, die sich mit dem Thema Frieden beschäftigen.

Gabriele: Ich denke, daß sehr viele Jugendlichen anfangen, sich von oberen Kirchengremien zu emanzipieren, daß sie anfangen, das, was dort an „Bibelinterpretation“ stattfindet, jetzt in eigener Form und veränderter Auslegung zu machen. Diese Jugendlichen und kirchenkritischen Gruppen verstehen das Christentum durchaus als ihre Grundlage, aber in anderer Form, als es von bürokratischer Seite gemeint ist. Das ist auch mein Anliegen, daß nicht von den Bischöfen diktiert wird, was Christen tun ist. Für mich ist wichtig, deutlich zu machen, daß es auch andere Meinungen gibt, als es die Kirchenoberen wahrhaben wollen. Ich glaube auch, daß dies zunehmend ein Anliegen von Jugendlichen ist, die auf den Kirchentag kommen.

Gerade auf dem Kirchentag kann das besser ausgedrückt werden als sonst auf Ebene der Gemeinden.

Theo: Ich glaube, daß auch eine ganze Reihe von Jugendlichen kommen, weil sich ihnen die Möglichkeit bietet, ganz einfach einmal von zu Hause abzuweichen, in die Großstadt zu kommen, dort etwas zu erleben, die mit religiöser Gemeinschaft — wie mit der Bischof Lohse jetzt in der Abschlusspredigt vorstellte — nichts im Sinn haben.

Peter: Bei sehr vielen Jugendlichen spielen ideologische Haltungen — kirchlich oder antiklerikal — überhaupt keine Rolle. Das gilt auch bei uns, der ESK. Da haben viele mit dem „I“ nichts im Sinn. Sie machen dort Politik, kritische und engagierte Dinge, wo sie sich ausdrücken, sich ein Stück selbst verwirklichen können und versuchen, was zu verändern. Das finden sie das Wichtigste. Wesentliche nicht das, was im Namen steht, ein „I“, ein „S“ oder ein „K“.

Wolfgang: Es ist erst einmal egal, was das für ein Verein ist, ob es nun protestantisch oder katholisch ist, sondern das Thema, der Inhalt, das Einbringen von Bedürfnissen ist entscheidend.

AK: Heißt das, daß für die Kirchen das ein großes Betätigungsfeld unter Jugendlichen gegeben ist, die Möglichkeit eines Einflusses im weitesten Sinne und daß diese eher im Wachstum begriffen ist?

Wolfgang: Ja, und das läuft praktisch oft gegen die Antikirche.

Theo: Dies kann man sehr anschaulich machen. Wir haben zum ersten Mal am Button und die Demonstration gemacht, die die Lösung um 180 Grad gedreht hat und das hat sehr

„Ich befürchte, daß die Kirche um 180 Grad gedreht hat und das hat sehr viel Erfolg, zumindest eine mehr große Sympathie gehabt und an diesem Punkt sind wir ja auf die Barrikaden gestiegen. Die Gemeinschaft und das miteinander Reden haben sie uns ja aufgeklärt. Das muß man sich ja vorstellen. Uns haben sie das Gespräch aufgeklärt, aber sie haben gesagt, der Apfel muß rot sein können.“

Gabriele: Das, was jetzt hier rauskommt, ist der Unterschied von Antikirche einerseits, die Macht hat — was sie zwar nicht gerne hört, was aber so ist — und andererseits von dem, was sich da an der Basis tut, wo neue Pflänzchen hochwachsen, was sich ja auch an der Friedensdemonstration gezeigt hat. Ich glaube schon, daß viele Jugendliche den Anspruch haben, christlich zu sein. Ich weiß nicht, ob man es „kirchlich“ nennen soll, weil beides so leicht gleichgesetzt wird. Ich glaube nicht, daß der Kirchentag nur einfach als Mittel benutzt wird, um sich auszuzeichnen, weil er ein gutes Forum dazu ist. Ich glaube, daß viele kommen, weil sie wirklich mit Christentum und auch der Kirche etwas am Hut haben, aber beides neu definieren wollen.

Wolfgang: Christentum und christliches Verständnis vor allem bei Jugendlichen lassen sich nicht an den offiziellen kirchenpolitischen Stellungnahmen festmachen. Auch wenn es dann 180 Grad gegen offizielle Positionen steht oder links ist — um es schlagwortartig zu sagen —, ist das noch lange nicht unchristlich. Christ sein kann nicht per antikirchliche Definition festgemacht werden.

Gabriele: Gollwitzer sagte dazu auf der Demonstration: Nicht Wölber bestimmt, was Kirchentag ist, sondern wir.

AK: Das Kirchentagspräsidium wurde immer wieder vor die Frage gestellt, ob ihnen der Kirchentag aus der Hand gegitt. Auf der einen Seite wurde versichert, daß selbst die große Demonstration des Kirchentages überhaupt nicht be-

trächtigt hätte, auf der anderen Seite wurden Stimmen laut, die von einer Verkleinerung des Kirchentages bzw. einer Reduzierung auf bestimmte kirchliche Fragen sprachen. Wie werden die Kirchenoberen auf die Entwicklung reagieren?

Peter: Eine Verkleinerung des Kirchentages ist nicht möglich. Sie können die Leute nicht aussperren, der Zug ist da politisch abgefahren. In zwei Jahren wird sich der Prozeß der Politisierung, des Engagements fortsetzen und verstärken. Wenn sie die Leute ausschließen, dann gibt es zwei Kirchentage. Das ist ganz eindeutig.

Wolfgang: Das zeigt schon ganz eindeutig die große Friedensdemonstration unter dem umgekehrten Kirchentagsmotto, die trotz Warnungen, Demonstrationen und Diffamierungen von fast 100.000 getragen wurde.

Gabriele: Offiziell betonen die Kirchenoberen immer wieder, daß ihnen der Kirchentag nicht aus der Hand gegitt. Ich habe gerade noch einmal Herrn von Bismarck, Mitglied des Kirchentagspräsidiums, gehört, der gesagt hat, daß diese Gefahr anfangs hochgeputzt worden sei und jetzt alles ganz ruhig und diszipliniert abgelaufen sei und alles im ihrem Sinne. Und gleichzeitig waren wieder unheimliche Diffamierungen darunter, als er sagte, auf dem Kirchentag seien sichtbar und anfällig Gespenster herumgelaufen, denen es aber nicht gelungen sei, die Macht zu ergreifen. Da ging mir wieder völlig der Hut hoch. Darin wird aber auch unheimlich deutlich, daß sie ganz

wahnsinnige Angst haben, daß sie unheimlich deutlich, daß sie ganz wahnsinnige Angst haben, daß sie sich im Moment ständig legitimieren und rechtfertigen müssen. Man sieht sie förmlich auf den Pressekonferenzen zittern. Da zeigt sich, daß das, was jetzt von unten hochkommt (das zeigt auch die Friedensdemonstration) im Moment das eigentlich Prägende ist, und eine Wende gegenüber den anderen Kirchentagen bedeutet.

Peter: Die Kirchentagspressestelle hat mit Hilfe der Presse ganz stark Politik gemacht. Es gab druckfertige vorgefertigte Meinungen für die Presse. So wird in einer Pressemitteilung behauptet, einer Besucherin gehe das mit dem Frieden auf die Nerven oder ähnlich; vorgefertigte Präsidialmeinung für die Medien, Frieden sei gar nicht das zentrale Thema gewesen.

Wolfgang: Bezeichnend ist auch die Stellungnahme von Bischof Lohse, der Kirchentag sei nicht das richtige Forum für friedenspolitische Diskussionen. Als sich die Stärke der Friedensbewegung auf dem Kirchentag abzuzeichnen begann, war die offizielle Strategie schon vor der Eröffnung, die Sache klein zu halten bzw. zu diskreditieren. Und der große Erfolg war ja, daß trotz dieser Kampagne das Thema nicht aufzuhalten war.

Theo: Dazu muß man sich auch die Entwicklung anschauen. Vor sechs Jahren in Dusseldorf war der erste Kirchentag, der links kirchenpolitische Positionen zeigte, der schon deutlich linken Positionen einen Platz bot, da war auch Dorothea Sölle mit ihrem Auftreten erstmalig groß rausgekommen. In Westberlin war es so, daß es viel Knatsch gab, da waren die Linken mitmitten und sorgten für sehr viel Progression. In Nürnberg versuchte dann das Kirchentagspräsidium solche Kräfte auszuladen, da waren die Homosexuellen ausgeladen worden, Dorothea Sölle war

Fortsetzung nächste Seite

Porta. von d. letzten S.

nicht eingeladen worden, ebenso Albert und Kösmann

Gabriele: Aber der war doch da

Theo: Ja, die sind alle noch gekommen, und es gab viel Auseinandersetzung. Jetzt in Hamburg haben sie dann versucht, alle Linken in eine Halle zu legen als „Kompromiß“.

Peter: Spielhalle!

Theo: Genau, um sie dadurch nicht in ihren Räumen zu haben.

Wolfgang: Man kann sagen, die Ausschlußpolitik wurde durch eine Ghettoisierung ersetzt.

Theo: Genau, und das sollte ja auch mit der Demonstration durchbrochen werden. Nach diesem Kirchentag - es ist noch vieles spontan gelaufen - ist es jetzt im Bewußtsein, daß du auf dem Kirchentag eine zentrale politische Aktion machen kannst. Und ich kann es mir schon vorstellen, daß dies für die kirchliche Leitung immer brenzlicher wird.

Gabriele: Was ja auch ganz spannend war, daß das Kirchentagspräsidium ziemlich zertritten war, wenn auch niemand auf unserer Linie gelegen hat. Während einige versucht haben, das ernst zu nehmen, bzw. zu gucken, was da dran ist, haben andere es gleich runtergeputzt als Gespensterdasein, als unterwandert und gesteuert, während der Eppler sich dann auf der Demonstration blicken ließ. Das kann Taktik sein, um vielleicht zu beschwichtigen, aber es ist ganz deutlich geworden, daß da kein einheitliches Handeln mehr besteht innerhalb des Kirchentagspräsidiums.



Karl-Heinz Hansen

Karl-Heinz Hansen

AK: Ihr habt gesagt, daß der Kirchentag eine Stärkung des kritischen, engagierten und vor allem jugendlichen Teils in den Kirchen gebracht hat. Das sei insbesondere auch bei der Demonstration zum Ausdruck gekommen. Auf der anderen Seite hat es doch vor dem Kirchentag sehr scharfe Angriffe auf den Pazifismus in den Kirchen, die „naive Gemeindegerechtigkeit“, das „Aussteigen aus der Realpolitik“ gegeben. Das Kirchentagspräsidium hat nachher erklärt, es habe sich gezeigt, daß man dem Frieden mit und ohne Waffen dienen könne. Erstaunlich ist doch, daß trotz aller Angriffe das Kirchentagspublikum solche Veranstaltungen mit Apel, Schmidt etc., die allerdings immer auch als Dialog-Veranstaltungen mit kritischen Stimmen aufgezo- gen wurden, weitgehend akzeptiert hat.

Wolfgang: Die alten Heidelberger Thesen (des Friedensdienstes mit und ohne Waffen - Anm./AK) sind nun wirklich überholt. Die Bedingungen sind doch real so, daß wir wirklich keine Alternative mehr haben angesichts des Atomwahns.

Zu Apel etc.: Ich glaube, das Interesse des Publikums an der Thematik Frieden/Nachrüstung war so groß und überlagerte vorhandene Zweifel an der Form der Veranstaltung, so daß man sich diesen Show- und Repräsentationsmechanismen unterwarf.

Gabriele: Es gibt unterschiedliche und auch zentrierte Meinungen dazu, ob es richtig ist, Apel reden zu lassen. Ich finde das auch schwierig zu entscheiden. Von mir aus gesehen soll er da nicht reden, er hat da überhaupt nichts zu suchen, schon gar nicht bei solchem Thema. Aber aus faktischen Überlegungen, aus Überlegungen, wie schlägt das auf Leute zurück, wie schlägt das auf Leute zurück, die in der Demonstration zusammengekommen sind, dadenke

ich, daß es eher schadet, wenn man Apel nicht zum Reden kommen läßt, weil es dann hochgeputzt wird, weil die Kirche und die Presse dann sagen: „Wir lassen alle reden und die „Chaoten“ verhindern das.“ Das muß

Wolfgang: Ich bin unbedingt dafür, daß Apel redet, wenn er eingeladen ist.

Peter: Ich würde das Gegenteil sagen. Ich würde vor allem vor der Illusion warnen, daß der Dialog mit solchen Machtpolitikern, die ganz oben stehen, die bis ins letzte Mark hinein Taktiker sind und auch - vorzüglich gesagt - Schwindler sind, furchtbar sein könnte. Und davon gehen doch die Leute, die mit ihm noch diskutieren, aus, daß es sich bei denen „oben“ um Leute handelt, wie du und ich, die man noch ein Stück weit überzeugen könnte. Das würde ich bei solchen Leuten zunächst einmal ausschließen, nicht bei Herrn Apel als Mensch, der ist mir ja piepelig, sondern bei Apel als Machtfigur. Die sind doch ganz stark in die westliche Militärpolitik eingebunden und da sind keine Diskussionen möglich, auch keine Positionsänderungen - außer: wir machen Druck! Als wenn der Apel was still in seinem Kämmerchen woken könnte, das ist ausgeschlossen. Davon muß man erst einmal ausgehen, dann ist alles andere eine Nebenfrage.

Die so vehement gegen Störungen waren, gehen davon aus, da sei noch was möglich zu verändern.

Theo: Man muß auch sehen, daß es sehr starken Druck gegeben hat. Es gibt einmal den sehr kämpferischen Pazifismus, der sagt, ein Atomkrieg bedeutet den Mord an sehr weiten Teilen der Bevölkerung. Von der Kirchenleitung wird dir dann nicht gesagt, daß du ja recht hast, sondern daß der Pazifismus erst dann glaubhaft werde, wenn du auch deinen „Allernächsten“ aussprechen läßt. So wird es ganz offen gedrückt, auch in Bezug auf die Apel-Veranstaltung.

Peter: Kann ja gerne aussprechen ...

Wolfgang: Es erhebt sich die Frage, welche Leute hier auf dem Kirchentag reden können. Wenn man die ganzen Listen durchgeht, dann fällt einem schon auf, daß diese großen Stars große Auftritte kriegen und Gruppen und Personen, die vielleicht noch wichtiger wären, ausgeblendet werden aus dem Gelände oder nur kleine Räume kriegen. Da muß schon eine Politik, die einen hochzuheben und die anderen herunterdrücken.

Gabriele: Ich glaube schon, daß es einen Sinn hat, wenn Apel dort spricht. Zwar wird sich in einer solchen Diskussion Apel nicht verin- dern, aber diese Wirkung kann ein- treten für das Publikum, weil ja auch das Podium gar nicht schlecht be- setzt war und dort Leute saßen, die argumentativ sicher besser waren als der Apel, der da lediglich die Politik der Bundesregierung wiedergegeben hat, die du auch täglich lesen kannst. Ich weiß auch von vielen, die gesagt haben „Laß doch den Apel reden,

hat, die du auch täglich lesen kannst. Ich weiß auch von vielen, die gesagt haben: „Laß doch den Apel reden, die besseren Argumente haben sowieso die anderen.“

Theo: Aber faktisch läuft das noch anders ab: Die Halle war schon um halb acht wegen der Bibellektion voll, wovon kaum jemand weggegangen ist, auch Bundeswehrsoldaten in Zivil sind extra in Bussen aufgefahren worden. In der Halle saßen so viele, denen es gar nicht um das Gespräch ging. Die Kirchenleitung stand ja vor dem Dilemma, ob sie die Polizei reinlassen, den Einlaß kontrollieren oder Körperkontrollen machen lassen sollte.

Peter: Ich meine, daß hier vorgeprägte Urteile, die dauernd im Fernsehen und in den Massenmedien vorproduziert werden, die auch dem Wählerverhalten entsprechen - da machen wir uns doch nichts vor, welche beiden Parteien hier das „Vertrauen“ (in Anführungszeichen) breiter Bevölkerungsschichten der Wähler genießen - das wird hier noch einmal bestätigt, das wird hier mitgetragen und noch einmal explizit unterstützt. Ich habe selbst erlebt, daß nach der Schmidt-Veranstaltung, wo auch sehr gute andere „Partner“ auf dem Podium saßen, selbst kritische Leute gesagt haben: „Der Schmidt hat in dieser oder jener Frage halt doch recht; der hat so viele Sorgen am Hals, ich verstehe ihn.“ Da können die Leute, die da um ihn herumstehen, - ein Schüler, ja der hat eben auch ehrenwerte Standpunkte und Überzeugend geredet - wenig machen, denn der Helmut, der hat halt den besseren Überblick. Das ist eben ein Instrument. Der Bundeskanzler ist sogar bereit, mit einem Schüler zu diskutieren. Der Apel ist bereit, mit Kritikern zu diskutieren. Es schält also immer zugunsten der anderen zu Buche. Es gibt eine Reihe Leute, die durchschauen das. Ich möchte das jetzt nicht einstellen in „Klugen“ und „Nichtklugen“, so einfach geht das nicht.

AK: Kann man sagen, daß es da einen offenen Widerspruch in der Bewegung gibt? Einerseits wurde auf der Demonstration gesagt und die Sache breit mit dem Verständnis unterstützt, man müsse mit der Vorstellung brechen, durch Rüstung und Kriegsdienst Frieden schaffen zu können, auf der anderen Seite gibt es diesen Dialogbereitschaft!

Theo: Auf jeden Fall. Man kann sogar sagen, daß auf diesem Kirchentag die Stimmen eher noch stärker geworden sind, die sagen, wir müssen auch mit diesen Leuten reden. Das war im E. in Nürnberg nicht so. Da war die Bereitschaft eher stärker, mit Leuten, die auf dem Reißbrett schon unseren Tod im Kauf genommen haben, nicht mehr zu reden.

Wolfgang: Die Frage ist, ob und wie weit hier der Kirchentag ein riesiges publizitätswirksames Darstellungsmittel für Regierungspositionen ist, oder ob da wirklich außerhalb von etablierten, eingefahrenen Mechanismen eine Möglichkeit zur Diskussion und Positionsveränderung besteht. Anders formuliert: Gibt es eine gleichberechtigte Diskussion mit Apel oder ist das nur eine groß inszenierte Show, wo der Apel seine Sache loslassen kann und der Rest im Stille-

Gabriele: Aber die Frage ist doch, wie man sich verhält, wenn die eingeladen sind?

Wolfgang: Der Zug ist abgefahren, wenn Apel auf's Podium tritt. Der muß dann reden können, ansonsten wird die gesamte Friedensbewegung diskreditiert. Der entscheidende Punkt ist, Apel nicht einzuladen.

Theo: Aber wer trifft denn die Entscheidung? Wir haben ihn ja nicht eingeladen, das werden wir auch nicht tun.

Wolfgang: Das ist richtig, aber wir müssen das denn - zähneknirschend - akzeptieren.

Theo: Wieso denn?

Peter: Dann könnten sie ja auch Sonntags oder einen Faschisten einladen. Ich will Apel jetzt nicht damit vergleichen, aber ich meine, darauf läuft es hinaus, wenn man dieses Prinzip akzeptiert.

Wolfgang: Ich finde den Vergleich unpassend. Ich verstehe Apel trotz allem als Demokraten.

Gabriele: Aber was machen wir denn jetzt daraus? Dahin gehen und stören?

Wolfgang: Nein. Das wäre dann genau der Effekt, der auf uns zurückschlägt. Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre, die dann sagen: „Na also, da zeigt sich's wieder, mit denen kann man nicht reden, das sind alles Chaoten und Störer.“ Und publizistisch gibt's die entsprechenden Schlagzeilen. Was bleibt denn da von der Friedensbewegung? Das ist doch keine mehrheitsfähige Politik!

Theo: Der Boden, den wir einmal hatten, (Teilnahme an Aktionen in Brokdorf, Verteidigung der Aktionen in Bremen), wird durch den Kirchentag ein Stück weit zurückgeworfen, wenn wir es zulassen, daß sie alle möglichen Leute einfach einladen können. Das ist eben ein Stück weit zurückgeworfen, wenn wir es zulassen, daß sie alle möglichen Leute einfach einladen können.

Wolfgang: Vielleicht ist es effektiver, die Sache souverän zu nehmen. Wie die Gabi schon gesagt hat, wir haben eh die besseren Argumente.



Helmut Gollwitzer

AK: Es ist hier deutlich geworden, daß ihr teilweise unterschiedliche Vorstellungen habt. Ihr kommt alle von der Redaktion der Zeitung ProTest, die hier während des Kirchentags mit einer sehr hohen Auflage, 10.000, täglich erschienen ist und verkauft wurde. Könnt ihr eure Arbeit und eure Zusammensetzung vorstellen?

Wolfgang: Wir sind etwa 15 Leute aus der „Evangelischen Studentengemeinde“ und der „Arbeitsgemeinschaft evangelischer Schüler“, die für dieses Projekt aus verschiedenen Städten zusammengekommen sind.



Mitglieder der ProTest-Redaktion an der Spitze der Friedensdemonstration.

alle Amateure mit Ausnahme von Peter. Wir wollten auf dem Kirchentag erwartete etablierter Presse und zu erwartender Eierkuchenstimmung ein Stück Gegenöffentlichkeit herstellen und für ein kritisches Spektrum, das erfahrungsgemäß untergebuttert wird, ein Sprachrohr schaffen. Inwiefern dieser Anspruch verwirklicht wurde, muß noch diskutiert werden.

Peter: Zu den vorbereitenden Presseseminaren wurden die verschiedensten linkskirchlichen Gruppen zur Kooperation eingeladen. Wir können das nicht verstehen als eine Zeitung der FSG und der Arbeitsgemeinschaft ev. Schüler. Die haben sich als Verband nie eingeschaltet, sondern es handelt sich um eine autonome Redaktion. Das ist schon was Wichtiges. Wir haben dafür unsere Ressourcen und ein Stück Erfahrung zur Verfügung gestellt, um dort Öffentlichkeitsarbeit zu üben am konkreten Objekt. Ein besseres Seminar als die Praxis kann es eigentlich nicht geben, dann auch zu erproben, wie eine solche Zeitung unter sehr schwierigen technischen und finanziellen und personellen Bedingungen gemacht werden kann und dann sowas wie Gegenöffentlichkeit herzustellen, ein Organ für die in- und außerhalb des Kirchentages arbeitenden Gruppen zu machen. Z.T. waren die Zeitungen natürlich noch sehr unvollkommen und unausgegoren, dafür gab es zu viele Schwierigkeiten. Aber gegenüber den Anfängen war da schon mehr der Trend zu einer Tageszeitung, einer Zeitung, die den Kirchentag politisch mit seinen Themen begleitet und auch herunstoßert und sticht.

Wolfgang: Die ProTest hatte zwei Ebenen. Neben dem erklärten Ziel, Gegenöffentlichkeit schaffen zu wollen, stand das „Projekt Zeitungsmachen“, das miteinander arbeiten und leben. Die Zeitung sollte für alle Beteiligten möglichst transparent sein. Wir bemühten uns, den Produktionsablauf durchschaubar zu halten. Hierarchisierungen zu vermeiden, Entscheidungsprozesse breit anzulegen und eben „Macher“ zu vermeiden. Die Redaktion sollte die gedruckte Ausgabe am nächsten Morgen als „Ihre“ Zeitung wiedererkennen. Die Umsetzung dieses Anspruchs, die Entfremdung zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten, sollte im Zweifelsfall Vorrang vor der Qualität haben.

Gabriele: So ein Schwerpunkt, wie du ihn gesehen hast, der war zwar nicht wichtig, bzw. das Sich-näher-kennenzulernen, aber ich finde nicht, daß wir die Qualität der Zeitung da zurückgestellt haben. Wolfgang: Ich meine, im „Normalfall“ sagt man doch, wir wollen eine gute Zeitung machen, und der Artikel muß sein und deswegen haben wir menschlich gesehen jemanden runter. Eine harte Politik machen, das wollen wir nicht. Das war zumindest unser Anspruch. Theo: Wir hatten schon auf dem Presseseminar vor einem halben Jahr diskutiert, was wir politisch erreichen wollten, bzw. daß das Thema Frieden zentral werden würde. Es gibt dabei verschiedenste Artikel, zum einen die z.B. sich mit Wolber, v. Weizsäcker

und von Blumark auseinanderzusetzen und sehr klare Positionen beziehen und dann gibt es mehr moderate Artikel z.B. zu Angela Davis oder zur Friedensdemonstration, die mehr von außen die Dinge betrachten. Vieles von dem, was wir auf dem 1. Presseseminar beschlossen hatten, konnten wir dann nicht streichen.

Peter: Man könnte sich fragen, ob wir einen Anspruch formuliert hätten, der technisch nicht durchführbar war, unter den Bedingungen, unter denen wir gearbeitet haben, z.B. viel zu wenig Zeit zur Diskussion gehabt zu haben, Entscheidungsprozesse abblockt zu müssen, weil etwa der Drucker wartet, oder weil die Redaktion praktisch um Tag nicht arbeitsfähig ist, weil alle was anderes laufen haben, z.B. Friedensdemo vorbereiten, wo Leute der Redaktion raus müssen, weil der Vortrieb nicht läuft. Interessant finde ich an der Zeitung, daß sich gezeigt hat. Man kann auch eine spontane Arbeitsgruppe, die kein festes Konzept, weder ideologisch noch technisch, noch sonstwie hat, in der Lage sein, mit der heutigen Technik eine Tageszeitung zu machen, sehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann, mehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann.

Wolfgang: Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann, mehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann. Die ProTest hatte zwei Ebenen. Neben dem erklärten Ziel, Gegenöffentlichkeit schaffen zu wollen, stand das „Projekt Zeitungsmachen“, das miteinander arbeiten und leben. Die Zeitung sollte für alle Beteiligten möglichst transparent sein. Wir bemühten uns, den Produktionsablauf durchschaubar zu halten. Hierarchisierungen zu vermeiden, Entscheidungsprozesse breit anzulegen und eben „Macher“ zu vermeiden. Die Redaktion sollte die gedruckte Ausgabe am nächsten Morgen als „Ihre“ Zeitung wiedererkennen. Die Umsetzung dieses Anspruchs, die Entfremdung zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten, sollte im Zweifelsfall Vorrang vor der Qualität haben.

Gabriele: So ein Schwerpunkt, wie du ihn gesehen hast, der war zwar nicht wichtig, bzw. das Sich-näher-kennenzulernen, aber ich finde nicht, daß wir die Qualität der Zeitung da zurückgestellt haben. Wolfgang: Ich meine, im „Normalfall“ sagt man doch, wir wollen eine gute Zeitung machen, und der Artikel muß sein und deswegen haben wir menschlich gesehen jemanden runter. Eine harte Politik machen, das wollen wir nicht. Das war zumindest unser Anspruch. Theo: Wir hatten schon auf dem Presseseminar vor einem halben Jahr diskutiert, was wir politisch erreichen wollten, bzw. daß das Thema Frieden zentral werden würde. Es gibt dabei verschiedenste Artikel, zum einen die z.B. sich mit Wolber, v. Weizsäcker

und von Blumark auseinanderzusetzen und sehr klare Positionen beziehen und dann gibt es mehr moderate Artikel z.B. zu Angela Davis oder zur Friedensdemonstration, die mehr von außen die Dinge betrachten. Vieles von dem, was wir auf dem 1. Presseseminar beschlossen hatten, konnten wir dann nicht streichen. Peter: Man könnte sich fragen, ob wir einen Anspruch formuliert hätten, der technisch nicht durchführbar war, unter den Bedingungen, unter denen wir gearbeitet haben, z.B. viel zu wenig Zeit zur Diskussion gehabt zu haben, Entscheidungsprozesse abblockt zu müssen, weil etwa der Drucker wartet, oder weil die Redaktion praktisch um Tag nicht arbeitsfähig ist, weil alle was anderes laufen haben, z.B. Friedensdemo vorbereiten, wo Leute der Redaktion raus müssen, weil der Vortrieb nicht läuft. Interessant finde ich an der Zeitung, daß sich gezeigt hat. Man kann auch eine spontane Arbeitsgruppe, die kein festes Konzept, weder ideologisch noch technisch, noch sonstwie hat, in der Lage sein, mit der heutigen Technik eine Tageszeitung zu machen, sehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann, mehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwas vorstellen kann.

Fortsetzung nächste Seite

Nachlese zum Kirchentag Unmögliches auf dem »Markt der Möglichkeiten«

Als Besucher/in des Kirchentages spürt man hierorten die Toleranz, Offenheit und Diskussionsbereitschaft seiner vorwiegend jungen Teilnehmer. Ein angenehmes Klima. Daß dieses Klima aber auch günstig ist für die reaktionäre Propaganda rechter Vereine aller Art, zeigte sich auf dem »Markt der Möglichkeiten«. Von CDU/CSU über JU, Hans-Seidel-Stiftung, Adenauer-Stiftung, über rechte Frauenorganisationen bis hin zur militant antikommunistischen Märtyrerkirche waren alle vertreten, um die Gunst der Stunde zu nutzen.

„Missionarisches“

Unter dem Deckmantel des Missionariedenkens und der Nächstenliebe versucht sich beispielsweise die »Christliche Ostmission e.V.« mit ihrem »Internationalen Hilfsfonds« bei den Besuchern heftig zu machen. Da wird rührselige Werbung mit Kinderbildern aus Portugal betrieben, oder es heißt z.B. »Die Kinder von Nasir Bagl und andere vom Internationalen Hilfsfonds betreiben Flüchtlingslager in Pakistan sollen warm angezogen und versorgt sein – durch Geschenke des Herzens und der Liebe.«

Leider bleibt den Lesern der »Nachrichten« des »Internationalen Hilfsfonds« verborgen, daß z.B. Peter Achtmann, Autor eines Artikels in dieser Zeitung, schon lange Überwachte Beweise für seine Menschlichkeit und Liebe geliefert hat. Er ist nämlich schon 1977 Autor der neo-nazistischen, von einem Alt-Nazi aufgebauten Zeitschrift »Nation Europa« gewesen. Nun ja: »Nation Europa« schreibt laut um Hilfe für das rassistische Südafrika. Und was mag wohl die »Christliche Ostmission e.V.« mit ihren Ablegern in Südafrika und Argentinien tun?

In der Bundesrepublik jedenfalls wird mit grell-blutroten Farben das Bild des blutrünstigen Kommunis-

mus gezeichnet. »Die bewegende, wahre Geschichte eines Giduhigen im anderen Teil der Welt, der von seinen kommunistischen Verfolgern buchstäblich zu Tode getötet wurde.«

»Eine ungültig gemachte Arbeitserlaubnis Herzanfall – Tod«
Die »Missionare« würden ihrem Namen keine »Ehre« machen, wenn sie ihren Lesern und Gefolgsleuten nur den Rat geben würden, still in sich zu kehren, zu beten und vor Mitgefühl zu zerfließen.

Genau wie die rechtsradikale »Hilfsaktion Märtyrerkirche« (HMK) sind sie von einem gnadenlosen Missionarismus durchdrungen, der die Kreuzzüge und »Evangelisationsfolge« während der imperialistischen Kolonialzeit noch in den Schatten stellt – wenn die praktische Möglichkeit hätten (oder haben?) ... wir stehen zu der Erfüllung des Missionsbefehls Jesu: »Wir glauben, daß alle Menschen außerhalb der reinen Gnade Jesu Christi verloren sind.«

Die »Hilfsaktion Märtyrerkirche« schreibt: »In dieser Zeit sollen wir lernen, daß wir es beim Marxismus nicht mit einer nur menschlichen Größe zu tun haben, sondern mit der Macht des Teufels. Darum können rein menschliche Maßnahmen gar nichts gegen diese Weltmacht ausrichten.« (Vielleicht nutzen weltweite Teufelsaustreibungen!...)

Im Namen Jesus Christus ist bekanntlich schon unvorstellbar Unmögliches geleistet worden. Die organisatorisch-personelle Verflechtung von »Christlicher Ostmission e.V.«, »Hilfsaktion Märtyrerkirche«, »Gesellschaft für Menschenrechte« (GfM) läßt sich durch vielfältige personelle Überschneidungen belegen.

Die auf dem Kirchentag ausgelegten Schriften von »Missionaren« und »Märtyrern« deuten auf Untergrundtätigkeit in den »sozialistischen Staaten hin. Zum Angebot der »Märtyr-

rerkirche« gehörte z.B. eine Broschüre »Gewalttaten der Roten Garden«, herausgegeben von der HMK, geschrieben und gedruckt in Taiwan.

Die »Gesellschaft für Menschenrechte« unterstützt den Aufruf »Überwindet die Mauer!«, »Mit friedlichen Mitteln wollen wir die Mauer in Berlin überwinden.« Ob die Anspielung auf »friedliche Mittel« eine dümmliche Anbiederung an pazifistische Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche ist oder aggressive Aktionen zur Überspielen soll? Der Unterstützerkreis könnte da wohl Auskunft geben. Neben Strauß-Freund Bonke und Vorzeigebischof Stumpfke fällt da doch Herr Schrenck-Notzing mit.

Sch.-N. kennt sich in Nazi-Kreisen gut aus: Er war schon Autor in den neo-nazistischen Zeitungen »Deutsche Nationalzeitung« und »Nation Europa«. Die GfM läßt mitteilen, keine falschen Schlussfolgerungen zu ziehen. »Die GfM ist eine humanitäre Organisation«.

Frauenfeindliches ...

Auf dem »Markt der Möglichkeiten« zeigte sich auch wieder, wie eng Christentum und Frauenfeindlichkeit beieinander liegen können.

Auffallend stark und finanzkräftig vertreten war auf dem Markt die CDU mit ihren verschiedenen Ablegerorganisationen, darunter auch ein Stand der CDU-Frauenvereinigung. »Partnerschaft« (zwischen Frau und Mann, »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer«) und »Stärkung der Familie« waren hier angesagt. Letzterer steht, so schreibt MdB Renate Hellwig in »Frau & Politik«, vor allem das »moderne Selbstverständnis« des Menschen im Wege, das sich »ganz selbstbezogen« auf »Selbstverwirklichung« richtet, dazu komme dann noch die »Gruppensolidarität«, die die Bin-

Fortsetzung nächste Seite



Als Apel auf dem Kirchentag zu sprechen beginnt, fliegen ein paar Eier, die von Zivilisten »abgefangen« werden...

Fortsetzung von vorheriger Seite

tisch zu begleiten, so zu tun, als ob das Leben, die Gesellschaft ihre Widerspiegelung hier im offiziellen Kirchentagsprogramm finden würde. Deshalb findet man bei uns auch eine ganze Reihe vorproduzierte Artikel, die sozusagen Argumente hineinführen in die Debatte.

Theo: Das ist zwar so ohne Diskussion gelaufen, aber früher gab es da für über jede Bibelstunde eine Abhandlung in ProTest Das haben wir ganz bewusst nicht mehr gemacht, weil wir dem Kirchentag die Autorität absprechen, eine solche gesellschaftliche Relevanz zu besitzen. Das, was an Relevanz da sein soll, das versuchen wir in der Zeitung zu bringen und so hat das häufig mit dem Kirchentag direkt nicht viel zu tun. Der Kirchentag ist der Rahmen, in dem diese Zeitung produziert wird ...

Gabriele: Und gleichzeitig ist natürlich die Auseinandersetzung mit der Kirche und gerade das Spannungsverhältnis zwischen Amtskirche und »Kirche von unten« dort dargestellt

AK: Hat eine solche Arbeit vor allem einen Rahmen auf dem Kirchentag selbst oder wie setzt sich das außerhalb des Kirchentages fort?

Peter: Es gibt eine ganze Reihe kirchenkritischer Zeitungen. Es gibt etwa 80 bis 100 Zeitungen, die relativ regelmäßig erscheinen und von kirchenkritischen Basisgruppen herausgebracht werden, sowohl im evangelischen als auch im katholischen Bereich. Da gibt es das Magazin der ESG, die »Ansätze«, die früheren ESG-Nachrichten ...

Theo: Und alle mit steigender Auflage.

ESG, die »Ansätze«, die früheren ESG-Nachrichten ...
Theo: Und alle mit steigender Auflage.

Peter: Das zeigt auch einen stärkeren politischen Trend. Da geht es so, daß die theologischen Ämter nach theologischen Themen fragen als dem »Eigentlichen«. Ja und bei dem »Eigentlichen« ist die Auflage gesunken, während bei den politischen Fragen und auch bei den Kontroversen, so wie zu Afghanistan, wo wir auch Kontroversen in der ESG hatten, die Auflagen gestiegen sind (langsam allerdings), selbst wenn die Positionen nicht geteilt wurden.

Theo: Man muß sich das einmal überlegen. Das »Sonntagsblatt«, was nun die kirchliche Zeitung ist, die mit einem enormen Apparat und großer finanzieller Unterstützung produziert wird und eine garantierte hohe Abnahmequote von 50.000 Exemplaren durch die Mitbestimmung hat, daß diese Zeitung am herumkreben ist und mit sinkender Auflage zu kämpfen hat, 110.000 werden gedruckt. Wenn sie 90.000 verkaufen, dann sind sie froh, 90.000 – einmal im Monat – das ist für die kirchliche Linke heute kein Problem – dabei haben wir natürlich nicht den Apparat. Dann gibt es noch diese kirchlichen Mittelungsblätter. Die haben natürlich keinen realen Einfluß, sie bringen Nachrichten vom Gemeindepastor.

AK: Aus dem Kreise der Redaktion bzw. von den Grüperungen, aus denen ihr kommt, ist ja ein Großteil der Vorbereitung der Hamburger Friedensdemo getragen worden. Die Demonstration wurde ja von dem Großteil der Kirchengruppen mitgetragen, die auf dem Friedenssektor engagiert sind. Können ihr etwas zu der Friedensdiskussion, bzw. unterschiedlichen Vorstellungen dabei sagen?

Peter: Wenn es stimmt, was wir versuchen in unserer Publizistik auszudrücken, daß das Leben durch Nachrüstung, Atomkraftwerke und überhaupt durch die Forcierung der Rüstung bedroht ist, wenn es stimmt, daß diese Angst, die wir selbst haben, als Individuen oder als Gruppe begründet ist, dann muß die Auseinandersetzung, dann muß der Kampf ein ganzes Stück militanter sein bzw. werden, sonst sehe ich da einen zu großen Widerspruch und mir liegt daran, dazu ein Stück beizutragen.

Militanz heißt jetzt nicht, Steine schmeitern, das ist eine ganz andere Geschichte, aber es müssen jetzt ganz andere Formen kommen. Wenn die Bedrohung wirklich so ist, wie wir sie in unseren Resolutionen, meinetwegen Predigten und wissenschaftlichen Abhandlungen schildern, dann genügt das bisherige Engagement nicht mehr, dann müssen wirklich andere Dinge her, dann muß das ein ganz anderes Gewicht kriegen. Die Studentenpfarrerkonferenz hat das einstimmig so ausgedrückt: Nicht mehr wir als Studentenpfarrerkonferenz – wurde dort gesagt – fordern dies und jenes, die Nachrüstung zu verhindern und sonstwas, sondern wir als Personen werden uns auch hinsetzen auf die Straße, wir werden uns hinsetzen, dort wo die Raketen stationiert werden, wir werden uns dort selber einbringen, als Personen, als ich.



... und Medizinstudentinnen übergeben sich mit Blut, um gegen den Apel-Aufruf zu protestieren

Theo: Ich denke, es ist auch nicht untypisch, daß bei der ersten Blockade in Ramstein sehr viele kirchliche Leute beteiligt waren. Da waren viele ESG'ler bei und ich glaube, die Bereitschaft der direkt dazugehörigen, die ist enorm gestiegen.

Peter: Was ich meinte, als jemand der nicht aus der kirchlichen Bewegung kommt, daß es gekommen ist: das Mittrauen, das die Laien gegenüber der kirchlichen Bewegung haben und Vorurteile auch, und auch umgekehrt von kirchlicher Bewegung gegenüber den Laien, ein Stück weit abgebaut worden ist. Und daß, wenn das passiert, was wir uns wünschen gegenüber der Ökologie- und der Friedensbewegung, ein Stück weit zusammenzugehen, in der Notwendigkeit überhaupt Erfolge zu erzielen, hier ein Stück in Hamburg erreicht worden ist. Der zweite sehr wichtige Punkt ist, daß kirchliche und nichtkirchliche Gruppen, also auch politisch sehr weit voneinander entfernte Gruppen, zum ersten Mal eine Aktionsgemeinschaft geschlossen haben, wenn auch mit vielen Punkten, wo man sagen kann, da hätten wir es uns ein bisschen anders vorgestellt. Wenn man diese ganzen Vorurteile noch ein Stück ablegt, dann sind da noch sehr große Potentiale, mit denen sich gemeinsam kämpfen läßt und das ist die Voraussetzung, um solche Potentiale zu erreichen, um etwas verhindern zu können.

AK: Wir danken auch für das Interview.

Apel und Kriegerdenkmal

Apel und Kriegerdenkmal mit Eiern und Farbe verschönt

Im Rahmen des Kirchentages meinte Kriegstreiber Apel auch etwas sagen zu müssen. Eine Reihe von Leuten waren anderer Meinung und haben demonstriert, was von Apels Taten zu halten ist. Sie gossen sich selber und das Auto von Apel mit Blut voll. Bei diesem Vorfall sind der 17-jährige Wolf Ulrich und ein weiterer Mann, Dietrich B., festgenommen worden. Wolf Ulrich wird vorgeworfen, Farbbeutel geworfen zu haben. Wer hat den Vorgang beobachtet und kann ihn bei einem evtl. Verfahren mit Zeugnissen unterstützen?

Bei der Friedensdemo am 20.6.81 kam es am Kriegerdenkmal, das von einigen Kriegsgegnern bearbeitet wurde, dazu, daß einer der Zivilen seine Waffe zog. Hier wird noch Zeugenmaterial gesucht, ggf. Bilder! Während der Demo ist in der Nähe des Hauptbahnhofs Matthias R. festgenommen worden. Er ist vom Zivil auf brutale Art in ein Taxi gezerrt und dann verschleppt worden. Es ist zu erwarten, daß gegen ihn ermittelt wird, wir brauchen dringende Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben. Bitte schickt eure Berichte und ggf. Fotos an die »BUU« Barthelstr. 26, 2000 HH 6, »Kirchentag« oder an die TAZ HH. Wir wollen versuchen, die betroffenen Leute zu unterstützen.

Der Senat läßt es sich nicht nehmen: Nur kurz nach dem Kirchentag soll das Denkmal wieder im gebührenden Glanz strahlen.



Ein BuU mit gezogener Krawatte (siehe Profil) auf dem Kirchentag.



Hilferufe von drüben



Forts. von d letzten S.

dung an die Familie schwache Andererseits, schränkt sie ein, was es zu beklagen, daß „der freiwillige ehrenamtliche Einsatz für die Gruppen“ zurückgehe.

Die CSU-nahs „Hans-Sekel-Stiftung“ ignorierte an ihrem Stand zwar die Frau „als solche“, widmete sich dafür aber in zwei ihrer Traktätschen der Familie; während J. Schmid (in „Familie und industrielle Entwicklung“) Familienentwicklung, Geburtenrückgang und selbst die Frauenernanzipation noch recht moderat, einem naturwissenschaftlichem Vorgang vergleichbar schildert und erst beim Thema Frauenbewusstsein „steifend in soziale Be-

„Frauenemanzipipation noch recht modern, einem naturwissenschaftlichen Vorgang vergleichbar abschließt und erst beim Thema Frauenbewegung ausflüpft („soziale Bewegungen“, die sich „an den Trend der Selbständigwerdung der Frauen“), „wahnhafte und verschwörersche Bilder zur Erklärung der Unfähigkeit der Geschlechter greifen vor allem in Universitätsstädten“), enthält H.G. Stocking in „Familienpolitik – Eigenverantwortung oder Sozialisierung“, daß „die Marxsche Theorie der Sprengung der Familie zur Umwandlung der Gesellschaft“ in dem nunmehr „elf Jahre andauernden Generalstreik der Bonner Regierungskoalition auf die Familie“ ihre Umsetzung erfährt. „Gerade die ökonomistischen Prozesse“ (selen) in wichtiger Hebel in der Maschinenbau, die zur Aushöhung und zur Annäherung der Familie errichtet wurde.“

Andere Stände boten weniger „Politik“, dafür aber jede Menge „Mildtätigkeit“ und Gelegenheit zu unentgeltlichen Hilfsdiensten, zu denen bekanntlich Frauen besonders gut geeignet sind. Es wirft ein beachtenswertes Licht auf die Lebensumstände vieler Frauen, daß ihnen solche Arbeiten oft als willkommenes Auflockerung ihrer Alltags- und einzeln außerhäusliche Kontaktmöglichkeit dienen.

Da waren die Zeitung „Frau und Mutter“ (Loosbroschatur), „Selbstverwirklichung (...) Ein gefährliches Wort, weil es unzufrieden macht“, die „Evangelische Frauenhilfe“ (Zitat: „Für viele Frauen in unserer Gruppe ist die Frauenhilfe die einzige Abwechslung“), oder das „Diakonische Werk“, das mit ansprechenden Kinderbildern und bunter Aufmachung für das „Freiwillige Soziale Jahr“ warb, um am Bedürfnis des Jugendlichen nach sozialem Engagement anzuknüpfen.

Ein besonders demagogischer Klauen ist das Hamburger „Jesus-Center“, das sich in erster Linie an Jugendliche, besonders an drogengefährdete, wendet, z.B. mit religiösen Interpretationen von Pop-Songs und -Stars. In der „Jesus-Zeitung“ findet Frau

aber auch schon mal ein rührseliges Geschichtchen über Frauen, die sich in letzter Minute durch die Jesus-Leute von einer Abtreibung abbringen lassen und dann - wie sollte es anders sein - mit diesem „Kind Gottes“ glücklich waren bis an ihr Lebensende. Auf dem Titel eines Werbeblatts zitieren sie die reaktionäre Psychologin Christi Mewa, sicher kein Zufall. Aus dem Dunkelturm des Centers soll auch der Attentäter gegen die Pro-Familie-Stellen gestammt haben.

Die „Anti-Abtreibungs“-Media war auf dem Markt mehrfach vertreten, z.B. durch „Bibel für die Welt“, einer erzkonservativen Organisation aus dem Spektrum um die „Gesellschaft für Menschenrechte“, „Brüderwerk auf dem Markt menschlich wahr“, z.B. durch „Bibel für die Welt“, einer erzkonservativen Organisation aus dem Spektrum um die „Gesellschaft für Menschenrechte“, „Brüderwerk-Zentrum“, „Panoeuropaunion“ u.ä. An ihrem Stand war die Presseerklärung des Berufsverbandes der Frauenärzte, Landesgruppe Hamburg, ausgelegt, in dem diese sich gegen das in Hamburg geplante Familienplanungszentrum des Pro Familia wenden.

Gleich daneben und derselben rassistischen Strömung zugeordnet der Stand der „Mißfaktion Märtyrerkirche“, dessen eine Hälfte die „Bewegung für das Leben e.V.“ einnahm. Diesem „Dachverband zum Schutz der Ungeborenen“ gehören u.a. die „Aktion Leben e.V.“ und die „Europäische Antisektion“ an deren Chef Dr. Ernst einer der Wortführer der „Abtreibung im Holocaust“-Bewegung ist. Ein anderer Funktionär dieser Bewegung ist der Pfarrer Winfried Pietrek, der sich mit Holzkreuz und Gießbarzoforus vor der Lindenfels-Klinik im Odenwald aufzubauen pflegt, um dort Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, in die Flucht zu schlagen. Die Bewegung gibt die Zeitung „Christ und Zukunft“ heraus, über die im AK schon berichtet wurde. Das Schlimmste an diesem Stand war allerdings nicht das ausliegende Material, nicht einmal die Tatsache, daß sich solche Leute ungehindert auf dem Kirchentag aufbauen dürfen, sondern der Umstand, daß die Mehrzahl der Jugendlichen, die sich diesem Stand anschauen, ihn durchaus positiv aufnehmen scheinen, sich zum Großteil sogar Aufkleber und Broschüren mitnehmen und fast widerspruchslos den Ausführungen der „Spezialisten“ am Stand (die auffallende Ähnlichkeit mit Pietrek und dem „Humansenkryologen“ Bleichschmidt aufweisen) lauschen. Argumente wie „^{keine} Bestimmungsgerecht der Frau“ hatten dort keine Chance, wo es um genetische Anlagen und das „Recht Gottes, Leben zu geben und zu nehmen“, ging.

Antife-Kommunion Hamburg

»Trockene Gedichte«

Über die politischen Gedichte Erich Frieds

Wenn vom politischen Gedicht in der BRD die Rede ist, muß neben Schriftstellern wie F. C. Delius, P.F. Zahl, Y. Karasunko vor allem Erich Fried genannt werden, obwohl Fried mit 1938, als er als Jude und Sozialist vor dem Hitlerfaschismus aus Österreich fliehen mußte, in London lebt und von draußen "schreibt".

In der BRD wurde Fried erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt durch sein Engagement gegen den Vietnamkrieg – seine Rede auf dem Westberliner Vietnam-Kongress am 17.2.66 „Vietnam und unsere Opposition in den großen Städten“ und die Veröffentlichung des Gedichtbundes „und Vietnam und“. Obwohl Fried bereits seit seinem mehrzehnjährigen Lebensjahr politisch aktiv war – als Mitglied antifaschistischer Flüchtlingsorganisationen, als Journalist und politischer Kommentator der BBC – fand seine politische Arbeit erst relativ spät ihren literarischen Niederschlag. „Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1958, eine Volksabstimmung über die Atomwaffenausrüstung sei verfassungswidrig, und vor dem Hintergrund der Eskalation des Vietnamkrieges durch die USA wurden die Gedichte Frieds zunehmend politischer...“ (Freiburger Nr. 7)

Im Gedichtband „und Vietnam und“, der bei seinem Erscheinen heftige Diskussionen und Proteste auslöste, entlarvt Fried die Berichterstattung der Medien über den Vietnamkrieg, legt mit Hilfe von Wortspielen die Verschleierrung der Ursachen des Vietnamkriegs bloß. Neu an diesen Gedichten war vor allem, daß sie – entgegen der bisherigen durch die konservativen Adenauerjahre geprägten lyrischen Tradition des „hermetischen“ apolitischen Gedichts – an „vergessene“ literarische Traditionen und Verfahren anknüpfen, so etwa Brechts Verfahren, Gedichte – „... um eine Lücke, auf einen Widerspruch hin zu konzentrieren, den der Leser ausfüllen soll“ (Theobaldy/Zücher, Veränderung der Lyrik, S. 97). Das in diesem Zusammenhang oft erwähnte Gedicht „17. - 22. Mai 1966“ ist hierfür beispielhaft.

Aus Da Nang
wurde fünf Tage hindurch
täglich berichtet.
Gelesen: einmal Schöner

Aus Da Nang
wurde fünf Tage hindurch
täglich berichtet.
Gewöhnlich einzelne Schüsse

Am nächsten Tag wurde berichtet
in den Kämpfen der letzten fünf Tage
über 100 Tote
bisher etwa tausend Opfer

Die Proteste gegen diesen Gedichtband richteten sich vor allem gegen die „eingreifende“ Lyrik Frieds, „denn so öffentlich sollte das Öffentliche, um das Literatur sich zu kümmern hat, nun auch wieder nicht sein, und schon gar nicht so fern wie Vietnam, das sich doch soviel kommoder betrachten ließ als sicherhafte Katastrophe denn als Verbrechen an einem Land durch ein anderes ...“ (Freibeuter, Nr. 7). Die ästhetischen „Vorbehalte“ – sofern sie nicht nur seine verblühte politische Ablehnung waren – bestandeten in der poetische „Dürftigkeit“ der Gedichte, bezeichneten Frieds Gedichte als politische Pamphlete und Propagandagedichte. Diese ästhetische Abqualifizierung der Vietnamgedichte Frieds verkennt daß, bedingt durch die politischen Veränderungen in der BRD die Auswirkungen des Vietnamkrieges, die Bildung der Großen Koalition und die Verabschiedung der Notstandsgesetze – eine „neue“ Lyrik sich entwickelte, „deren Ästhetik sich nach den Bedingungen der Kämpfe“ (Brecht) richtete“ (Theobaldy/Zücher, S. 104). Eines der bekanntesten Gedichte dieser neuen Lyrikproduktion war F. G. Delius' „Abschied von Willy“ mit der Anfangszeile „Brandt, so ist aus. Wir machen nicht mehr mit“, das nicht nur den Bruch mit der SPD darstellte, sondern zugleich das „neue“ Gedicht „verabschiedete“. „Um seinem Abschied von Willy“ den nötigen Nachdruck zu verleihen, benutzte Delius eines der bekanntesten Gedichte von Rilke, „Herbsttag“, als Vorlage. Zeile für Zeile wird das Gedicht umgedreht, von Rilke, dem „reinen“ Dichter, her gesehen, poetisch „veraus“ (Theobaldy/Zücher, S. 104).

Doch zurück zu Erich Fried. Auch in den folgenden Jahren setzte Erich Fried den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD fort, er setzte sich für die Freilassung Peter Paul Zahls und Karl-Heinz Rotha ein, unterstützte die Bemühungen der Internationalen Untersuchungskommission, die festzustellen versuchte, wie Ulrike Meinhof wirklich gestorben war. Und er distanzierte sich öffentlich mit dem Gedicht „Auf den Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback“ vom der einstlich verordneten „Trauer“. Die Reaktion der politischen Gegner war entsprechend. Theo Sommer verglich Frieds Gedicht in einem politischen Leitartikel der „Zeit“ mit dem faschistischen „Stürmer“, bezeichnete Fried als „dichtendes Verschwörungsmemorandum, der unseren Staat wider sämtliche Wahrheit für einen Unrechtsstaat hält“ (vgl. literatur konkret 1977/78). Für die „FAZ“ war Frieds Gedicht „Mörderpoesie“. „Die CDU nahm Fried in die berüchtigte Dokumentation über Zitate zum Terrorismus auf, protestierte, wenn Fried in Schulen las (so in Hamburg), wenn seine Gedichte in Schulen behandelt wurden (so in Bremen, wo dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Neumann die Worte ent schlüpften, daß er so etwas Nieber verbrannt sehen würde)“ oder gar in Schulbüchern ständen: 1978 fielen in den bayerischen Schulbüchern der Zensur des CSU-Kultusministers Meier die Texte von Bismarck, Fichte, Fried und Weßkopf zum Opfer“ (Freibauer, Nr. 7).

Gegen die Verschleierung der Gedanken und Gefühle

Die „Erläuterung zur Wörtlichehmen, also das genaue Hinsetzen“ (Freiburger) ist charakteristisch für Erich Frieds Gedichte – wie im ältesten Gedicht über Da Nang, in dem die Nachrichten vom 17. - 22. Mai 1966 „ernst“ genommen werden, „bis sie sich selbst in ihrer Unwahrheit zeigen“ (Theobaldy/Zacher, S. 97). Im Gedichtband „Hör Israel“ verzichtet Erich Fried sogar teilweise auf jeden Kommentar, er zerlegt Dokumente, Texte des Zionisten Herzl und Nordam in Verszeilen, um „unumkehrlichen Ideen“ (der zionistischen, 6. Verf.) bewacht zu machen (E. Fried, Einleitung zu „Hör Israel“).

Andere Gedichte – etwa das „Buck“-Gedicht aus dem Band „So kam ich unter die Deutschen“ und die „Trockenen Gedichte“ aus dem Band „Hör Israel“ – sind in der „Ichform“ geschrieben. Versuche sich vorzustellen, „was man denkt und was man in Erfahrung gebracht hat“ (E. Fried).

Ich möchte zum Schluß auf ein Gedicht Frieds näher eingehen, das mich besonders betroffen hat und das mir besonders typisch für Frieds Schreibweise scheint, „Dein Vamin“ aus dem Gedichtband „Höre Israel“. Diese Entscheidung ist zweifellos subjektiv und einseitig — anderen falls es wohl nicht möglich, hier

Intensiv auf die umfangreiche Lyrikproduktion Erich Frieds einzugehen. Nach „und Vietnam und“ hat Erich Fried bisher noch vierzehn Gedichtbände veröffentlicht.

DEIN YASSIN

Ich habe gelesen
vom Palästinaerdorf Deir Yassin
Zweihundertvierundfünfzig
fast nur Frauen und Kinder und Also
die ermordet wurden
von den Einheiten Lechi und EtzN
[unleserlich]
und Mordechai Ra'anan

Aber es fällt mir schwer

Und ich will mir ein Bild machen
um es nicht zu vergessen
um es im Kopf zu haben
dort wo es hingehört

Wohin gehört Olek Yamin
in meinem Kopf?
Es gehört zu Quernico
Es gehört zu Lütke
und zu Oradour
Es gehört zu My Lai
und zu Bin-Du-Ong in Vietnam

die jüdischen Jungen sahe
der vergänglich die Hände hochhob
am Ende des Warschauer Ghettos
dann brennen mich meine Augen
Ich habe die Bilder der Kinder
von Dair Yassin nicht gesehen.
Ich weiß nicht einmal
ob Irena Krieger
das Fotografieren erlaubten

Warst du andere Kinder?

Ich glaube nicht
Ich glaube die Bilder aus Warschau
und die brennenden Hütten in Vietnam
stellen mein Bild zusammen

Wir Juden sind groß
so groß wie die größten Völker
Wir haben Mose und Heine
und Freud und Einstein
Wir haben Maim Har-Zion
den großen Aristokrat
und Mordechai Ra'anan
und Jochum Zerler
die Sieger von Dair Yassin
die jeden Vergleich bestehen
mit Leutnant William Calley
Tora Moshepelel Ha'ashari
und Jochum Zerler
die Sieger von Dair Yassin
die jeden Vergleich bestehen
mit Leutnant William Calley
dem Besieger des Dorfes My Lil
und Jürgen Stroop, SS
dem Besieger des Warschauer Ghettos

Jürgen Stroop ist gehängt worden
aber Joseph Zetler hat später
genagt von Dsch Yassin.
„Diese Aktion
war ein Wendepunkt in unseren Kämpfen.
Sie hat den Arabern
Todesangst eingejagt
und ihre Moral untergraben
und so geholfen
Tiberias zu erobern
und Haifa und zehn oder zwanzig
arabische Dörfer deren Bewohner alle
vertriehen. Dsch Yassin
hat viel köstliches Blut gespart“.

Der Vergleich des Zionismus mit dem Hitlerfaschismus ist „höflich“, wie Fried selbst schreibt. „Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche sehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut; auch die Entstehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entstehen sich dem Vergleich. Aber weiß viele Israelis, von einzelnen bis zu Regierungstiteln und militärischen Führungsstellen, deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergebens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde — gestern seien, drängt sich dieser heftige Vergleich manchmal auf und kann auch in den Gesichtern nicht ganz fehlen, gerade weil sie verhindern helfen wollen, daß er in der Wirklichkeit immer geltinger und zwingender wird“ (B. Fried, Einführung zu „Höre Israel!)

Gerade der letzte Satz macht noch einmal deutlich, warum Erich Fried Gedichte schreibt. Es provoziert die Öffentlichkeit, er fordert öffentliche Diskussionen, kämpft gegen das Vergessen und staatliche verordnete Denkverbote. „Solange sich erinnern/nicht-verbieten tut/letzt der Staatsfeindlich noch nicht widerlegt Politur!“.

Ein Genom der Kultur-Kontamination

AMNLAE

Frauenorganisation in Nicaragua

Bei einem Besuch in Nicaragua hatten wir Gelegenheit, mit einer Genossin der AMNLAE zu sprechen. Die wichtigsten Punkte sollen hier wiedergegeben werden.

Zur Entstehungsgeschichte der AMNLAE

Nach verschiedenen Vorläuferorganisationen und jahrelanger Beteiligung der Frauen an Kämpfen, z.B. Streiks der Krankenschwestern oder der Textilarbeiterinnen, wurde 1977 von 60 Frauen die AMPRONAC (Frauenorganisation des nationalen Problems) gegründet. Zuerst standen Forderungen zur Respektierung der Menschenrechte im Vordergrund. Ab 1978 kamen spezifische Frauenforderungen dazu, z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

AMPRONAC strebte die reale und organisierte Beteiligung der Frauen an den Gewerkschaften, den Stadtteilkommunisten, den demokratischen Institutionen und den Universitäten an. „AMPRONAC will Bewusstsein schaffen für die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen im Prozess der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine gerechtere Gesellschaft“ (aus einer Erklärung der AMPRONAC 1978).

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Radikalisierung in Nicaragua nach der ersten landesweiten Aufstandsbewegung im September 1978, gab es auch in der AMPRONAC eine Politisierung und Radikalisierung, Mitgliederzuwachs und verstärkte Aktionen. Die Frauen trugen im wesentlichen die Kampagnen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und Verschwundenen. Sie unterstützten deren Familienangehörige und deckten die Gewalttaten der Guardia auf. Sie machten Aktionen wie öffentliche Hungerstreiks, Kirchenbesetzungen und Demonstrationen zur Freilassung der politischen Gefangenen und gegen die Repression.

Nachdem auf Initiative der FSLN die MPU (Bewegung Vereinigtes Volk, ein Bündnis der FSLN mit Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen) gegründet worden war, gab es auch in der AMPRONAC eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß sich die AMPRONAC dem MPU anschloß. Damit war eine Entscheidung für eine eindeutige Orientierung auf die Strategie der FSLN zum Sturz der

Diktatur verbunden. Die AMPRONAC hat sich an allen Aktivitäten der MPU beteiligt, besonders an den CDC (Komittee der zivilen Selbstverteidigungsorgane in den Wohnvierteln). Tätigkeiten der CDC waren Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Selbstverteidigung gegen monozistische Übergriffe u.a.m. Im Rahmen der allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung beteiligten sich auch immer mehr Frauen an der Guerilla, als erste die Frauen der AMPRONAC. Die Frauen beteiligten sich sowohl in den Kampfverbänden als auch an den Sanitätstruppen und an der logistischen Unterstützung. Während der Endoffensive hatten sich die Frauen sowohl in der Guerilla engagiert, daß die AMPRONAC als Organisation faktisch nicht mehr existierte.

Nach dem 19. Juli (dem Sieg über die Somoza-Diktatur) wurde von Frauen aus der AMPRONAC, die die Notwendigkeit einer weiteren Existenz einer Frauenorganisation sahen, die AMNLAE (Nicaraguanische Frauenorganisation Luisa Amanda Espinoza) gegründet. Auch die Freundschaftsgruppe dieser Notwendigkeit aufgrund der Erfahrungen der starken Frauenbeteiligung während der Kämpfe. Die Organisation wurde nach der ersten Frau, die als FSLN-Guerillakämpferin 1970 gefallen war, benannt. Das bedeutet eine politische Orientierung im Sinne eines militanten Antimperialismus.

Selbstverständnis der AMNLAE

Die AMNLAE versteht sich als Organisation, die offen ist für alle Frauen. Sie tritt dafür ein, daß sich Frauen sowohl in der Frauenorganisation als auch in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. den Wohnvierteln oder den Gewerkschaften, organisieren. Die AMNLAE will in all diesen Bereichen den Frauenkampf führen und gleichzeitig diese Organisationen stärken. Das führt zu einigen Problemen, weil das für die Frauen eine Vielzahl von Terminen und Belastungen bedeutet. Zu den Aktivitäten der AMNLAE gehört die politische Bildung und Schulungsarbeit, politische Propaganda und Beteiligung am Staatsrat (Im Staatsrat sind die politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmervverbände sowie die wichtigsten Massenorganisationen vertre-

ten; der Staatsrat hat die Funktion eines Parlaments.)

Im Verhältnis zu den zahlreichen und schweren Aufgaben und es relativ wenige Frauen, die die Arbeit der AMNLAE tragen. Eine Ursache liegt darin, daß der größte Teil der Frauen der ehemaligen AMPRONAC in wichtigen Ämtern, z.B. Regierungsämtern und Ministerien, arbeiten, weil die Fachkräfte und Erfahrungen der AMPRONAC dort dringend gebraucht werden. So mußte die AMNLAE praktisch neu aufgebaut werden.

Die Mitgliederzahl läßt sich nicht genau angeben, sie wird ungefähr auf 20.000 geschätzt, was aber nicht heißt, daß diese Frauen alle in einer festen Organisationsstruktur eingebunden sind. Z.B. gibt es AMNLAE-Gruppen auch in der Atlantikzone, ohne daß eine Verbindung zur AMNLAE in Managua bestehen würde.

Es sind Frauen aus allen sozialen Schichten in der AMNLAE vertreten, sowohl Arbeiterinnen und Landarbeiterinnen, als auch kleinbürgerliche Frauen und Studentinnen. Eine besonders starke Basis hat die AMNLAE unter den Hausfrauen in den Wohnvierteln. Schwerpunkte der heutigen Arbeit liegen auf dem Aufbau der Milizen und einer besonders starken Beteiligung der Frauen daran und auf dem Gesundheitssektor.

Probleme der nicaraguanischen Frau

Als wichtigstes Problem wird der Arbeitsbereich gesehen - die hohe Arbeitslosigkeit und die mangelnde Berufsausbildung. Dies sind zwei allgemeine Probleme, aber sie treffen die Frauen besonders stark. Der größte Teil der Frauen arbeitet als Marktfrauen, als Hausangestellte, als Sekretärinnen oder als Näherinnen. Die AMNLAE kümmert sich um die spezifischen Belange dieser Frauen und setzt sich für ihre Organisation ein.

Die Frauenorganisation beteiligt sich an der Alphabetisierung und tritt für eine bessere Schulbildung besonders der Mädchen ein. Es wird angestrebt, daß Frauen eine gute Pechausbildung und Zutritt zu allen Berufen bekommen.

Weitere Probleme der nicaraguanischen Frauen liegen in der Ernährung der Familie und der Kindererziehung.



Obwohl die Versorgung und Erziehung der Kinder fast ausschließlich bei den Frauen liegt, haben die Väter gesetzlich das alleinige Erziehungsrecht. Eine paradoxe Situation, besonders angesichts der großen Zahl alleinziehender Mütter.

Im Gesundheitsbereich macht die AMNLAE eine Aufklärungsarbeit unter den Frauen bezüglich Hygiene, Vorsorge gegen Krankheiten, richtige Ernährung, Impfungen usw. Viele AMNLAE-Frauen sind an den „freiwilligen Gesundheitsbrigaden“ beteiligt.

Angesichts der Situation der militärischen Bedrohung, in der sich Nicaragua befindet, beteiligt sich die AMNLAE an der Kampagne zur Schaffung der Volksmilizen. Hier liegt ihre Aufgabe besonders darin, Frauen für die Milizen zu mobilisieren. Es gibt außer den gemischten Verbänden auch eigene Frauenreservebataillone. Die Integration der Frauen in die Milizen wirft die Frage der Kinderbetreuung auf. Diese wird so gelöst, daß Frauen, die aus

physischen oder anderen Gründen nicht an den Milizen teilnehmen, die Kinderbetreuung übernehmen oder daß sich Frauen in der Kinderbetreuung abwechseln.

Auch in der INRA (Institut für die Agrarreform) und in den Staatsbetrieben gibt es Initiativen zur besseren Lösung der Probleme der Kinderbetreuung.

Ein aktuelles Vorhaben der AMNLAE ist ein Gesetzesvorschlag, das die alleinige Erziehungsverantwortung der Väter abschaffen soll.

Der „Machismo“

Der Machismo (Mackerismus, Unterdrückung der Frauen durch die Männer) ist ein großes Problem in Nicaragua.

Z.B. gibt es häufig Situationen, daß Männer ihre Frauen nach ein paar Jahren verlassen und mit kleinen Kindern allein lassen und sich nicht mehr um die Versorgung kümmern. Es gibt in der Praxis kaum Möglichkeiten, die Männer zur Verantwortung zu ziehen, obwohl gesetzlich eine Versorgungspflicht besteht, allerdings nur für verheiratete Frauen. Unverheiratete Frauen haben auch gesetzlich keinerlei Möglichkeiten, Unterhaltszahlungen zu bekommen.

Gewalt und Vergewaltigung sind für die nicaraguanischen Frauen Alltagsprobleme und es gibt noch keine organisierten Formen, sich dagegen zu wehren. Es besteht auch hier eine große Rückständigkeit und viele Frauen sehen solche Unterdrückung als naturgegeben an.

Auf die Frage, ob die AMNLAE einen ideologischen Kampf gegen den Machismo z.B. auch im FSLN führe, sagte die Genossin, die AMNLAE trete dafür ein, die Frauen in alle Berufe und Lebensbereiche zu integrieren und durch die Erfahrung der Zusammenarbeit und Diskussion eine Änderung des Bewusstseins bei den Männern zu erreichen.

Verhütungsmittel und Abtreibung
AMNLAE macht zu diesen Fragen derzeit keine Arbeit. Die Genossin meinte, daß eventuell zu einem späteren Zeitpunkt diese Fragen aufgegriffen würden. Verhütungsmittel gibt es zwar frei zu kaufen (sogar in Warenhäusern), aber nur wenige Frauen wissen über die Anwendung Bescheid. Abgesehen davon werden Verhütungsmittel von einem großen Teil der Frauen auch aufgrund ihres Glaubens abgelehnt. Abtreibung ist generell verboten, und es gibt derzeit keine Initiativen, dies zu ändern. Es gibt auch keine Diskussionen und keine vereinheitlichte Meinung dazu in der AMNLAE.

Internationale Frauenarbeit

AMNLAE sieht es als sehr wichtig an, auf internationaler Ebene zu arbeiten. Die nicaraguanische Revolution hat insgesamt einen sehr internationalistischen Charakter und es besteht ein starkes Bewußtsein internationaler Solidarität. AMNLAE beteiligt sich deshalb an internationalen Frauenkongressen und Freizeitsymposien und sucht Kontakt zu Frauenorganisationen anderer Länder.

Frauenprojekt in Nicaragua braucht Unterstützung

Eines der vielen Aufbauprojekte des befreiten Nicaragua ist das Frauenprojekt in der Hafenstadt Corinto, in dem Prostituierte eine Ausbildung machen können, die ihnen eine Alternative zu ihrem bisherigen Leben ermöglichen soll.

Das Projekt arbeitet nun seit einem Jahr. Im Laufe dieses Jahres ist es gelungen, Vertrauen und Ansehen bei der Bevölkerung und besonders bei den Frauen zu finden. Unterstützt wird das Projekt von der Kirche, vom FSLN und verschiedenen sandinistischen Massenorganisationen.

Der Schwerpunkt der Arbeit hat sich aufgrund der Erfahrungen etwas verlagert. Die ursprüngliche Konzeption, eine Art offenes Heim zu schaffen, in dem Zusammenleben und Arbeiten gemeinsam organisiert werden, erwies sich als überaus schwierig. Die meisten der jungen Frauen ziehen es vor, selbstständig zu wohnen und täglich die Kurse zu besuchen. So liegt jetzt der Schwerpunkt auf der externen Arbeit. Es finden Ausbildungskurse in Schreiben und Lesen, Ma-

schineweisung, Nähen, Kunsthandwerk usw. statt, die für andere Frauen und auch Männer aus Corinto offen sind. Dann gibt es Wochenendseminare nur für die Prostituierten, in denen sie versuchen, ihr bisheriges Schicksal aufzuarbeiten und Selbstvertrauen zu gewinnen.

Zur Zeit leben drei Frauen mit ihren Kindern direkt im Projekt. An den Ausbildungskursen nehmen bis zu 50 Frauen (und einzelne Männer) teil. Die Erfahrung der Zusammenarbeit und Solidarität mit den anderen Frauen ist für die Prostituierten sehr wichtig. Als neue ergänzende Einrichtung soll in diesem Sommer ein Kindergarten eröffnet werden. Mit Phantasie und großem Arbeitsinsatz der Frauen und der Projektmitarbeiter ist ein nebenstehendes Haus renoviert worden. Möbel und Spielzeug sind allesamt aus eigener Herstellung. Diese Einrichtung ist dringend erforderlich, da die Frauen fast alle zwei oder mehr Kinder haben.

Schwierigkeiten, die noch völlig unabsehbar sind, werden auf das

Projekt zukommen, wenn die ersten Frauen ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Denn es gibt praktisch keine Arbeitsplätze in Corinto, im Gegenteil herrscht eine große Arbeitslosigkeit besonders unter den Frauen. Die Idee des Frauenprojekts ist zum durch Patenschaften, die von Einzelpersonen oder Solidaritätsgruppen in Europa übernommen werden, den Frauen eine Überbrückungszeit von einem Jahr zu finanzieren, in dem sie sich die Grundlage für eine eigene Existenz aufbauen können. Dazu werden pro versorgter Person und pro Monat ca. 100 Dollar benötigt, die möglichst regelmäßig gezahlt werden sollten.

Als Hintergrundinformation ist noch wichtig zu wissen, daß Corinto politisch und wirtschaftlich ein sehr unterentwickeltes Städtchen ist. Dazu konzentrieren sich hier alle für alle Hafenstädte typischen sozialen Probleme wie Prostitution, Glücksspieler, Drogenhandel, Alkoholkonsum, Korruption. Corinto hat selbst kaum

an den Befreiungskämpfen teilgenommen, ein Großteil der Einwohner steht der Revolution eher skeptisch oder ablehnend gegenüber. Während im ganzen Land Prostitution verboten ist und die Bordelle geschlossen worden sind, werden in Corinto aufgrund besonderer Vereinbarungen Prostituierte nicht strafrechtlich belangt, um eine Vertrauensbasis unter den Frauen zu erhalten und um das Projekt nicht zu gefährden. Dadurch ist eine Situation entstanden, daß die Prostitution zur Zeit noch so anstatt abnimmt.

Adresse des Projekts:
Juana Rojas
Hogar de Capacitación y comunicación social
Corinto, Nicaragua

Das Geld zur Unterstützung sollte per Scheck an diese Adresse geschickt werden. (Weitere Informationen können über die Verlagadresse eingeholt werden.)



Alphabetisierungskurs im Frauenprojekt Corinto



Nähkurs

Wie geht's weiter in der § 218-Bewegung?

Ein Jahr nach dem Tribunal gegen den § 218, das - im Zusammenhang mit einer Reihe größerer Demos gegen den § 218 - für viele der vielversprechende Anfang einer „neuen“ § 218-Bewegung zu sein schien, wollen wir in diesem Artikel einen Überblick über die seitdem laufende Diskussion in der Frauenbewegung über die weiteren Perspektiven im Kampf gegen den § 218 geben.

Mit dem Tribunal hatten - vier Jahre nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gegen die Fristenregelung - die § 218- und Beratungsgruppen mit umfangreichen Material anschaulich dargestellt, daß die vielgepriesene „Reform“ des Paragraphen uns Frauen wenig an Verbesserungen gebracht hat, daß heute sogar diese wenigen Verbesserungen wieder stark angegriffen bzw. unterlaufen werden, ohne daß die SPD - immerhin verantwortlich für die Reformierung des Abtreibungsgesetzes - daran denkt, sie zu verteidigen.

Diese Darstellung der tatsächlichen Abtreibungssituation war äußerst notwendig, gingen doch viele - und nicht nur die SPD, sondern auch Teile der Frauenbewegung - davon aus, daß durch den „reformierten“ § 218 zumindest eine gesetzliche Grundlage geschaffen war, auf der eine Kriminalisierung von abtreibenden Frauen nicht mehr möglich sei. Diese Einschätzung ist sicher ein Grund dafür, warum die reaktionäre bis faschistische Propaganda gegen das Recht auf Abtreibung, die seit 2 1/2 Jahren wieder verstärkt betrieben wird, bislang nicht besonders ernst genommen wurde.

Auf dem Tribunal selbst wurde nicht darüber diskutiert, wie die § 218-Bewegung gegen diese Entwicklung und weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen soll. Diese Diskussionen sollten auf den folgenden nationalen Treffen der § 218- und Beratungsgruppen geführt werden.

Pro Familia

Welchen Stellenwert hat die Unterstützung von Pro Familia für die § 218-Bewegung?

Die „Courage“ schrieb in ihrer Ausgabe vom Oktober 79 zu dieser Frage: „Weiß es den § 218 immer noch gibt, sind wir gezwungen, um jede Beratungsstelle zu kämpfen, die Indikationen gibt...“ Diese Haltung zu Pro Familia und anderen fortschrittlichen Beratungsstellen war in der Frauenbewegung nicht immer vereinheitlicht. Etliche Beratungsgruppen der Frauenbewegung hatten ihnen gegenüber oft eher eine ablehnende Haltung. Im letzten Jahr allerdings, als Pro Familia besonders im Schußfeld der Reaktionäre stand, gab es eine Reihe von Solidaritätsbekundungen und -aktionen „von Frauengruppen“. So wurden in Bremen nach dem Brandanschlag auf die dortige Pro-Familia-Stelle von einem breiten Bündnis, das von der § 218 Gruppe mitinitiiert war, eine Demo und ein Flugblatt gemacht. In Hamburg gab es ebenfalls eine Demo der § 218-Gruppe. In Frankfurt gab es eine „Wandel“-Aktion vor einer Kuche, mit der gegen die Brandanschläge protestiert wurde.

Auch im Zusammenhang mit der von Pro Familia geplanten Aktionswoche im September letzten Jahres, mit der gegen die finanzielle Austrocknung von Pro-Familia-Stellen nach Auslaufen des Modellprogramms protestiert werden sollte, hatten § 218-Gruppen ihre Unterstützung ausgedrückt. Obwohl diese sich schwierig, als Pro Familia ihren angekündigten Sternmarsch auf Druck wieder abblies und auf einen offensiven Protest gegen die frauenfeindliche § 218-Politik der Landesregierungen verzichtete. In einigen Städten, wo die Pro-Familia-Stellen besonders bedroht sind, haben sich

regierungen verpflichtet. In einigen Städten, wo die Pro-Familia-Stellen besonders bedroht sind, haben sich Aktionsgruppen, meistens ausgehend von den jeweiligen § 218-Gruppen gegründet, deren Ziel der Kampf um den Erhalt der Pro-Familia-Stelle ist.

Da Pro Familia ein relativ heterogener Verein ist, und die Erfahrungen mit ihr von Ort zu Ort manchmal sehr unterschiedlich sind, ist es jedoch Erfahrungen, wie sie die Freiburger Frauen in ihrer AB mit Pro Familia machen mußten dort hatte sich die Pro Familia recht interessiert an einer AB gezeigt, als sie jedoch verstärkte Aufmerksamkeit von Seiten der SPD verlangten konnte, „verzichte“ sie auf gemeinsame Aktionen mit der AB. Die Freiburger Frauen zogen daraus die Konsequenzen, daß „Solidarität mit Pro Familia wichtig ist, aber manchmal fast unmöglich - und es ist wirklich schwierig, mit einer Beratungsstelle zusammenzuarbeiten, die unsere Solidarität nicht will“.

Dieser Standpunkt wurde auch auf den Treffen mehrheitlich vertreten. Um eine weitere Verschlechterung der Abtreibungsbedingungen zu verhindern, ist der Erhalt von Pro Familia unabdingbar. So sehen die meisten § 218-Gruppen die Unterstützung von Pro Familia in der Öffentlichkeit als einen von vielen Ansatzpunkten ihrer Arbeit, jedoch wird auch davor gewarnt, sich von der Bundesregierung und Pro Familia aufzulegen zu lassen. Günstig abgelehnt wird eine reguläre Mitarbeit bei Pro Familia, zumindest von der Mehrheit der Gruppen.

Beratungsarbeit/Selbsthilfe - offensiver Kampf gegen den § 218?

Beratungsarbeit wird nach wie vor in einer Reihe von Frauencentren gemacht. Diskutiert wurde, ob frau diese Beratungsarbeit nicht ausweiten sollte auf Selbsthilfezentren nach italienischem und französischem Bei-

spiel, in denen selbst auch Abtreibungen durchgeführt werden. Von einer Reihe von Frauen wurde dieser Gedanke als Alternative zu den bisherigen Aktionen der § 218-Gruppen eingebracht, die ihrer Meinung nach eher defensiven Charakter hätten. Dieser Vorschlag stieß auf den nationalen Treffen allerdings auf Ablehnung. „Wir leiten nicht in unserer Freizeit unbezahlte Arbeit, die Aufgabe des Staates wäre. Vielmehr müssen wir vermehrt die Forderung an den Staat richten, endlich seine Aufgabe wahrzunehmen.“ Die Position entspricht sicher nicht der aller § 218-Gruppen. Denn gerade die Beratungsgruppen hatten in früheren Diskussionen ganz klar die Forderung nach Bezahlung ihrer Beratungsarbeit durch öffentliche Stellen abgelehnt, um nicht in irgendwelche Zwänge zu geraten. In Beratungsgruppen wird eher diskutiert, wie und ob die reine Abtreibungsberatung auf Verhütungsmittelberatung auszuweiten ist und in welcher Form die durch die Beratung gewonnenen Kenntnisse über die örtliche Abtreibungssituation mehr an die Öffentlichkeit gebracht werden können. Letzteres betrifft vor allem das Aufdecken von frauenfeindlicher Abtreibungspraxis und die Möglichkeit von öffentlichen Aktionen dagegen.

Öffentlichkeitsarbeit - Zusammenarbeit mit anderen Gruppen

Diese beiden Punkte waren bislang wenig Gegenstand von Diskussionen auf den Treffen. Es wurde lediglich das öftere in einer allgemeinen Bestandaufnahme von der örtlichen Arbeit berichtet. Zwar war auf dem Dezember-Treffen noch an den 25.2. „gedacht“ worden (Jahrestag des BVG-Urteils), aber nur für den Arbeit berichtet. Zwei Wochen vor dem Dezember-Treffen noch an den 25.2. „gedacht“ worden (Jahrestag des BVG-Urteils), aber nur insofern, als der 21.2.81. als nationaler Aktionstag beschlossen und vereinbart wurde, daß eine gemeinsame Pressemitteilung geschrieben werden sollte.

auf deren Grundlage die einzelnen Gruppen Flugblätter herausbringen könnten.

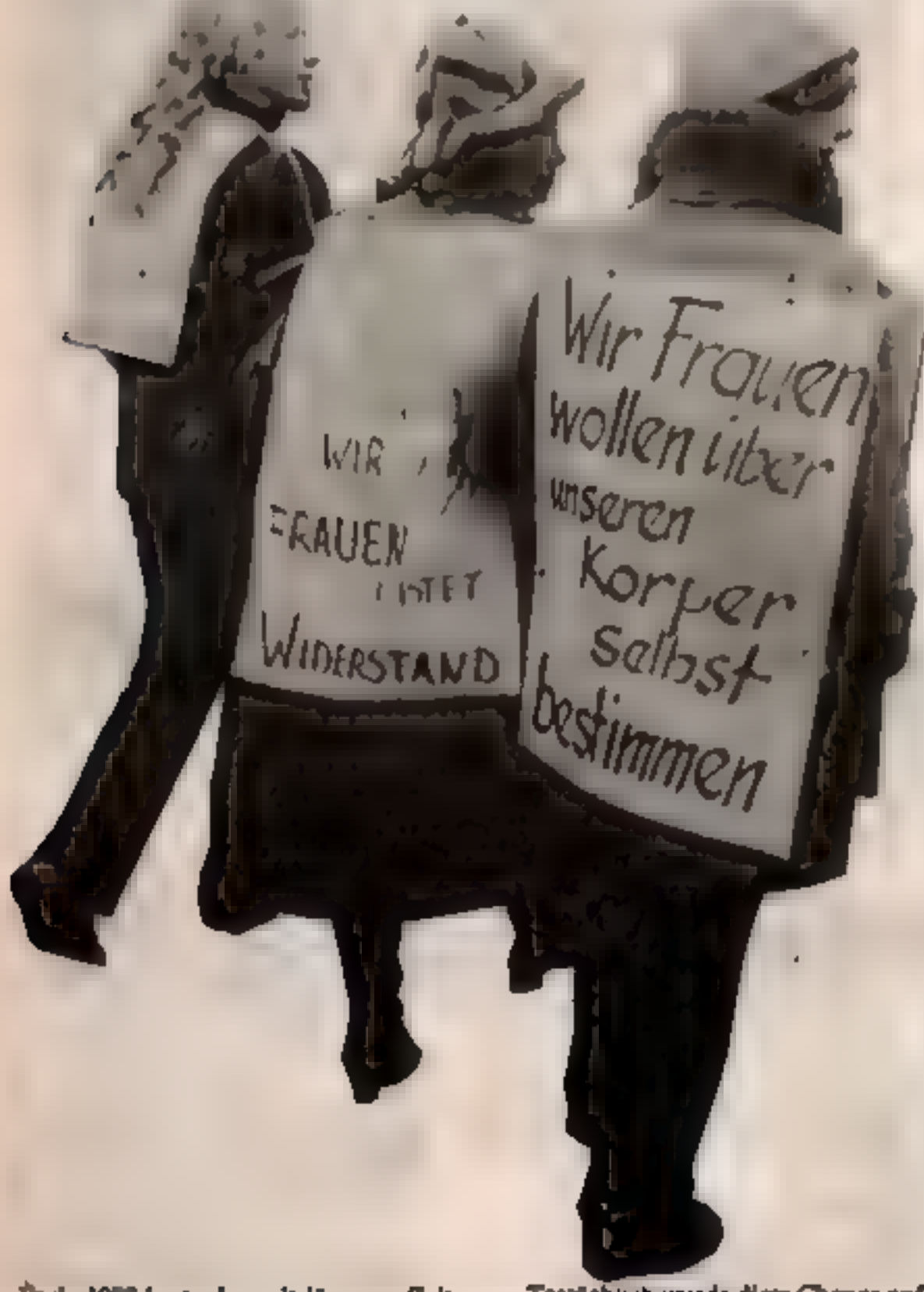
Die Bestandaufnahme über die Aktivitäten am 25.2. war dann recht dürftig (s. auch Übersicht in AK 197). In nur wenigen Städten gingen die Frauen mit Flugblättern, Veranstaltungen und Ständen an die Öffentlichkeit. Eine Reihe von Frauen stellte hinterher fest, daß sie eigentlich nicht so recht gewußt hätten, mit welchen Inhalten sie auf die Straße gehen sollten. Nur, um wieder mal an den soundsovielen Jahrestag des BVG-Urteils zu erinnern, würden sie so etwas nicht wieder machen. Einige beklagten sich auch über das mangelnde Interesse der Passant/innen an dem Thema § 218. Leider wurde über diese Erfahrung nicht weiter diskutiert. So ist auch nicht klar, ob im nächsten Jahr aufgrund dieser Erfahrungen ganz davon abgesehen werden soll, dieses für die Frauenbewegung immerhin äußerst wichtige, historische Datum in irgendwelcher Form zu „würdigen“.

Allerdings kam aus den Berichten der anwesenden Gruppen raus, daß die Passivität bezüglich des 25.2. nicht für eine allgemeine Inaktivität spricht. In einer Reihe von Städten hatten sich die „§ 218-Frauen“ wesentlich an den örtlichen Aktivitäten zum internationalen Frauentag beteiligt.

Es ist auch keineswegs so, daß es nur negative Resonanz auf Öffentlichkeitsarbeit von § 218-Gruppen gibt. Immerhin waren die Veranstaltungen in Frankfurt und Nürnberg anlässlich des 25.2. recht gut besucht. Auch die Hamburger Frauen stießen mit ihren § 218-Veranstaltungen im Rahmen der Hamburger Frauenwoche auf Interesse.

Immer wieder festzustellen ist, daß es in fast jeder Stadt ein Informat-

Frauenwoche auf Interesse. Immer wieder festzustellen ist, daß es in fast jeder Stadt ein Informationsdefizit - selbst bei Frauen in der Frauenbewegung - über die örtlichen Abtreibungsmöglichkeiten gibt. Daher sind Gruppen, die eine Broschüre zu diesem Thema machen



Ende 1979 hatte das seit längerer Zeit erste nationale Treffen der § 218- und Beratungsgruppen stattgefunden. Auslöser für die Initiierung eines solchen Treffens waren die zunehmenden Angriffe von Rechts, vor allem auf die Notlagenindikation. Dieses Treffen vorausgegangen waren zwei größere § 218-Demos in Mainz und Essen und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der § 218-Gruppen insgesamt. Neben Pressemitteilungen gegen die reaktionäre Hetzkampagne wurde auch Kritik an der eigenen bisherigen Praxis laut. So schrieb die Saarbrücker Beratungsfrauen (FAZ, 21.9.79): „In den folgenden Jahren (seit dem BVG-Urteil, Anm. AK) hat die Frauenbewegung sehr wenig erreicht, um die Situation von Frauen, die abtreiben wollen, zu verbessern - wir haben keine Lorbeeren gewonnen, auf denen wir uns ausruhen können“. Und: „Resignation hat sich breit gemacht, Aktionen in der Öffentlichkeit laufen kaum noch, jede Gruppe wuschelt vor sich hin, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gibt es kaum“.

Beklagt wurden vor allem die fehlende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen § 218-Gruppen und das Desinteresse in der Frauenbewegung an einer Weiterführung des Kampfes gegen den § 218.

Angesichts der Austrocknungspolitik gegenüber überkonfessionellen Beratungsstellen wie Pro Familia und AWO (Arbeiterwohlfahrt) und der reaktionären Angriffe auf die Notlagenindikation appellierte die „Courage“ (10/79): „Wir müssen verhindern, daß Abtreibungen wieder illegalisiert werden.“

Zum bundesweiten § 218- und Beratungsgruppentreffen von Ende 1979, an dem Frauengruppen aus über 30 Städten teilnahmen, schrieben wir damals: „Die jetzt angefangene Diskussion und das Treffen der Beratungsgruppen vom 9. - 11. November in Frankfurt bieten Chancen zur Wiederbelebung eines stärkeren Kampfes gegen frauenfeindliche Abtreibungspraxis und den § 218“.

Tatsächlich wurde diese Chance auf dem Treffen genutzt. Dort entstand die Idee für das Tribunal, das dann am 31.5./1.6.80 in Frankfurt stattfand und im Zuge dessen die Diskussion um die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 wieder verstärkt in der Öffentlichkeit geführt wurde.

Viele Beratungsgruppen, die seit langem schon Beratung machen, konnten dort ihre jahrelang gesammelten Erfahrungen mit Ärzten, die Indikationen verweigern, Krankenhäusern, die auf Geheiß ihres Chefarztes Indikationen nicht anerkennen, Politikern, die das Unterlaufen der gesetzlichen Möglichkeiten öffentlich propagieren oder stillschweigend hinhinnehmen usw. an die Öffentlichkeit bringen. Es entstanden aber auch im Zuge der Vorbereitung und der Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal eine Reihe von neuen § 218-Gruppen, die mit den auf dem Tribunal gewonnenen Informationen über die bundesdeutsche Abtreibungssituation auch in ihren örtlichen Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit

Nach dem Tribunal

Seit dem Tribunal haben aus mehreren bundesweiten § 218-Treffen stattgefunden, die unterschiedlich stark besucht wurden. Im Dezember letzten Jahres wurde beschlossen, diese bundesweiten Treffen zu einer festen Einrichtung zu machen und eine nationale Koordinationsstelle zu gründen. Die Aschener § 218-Gruppe gilt seitdem als zentrale Adresse der § 218-Gruppen Koordination.

Diese neue Möglichkeit, die Koordination der einzelnen Gruppen zu verbessern, wurde von uns als wesentlicher Fortschritt zur nationalen Zusammenarbeit bewertet (s. auch dem Protokoll des Dezembertreffens). Wir wollen im Folgenden die wichtigsten auf den nationalen Treffen geführten Diskussionen kurz wieder-

STREIST DEN § 218 AB



(wie das zuletzt die Hamburger und Münchner Frauen machten), recht erfolgreich beim Vertrieb derselben. Zum 25.2. hat es dann auch wenig Versuche gegeben, Kontakte mit anderen Gruppen, Parteien oder Organisationen zu knüpfen. Lediglich die Nürnberger Veranstaltung war mit einem breiteren Bündnis organisiert worden. Von daher gab es auf den Treffen bislang auch wenig Gelegenheit über Erfahrungen mit Bündnispolitik zu diskutieren, was eigentlich einer der Diskussionspunkte in der Tribunalsnachbereitung gewesen war und unbedingt weiterbesprochen werden sollte.

ICASC und internationaler Aktionstag

Die ICASC (Internationale Kampagne für das Recht auf Abtreibung, Verhütung und Sterilisation) ist ein internationaler Zusammenschluß von Abtreibungsbefürworterinnen. Sie wurde 1978 von der englischen NAC (National Abortion Campaign) gegründet und hat inzwischen nach eigenen Aussagen Kontakte in fast 40 Länder. Ihre Hauptforderungen sind das Recht auf Abtreibung und Verhütungsmittel und die Abschaffung von Zwangssterilisation. Die ICASC kommt alle vier Monate in einer europäischen Großstadt zusammen und gibt dreimal im Jahr ein Bulletin heraus, in dem die Ergebnisse und Informationen dieser Treffen enthalten sind. Schon des öfteren hatte die ICASC Interesse an der Mitgliedschaft der westdeutschen § 218-Gruppen ausgedrückt. Die Diskussion, ob die nationale Koordination jetzt eintreten sollte, wurde auf den letzten bundesweiten Treffen mehr kontrovers geführt. Einige westdeutsche Frauen waren schon einige Male auf den Treffen der ICASC gewesen und argumentierten für den Eintritt. Vielen Gruppen war die ICASC bislang jedoch kein Begriff. Aus den Publikationen der ICASC, die auch ins Deutsche übersetzt wurden, war nicht so viel über ihre praktische Arbeit zu entnehmen, dafür mehr von ihren Ansprüchen und Wünschen. So heißt es da: "Die diese Mächte (Abtreibungsgegner) sich dem Ziel verschrieben haben, die Frauen in ihrem Status als Bürger zweiter Klasse zu belassen, arbeiten viele von ihnen auf internationaler Ebene zusammen. Sie wissen, daß ihnen die internationalen Verbindungen Macht geben. Aus diesem Grund müssen wir auf internationaler Ebene zusammenarbeiten und handeln und einander Solidarität und Unterstützung geben".

Das ist zwar sicher so allgemein wie richtig, letztendlich ist für viele Frauen jedoch eine Solidaritätsbekundung mit Frauen aus anderen Ländern nicht abhängig von der Mitarbeit bei der ICASC. So waren auf dem Tribunal in Frankreich holländische Frauen und umgekehrt westdeutsche Frauen auf der holländischen Demo gegen die dortige Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung. Die Mitarbeiter in der ICASC ist mit einem nicht zu unterschätzenden finanziellen und organisatorischen Aufwand verbunden, dem dem Stand der hiesigen § 218-Bewegung nicht gerecht wird. So waren bislang die Abtreibungssituationen der anderen Länder so gut wie gar nicht Gegenstand von Diskussionen auf den nationalen Treffen. Selbst dann nicht, als in Holland der Frauenstreik gegen die dortige Verschärfung anstand, immerhin eine uns ganz direkt betreffende Sache. Die einzige Solidaritätsaktion mit den holländischen Frauen wurde von Westberliner Frauen veranstaltet, die einen "Besuch" beim niederländischen Konsulat in Westberlin abstateten. Internationale Zusammenarbeit mit Abtreibungsbewegungen anderer Länder wurde von allen begrüßt, jedoch wurde auf dem letzten Treffen im Juni beschlossen, vorerst nicht in die ICASC einzutreten. "Unsere Schwerpunkte sollten angesichts der Schwäche der § 218-Bewegung erstmalig regional und national liegen, bevor wir uns an internationale Zusammenschlüsse wagen." (aus dem Protokoll vom 13./14.6.). Der internationale Aktionstag hat diese Entscheidung in Grunde im Vorherfeld bestätigt. Die ICASC hatte für den 16.3. einen internationalen Aktionstag festgelegt, an dem alle Frauengruppen, die zu dem Thema arbeiten, an die Öffentlichkeit gehen sollten, mit den Forderungen der ICASC. Der Vorschlag, sich an diesem Aktionstag zu beteiligen, wurde von einigen Frauen eingeschlagen - paradoxerweise direkt, nachdem die Bestandaufnahme der Aktivitäten zum 25.2. das oben beschriebene mangelnde Ergebnis ergeben hatte. Der Aufruf zum internationalen Aktionstag fand dann auch

wenig Resonanz. Die einzige Veranstaltung, die zum internationalen Aktionstag stattfand, war eine Podiumsdiskussion in Essen, an der etwa 200 Frauen teilnahmen. Inhalt dieser Veranstaltung waren zum einen Berichte aus Holland und Spanien und die Information über die ICASC; zum anderen war natürlich der Streit um das Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen Gegenstand der Diskussion. In Essen hatte die AWO ja ursprünglich die Unterstützung der SPD zugesagt bekommen (nach langem Kampf!), ein Schwangerschaftskonfliktzentrum nach Bremer Modell errichten zu können. Jetzt wurde kürzlich mit Zustimmung der AWO entschieden, daß nur noch eine Beratungsstelle errichtet wird, an der eine Frauenarztpraxis, in der Abtreibung gemacht werden kann, angegliedert ist. Für das nötige Klima in der öffentlichen Diskussion hatte diesmal - wie auch schon 1979 - u.a. die Katholische Kirche gesorgt, die am 30.3. mit 20.000 Leuten in einem Schweigemarsch durch Essen zog, unter dem Motto "Für das Leben - gegen das Schwangerschaftskonfliktzentrum".

Die Diffamierungskampagne der Reaktion und was die § 218-Bewegung dagegen macht

Der Schweigemarsch in Essen hat auf den nationalen Treffen große Empörung hervorgerufen. Leider wurden die § 218-Gruppen aus den anderen Städten erst sehr spät davon informiert, sodaß nur noch eine gemeinsame Presseerklärung gemacht werden konnte. Der Schweigemarsch gab allerdings den Anlaß dafür, auf dem letzten Treffen im Juni die auf dem Tribunal vorgebrachten Informationen über rechte Politiker und Verbände, deren Ziel es ist, die Gesetzgebung für Abtreibung wieder zu verschärfen, zu aktualisieren. Frau war erstaunt, wie unbeirrt die Hetze gegen abtreibende Frauen in den letzten 1 1/2 Jahren weitergeführt wurde - trotz einigen Protesten seitens der Frauenbewegung, der Pro-Familia und anderer fortschrittlicher Kreise. Es wurde lange darüber diskutiert, welchen Stellenwert Frau diesen Reaktionen, die sich zum großen Teil in dubiosen Verbänden organisiert haben, beimessen will. Unklar blieb, ob mit der Hetzkampagne in erster Linie eine Einschüchterung von Frauen erreicht werden soll oder ob tatsächlich eine Gesetzesverschärfung angestrebt wird. Auf jeden Fall blieb Fazit der Diskussion, daß die Arbeit der § 218-Gruppen sich in Zukunft mehr als bisher an der Entlarvung solcher faschistischer Verbände wie den "Vereinen für das Leben" u.ä. und der offensiven und öffentlichen Gegenargumentation orientieren sollte. Geplant wurden weitere Untersuchungen über Verbindungen zwischen diesen Verbänden und neofaschistischen Organisationen, sowie eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit auf den schon vorhandenen Kennt-

nissen dieser Verbände und neofaschistischen Organisationen, sowie eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit mit den schon vorhandenen Kenntnissen. Angeregt werden soll auch die Diskussion in der Frauenbewegung über derzeitige Angriffe, weil die reaktionäre Hetze nicht nur gegen das Recht auf Abtreibung zielt, sondern sich gegen jegliche Emanzipationsbestrebungen von Frauen richtet. Insgesamt ist der Versuch, eine kontinuierliche Koordination aller § 218-Gruppen aufzubauen, als durchweg positiv zu bezeichnen. Jedoch muß festgestellt werden, daß die Euphorie, wie sie in vielen § 218-Gruppen direkt nach dem Tribunal vorgeherrschte hat, nicht lange angehalten hat. Eine ganze Reihe von den Gruppen, die im Zusammenhang mit dem Tribunal entstanden sind, erscheint nicht mehr auf den bundesweiten Treffen. Die Diskussion um den § 218 wird auch wie vor nicht breit geführt, nicht mal in der Frauenbewegung. Kontakte, die während des Tribunals mit anderen fortschrittlichen Kräften geknüpft worden waren, werden nicht mehr genutzt, um gemeinsam gegen die drohende (bzw. in einigen Regionen schon existierende) Verschärfung der Abtreibungsbedingungen anzugehen. Gefährde angesichts der massiven Angriffe, die ihren letzten Höhepunkt in dem Essener Schweigemarsch fanden, ist es umso notwendiger, daß der § 218 wieder wesentlich mehr von u.a. s e r e Seite zur Diskussion gestellt wird, um langfristig unser Ziel, die ersatzlose Streichung des § 218 zu erreichen. Andere Länder haben schon bewiesen, daß eine Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung durchaus möglich ist (USA, Irland, Israel), die aber auch zu verhindern ist (Italien).

Eine Frankfurter Genomik

Die Reaktion gegen den § 218 rührt sich wieder!

Einen in seiner Art in Norddeutschland einmaligen Vorstoß gegen die gesetzlich geregelte Abtreibungspraxis stellt ein Werbefeldzug dar, der seit ca. zwei Wochen von rechten Kreisen gegen die Frauen in Hamburg geführt wird.

17.000 Blätter mit der Aufschrift "Abtreibung heißt töten. Babys wollen leben" neben dem Bild eines 11 Wochen alten Fötus kleben in Hamburger U-Bahnen, S-Bahnen und Bussen. Anlässlich des Kirchentages geklebt, sollen die Aufkleber nach Wunsch der Auftraggeber vier Wochen hängen bleiben.

Verantwortlich für diesen Werbefeldzug zeichnet die "Insel für das Leben - Sozialinstitut Krefeld", Schwerte 65. Nachforschungen verschiedener Seiten über dieses Institut haben (bisher) nichts Näheres erbracht - der obskure Verein steht nicht einmal im Telefonbuch.

Über die Westdeutsche Verkehrsmittelwerbung wurde der Auftrag für diese Aufkleber an die Hamburger Verkehrsmittelwerbung (zuständige Werbeagentur für den HVV) weitergeleitet.

der Ungeborenen" dem u.a. die "Aktion Leben e.V." und die "Europäische Ärzteaktion" angehören.

Die Abtreibungsgegner verfügen (insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) über ein weitverzweigtes Netz kleinerer, regionaler Vereine, die, wenn sie nicht organisatorisch zusammengeschlossen sind, zumindest untereinander über gute Kontakte verfügen.

Reaktion des HVV

Sofort nach Bekanntwerden der frauenfeindlichen Aufkleber hagelte es Proteste bei der Hamburger Verkehrsmittelwerbung und dem HVV. In einem "Offenen Brief" forderten mehrere Frauengruppen die sofortige Entfernung der Aufkleber (vgl. AK 204).

Nach ersten Aussagen eines Vertreters der Verkehrsmittelwerbung wurden die Aufkleber bereits vor Veröffentlichung dem Senat vorgelegt, der in bestimmten Sachfragen von der HVV als öffentliche Einrichtung Rechenschaft verlangen kann. Dort sind offenbar keinerlei Boden-

stellen, verschickten 22 Frauengruppen eine Presserklärung, in der sie deutlich machten, daß diese Aufkleber ein Angriff auf alle Frauen sind, die ihr Recht auf Abtreibung wahrnehmen. "Wir sind empört über die sowohl menschlich als auch wissenschaftlich unhaltbare Gleichsetzung 'Abtreibung ist Mord', mit der jede menschliche Auseinandersetzung eingeklemmt wird. Frauen werden ohne Rücksicht auf ihre soziale und psychische Situation diffamiert und kriminalisiert".

Die Frauen forderten erneut, die Aufkleber sofort zu entfernen. Die Werbeplakate hängen jedoch immer noch!

Ermutigt durch ein positives Presseecho u.a. Artikel in "Neue", "MoPo" und "Hamburger Abendblatt" - ergriffen einige Frauen selbst die Initiative. So riefen einige Hamburger Frauengruppen öffentlich zu einer Abtreibungsaktion am 27.6. auf.

An der Aktion beteiligten sich ca. 30 Frauen (und ein paar Männer), darunter auch einzelne Frauen aus



Abtreiben heißt töten

BABYS wollen leben!

Dieser Aufkleber verunziert Hamburger U- und S-Bahnen und Bussen.

Parallel zu diesem Scheibenklebern gab es auf dem Kirchentag einen Stand, an dem die Reaktionen der "Bewegung für das Leben" (hiesiges Material verteilend, darunter Hochglanzfotos von zerstörten Embryonen) Außerdem lagen Unterschriftenblätter gegen die per Gesetz geregelte Finanzierung der Indikationen durch die Krankenkassen aus.

Wer sich so einen Werbefeldzug leisten kann, muß finanziell sehr und gute Gründe haben, auch hinter einem unbekannten Namen zu verstecken. Daß die Reaktion über erhebliche Mittel verfügt, belegt diese Werbekampagne. Die Kosten beliefen sich auf 119.000 DM!

Die Aufmachung des Aufklebers läßt vermuten, daß die "Insel für das Leben" bzw. die dahinterstehende Organisation zum Spektrum um die "Bewegung für das Leben" gehört, einem "Dachverband zum Schutze

den aufgetaucht.

Aber wie gesagt, dies ist nur die eine Version gewesen, die zweite lautet so: Der Inhalt der Aufkleber wurde nicht - wie üblich - drei Tage vorher vorgelegt, sondern erst am Tag des Plakatierens. Bekannt sei nur gewesen, daß der Auftraggeber eine Kirchengruppe sei.

Welche Version die richtige ist, wissen wir nicht genau. Aber eines ist klar: Die staatlichen Stellen scheuen sich nicht, eine Werbung zuzulassen, die Frauen trotz des per Gesetz zugestandenen Rechts in den Dunkelkreis von Mammunordenen stellt.

Proteste

Da trotz des "Offenen Briefes" die Aufkleber weiterhin in den öffentlichen Verkehrsmitteln prangten, und um eine breite Öffentlichkeit herzu-

der "Leitstelle" und von Pro-Familia. Sie teilten sich in kleine Gruppen auf und gingen dann ans Werk. Insgesamt wurden gut 200 Aufkleber entfernt. Die meisten wurden in Bussen abgerissen, da eine Auseinandersetzung mit dem HVV bewußt provoziert werden sollte und hier die Wahrscheinlichkeit, "entdeckt" zu werden, am größten war. Auch diesbezüglich war die Aktion von Erfolg gekrönt. Nachdem die Abtreibenden mit Bus- (Haus-)Verbot (Zuwerdung bedeutet Haus- bzw. Busfriedensbruch) belegt worden waren (an das sie sich natürlich nicht hielten), wurden bei einigen von ihnen dann noch ein zweites Mal von der Polizei die Personalleistungen festgestellt.

Die Frauen sind entschlossen, im Falle einer Anklage den Prozeß exemplarisch zu führen.

Zwei Genomik aus Hamburg

Neue Angriffe auf die soziale Indikation

Neue Angriffe auf die soziale Indikation

Anlässlich des Kirchentages in Hamburg initiierten rechte Abtreibungsgegner wie die "Europäische Ärzteaktion" und die "Aktion Leben e.V." eine Unterschriftenkampagne gegen die "Zwangsförderung" der Abtreibung durch die Krankenkassen und die "damit verbundene Ein-

schränkung der Gewissensfreiheit".

Seit der "Reform" des § 218 laufen immer wieder Klage- und Propagandafeldzüge gegen die per Gesetz geregelte Krankenkassenzuschüsse. Daß sich in den letzten Wochen diese Angriffe häufen, läßt eine neue Offensive der Reaktion erwarten, die

zum einen auf eine Verschärfung des § 218 orientiert - insbesondere die Streichung der sozialen Indikation, zum anderen gleichzeitig, solange der Paragraph noch gilt, die Inanspruchnahme der sozialen Indikation soweit wie möglich be- und verhindern soll.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Vilmar, sieht den Anteil der Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagenindikation mit 70-80% als zu hoch an und fordert in diesem Zusammenhang eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ("FAZ", 28.4.81).

Etwas härtere Töne schlägt der Deutsche Kassenärztliche Verband an, der "mit allen rechtlichen Mitteln" gegen die Finanzierung der Abtreibung nach der sozialen Indikation vorgehen will, notfalls auch vor das BVerG in Karlsruhe ("taz", 24.6.81).

Ähnliche Angriffe startete der Zentralverband Kolping, der in der gesetzlich geregelten Abtreibungsfinanzierung durch die Krankenkassen eine "faktische Abtreibungsverhinderung" sieht ("FAZ", 23.6.81). Der Zentralvorstand des Verbandes, Hoffmann, möchte die Folgen einer Notlagen-Indikation allein auf die Frauen abwälzen. Für ihn wird der "Sozialstaat" zum "Aufsengbecken unerwünschter privater Vorgänge verflucht", wenn alle Versicherungen, d.h. die Krankenkassen, die Kosten für die soziale Indikation tragen sollen. In diesem Sinne fordert er die sofortige Herausnahme der Kosten für die Notlagenindikation aus dem sozialen Leistungssystem.

Anschließend arbeiten die Reaktionskräfte wieder darauf hin, den § 218 zum allein rechtlichen Mittel zu machen: Wer Geld hat, findet immer gute Möglichkeiten, abzutreiben - wer keine hat, muß eben sein (ihre) skizzierte Leben aufs Spiel setzen.

Eine Genomik aus Hamburg-Altona



Abtreibung 19847

Anti-Abtreibungsparagraph bald in irischer Verfassung?

Wie in der BRD, in Italien, in den USA und sicher noch in etlichen anderen Ländern organisieren sich auch in Irland die reaktionären Abtreibungsgegner in Gruppen wie „Pro Life“, „Society for the Protection of Unborn Children“ („SPUC“ = Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Kindes) u.ä.

Noch vor den irischen Wahlen konnte Dr. Julia Vaughan, Führerin der „Pro Life“-Gruppe, stolz verkünden, daß ihr die drei großen im Parlament vertretenen Parteien (Fianna Fail, Irish Labour Party und Fine Gael) die Unterstützung für ein Referendum zugesagt haben, das den Schutz „ungeborenen Lebens“ in der irischen Verfassung verankern soll.

Damit wird Abtreibung, die jetzt schon in Irland verboten ist, mit Mord gleichgesetzt.

Die reaktionären Pro-Life- u.ä. Gruppen wollen mit diesem Referendum ihre teilweise Niederlage in ihrem 10-jährigen Kampf gegen Verhütungsmittel wieder wettmachen. Zwar wurde im letzten November die Gesetzgebung in Bezug auf die Vergabe von Verhütungsmitteln verabschiedet, ihr erklärtes Ziel, nämlich das totale Verbot von Verhütungsmitteln, haben diese Organisationen aber nicht durchsetzen können.

„Backstreet Abortion“ — oder die teure Fahrt nach England

Dabei ist die Situation für Frauen in Irland mehr als katastrophal, was

Verhütung und Abtreibung angeht. Verhütungsmittel bekommen laut Gesetz nur verheiratete Ehepaare, und das auch nur, wenn sie einen Arzt und einen Apotheker finden, die das mit ihrem Gewissen vereinbaren können!

Abtreibung ist völlig verboten. So kommt es, daß eine sehr große Zahl von Frauen zu „Engelmachern“ gehen müssen (die sogenannte „back street abortion“) und immer wieder Fälle bekannt werden, wo Frauen an den Folgen einer solchen Abtreibung sterben.

Seit einiger Zeit gibt es — hauptsächlich in Dublin — einige Kliniken, die Abtreibungen in England vermitteln und Fahrten dorthin organisieren. Nach offiziellen Angaben fahren jedes Jahr ca. 3000 irische Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch nach England (das sind ins Verhältnis gesetzt etwa soviel wie die offiziellen Zahlen von Abbrüchen in der BRD).

Diese Kliniken, die auch eine biberale Verhütungsmittelberatung und -versorgung praktizieren, sind dem organisierten Abtreibungsgegnern natürlich ein Dorn im Auge.

Mit einer breit angelegten Kampagne versuchten sie Ende letzten Jahres, die Regierungspolitik dazu zu bewegen, diese Kliniken zu schließen. „24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche arbeitet der harte Kern für Abtreibungen unter der Federführung der „Women's Right to Choose“-Kampagne“ (Gruppen der Frauenbewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Frau). „Abtrei-

bung ist ein Geschäft, das viel Geld bringt... ungeborene Kinder tötet und unbeschreibliches Unheil an Mütter anrichtet“ (Zitate von „SPUC“). Es sei „Quatsch“, zu behaupten, in Irland gäbe es „back street abortions“ — und auch Frauen, die nach einer Vergewaltigung schwanger würden, hätten kein Recht auf Abtreibung.

Kriminalisierung von Beratungsstellen

Zu einem Schweigemarsch für die Schließung zweier „Abtreibungsvermittlungs“-Kliniken in Dublin mobilisierte die „SPUC“ ca. 5000 Menschen. Am 27.12.80 zogen sie am „Tag der ungeschulten Kinder“ (katholischer Feiertag) mit brennenden Kerzen und Schildern mit Parolen wie „Abtreibung tötet“, „Töte keine Babys“ und „Schützt das Ungeborene“ durch Dublin und legten einen Kranz in „Erinnerung an den Tod von 3000 irischen Babys, die letztes Jahr in England abgetrieben wurden“, nieder.

Unterstützung erhalten „Pro Life“ und „SPUC“ auch von höchst offizieller Seite. So wurde eine Delegation des Schweigemarsches vom Bürgermeister von Dublin, Fergus O'Brien, empfangen, der ebenfalls die Vermittlung von Abtreibungen nach England als illegal bezeichnete. Gesundheitsminister Thomas Hume meinte sich aus seinem Weihnachtsurlaub, um eine Untersuchung der Kliniken anzukündigen.

Jetzt hat der zur Zeit noch amtierende Premierminister von Irland, Charles Haughey, versprochen, Irland zu einem der ersten Länder der Welt zu machen, in dem der Schutz des ungeborenen Lebens in der Verfassung verankert ist. Das Referendum, dessen Durchsetzung für wahrscheinlich angesehen wird, ist der Höhepunkt der von der „SPUC“ Ende letzten Jahres groß angekündigten neuesten Anti-Abtreibungskampagne. Mit einem derartigen Anti-Abtreibungsparagraphen in

der Verfassung wäre den Gesetzgebern die Möglichkeit gegeben, auch Verhütungsmittel wie z.B. die Spirale für verfassungswidrig zu erklären und hätte gegen die Kliniken vorzugehen, die Abtreibungen nach England vermitteln.

(Zitate und Informationen aus „Irish Press“ und „Irish Independent Press“ vom 29. - 31.12.80 und aus „Guardian“, britische Tageszeitung, vom 18.1.81)

KB-Frauengruppe Frankfurt

Walpurgisnacht — Nacht der hysterischen Weiber?

Im AK 201 versuchte sich a. an einem kritischen Bericht über die diesjährige Walpurgisnacht. Danach hatten die Aktionen überwiegend einen reichlich unpolitischen Charakter: „Der Gesamtcharakter der Demonstration hatte sich noch weiter in Richtung Klammerei und Happening verlagert.“ Es gab „kaum noch geordnete Demonstrationen, es gab nur selten Flugblätter.“ „... sind heute die Aktionen in der Regel nur noch Spaß und Selbstzweck für die teilnehmenden Frauen.“

würde ich es erweitern: „Frauen erobern sich die Straße, bei Tag und Nacht“.

In der Walpurgisnacht benimmt sich Frau e l e m e n t a r so selbstverständlich und selbstfräulich, wie es sonst nie geht. Normalerweise ist die Straße „Feindesland“. Abends überlege ich mir, ob ich eine dunkle Straße, einen Park benutze. Geht jemand hinter mir, werde ich oft schneller vor Angst, wage nicht, mich

Zischeln zu hören: „Hauen Sie ab!“ oder „Nehmen Sie Ihre Finger weg!“

Wenn wir Frauen also einmal (gemeinsam, sonst geht's nicht!) lautstark „mit viel Lärm und Geheul“ aus diesem Alltag ausbrechen, mal Männer anmachen, durch dunkle Straßen laufen — dann finde ich das gut und wichtig. Jede Frau braucht solche Erlebnisse, aus denen sie Kraft schöpfen kann, wo sie auch einmal das Gefühl von Stärke erlebt. Selbstver-

Walpurgisnacht — Nacht der hysterischen Weiber?

Im AK 201 versuchte sich a. an einem kritischen Bericht über die diesjährige Walpurgisnacht. Danach hatten die Aktionen überwiegend einen reichlich unpolitischen Charakter: „Der Gesamtcharakter der Demonstration hatte sich noch weiter in Richtung Klammerei und Happening verlagert.“ Es gab „kaum noch geordnete Demonstrationen, es gab nur selten Flugblätter.“ „... sind heute die Aktionen in der Regel nur noch Spaß und Selbstzweck für die teilnehmenden Frauen.“

würde ich es erweitern: „Frauen erobern sich die Straße, bei Tag und Nacht“.

In der Walpurgisnacht benimmt sich Frau e l e m e n t a r so selbstverständlich und selbstfräulich, wie es sonst nie geht. Normalerweise ist die Straße „Feindesland“. Abends überlege ich mir, ob ich eine dunkle Straße, einen Park benutze. Geht jemand hinter mir, werde ich oft schneller vor Angst, wage nicht, mich umzudrehen. Kommen wir gar zwei oder drei Typen entgegen, wechsle ich lieber die Straßenseite. Ich weiß genau, sollte es einem Typen einfallen, daß er gerade an mir irgendwelchen Frauenhaß loswerden muß, braucht es viel Glück, um dem heil zu entkommen. Hilfe von Passanten oder Anwohnern ist nicht zu erwarten. In der U-Bahn schiebe ich einen breitbeinigen hängenden Typen nicht zur Seite, sondern quetsche mich klein in die Ecke. Besonders schlimm ist es im Sommer. Ich überlege mir dreimal, was ich anziehe — ich ertrage die abschätzenden Glotzblicke auf den Busen nicht mehr. Nehme ich mir vor, allen selbstbewußt und trotzig in die Augen zu schauen —

Zischeln zu hören: „Hauen Sie ab!“ oder „Nehmen Sie Ihre Finger weg!“

Wenn wir Frauen also einmal (gemeinsam, sonst geht's nicht!) lautstark „mit viel Lärm und Geheul“ aus diesem Alltag ausbrechen, mal Männer anmachen, durch dunkle Straßen laufen — dann finde ich das gut und wichtig. Jede Frau braucht solche Erlebnisse, aus denen sie Kraft schöpfen kann, wo sie auch einmal das Gefühl von Stärke erlebt. Selbstver-

Ich vermag aber nicht zu verstehen, wieso eine „richtige Vorbereitung“ für solch eine Aktion gleichbedeutend ist mit „Jestgelegte Demos, Transparente, Parolen usw.“ (Bericht Hamburg). Danach wäre die letzte Demo im Brodort auch nicht richtig vorbereitet gewesen? Die Art der Aktion richtet sich doch nach dem Inhalt. Mit dem habe ich euch jedoch gar nicht auseinanderzusetzen, daher kann ich mit der Kritik nichts anfangen.

Völlig inakzeptabel finde ich es, die Walpurgisnachtaktion mit dem Argument abzulehnen, daß es zwischen den Frauen in anderen Fragen wohl Widersprüche geben werde (z.B. Frauen zum Bund?). Ich bin schon auf Demos neben DKP'ern gelaufen, die Morde an der Grenze und Polizeistraßensperren in der DDR vollkommen rechtfertigen, die sogar schon Genossen und Genossinnen (!) von uns zusammengeschlagen haben. Und ich mag mir gar nicht überlegen, neben wie vielen Vergewaltigern und Frauenschändlern ich schon in einer Reihe gestanden habe. Ich denke, diese Überlegung bezüglich Differenzen in anderen Fragen kann nur d a s a entschieden werden, wenn die verbindende Gemeinsamkeit als Nebensächlich, vielleicht gar nicht gegeben wird. In diesem Fall: Ist die Eingeschränktheit meiner Freiheit als Frau auf der Straße so wichtig, daß ich mich mit anderen Frauen zusammensetze, auch wenn es sonst Widersprüche gibt? Ich meine ja diesen — aber auch nur diesen — Sinn hat die Walpurgisnacht für mich. In diesem Sinne:

Für viele bunte, lärmende, heulende, spontane, Spaß- und mutmachende Aktionen in der Walpurgisnacht verbunden mit vielen Flugblättern, Plakaten, Parolen, aber nicht unbedingt wohlgeordnet!

Frauen, erobern wir uns die Nacht! Frauen, erobern wir uns die Straße!

K., KB Hamburg/BO Altona

Neuerscheinung 3. Neuerscheinung 3. „Neuerscheinung 3.“



Frauen in linken Organisationen

Aufsätze und Interviews herausgegeben von Ute Jopke

Auch in den Organisationen der Linken sind die Frauen vielfach „die schwache Mehrheit“.

In dieser Anthologie erörtern Helga Grubitzsch, Annette Dröge, Ellen Diederich, Frauen von der Roten Zora, Frauen aus den Organisationen KB, MC (Spanien), KPF (Frankreich), aus der Niederlande und Dänemark die Begriffe Sozialismus und Feminismus, die für viele Frauen (aufgrund teils langjähriger Erfahrungen in und mit linken Organisationen) zum Widerspruch geworden sind und als Alternative begriffen werden.

ISBN 3-88653-028-0 272 Seiten, DM 25,-

hach 2 hamburg 19 verlag linden alles 4

Bullen als Vergewaltiger vor Gericht

Am 29.6. fand im Landgericht Itzehoe der erste Prozeßtermin gegen die beiden Bullen Reich und Christiansen statt. Sie sind angeklagt, im Februar 81 nachts in einer Zelle der Polizeiwache Pinneberg gemeinsam Inge B. vergewaltigt zu haben.

Inge hatte sich, alkoholisiert und von Selbstmordgedanken getrieben, auf dem Heimweg befunden. Die Bullen griffen sie auf und sperrten sie in die Ausrichtungszelle der Polizeiwache Pinneberg. Inge schlief ein, er wachte jedoch, als zwei Bullen die Zelle betraten. Beide vergewaltigten sie auf die abscheulichste Weise. Danach verschwand sie einfach.

Verzweifelt versuchte die Frau sich bemerkbar zu machen und wurde schließlich um ca. ein Uhr nachts nach Hause geschickt. Acht Tage schloß sie sich in ihrer Wohnung ein. Mit Hilfe eines anderen Polizisten gelang es ihr danach, Strafanzeige zu stellen.

Die Bullen sind natürlich „völlig unschuldig“. Obwohl ihr Dienst seit zwei Stunden beendet war, packte sie plötzlich — völlig unabhängig voneinander — die „Sorge“ um Inge B. Als

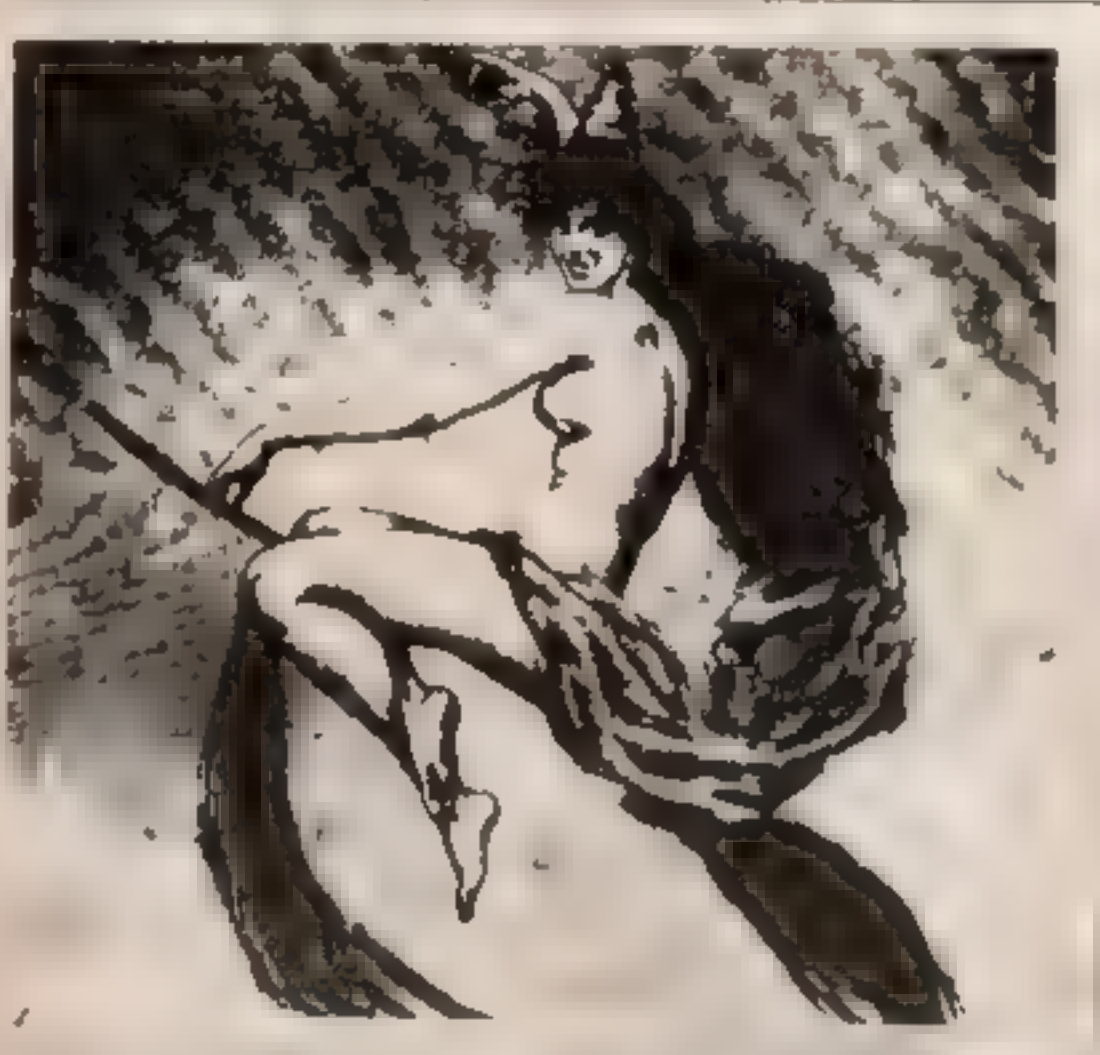
sie feststellten, daß sie sich übergeben hatte, legten sie sie „ganz behutsam in die stabile Seitenlage“ und „lasteten vorsorglich unter ihrer Bluse nach einem möglicherweise waffengefüllten Brustbeutel“ herum. Dann war's aber wohl genug der Fürsorglichkeit. Klammheimlich, ohne jemanden von Inges Zustand zu benachrichtigen, legten sie den Schlüssel zurück und verließen das Revier.

Soweit die bisherigen Darstellungen. Offenbar werden aber beim nächsten Termin einige Kollegen der Bullen gegen die beiden aussagen. Es ist wichtig, daß — wie am ersten Tag — die erfreulich hohe Zahl von Prozeß-Beucherinnen anhält.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang Rechtsanwalt Mueffert, u.a. bekannt durch seine frauenfeindlichen Thesen über die Notwendigkeit, Vergewaltiger zu verteidigen, vertritt Inge B. als Nebenklägerin.

Nächste Prozeßtermine sind zu erwarten über: Auszüge im Arbeiterbuch Hamburg, Frauenkneipe u.a.

H., Genosin aus Altona



sogar mit steigenden Teilnehmerinnen zahlen? Hysterische, ausgetrickte (auto-nome) Bienen???

Die Straße ist „Feindesland“

Traditionell steht die Walpurgisnacht unter dem Motto: „Frauen erobern sich die Nacht zurück!“ — für mich

gibt es Typen, die gerade dann meinen, die Machtverhältnisse wieder klarstellen zu müssen, usw. auf dieser alltäglichen Machtkämpfe auf der Straße spielt sich jedesmal ab, wenn sich Mann und Frau treffen — lautlos und (unheimlich). Kein Geschrei auf der Straße, kein Gelächere von Ohrfeigen in der S-Bahn; frau schweigt, verdrückt sich, allenfalls ist ein dezentes

Dunkelweltes Treffen: Rettet die Frauenzentren!

Vom 19. bis 21. Juni 81 fand in Göttingen ein zentrales Frauenzentrumtreffen statt, das vom Göttinger Frauenzentrum aus dem Bedürfnis vorbereitet und organisiert war, Notwendigkeiten und Ziele in der Arbeit der bestehenden Frauenzentren neu zu überdenken. Gekommen waren ca. 150 Frauen aus 20 Frauenzentren aus der ganzen BRD. Auf dem Eröffnungsplenum wurde eine Art Bestandsaufnahme gemacht und die Probleme der Frauenzentren dargestellt.

Köln-Ehrenfeld: Es existieren eine Lesben- und eine Beratungsgruppe (218).

Regensburg: Hauptächlich Beratungsarbeit

Hannover: keine Angaben

Bremen: Seit 1 1/2 Jahren eine Notrufgruppe.

Cuxhaven: Alle Gruppen nehmen keine neuen Frauen mehr auf

Hamburg: Einige Frauen sind dabei, ein neues Frauenzentrum aufzubauen

Frankfurt: Zwei konkurrierende Frauenzentren, die jedoch als „Zentrum“ nicht mehr nach außen existieren.

Gießen: Lesben- und Frauenforschungsgruppe.

München: Gewalt-gegen-Frauen-Gruppe, Lesbengruppe, Beratungsgruppe.

Trier: Kaum noch arbeitsfähig, weil Frauengruppen meist außerhalb des Zentrums arbeiten und eine starke Konkurrenz untereinander besteht

Stärke Fluktuation wegen der überwiegend studentischen Zusammensetzung.

Moosbach: Es existiert ein kleines Frauenzentrum.

Erlangen: 1 218-Gruppe und eine Anti-Militarismus-Gruppe. Ist nach eigenen Angaben am Nullpunkt angekommen.

Minden: Frauenhausinitiative und zwei Selbsterfahrungsgruppen. Existiert jedoch kaum noch

Marburg: Antirassistische, Lyrik, Massage, Beratungs- und Notrufgruppen

Berlin: Existiert kaum noch

Konstanz: Das Frauenzentrum wurde geschlossen

Braunschweig: Ebenfalls geschlossen

Bonn: Existiert kein Frauenzentrum mehr

Emden: Es existiert eine Frauenhausinitiative, aber kein Frauenzentrum.

Göttingen: Relativ gut funktionierendes Frauenzentrum. Haupttätliches Arbeitsfeld ist es, Frauen aller Altersgruppen anzusprechen und ihre tagtägliche Unterstützung aufzubereiten

Ziemlich gute Zusammenarbeit zwischen Lesben und Hetero-Frauen, allerdings mangelnde Öffentlichkeitsarbeit.

Überinstimmend wurde von den Frauen berichtet, daß in ihren Zentren kaum noch eine Kommunikation untereinander besteht. Es wurde von permanenten Schwierigkeiten zwischen den „Macherinnen“ und anderen Frauen berichtet, die sich kaum einbringen, weder in der Diskussion, noch mit praktischer Arbeit. Aufgrund der mangelnden Bereitschaft, sich um politische Positionen konstruktiv zu streiten (z.B. der ständige Konflikt zwischen Lesben und Hetero-Frauen, Polit- und Selbsterfahrungsgruppen) verlassen viele Frauen frustriert das Frauenzentrum, um in andere Frauengruppen zu gehen. Es werden keine öffentlichen Debatten mehr durchgeführt, wie wir eigentlich unsere Situation in der Gesellschaft verändern wollen (z.B. die spektakulären Abtreibungsfahrten nach Holland gehören längst der Vergangenheit an). Öffentlichkeitsarbeit herzustellen wird an Spezialgruppen delegiert. Die permanente schlechte finanzielle Situation (hohe Mieten, zu wenig zahlende Frauen) sind ein weiterer Grund, warum einige Frauenzentren inzwischen geschlossen wurden.

Am Sonntagmorgen wurde im Plenum aus den Arbeitsgruppen berichtet. In der Regel hielt eine Frau den Bericht und wurde von anderen Frauen der AG ergänzt. Wir faßten im folgenden die Berichte auf der Basis von immer wieder genannten Stichworten und Einschätzungen zusammen.

AG: Wie erblicken bestehende Frauenzentren?

Bei der Beschreibung der Situation in den Frauenzentren tauchen überall die gleichen Probleme auf, mit denen frau zu kämpfen hat. Dominant einzelner Frauen, eine gewisse Organisationsfähigkeit; wer fühlt sich für das Zentrum verantwortlich, wie sind neue Frauen integrierbar; unter-

schiedliche Ansprüche von neuen, jungen Frauen und langjährigen Feministinnen. Die Erklärungsversuche fallen schwer und sind auf dem Hintergrund der speziellen Geschichte jedes Zentrums auch inhaltlich kaum allgemeingültig zu machen. Die Stärke von „Lesben“ Frauen wird als Widerspruch zum Anspruch empfunden, in den Zentren, in der Frauenbewegung einen kollektiven Befreiungsversuch zu organisieren. Immer wieder tauchen Widersprüche auf zwischen innerlichkeitsbestrebungen und dem Ziel, mit Aktionen nach außen wirken zu wollen. Ein Hauptproblem wird auch darin gesehen, daß die Frauenbewegung ein „diffuses“ Aufgabengebiet hat. Es wird die Meinung vertreten, daß im Gegensatz zu Zeiten der 1 218-Kampagne heute ein klar umrissener Gegner fehlt.

In vielen Zentren gibt es Finanzierungsprobleme. Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob die Zentren die Basis der Frauenbewegung sind. Ist Zentrumarbeit feministische Pflichtenübung oder persönlicher Gewinn?

Trotz aller Kritik und allem Frust ist das Frauenzentrum als wichtige Einrichtung unumstößlich. Die Frage ist nur, wie die vielen Widersprüche zwischen den persönlichen und politischen Ansprüchen in Angriff genommen werden können, d.h. diskutierbar gemacht werden können. Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.

ne „richtige“ feministische Arbeit gerade gegenüber den Lesben gibt es hier eine Menge unausgesprochenes Mißtrauen. Überwiegend wurde Verständnis dafür geäußert, daß Lesben eine solche Arbeit, die ja um die Probleme der Heterosexualität kreist, nicht machen wollen. Die Frauen aus den Beratungsgruppen verwahrten sich jedoch vehement gegen den Vorwurf, die gängige Heterosexualität zu stabilisieren. Ihr Ansatz ist darauf ausgerichtet, die herrschende Sexualität zu problematisieren und nicht in einen technischen Pragmatismus zu verfallen. Insofern sehen sie in ihrer Arbeit auch einen wichtigen Beitrag, feministische Vorstellungen praktisch zu machen.

AG: Überregionale Zusammenarbeit

Auch in dieser AG wurde über die allgemeine Situation in den Zentren diskutiert. Es gab viele Punkte der Übereinstimmung mit AG 1. Deswegen soll im weiteren nur auf die 3 „Modelle“ eingegangen werden, von denen frau sich einen Zusammenschluß, zumindest eine größere Koordination erhofft.

a) Die Erstellung eines Kommunikationsblattes. Dieses sollte rotierend von den Frauenzentren erstellt werden und alle möglichen Nachrichten, Infos, Absprachen von Aktionen, Termine etc. enthalten.

b) Eine Art Netzwerkkonzeption für die Frauenzentren. Hierbei sollte rotierend für ein Jahr ein Frauenzentrum den „gemeinsamen Topf“ verwalten, d.h. für die Frauenzentren sprechen können.

c) Ein Zusammenschluß aller Frauenzentren z.B. in einem Verein. Dazu sollte eine Plattform erarbeitet werden, die das Selbstverständnis aller Frauenzentren ausdrückt und sich gegenüber den Parteien abgrenzt (Autonomie 1 218-Lebendaktivierung) in Frauenzentren sollte jeweils für eine bestimmte Zeit gewählt werden, in der es auf Grundlage des formulierten Selbstverständnisses sozusagen im „Namen aller Frauenzentren“ gegenüber Presse und Medien zu allen aktuellen Fragen Stellungnahmen abgeben soll (z.B. Krieggefahr).

Die vorliegende Frau meinte dazu treffend: „Jeder Verband der Schleier oder x-beliebiger anderer Zusammenschluß kann meine Stellungnahme abgeben, nur wir Frauen sind dazu unfähig, obwohl wir Tausende von Frauen repräsentieren“.

Insgesamt stieß jedoch keiner der Vorschläge für eine größere Zusammenarbeit auf richtige Begeisterung. Sofort kamen Zweifel auf, die lange bekannt sind: Soll frau mit Medien zusammenarbeiten, mit welchen? Ist das nicht Stellvertreterpolitik?

AG: Frauenzentren – eine Bürgerinitiative unter vielen?

Der Bericht fiel kurz aus. Die Frauen hatten vor allem über die Frage diskutiert: woher kommen die Frauen in den Zentren? Dabei ist zumindest in der AG festgestellt worden, daß überwiegend die Frauen aus der Linken kommen, und verhältnismäßig wenige „nur“ über Frauenarbeit. Einerseits wurde die mangelnde politische Arbeit in den Zentren beklagt, andererseits Kritik an linken Organisationen benannt, die eine Zusammenarbeit auch erwünscht, teilweise verunmöglicht. Formalismus, Ausklammern des Privatbereichs u.a. insgesamt dränge er, ein feministisches Politikverständnis zu entwickeln. Die Tatsache, daß in den letzten Jahren wieder mehr über diese Frage diskutiert wurde, zeige, daß sich die politischen Probleme ausprägen.

AG: Brauchen die Lesben ein Frauenzentrum – Braucht das Frauenzentrum die Lesben?

Ein Bericht hierzu fiel den Frauen sehr schwer. Diskutiert wurde über sehr viele Fragen, aber auch sehr unterschiedlich, so daß ein zusammenfassender Bericht unmöglich schien.

Zunächst wurde die 43. Beteiligung hervorgehoben, ca. 30 Frauen waren in der AG. Diskutiert wurde über Fragen wie: Was ist Lesbenpolitik? Was bedeutet Lesbenarbeit im Zentrum? Sollen die Lesben ein eigenes Zentrum machen, Separatismus betreiben? Wo liegen die Schwierigkeiten mit den Hetero-frauen?

Mit Vorbehalt wurde das „Ja“ zum Frauenzentrum geäußert. Frau

wünscht sich eine andere Form der Arbeit. Immer wieder stellt sich für Lesben die Frage, ob es wichtiger ist, im Zentrum zu arbeiten, oder offen zu lassen, wo frau arbeitet, und in erster Linie an ihrer Identifikation zu arbeiten.

Ob ein Lesbenzentrum sinnvoll ist, ist schwierig zu beantworten. Einerseits ist es wünschenswert, einen Freiraum zu haben, wo frau von jedem Problem mit Männern verschont ist, auch von den vermittelten Problemen durch die Heteros. Andererseits ist es eine Frage des Kräfteverhältnisses, schließlich werden Lesben in erster Linie als Frauen angegriffen, weil es ihnen Gott-ge-Dank noch nicht auf der Stirn geschrieben steht, daß sie lesbisch sind.

Was ist Lesbenpolitik? Zur Beantwortung dieser Frage wurden in erster Linie weitere Fragen formuliert. Was soll sie erreichen? Soll sie sich in erster Linie an frauenbewegte Frauen richten, z.B. im Zentrum, oder soll sie nach außen orientieren? Aus welchen Gründen gehen Lesbengruppen auseinander kaputt? Wenn schon die Lesbengruppen häufig auseinanderfallen, was soll dann die Basis für Lesbenpolitik sein? Selbsterfahrung ist immer wieder wichtig, wie sonst kann frau sich mit „aufrechten Gang“ z.B. am Arbeitsplatz als Lesbe zu erkennen geben?

Die Identitätsfindung als Lesbe geht nur mit Lesben zusammen. Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Trotzdem ist Lesbianismus „das“

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

konsequente Frauenleben? Sind Heterofrauen ein „magisches“ Geschlecht, weil sie ihren Zustand in dieser Gesellschaft selber aufrecht erhalten? Wer reduziert wen? Immer wieder fühlen sich Lesben durch Heterofrauen bedroht. Ist das übertrieben? Sind die Hetero-Feministinnen gespalten, hin- und hergerissen zwischen ihrem Frauenbewußtsein und feministischen Aktivitäten und ihrer Anpassung an den Mann in puncto Sexualität?

Viele Fragen sind angerissen und erblitzt im Plenum diskutiert worden. Insgesamt war gerade an diesem Punkt (Lesben – Heteros) das Bedürfnis sehr groß, endlich mal „Klartext“ miteinander zu reden.

Homosexualität ist kerngesund!

Zum Abschluß der zweiten Hamburger Schwulen- und Lesbenwochen

Wer geglaubt hatte, daß mit der Demo am 20.6. alles gelaufen war, konnte noch dazulernen. Obwohl die rund 3.000 Teilnehmer des Marches einen Höhepunkt der Wochen markierten, folgten noch Veranstaltungen, die unverzichtbar wurden.

Eine traurige Wahrheit wurde allerdings ein neues Mal bestätigt, indem tatsächlich nicht ein Blatt über diese Demo (geschweige denn Rahmenveranstaltungen) berichtete. Blinzte die „Welt am Sonntag“ ging mit 16 Zeilen darauf ein — dafür hüllten sich „TAZ“ u.a. in eitelstes Schweigen.

Nach den anstrengenden Aktivitäten des 20.6. (wir berichteten im letzten AK) folgte bereits am 22.6. ein weiterer Höhepunkt. Im Hamburg-Haus Einbittelt kamen rund 200 Menschen zu einer Veranstaltung der „Gruppe Schwule und lesbische LehrerInnen in der GEW“ mit dem Titel „Homosexualität und Schule“. Auf dem Podium: LehrerInnen und SchülerInnen, Vertreter der Arbeitsgruppe Sexualpädagogik und die stellvertretende GEW-Vorsitzende. Unterstützt durch unschöne Skizzen diskutierten sie unter lebhafter Einbeziehung der Publikums die Bereiche Sexualpädagogik, Probleme schwuler Schüler und lesbischer Schülerinnen sowie Probleme schwuler Lehrer und lesbischer Lehrerinnen.

Mit einer Unterrichtensammlung der voranstehenden Gruppe soll auch in Hamburg die Streichung des reaktionären „Aufklärungsfilm“ „Christian und sein Briefmarkenfreund“ aus dem Verleihprogramm erreicht werden — ebenso wie bereits in Westberlin (s. Kasten).

Am 24.6. ging es im überfüllten Saal der ESG um „Die Verfolgung

der Schwulen und Lesben während des Nationalsozialismus“. In einem ausgezeichneten Referat wurde die historische Entwicklung der Schwulenverfolgung vom Scheiterhaufen zur Gaskammer aufgezeigt sowie die daraus resultierende Notwendigkeit, auch heute alles zu tun um derartiges für die Zukunft zu verhindern.

Als es jedoch dann um die Willigung, kamen die vorhandenen Widersprüche innerhalb der Schwulenbewegung zum Tragen. Die recht antiquierte und dem Stand der Schwulenbewegung nicht mehr angemessene Konsequenz Zurückweisung solidarischer Heterosexueller durch einen Teilnehmer („Was wollt ihr denn hier?“) erhielt die passende Absage. Die ausdrückliche Orientierung der Veranstalter auf „den gewöhnlichen Homosexuellen“, mit dem allein ein weiteres Vorankommen nur möglich und sinnvoll sei, stieß jedoch ebenfalls auf erheblichen Widerstand. Die Frage nach der Rolle der politisch aktiven Schwulen (gruppen) und dem Platz auffälliger Minderheiten wie Tanten im Konzept von HLSV/RAUSS wurde mit der Bemerkung gekontert: „Und was hat das mit deinem Nagellack zu tun?“. Die bewußte Ausgrenzung der Tanten (als „Bürgerchicks“) aus einer repräsentativen Schwulenbewegung nicht jedoch noch keine Eintrittskarte in die Lobbying- und bürgerlichen Parteien. Von daher kann die Wahrnehmung der vorgegebenen „legalen“ parlamentarischen Lösungen unserer Probleme nur ein Weg unter vielen sein; zumal klargestellt wurde, daß der Paragraph und damit die Gesetzgebung nicht das Problem sind, sondern vielmehr das Bewußtsein der Bevölkerung. Ein besonderer Bonbon wurde die

Veranstaltung „Ist Homosexualität heilbar?“ am 26.6. Die Studentengruppe „Schwule Jugend forscht“ hatte in hervorragenden Referaten die schier zahllosen Heilungsversuche an Homosexuellen sowie die absurde Theorie des DDR-Demagogen Dörner aufgearbeitet. Anschaulich wurden „Behandlungsmethoden“ von 1920 und 1981 gegenübergestellt wie medikamentöse, chirurgische, medizinische (Kastration) und psychiatrische Behandlung, Aversionstherapie, Elektrochocktherapie, Ehe und Religion. Einzig die Hypnose wird heute nicht mehr zum Exorzieren empfohlen. Alles andere ist beim Alten geblieben.

Das abschreckende Beispiel des Alchimisten Dörner zeigt, daß auch der reale Sozialismus um kein Deut fortschrittlicher an die Schwulenfrage herangeht. Die neuen Verhütungsmethoden Dörners, die eher einer vorsorglichen Euthanasie gleichen, sind in der DDR nie widerrufen oder angegriffen worden — und auch die heutigen Vertreter von der DKP über MSB bis hin zur DeSti hüllen sich hierzu lieber in betretenes Schweigen. Dabei bringt Dörner die „Behandlung“ der ungeliebten Minderheit im realen Sozialismus nur zu einem folgerichtigen Schlußpunkt.

Jeder Sozialismus wird sich für uns auch daran messen lassen müssen, wie er zur Schwulenfrage steht. Die DDR hat da ebenso wie deren Bruderländer nichts positives zu bieten. Genauso schlecht steht die DKP da, die zwar auf ihrem letzten Parteitag immerhin zwei Sätze als Folgeblatt in das Kompendium ihrer Beschlüsse einbaute, ansonsten jedoch den Schwulen denkbar ablehnend gegenüber steht. Wenn sich dort jetzt Über-



Montage aus „Psychologie heute“

haupt etwas geregt hat, dann nur im Nachtrab der gesamten alternativen Wahlbewegung. Nach der Aufnahme von Schwulen in die bunten und alternativen Listen hat 1977/78 auch bei den bürgerlichen Parteien eine mühsame Hinwendung zu den Minderheiten begonnen. Gleichzeitig begann die (schwule) Parteijugend sich allerorten zu regen. So entstanden die Schwules, die Schwules und schließlich die DeSti. Diese Gruppen versuchten in ihren Parteien die Schwulenfrage zu stellen — und stießen auf recht taube Ohren. Die FDP erkannte im Prozentgebröckel ihre Chance und wagte als erste den Griff nach den warmen Wählerstimmen. Daß ausgerechnet die DKP in diesem Run hinten an liegt, sagt einiges... Einen krönenden Abschluß fanden die Hamburger Lesben- und

Schwulenwochen am 27.6. mit einem rauschenden Fest in den Räumen der Uni-Mensa. Zeitweise mußten die Eingänge gesperrt werden, und für Leute mit Platzangst oder Verfolgungswahn war dies ein Alptraum. Theater- und Rockgruppen sorgten für Unterhaltung, Buchertische für Information und die fleißigen Organisatoren für unablässige Verpflegung. Wenn das ganze trotzdem nicht über eine etwas größere Subkulturfeiern hinausging, traf sich das mit dem Hinwenden der Veranstalter zu dem „gewöhnlichen Homosexuellen“, der aus seinen Kellerbars und Gattoläden herausgeholt werden sollte. Inwieweit hier eine Politisierung der Betroffenen erreicht wurde, wird allerdings die lange Dürreperiode bis zu den nächsten Schwulenwochen 1982 zeigen.

Unterschriftensammlung zum Film »Christian und sein Briefmarkenfreund«

An die Landesbildstelle Hamburg

1. Wir (die Unterzeichnenden) fordern die Landesbildstelle Hamburg auf, den Film „Christian und sein Briefmarkenfreund“ aus dem Programm zu nehmen.
— Dieser Film verstärkt durch seinen Aufbau, insbesondere durch die eingesetzten filmischen Mittel v.a. bei Jugendlichen „verbreitete Vorurteile gegen Homosexuelle“ (1).
— Die diffamierende Wirkung des Films wird dadurch verstärkt, daß dies der einzige Film im Angebot der Bildstelle ist, der das Thema „Homosexualität“ anreißt.

2. Wir fordern die Landesbildstelle auf, stattdessen Material in ihr Programm aufzunehmen, das das Thema „Homosexualität“ auf der Basis seriöser wissenschaftlicher Erkenntnisse darstellt.

(1) Zitat aus dem Beiblatt zum Film, das Aufkommen von Vorurteilen soll angeblich durch eine Nachbesprechung des Films aufgefangen werden können.

Unterschriften bitte an:
Klaus Schmidt
Neuer Pferdemarkt 19
2000 Hamburg 6
Tel. 040/430 05 45



Presseerklärung des 2. Pfingsttreffens schwuler Lehrer

Vom 6.-8.6.81 organisierten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GLW Berlin dieses Treffen. „Das Bekanntwerden der Homosexualität eines Lehrers oder Erziehers darf für den Dienstverhältnis kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen sein. In Bildungsplänen, Rahmenrichtlinien und amtlich genehmigten Unterrichtsmaterialien ist die Diskriminierung der Homosexualität als Perversion oder Krankheit zu unterlassen.“

Dieser Beschluß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wurde begrüßt von den 80 Teilnehmern... Die überwiegend in der GEW organisierten Lehrer werden sich in ihren jeweiligen Landesverbänden dafür einsetzen, diese Positionen gegenüber den Kultusbehörden zu vertreten und durchzusetzen.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß die derzeit von den Verleihorganisationen angebotene Unterrichts-

filme zum Thema Homosexualität „wissenschaftlich, pädagogisch und pädagogisch unbrauchbar sind und aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Ebenso müssen die anderen für den Gebrauch an Schulen zugelassenen Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien einer Überprüfung unterzogen werden, die sich an den Erkenntnissen der naturwissenschaftlichen Sexualwissenschaft orientieren.“

Im Erfahrungsaustausch über die Ängste von schwulen Lehrern wurden Verhaltensmöglichkeiten aufgezeigt, diese zu überwinden. Die Versammlung protestierte gegen das Berufsverbot für den Pfarrer Klaus Brinker, Hannover, das mit dessen Homosexualität begründet wurde.

Ein drittes Treffen schwuler Lehrer wurde für 1982 ins Auge gefaßt.

Kontakt: Rainer, Hamburg — Tel. 040/2802924 oder Dittfel, Westberlin — Tel. 030/8832301



Unter Parolen wie „Lieber orientieren, als für den Staat marschieren“ oder „Jeder übergibt sich beim Hundertfünfundneunzig“ demonstrierten am 27.6. etwa 1.500 - 1.800 (letztes Jahr 1.000) Schwule und Lesben gegen Diskriminierung und für das Recht auf Selbstbestimmung. Aufgerufen hatte diesmal ein breites Spektrum: AHA, Juco, ADS-FU, Falken, Alternative Liste, KB, AK Homosexualität der FDP, DSAP, AG homosexueller Lehrer der GEW, ASIA FU, lesbisch-schwule Schülergruppe und noch einige mehr.

Begleitet von je drei Mannschaften wegen der Bullen vorn und hinten ging die Demo über den Kudamm bis zum Großen Stern. Die am Rande des Sterns aufgestellten Tische waren reges Interesse. Am Abend gab es in der vollkommen überfüllten FU-Mensa eine Fete mit der Theatergruppe „Rosa Kutsch“ und einer New-Wave-Lesbenband aus New York.

Schwulen-Demo in Darmstadt

„Denk einmal an eure Gefühle und Reaktionen, wenn auch jemand gegenübersteht, der schwul bzw. lesbisch ist, oder deren, mit welchen Wertungen Nachbarn und Bekannte über Schwule reden. Die gesellschaftliche Achtung läßt sich nicht übersehen. Deshalb wollen heute noch die meisten Schwulen unerkannt bleiben, um dem Psychoterror ihrer Umwelt zu entgehen, oder um nicht noch ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Außerdem macht es der Paragraph 175 immer noch möglich, daß Volljährige kriminalisiert werden, wenn sie eine Beziehung zu einem Untersechzehnjährigen haben. Die Minderjährigen können auch kein vernünftiges Verhältnis zu sich entwickeln, wenn eine mögliche Form ihres Sexualverhaltens vom Staat verboten ist und von manchen Eltern so extrem abgelehnt wird, daß sie sich wünschen, ihr Kind hätte lieber Mord begangen, statt schwul zu sein“ (aus dem Aufruf der Schwulengruppe Darmstadt).

Um „den Leuten zu zeigen, daß es uns gibt, und daß wir offen für unsere Lebensform eintreten“, fand

am 27. Juni in Darmstadt eine Demonstration mit rund 300 Menschen statt. Anlaß war der Christopher Street Day, an dem sich vor rund 12 Jahren in New York Schwule und Lesben heftig gegen ihre Diskriminierung und Verfolgung zur Wehr setzten. Gut eineinhalb Stunden zog sich der bunte Zug durch die Innenstadt, nachdem es vorher auf dem Marktplatz zu teilweise heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen mit „empörten Bürgern“, aber auch aktiven Darmstädter Ali- und Neonazis kam. Diesen gelang es zum Teil, an die 80 Leute um sich zu scharen, durch ihre tollt offenen feindseligen Provokationen gegenüber den Homosexuellen. Erst als unter den recht zahlreichen Auswärtigen bekannt wurde, daß es sich um aktive Darmstädter Faschisten handelte, wurden die „Diskussionen“ abgebrochen. Am Abend fand im „Schußkeller“ ein Fest statt. Es blieb das Gefühl, daß diese Aktion nicht die letzte in Darmstadt bleiben sollte.

KB-Gruppe Darmstadt

Ein »Toter« packt aus Hoffmann & Co. endlich im Knast

Am vor wenigen Wochen Generalbundesanwalt Rebmann die Ermittlungsakte „Attentat auf dem Münchner Oktoberfest“ offiziell schließen ließ, bemerkte er hierzu: Man wisse nichts genaues, außer, daß Gundolf Köhler am Attentat beteiligt gewesen sei. Ob er allein gehandelt oder Mithäter gehabt habe, lasse sich aus den Ermittlungsergebnissen nicht eindeutig entnehmen.

Nur wenige Wochen nach diesem klammheimlichen Abschluß der Ermittlungen im seit 36 Jahren schwerwiegendsten Fall von Nazi-Terrorismus in der BRD hat die Aussage eines schon vor Monaten für „tot“ erklärten Nazis, der sich nun wohl als Kronzeuge Strafmitdierung erhofft, nicht nur dazu geführt, daß „Wehrsportgruppen“-Chef Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann verhaftet wurden, sondern darüber hinaus auch zu einer Wiederaufnahme der Ermittlungen zu München. Alles, was in den letzten Wochen an „Enthüllungen“ und neuen Funden bekanntgeworden ist, bestätigt nur diejenigen, die nie an die These vom „Einzeltäter“ Gundolf Köhler geglaubt haben, und weist unübersehbar in Hoffmanns Richtung.

Ob die westdeutschen Ermittlungsbehörden jetzt damit anfangen, die offenen Enden der vielen Spuren zusammenzuknoten, das steht nach den Erfahrungen mit ihrer bisherigen Praxis allerdings auf einem anderen Blatt.

noch nicht bekanntgegeben worden. Auf alle Fälle müssen die Hinweise der drei so detailliert gewesen sein, daß Spezialisten des BKA sogar mit Preßluftschlämmern frisch gegossenen Beton auseinandernehmen, um Beweismaterial zu sichern.

Bei Hoffmann selbst wurden neben einem Tonband mit einem arabischen Sprechkursus Pläne für weitere Attentate gefunden. Ein Anschlag auf die Beiruter UNO-Vertretung, auf einen Nürnberger Staatsanwalt sowie auf US-Militärlager in der BRD.

Die hektische Aktivität der westdeutschen Ermittlungsbehörden anläßlich dieser Funde kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade sie am besten über die Umtriebe Hoffmanns seit dem Verbot der WSG im Januar 1980 informiert gewesen sein müßten und somit am wenigsten Grund zu ihrem nach außen zur Schau gestellten Erschrecken haben. Immerhin wußten sie je nachweislich:

- Hoffmanns Waffengeschäfte mit dem Libanon;
- seine Anhänger, die seine Waffentransporte ausführten und im Libanon blieben, um sich militärisch ausbilden zu lassen;
- Hoffmanns Besuche im Libanon, wo er seine Anhänger - zum Teil steckbrieflich gesuchte Nazis - instruierte;
- Hoffmanns Verwicklungen in den Mordfall Levin/Posechke, wo am Tatort eine Brille von Franziska Birk-

Sonntag“ vertieg sich sogar zu der Behauptung, die Hoffmann-Bande würde von Ghaddafi finanziert (als ob 4 x 1000 Dollars fälschen müßte) und würde ihre neuen Pläne in dessen Auftrag schmieden. Nach Aussage des Nazis Hepp sollen sowohl die Falange als auch die PLO je zwei WSG-Leute präsentiert haben, die jeweils unterschiedliche Versionen über Aufenthalt und Treiben der westdeutschen Nazis im Libanon abgegeben haben sollen.

Tatsache ist, daß seit dem Verbot der WSG der Libanon zum Treffpunkt des westdeutschen Nazi-Terrorismus geworden ist.

Otfried Hepp aus Ortenau, ehemaliger Funktionär des „Bund Heimattreuer Jugend“, Führer der Baden-Württembergischen „Wehrsportgruppe“ Schlager/Ortenau (bei Offenburg). Bei der Aufdeckung dieser Bande 1979 wurde nicht nur militärisches Gerät und Waffen sowie konkrete Pläne für diverse Anschläge gefunden, sondern auch ein Organisationsplan der Abteilung Baden-Württemberg der Hoffmann-Bande. Zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern in der „WSG Schlager“, Peter Hamberger, Kay Uwe Bergmann und Steffen Dopper, verschwand Hepp vor Beginn seines Prozesses im Sommer 1980 aus der BRD. Es deutet viel darauf hin, daß die vier im Juli 1980 einen Hoffmann-Konvoi in den Libanon bringen wollten und damals an der Grenze nach Österreich zurückgewiesen wurden. Von sich reden machte das Quartett, als sich dem Münchner Attentat bekannt wurde, daß sich die vier wenige Tage vor dem Anschlag auf der Beiruter Botschaft Pässe und Geld für die Heimreise beschafft hatten, seitdem aber als verschunden galten. Im letzten Herbst vermeldete dann der „Spiegel“, die vier seien vermutlich zwischen den Fronten der „rivalisierenden Gruppen“ im Libanon ums Leben gekommen. Viel interessanter aber ist die Tatsache, daß Hepps Name im Notizbuch des beim Münchner Anschlag ums Leben gekommen angeblichen Alleintäters Gundolf Köhler gestanden hat.

Uwe Lehnemann, von internen Kreisen aber ist die Tatsache, daß Hepps Name im Notizbuch des beim Münchner Anschlag ums Leben gekommen angeblichen Alleintäters Gundolf Köhler gestanden hat.

Walter Ulrich Behle. Auf ihrer Pressekonferenz Ende Juni präsentierten die Faschisten des Libanon, die Falange, den WSG-Aktivisten Walter Ulrich Behle, der dort die PLO beschuldigte. Behle, aus Nordrhein-Westfalen und seit 2 Jahren Mitglied der Hoffmann-Bande, hatte am 25. September 1980 das Haus seiner Eltern verlassen und war mit weiteren Nazis mit Militärgerät Richtung Libanon gefahren. Am Samstag, dem Tag nach dem Münchner Anschlag, gehörte Behle zu den 6 WSG-Anhängern, die an der österreichischen Grenze festgenommen worden waren, am Sonntag aber schon wieder auf freiem Fuß waren. Gemeinsam mit Behle wurde Uwe Johann Mainz (ebenfalls Ende September 1980 kurzfristig inhaftiert) von der Falange auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Unklar ist das Schicksal von Michael Dopper, der noch im Herbst zusammen mit Hepp auf der Botschaft erschienen war. Was Kay-Uwe Bergmann anbelangt, so wird vermutet, daß dieser wegen verschiedener Fluchtversuche und „Befehlverweigerung“ von seinen Nazi-Freunden umgebracht worden ist. Insgesamt sollen ca. 18 WSG-Nazis im Libanon gewesen sein, darunter auch Arndt Marx, Hoffmanns Stellvertreter in Frankfurt, der ebenfalls kurz nach dem Münchner Attentat aus der BRD verschwand.

Marx führte in Frankfurt die offizielle Außenstelle der „WSG-Hoffmann“ („WSG-Sturm 7“) und pflegte intensiven Kontakt zu dem Frankfurter Nazi Frank Schubert („Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“), der am 24.12.80 zwei Schweizer Grenzbeamte erschoss. Marx wie Schubert und auch Hepp wohnten jeweils vor ihrem „Untertanentum“ in Richtung Libanon bzw. ihrem Tod bei Kurt Müller, dem Führer der Mainzer „NS-Kampfgruppe Müller“ („Tar“, 23.1.81), einem Veteranen des Nazistiches.

Vor diesem Hintergrund muß an die Aussage Hoffmanns erinnert werden, der u.a. nach dem Verbot der WSG im Januar 1980 offen erklärte hätte: es gehe weiter, wenn nicht in der BRD, dann eben im Ausland, und es werde „viel unangenehmer“ werden. Wie die „Tar“ berichtet, soll Hoffmanns auch im Libanon selbst sogar offen zum Münchner Attentat bekannt haben. „Das waren wir!“

Wer sind die Helfer?

Trotz offenbar großzügiger Aufnahme durch befreundete Gruppen wäre die Hoffmann-Bande im Libanon wohl kaum existenzfähig gewesen, hätte Hoffmann wohl kaum seinen einträglichen Waffenhandel betreiben können, wenn nicht in der BRD nach wie vor ein weitverzweigter, gut funktionierender Unterwärtzler-Kreis vorhanden wäre. Genannt werden ist in diesem Zusammenhang die Organisation des Hamburger Neo-Nazis Udo Albrecht, der gerade eine Haftstrafe wegen Bankraubs absitzt, und in dessen Fußstapfen Hoffmann getreten ist. Albrecht hatte schon vor zehn Jahren angefangen, Waffen nach Nahost zu liefern (u.a. angeblich auch an die PLO), und war in der BRD stets eine gute Adresse für Nazi-Aktivisten. 1975 wurden vier Nazis in Jugoslawien festgenommen, als sie für Albrecht Waffen transportierten. Unter den damals Festgenommenen waren Eckhard Weiß (u.a. verurteilt wegen seines Mordanschlags auf sowjetische Wechockdaten in Westberlin), Günter Bernberg (NSDAP-Aktivist aus Westberlin) und Gunnar Fahl („Reichskammer“ der „NSDAP“) und ebenfalls - wie später Marx, Schubert und Hepp - Logierpart der Mainzer Müller-Bande. Ebenfalls zu den alten Bekannten Albrechts gehört Willi Wegener, in dessen Hamburger Wohnung er sich 1975/76 verstecken konnte (Anschlag auf das Göttinger „polibula“), und der kürzlich im Zusammenhang mit dem Hamburger Feme-Mord erneut in Haft genommen wurde.

Mitarbeiter Albrechts - so der „Spiegel“ - haben nach Albrechts Inhaftierung zusammen mit Hoffmann im Libanon-Geschäfte weitergeführt.

Die heute im Libanon agierende Bande stellt offenbar nur den militä-

rischen und teilweise in der BRD mit Haftstrafen bedrohten Teil der BRD-Nazi-Szene, speziell der Hoffmann-Anhänger, dar. Allein schon durch die Personen bestehen Verbindungen insbesondere zu der alten Hoffmann-Bande (die WSG hatte bis zu 600 Mitglieder), zu der Frankfurter Bande um die VSDO, zur NS-Kampf-Gruppe Müller in Mainz und - durch frühere gemeinsame Lager und Trainingsfahrten - zur norddeutschen Szene um die ANS (Hansa-Bande), die erst kürzlich durch den Feme-Mord in Hamburg von sich reden machte.

Wer nun gedacht hätte, die Festnahme Hoffmanns würde der Auftakt für weitere Maßnahmen gegen Nazi-Terroristen und ihre Helfer sein, sieht sich bis heute getäuscht. Doch wo und woher sollte man sich über diesen „Sturm im Wasserglas“ nicht: Alles, was nun als „sensationaler“ Funde präsentiert wird, sind im wesentlichen alte Klamotten. Das wirft ein bezeichnendes Bild auf die Praxis der „Ermittlungen“ gegen Nazis.

Entsprechendes Willen vorausgesetzt, hätte der sich um Hoffmann gruppierende Teil der Terror-Szene schon längst unschädlich gemacht werden können. Und dazu hätte es nicht einmal das Geständnis eines Otfried Hepp bedurft.

Vielmehr scheint alles darauf hinauszuweisen, daß die zuständigen Stellen das überraschende Absterben der drei Nazis Hepp, Marx und Hamberger dazu nutzen, erneut der staunenden Öffentlichkeit „antifaschistischen Erfolg“ vorzuführen, und gleichzeitig weiter darauf zu verzichten, effektive Schritte gegen die Nazi-Szene zu unternehmen, die vor allem auch in Nachahmung des Hoffmann-Modells vielerorts entstanden ist.

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

Hoffmann bei »den Palästinensern«?

Anmerkungen zu Neonazis und ihren arabischen Freunden

Maßnahmen über „palästinensische“ Kontakte zur braunen Szene der BRD sind so vielfältig wie unbestimmt. Während bei CDU/CSU und Springer (auf der Spur immer neuer KGB-Umtriebe) die Variante besonders beliebt ist, hinter den westdeutschen Neonazis stecke Libyen (zuletzt wieder „Bild am Sonntag“, 28.6.81: „Die rechtsextreme Wehrsportgruppe Hoffmann“ sollte für Libyens Staatschef Ghaddafi amerikanische Atomsprenkkräfte klauen“), werden sonst zur unbestimmt „die Palästinenser“ oder „die PLO“ als Ausbilder, Financiers usw. genannt.

Dabei sind die Beweise mehr als dürftig. Da werden dubiose Geheimdienstler zitiert (im Ghaddafi-Fall der „BamS“, zwei ehemalige Mitarbeiter des „CIA“ neben bundesdeutschem Verfassungsschutz plus „befreundeter Dienste“), da wird in gleichem Atemzug von „den Palästinensern“ und „dem Libanon“ gesprochen (und die faschistische Falange - „die Christen“ - gleich mit zu „den Palästinensern“ gezählt), da wird mit Generalisierungen operiert wie „die arabische Krisenzone“ sei halt allemal „ein heißes Pflaster“ („Spiegel“ 27/81) - soll heißen: „denen“ (vor allem „den Palästinensern“) sei eben alles zuzutrauen, warum dann nicht auch Zusammenarbeit mit Neonazis? Die konkrete Verflechtung von westdeutschen Neonazis mit sympathisierenden arabischen Kräften wird auf diese Weise eher verneint. Die fortwährende Behauptung der Kooperation etwa der PLO - oder Teile von ihr - mit rechts-extremen Waffenhändlern, Nazi-Aktivisten etc., - ist eine zweite Frage, die nach dem Münchner Bombenanschlag und in der Presse lancierten Meldungen über das Training von Hoffmann-Leuten bei der PLO von der PLO eindeutig dementiert wurde. Neue Angaben, etwa daß die PLO/Al Fatah Geschäftskontakte (Waffenhandel) zu dem Rechtswidriger Udo Albrecht unterhalten habe (laut „Spiegel“ 27/81), werden zu klären sein.

Die braune Spur der Beziehungen zwischen (west)deutschen Faschisten und arabischen Rechtsextremen läßt sich jedenfalls deutlich zurückverfolgen und steht außer jedem Zweifel.

Nach 1945. Nazi-„Kolonie“ in Ägypten

Bereits die seit 1945 auf der Flucht befindlichen Nazis fanden arabische Freunde, eine zentrale Figur war dabei der seit 1946 in Kairo ansässige Husni Amin al Husni, Großmufti von Jerusalem und symbolisches Oberhaupt „aller Palästinenser“. Vor 1945 war er zuerst in Berlin, später in Frankreich als Nazi-Propagandist tätig.

Kairo entwickelte sich zunehmend als Nahost-Refugium für allerlei Nazi-Flüchtlinge. Diese Szene entwickelte sich schon unter König Faruk, entfachte sich voll aber erst unter seinem durch Putsch 1953 an die Macht gekommenen Nachfolger, Gamal Abdel Nasser. An diesem Putsch waren rechtsextreme Organisationen wie die „Moslem-Bruderschaft“ und die aggressiv-antijüdische „Miz al-Fatah“

bzw. „Islamische Nationalpartei“ (später „Sozialistische Partei“) des Ahmed Husein beteiligt, angeblich unter Mitwirkung von deutschen „Beratern“. Unter Nasser rückten ehemalige Nazi-Wehrmacht-Offiziere, SSler und Gestapo-kader scharfweise in die Expertenstäbe der ägyptischen Polizei, Armee und des Propagandaapparates ein.

Vielleicht der prominenteste Fall war der des Professors Johann von Leers, der bis zu seinem Tod Anfang der 60er Jahre Nassers Berater für anti-jüdische Propaganda war. Leers war zuvor engster Mitarbeiter von Goebbels gewesen und setzte seine antilemische Hetze unter ägyptischen Bedingungen ungeändert fort, u.a. stammt aus seinem Mitarbeiterstab die arabische Ausgabe von „Mein Kampf“. Zu dieser Zeit gehör-

Fortsetzung nächste Seite



Was ist passiert?

Am 15. Juni meldeten sich die Neonazis Otfried Hepp, Peter Hamberger und Hans-Peter Frass bei der Beiruter BRD-Botschaft, erklärten ihre Bereitschaft, über die Umtriebe Hoffmanns auszufragen, und ließen sich von dort aus per Flugzeug nach Frankfurt/Main bringen. Hoffmann, der offenbar davon erfahren hatte, wurde am 17. Juni in Frankfurt auf dem Flughafen verhaftet, als er versuchte, von dort in den Libanon zu gelangen. Wenige Tage später wurde auch Hoffmanns „Lebensgefährtin“ Franziska Birkmann, Besitzerin des Banden-Stützpunktes Schloß Eymreuth, verhaftet.

Zumindest Hoffmann wird beschuldigt, nach Auflösung seiner „Wehrsportgruppe“ (WSG) erneut eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Als Gründungsdatum wird etwa Mai 1980 gehandelt.

Durchsuchungen des Schlosses Eymreuth förderten in den nächsten Tagen Erstaunliches zutage: 3 kg TNT (Tri-Nitro-Toluol, ein hochbrisanter Sprengstoff), jede Menge gefälschter US-Dollar-Noten sowie fotografisches Gerät, das durchaus als Teil einer Geldfälscher-Werkstatt hat dienen können. Was darüberhinaus in diversen, von Hepp angegebenen Höhlen in der Umgebung des Tagelagers gefördert wurde, ist bisher nach unseren Informationen von der Polizei

mann gefunden worden war, und wo nach neuesten Informationen die tödlichen Kugeln aus ehemals zugeschweißten Maschinenpistolen abgefeuert wurden, wie sie auch bei Hoffmann („unbrauchbar gemacht“) gefunden worden waren.

Es spricht für Hoffmanns Einschätzung der Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, daß er trotz dieser in jüngster Zeit bekanntgewordenen Fakten völlig unbesorgt seine kriminellen Geschäfte offenbar vom eigenen Schreibtisch aus führte und auf große Tarnung keinen Wert legte. Und es spricht gegen dieselben Behörden, wenn sie erst aufgrund des „Geständnisses“ eines Nazis, der offenbar die dauernde Existenz im Untergrund und an der Front für bedrohlicher angesehen hat als das Verstecken einer Gefängnisstrafe in der BRD (zudem als Kronzeuge mit Strafmitdierung ??), sich gezwungen sehen, einzumarschieren.

Der Libanon - Operationsbasis der Nazi-Terroristen

Geradeso genäht wird in der einschlägig interessierten Presse die Story breitgetrieben, Hoffmanns Anhänger hätten sich im Libanon mal bei den dortigen Faschisten, mal bei der PLO (Al Fatah oder obskuren Gruppen) in Lagern ausbilden lassen. „Bild am



WSG-Anhänger Meinka und Behle bei der Falange im Libanon. Rechts ein libanesischer Faschist.

Fort. von d. letzten S

te die Nazi-Parole von der „6-Millionen-Lüge“ zur offiziellen ägyptischen Regierungseinstellung. (Minister Sulikar Sabry im ägyptischen Parlament: „Die Nazis haben niemals 6 Millionen Juden vernichtet, noch nicht einmal eine Million. Hitler gestattete Juden, bei Zahlung einer bestimmten Summe, auszuwandern. Was die ämeren Juden betrifft, schickte er sie in Lager, um mit den zionistischen Führern verhandeln zu können und die Finanzen und Materialien zu bekommen, die er für die Fortführung des Krieges benötigte.“ „Le Monde“, 5.5.62).

Ebenfalls unter Nasser wurde die „deutsche Kolonie“ um ehemalige führende Nazi-Richtungsfiguren bereichert, die – so Eugen Sänger, Wolfgang Pilz usw. – ägyptische Raketen und – so Messerschmitt usw. – ägyptische Kampfflugzeuge bauten. (Aus der Sänger/Pilz-Mannschaft ist mittlerweile die Raketenfirma OTRAG hervorgegangen.)

Übrigens: Nassers Nachfolger, der heutige Präsident Sadat, war in jungen Jahren Mitglied der pro-nazistischen Partei des erwähnten Ahmed Hussein.

„Deutsch-arabische Freundschaft“ und ...

Ägypten als Angriffspunkt der alten Kolonialmächte (England/Frankreich; Suezkrieg) und als eine der unmittelbar mit Israel konfrontierten Länder (Gaza-Streifen usw.) war zu der Zeit tonangebend, wenn es um „arabische Interessen“ ging. Diese nach außen zu vertreten, war im übrigen Aufgabe der Arabischen Liga, in der Ägypten ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte. Die ersten Aktivitäten der sich aufbauenden Nazi-Szene in der BRD nach 1945 wußten deshalb genau, an wen sie sich bei ihren Bemühungen um die „deutsch-arabische Freundschaft“ zu wenden hatten. Als Egon-Arthur Schmidt, Ex-Goebbels-Mitarbeiter, 1952 eines der ersten einschlägigen Treffen – mit dem Ziel, eine „Deutsch-Arabisches Liga“ zu gründen – veranstaltete, waren Repräsentanten der Arabischen Liga sowie der Konsulate Ägyptens und Syriens zur Stelle.

1953 wurde tatsächlich eine „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“ gegründet, deren Vorsitz Ex-Luftwaffen-General Theo Osterkamp übernahm. Ähnliche Anlässe wurden von Anhängern der Otto-Strasser-Richtung („Deutscher Sozialismus“) gemacht; so wurde 1956 eine „Deutsch-Arabisches Gesellschaft“ in Weinheim aus der Taufe gehoben (zweiter Vorsitzender: der in verschiedenen rechtsextremen Organisationen heimische Ex-Strasser-Mann Otto-Karl Düpew), die sich besonders durch anti-jüdische, gegen deutsche Wiedergutmachungsleistungen an Israel gerichtete Propaganda mit ausgeprägtem „nordischem Weltbild“ hervor tat.

Von Düpew DAG gingen Bestrebungen aus, die damals zahlreich sprühenden Arabien-Sympathisanten im rechten Lager zu vereinigen. Zu ihrem Vereinigungs-Kongreß 1957 waren nicht weniger als 25 solcher Gruppen eingeladen (Es erschienen allerdings weniger). Die ägyptische Botschaft und das Sekretariat der Arabischen Studenten schickten Beobachter. Die Arabische Liga wahrte gegenüber der braunen Szene offiziell Distanz. Allerdings sah sich der Chefpräsident der Liga in der BRD, Hassan A. Fakousa, nicht gehindert, auch mal bei einem rechtsextremen Zirkel wie Karl Heinz Priesters „Europäischer Sozial-Bewegung“ einen Vortrag zu halten.

... NSDAP-Propaganda

Diese Anfangszeit des „deutsch-ara-

bischen“ Rechtsextremismus führt unmittelbar in die heutige militante Neonazi-Szene. Die Weinheimer „Deutsch Arabische Gemeinschaft“ löste sich – nachdem die Vereinigung gescheitert war – 1958 zugunsten der gleichnamigen Gesellschaft in Westberlin auf. Dort hatte sich schon eine Zeit lang ein ehemaliger HJ-Funktionär betätigt, der sich im übrigen in einer ganzen Reihe rechter Parteien und Gruppen umhau, bis er in Heidelberg, später in Frankfurt, seinen eigenen Zirkel aufbaute. Er war Schönborn. Seine Übersiedlung von Westberlin nach Heidelberg erfolgte im Herbst 1956 die Gründung einer eigenen „Deutsch-Arabischen Gemeinschaft“. Diese existiert bis heute als einer der zahlreichen Vereine unter Schönborns Leitung, eingebettet in seine „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“. Schönborn gehört mit Nazi-Anwalt Roeder („Deutsche Bürgerinitiative“, „Deutsche Aktionsgruppen“) und Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge“) zu den propagandistischen Zirkeln der neuen NSDAP-Umtriebe seit den 70er Jahren, einschließlich solcher Terrorbanden wie ANS (Hansa-Bande), NS-Kampfgruppen etc. Noch mit einem seiner jüngsten Unternehmen, dem Blättchen „Grüne Korrespondenz“, hat Schönborn sein arabisches Faible wieder aufgefrischt – grün ist bei ihm sowohl Umwelt-schutz-Signal für die „grüne, arabische Revolution“, weshalb als Mitarbeiter auch ein „Palästinenser“ aufgeführt wird.

Braune Spur seit Jahren

Die militante Nazi-Szene der BRD muß sich angesichts solcher langjährig Bemühungen nicht überanstrengen, um Kontakte zu Helfershelfern in arabischen Ländern zu finden. „Es wundert, deshalb auch nicht so sehr, daß sich als Rechtsanwalt für die Attentäter des „Schwarzen September“ (bei der Münchner Olympiade 1972) ein ausgesprochen der rechtsextremen Szene angehöriger Mann wie RA Schöttler, Recklinghausen, zur Verfügung stellte, der ansonsten vor allem durch seine juristischen Aktionen zugunsten Usta-scha-verdächtigter kroatischer Terroristen bekannt ist (Weshalb die „Schwarze September“-Gruppe gerade diesem Anwalt nahm, läßt sich freilich nicht ohne weiteres sagen). – Auch daß der Nazi-Propagandist Roeder auf seiner Flucht vor dem BRD-Knast sein Heil, d.h. propagandistische und materielle Unterstützung nicht nur im Iran Khomelayi, sondern auch im Libanon gesucht hat (wohin er, von England kommend, via Schweden flog), bedarf keiner langen Erklärung. – Die Waffen- und Soldaten-Umtriebe der Hoffmann-Truppe im Libanon (genau wie die Umtriebe anderer Nazis, so das beim BfJ gern gesehene Udo Albrecht – „Hilfskorps Afrika“ –, so der Nazi-Aktivisten G. Pohl, E. Weill usw.), die 1975 auf dem Weg in den Libanon festgehalten wurden) bewegen sich erklärtermaßen in seit langen Jahren eingefahrenen Gleisen.

Statt das undankbare Geschäft zu betreiben, heraus einen erneuten „Beweis“ für den Zusammenhang „rechten und linken Terrors“ zu fabrizieren, wäre es erforderlich, diesen Strang internationaler brauner Kontakte vollständig aufzudecken. Zukünftig der bundesdeutsche VS jedoch läßt dazu höchste Unlust verortbar (siehe „Spiegel“ 27/81) (Angaben zu den 50er/60er-Jahren nach Tauber, Beyond Eagle and Swastika, und del Boca/Giovana, Fascism Today).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: Nachschlag gegen Anti-NPD-Kundgebung vom 17.6.

Nicht zu faulen. Eine Woche nach der Anti-NPD-Kundgebung vom 17. Juni am Bismarckdenkmal in Hamburg, wo ca. 1500 Demonstrantinnen mit einer spontanen Besetzung der Denkmalsgegend und einem anschließenden Zug durch Hamburg die genehmigte Durchführung des „Deutschlandtreffens“ der NPD verhinderten, flatterte einem der Polizei bekannten Sprecher eine polizeiliche Vorladung ins Haus wegen „Verdacht des Vergehens gegen das Versammlungsgesetz.“ Konnte mensch das noch für einen verspäteten Aprilscherz eines überdurchschnittlich langamen Bürokraten der Abteilung FD 7 im Hamburger Polizeihochhaus halten, so wurde mensch eine Woche später eines besseren belehrt. Als nämlich einem weiteren der Polizei bekannten Sprecher der Kundgebung ein eben-

solches Schreiben ins Haus flatterte. Offenbar scheint die Polizei – des Herrn Pawelczyk es ernst zu meinen? – Wahrlich ein Paradebeispiel der Liberalität der Hamburger SPD! Angesichts des gerade beginnenden Kirchentages am 17. Juni ließ Pawelczyk die spontane Kundgebung am Denkmal, sowie den ebenso spontan beschlossenen Zug zur Moorweide von nur einem Peterwagen überaus zuvorkommend eskortieren. Nicht ein „böses Wort“ fiel seitens der Polizei, nicht ein Hinweis auf eine angebliche Strafbarkeit der Kundgebung und des anschließenden Zuges erfolgte. Eigentlich fehlte nur der bekannte Rote Teppich, um das Demonstrieren so richtig angenehm zu machen – bloß waren wohl alle verfügbaren Teppiche bereits für die Herren Schmidt und Apel, die Star-

redner des Kirchentages, reserviert. ... Nun aber – kaum ist das Interesse der Öffentlichkeit von Hamburg etwas abgeklungen, schlägt unter der liberalen Tünche das schmutzige Grau-Schwarz der Hamburger Sozialdemokraten wieder durch. Offenbar soll auch hierin dem bayerischen Modell folgend – der Spielraum für spontane Proteste durch nachträgliche Kriminalisierung eingeengt werden, so wie jetzt in München zwei Tage nach dem Münchner Attentat eine nicht angemeldete Kundgebung durchgeföhrt hatten.

Wir fordern die Hamburger Staatsanwaltschaft auf, die Ermittlungen gegen die beiden wälfürlich Beschuldigten fallenzulassen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wieder Knast für Schönborn



Schönborn, 17.6.1981

Seinen zweiten Knastaufenthalt innerhalb seiner Jahrzehnte währenden NS-Praxis schloß Erwin Schönborn vor ca. sechs Wochen – nach acht Monaten Haft in Döbberg – ab.

War dort seine Tätigkeit auf stille Arbeit, wie u.a. Briefverkehr mit dem ebenfalls einsitzenden Hansa-Banden Chef Kühnen – von dem er „viel gelernt“ haben will – beschränkt, ging er gleich nach seiner Entlassung wieder in Aktion.

So gründete er eine „Initiative“ für einen (zweifelslos faschistischen) Türkei, der laut Schönborn, zu Unrecht wegen Rauschgiftdelikten verfolgt würde; dem unter Nazi-Übergriffen leidenden Kollektiv-Buchladen stellte er unversorgen, aber auch unerkannt seinen Besuch ab und drückte sich am 17. Juni in Frankfurt am Rande der Kundgebung „Demokratie verpfichtet“ (s.AK 204) herum, wo er durch

demagogische, pseudo-„grüne“ Sprüche auffiel, dann aber abgezogen, als Antifaschisten auf ihn aufmerksam wurden.

Weitere Betätigung findet der Obernazi im fortbestehenden, brüchigen Nazi(buch)laden, wie auch in dem sich ins Umland ausdehnende Treiben seiner Zöglinge.

Ob Schönborn dem WSG-Chef Hoffmann am Tage von dessen Festnahme (17.6.) auf dem Frankfurter Flughafen verabschiedete, ist noch unbekannt; Hoffmann muß seine heussche Anhängerschaft jedenfalls „treuen Händen“ übergeben haben!

Nun, am 17., wurde Schönborn vom Frankfurter Landgericht wegen Beleidigung und übler Nachrede gegenüber der VVN, die als Nebenkläger auftrat, und Volksverhetzung sowie der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtstrafe von 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Endlich hob ein Gericht hervor, „daß er (Schönborn – Anm. AK) entscheidend zu einem geistigen Klima beitrug, in dem von seinen Ideen beeinflusste jüngere Gefolgsleute versuchten, ihre politischen Vorstellungen mit dem Mittel der Gewalt durchzusetzen“ (BNP, 2.7.81).

Das ist wirklich eine bedeutende Aussage, da Schönborn sich für die Öffentlichkeit verbal stets stark von Gewaltanwendung distanzierte, was ihm von den Behörden bislang tatsächlich abgenommen wurde, obwohl er sich in seinem Europawahlkampf 79 und Anfang 80 vor der Frankfurter Hauptwache inmitten von Gas-schießenden und Knüttelschwingen-

den Getreuen befand; vor und nachher hat sich diese Figur bewußt aus solchen Szenen herauszuhalten verstanden.

Da zudem immer noch der Antritt einer rechtskräftigen Strafe von sechs Monaten – die von einem Hamburger Gericht ausgesprochen wurde – ausreicht, dürfte der alte NS-Propagandist doch bald wieder aus der Führerschaft herausgezogen sein (wenn's mit „rechten“ Dingen zugeht ...).

Die Frankfurter Nazi-Bande, zur Hauptsache unter dem Dach der NSDAP/AO-Gliederung „VSB“ (Völkische Sozialistische Bewegung), deuten seit einiger Zeit ihr Treiben auf, Gießen, Wiesbaden, Taunus- und Weiteraufrufe aus. Zugleich sind Neonazi-Aktivisten in verstärkte Kontakte zu Schlägergruppen getreten, wie auch für den seit einem halben Jahr im Rhein-Main-Neckar-Raum agierenden US-amerikanischen Ku-Klux-Klan tätig geworden. Mit von der Partie sind die Anhänger Hoffmanns in dieser Gegend, was die Laberei von der angeblichen „Zerschlagung“ der Hoffmann-Bande nach den jüngsten libanesischen WSG-Geschichten klar widerlegt. Jedenfalls ergeben sich für die Banden(n) Führungsprobleme, die – wie einige Nachrichten besagen – Michael Kühnen durch seine Übersiedlung nach Frankfurt lösen sollte; Kühnen sollte demnach nach zweidrittel-Verbüßung seiner vier Haftjahre im kommenden Herbst entlassen werden, was aber mit seiner Verquickung in den Hansa-Femine-Mord nun doch fraglich erscheint.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

NSDAP-Aktivist Kraus in England verhaftet

NSDAP-Aktivist Kraus in England verhaftet

In England wurde im Juni der Münchner Neonazi Willibald Kraus verhaftet, der 1979 aus der BRD verschwunden war und gegen den seitdem Haftbefehl besteht.

Der 25jährige ehemalige Bundeswehr-Unteroffizier war lange Zeit Mitglied der „Völkischsozialistischen Bewegung Deutschland“ (angeblich ist Kraus dort wieder ausgetreten). 1978 flog in München eine NS-Gruppe auf, Anführer Kraus wurde wegen Hakenkreuzschmierereien u.ä. zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Seit seiner „Flucht“ aus der BRD war der Aufenthaltsort von Kraus jeweils bekannt: Die englischen Nazi-Organisationen „League of St. George“ und „British Movement“ hatten sich um Kraus gekümmert, er selbst arbeitete als Köhler in einem „Whimpy-Restaurant“ in Wales und besuchte u.a. das letztjährige Treffen anlässlich der „Jahresbedevant“ in Diksmuide (Belgien).

Riis Knudsen neuer internationaler Nazi-Chef

P.H. Riis-Knudsen, in Aarhus/Dänemark ansässiger Nazi, der seit Jahren internationale Kontakte knüpft und hierzuende besonders wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Gespann Roeder/Christophersen bekannt ist, ist neuer Chef der internationalen Nazi-Bande „World Union of National Socialists (WUNS)“.

Dieses bislang von den USA aus von Matt Koehl gesteuerte Organisation hat Abzweiger in 26 Ländern, bislang war Riis-Knudsen Europa-Chef der WUNS.

Die WUNS repräsentiert den klar hitleristisch-antisemitischen Sektor der US- und internationalen Nazi-Szene, sie verbreitet entsprechenden Schrifttum der „White Power“-Bewegung u.ä.

1979 verkündete Koehl einen Zweijahresplan, um die WUNS für

NSDAP-Aktivist Kraus in England verhaftet

NSDAP-Aktivist Kraus in England verhaftet



P.H. Riis-Knudsen

„die kommende Revolution“ in Form zu bringen. Im Juli 79 folgte der Aufruf zu einer Zweijahresperiode verstärkter Mitglieder-Rekrutierung. Zugleich sollten die ideologischen und propagandistischen Anstrengungen erhöht werden, die „positiven“ Aspekte des Nationalsozialismus sollten stärker propagiert werden.

Ende 1981 soll ein „Aktionsplan“ in Kraft treten, der bislang noch geheimgehalten wird. Klar ist immerhin: Wer sich um WUNS-Mitgliedschaft bewirbt, hat über seine militärische Ausbildung und seine Kenntnisse im Waffengebrauch Auskunft zu geben („searchlight“ 72/Juni 81).

»Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande« – 800 DM Geldstrafe

Weil sie vier Tage nach dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest vor dem Münchner Rathaus, in dem die offizielle Trauerfeier stattfand und das von einer Menschenmenge umlagert war, ein Transparent mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande“ getragen hatten, wurden ein Aral und ein Lehrer zu 800 DM Strafe verurteilt.

Das Gericht sprach diese Strafe aus, obwohl mit dem Transparent keinerlei „Störung“ verbunden gewesen sei und obwohl die

Anzeige

Anzeige



Zu bestellen über
Antifaschistischer Arbeitskreis Bielefeld
Herausgeber: Bunte Late Bielefeld – Rinfaktion –
v.J. S.d.P. Reinhard Krämer
Bielefeld, 1977
DM 4,00 (Post. 3,- DM + 0,30 Porto)

ganze Versammlung vor dem Rathaus als spontane Demonstration ausdrücklich vom Gericht anerkannt worden ist. Eine Strafe sei allein deshalb auszusprechen gewesen, weil der Anschlag innerhalb vier Tage zurückgelegt hätte und die beiden Angeklagten deshalb kein Recht auf eine „Kundgebung“ (das soll das Mitführen des Transparentes so wie das Hochhalten einer Plakette gewesen sein!) ohne Anmeldeung mehr gehabt hätten. Die Anwälte der Beiden haben Rechtsmittel gegen dies Urteil angekündigt.

Majdanek-Angeklagte fanden milde Richter

Fortf. von d. letzten S.

der Angeklagten Hackmann und Ellwanger führt das Urteil folgenden aus. Beide waren sich des verbrecherischen Inhalts des Tötungsbefehls bewußt. Aber ob Hackmann den Befehl auch „innerlich gutgeheißen“ habe, sei ihm nicht nachzuweisen. Auch wenn der SS-Unterscharführer Ellwanger ausgesagt habe, daß sein Vorgesetzter SS-Schutzhaftlagerführer Hackmann mit seiner Pistole die sowjetischen Gefangenen erschossen habe, dann sei immerhin auch eine nur „demonstrative Benutzung der Pistole“ durch Hackmann möglich, während ein anderer SS-Mann mit seiner MP tatsächlich geschossen habe. Außerdem sei „nicht mit Sicherheit festzustellen“, ob die Tötung der Kriegsgefangenen

„grausam“ war, da ihnen „über die Tötung hinaus kein Leid zugefügt“ worden sei. Ihre Tötung sei „auch nicht heimatlich gewesen, da die Russen „nicht arglos“ gewesen sein konnten und jederzeit mit einem solchen Schicksal rechnen mußten...“

Und dann unterstellte das Gericht noch die 200 ermordeten Häftlinge in 100, deren Tötung „grausam“, und 100, deren Tötung „nicht grausam“ gewesen sei, weil letztere schon halb tot gewesen seien, als Hackmann sie zur Exekution vorladen ließ. (nach „die tat“, 3.7.81). Der Zynismus dieser Justiz im Mantel formeller Korrektheit ist kaum zu überbieten. Eine solche Urteilsbegründung läßt für eine Revision nichts Gutes erahnen.

Antife-Kommision Hamburg

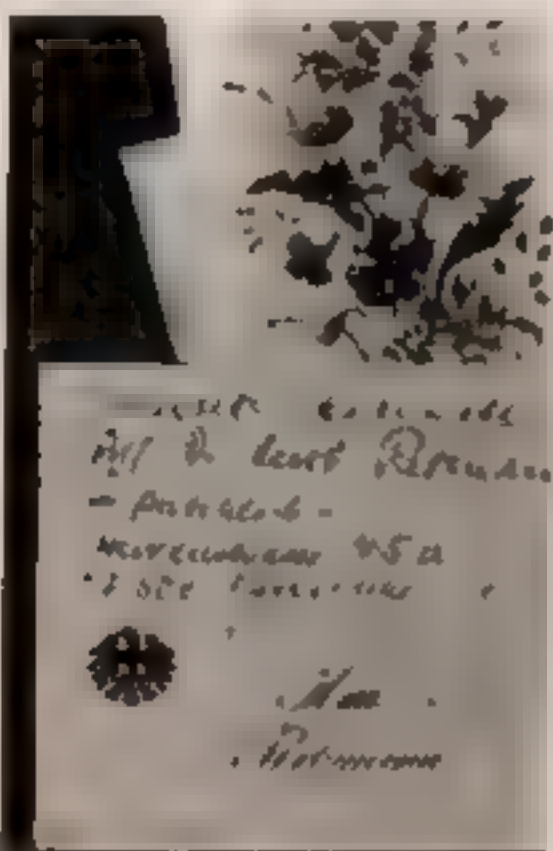
Bundesverdienstkreuz für „Stille Hilfe“ für NS-Angeklagte



Josefine Jürgens im Ordensglück

In anklauber Übereinstimmung mit dem skandalösen Urteil im Majdanek-Prozess wurde bekannt, daß die Betreuerin der Angeklagten, Frau Josefina Jürgens, wegen ihrer „perfekten und aufopfernden Bemühungen um Strafverfahren und Entlassung“ des Bundesverdienstkreuz verliehen worden ist (nach „Neue“, 13.6.81). Josefina Jürgens ist nicht irgendeine Betreuerin für Angeklagte — eine Betreuung der Zeugen, die oft genug im Zeugenstand wegen der unmenschlichen Peiniger zusammenbrachen, fand von offizieller Seite übrigens nicht statt — nein, diese Frau Jürgens hat einen großen Teil ihrer „selbstlosen und aufopfernden Bemühungen“ im Rahmen einer „Stillen Hilfe“ aufgewandt. Diese „Stille Hilfe“ ist ein Verein, der sich zur Aufgabe gemacht hat, alles daran zu setzen, daß Naziverbrecher möglichst überhaupt nicht vor Gericht gestellt werden, oder — wenn dies nicht möglich ist — ihnen bei der Beschaffung einschlägiger Anwälte zu helfen und — wenn alles nichts genutzt hat — ihre Haftverrechnung zu betreiben.

Zumindest früher war der Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenauer, Vorsitzender der „Stillen Hilfe e.V.“ A. war außerdem Verteidiger der Nazis in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Autor in der Nazi-Zeitschrift „Nation-Europa“ und ehemals Vorsitzender des „VDA — Verband für



Auch Rebmann gratulierte.

deutsche Kulturbewegungen im Ausland“, wo er bestens mit reichlich CDU/CSU-Prominenten zusammenarbeitete.

Ihren „Dank“ für diese Tätigkeit der Frau Jürgens sprachen im übrigen Bundespräsident Carstens und Generalbundesanwalt Rebmann aus.

KB/Gruppe Hamburg

»Bremer Krawalle«: Weißkittel als Hilfsorgane der Polizei - Weitergabe persönlicher Daten verletzter Demonstranten

Am 6. Mai 1980 demonstrierten in Bremen an die 15.000 Menschen gegen die öffentliche Verurteilung von 1.700 Rekruten im Weststadion. Provokiert durch die Militärchau kam es zu blutigen Auseinandersetzungen: Hunderte von Verletzten, Dutzende davon schwer, mußten medizinisch behandelt werden. Nach Angaben der Polizeigewerkschaft wurden auf der Gegenseite 252 Beamte als Verletzte gezählt.

An jenem Abend, nachdem die Stadionanlage geräumt war, nahmen die Polizeikräfte Rache: Auf breiter Front trieben sie Beteiligte wie Unbeteiligte zurück. Krankenwagen brauchten teilweise über eine halbe Stunde, ehe sie am Ort des Geschehens waren, von autonomen Sanis wurden Erste-Hilfe-Stützpunkte eingerichtet. Ihr Sanibus wurde beschlagnahmt und mit der Begründung, in ihm seien „Waffen“ transportiert worden, bis heute nicht wieder rausgerückt. Mehrere Verletzte mußten im Rot-Kreuz-Krankenhaus ambulant behandelt werden. Einige von ihnen stellten Strafantrag wegen Körperverletzung gegen unbekannte Polizisten.

Monate später erhielten die Vorladungen der Kripo, in denen sie gebeten wurden, „wegen der am 6.5. erlittenen Verletzungen im Polizeihaus vorzusprechen“. Diese Vorladungen hatten jedoch nichts mit ihrer Strafanzeige zu tun, vielmehr hatte die Polizei ihre Namen und Adressen „auf dem kleinen Dienstweg“ über das Rot-Kreuz-Krankenhaus erhalten. Bei diesen Terminen blieb unklar, ob die Vorgeladenen als Zeugen für ihre Anzeige oder als Beschuldigte vernommen werden sollten.

Zwei Bremer Anwälte erstatteten daraufhin Anzeige gegen die Verantwortlichen der Klinik wegen Verletzung der Schweigepflicht und des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein mit der bemerkenswerten Begründung, daß nach den Bremer Vorfällen „angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen radikaler Gruppen im Bundestagswahlkampf die aktuelle Gefahr erneuter schwerwiegender Rechtsgüterverletzungen bestehe, weshalb die Ärzte in rechtfertigendem Notstand gehandelt hätten, um zukünftige Straftaten durch die Ermittlung gewalttätiger Rädelführer zu verhindern“. Die zweite Einstellungsbegründung war, daß nach dem Bremer Vorfall „aufgenommene Patienten der Innenbehörde zu melden seien. Über die daraufhin erfolgte Beschwerde der Anwälte hat der Generalstaatsanwalt bislang noch nicht entschieden.

Gleichzeitig schaltete sich der Datenschutzbeauftragte des Landes Bremen ein. Er fand heraus, daß von der Rot-Kreuz-Klinik tatsächlich in mehreren Fällen Namen und Adressen sowie das zusätzliche Detail mitgeteilt worden war, daß die ambulanten Behandlungen im Zusammenhang mit den Krawallen am Weststadion erfolgten. In einer mehrseitigen Stellungnahme weist er darauf hin, daß das Meldesystem nicht für ambulante Patienten gilt und von einem „gegenwärtigen rechts-

widrigen Angriff“, der einen Notstand begründen könnte, lasse sich mehrere Monate nach dem 6. Mai kaum noch sprechen.

Er forderte den Gesundheitsminister auf, „geeignete Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle zu ergreifen“. An die Adresse der Mediziner gerichtet schreibt er: „Das deutsche Strafverfahren bündelt dem Arzt keine Denunzationspflicht auf. Vielmehr verleihen die Bestimmungen dem Arzt ein Recht zum Schweigen, aber kein Recht zum Reden.“

Der Datenbeauftragte trifft damit den empfindlichen Nerv einer häufigen Zuarbeit von Medizinern für Polizeiapparat und Justiz. In der für St. Pauli zuständigen Unfallambulanz des Hafenkrankenhauses beispielsweise ist es an der Tagesordnung, daß Polizeibeamte „auf dem kleinen Dienstweg“ direkt zur Einsicht in die Aufnahmeböcher schreiten und sich die Daten verleiht. Penner, Prostituierte, Kleinkrimineller u.a. Patienten besorgen. Vielerorts hat die Feuerwehr das Rettungstransport-Monopol und untersteht der gleichen Behörde wie die Polizei. Bei Demonstrationen bestehen in der Regel kollegiale Bande zwischen DRK und Einsatzleistungen.

Nur selten setzen sich Gesundheitsarbeiter/-innen diesem polizeilichen Ansinnen zur Wehr. Der Versuch der Schleswiger Staatsanwaltschaft, nach der 2. Brokdorfdemo im November 1976 die Daten verletzter Demonstranten vom Krankenhaus Wilster zu erhalten, scheiterte an der Zivilcourage des ärztlichen Leiters. Nach der Straßenschlacht am Westberliner Winterfeldplatz Anfang Juni '81 schwebte ein

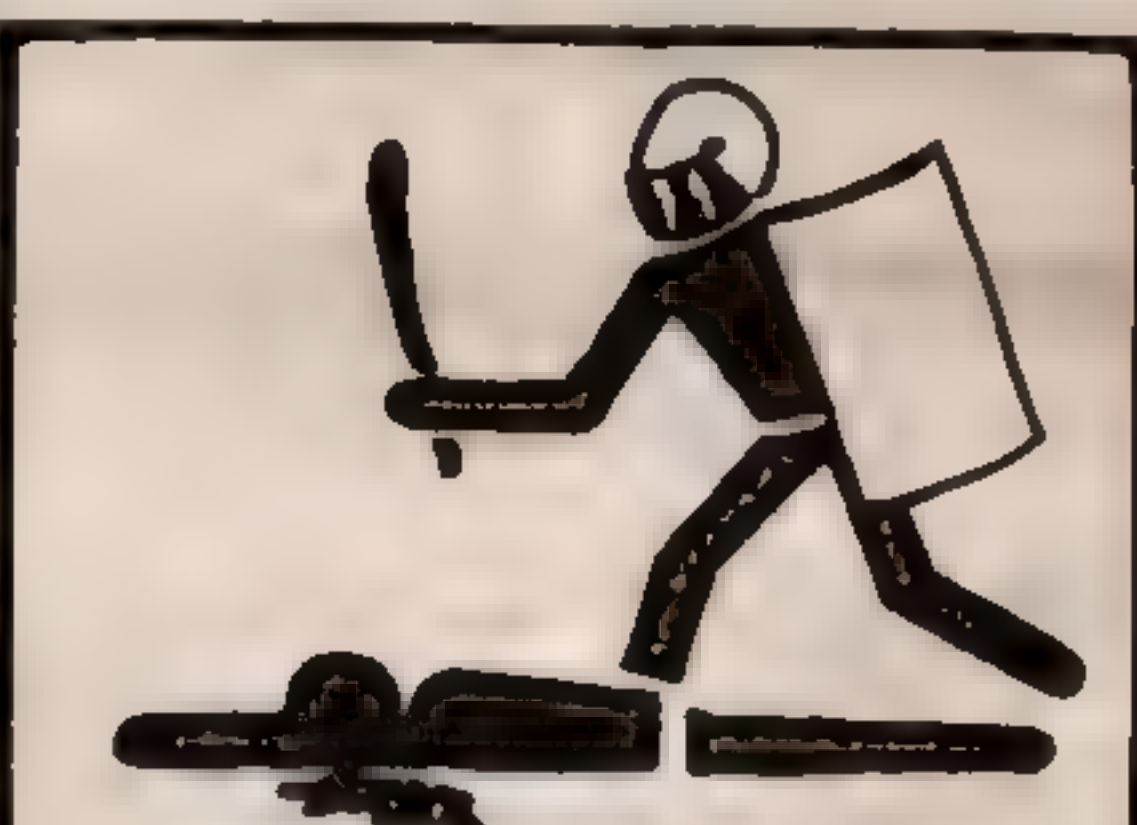
unbeteiligter Passant mehrere Tage wegen einer Hirnblutung nach Knippen eines in Lebensgefahr. Das Krankenhauspersonal verhinderte die sofortige Vernehmung durch die Kripo. Einen Monat zuvor setzten sich allerdings Polizeibeamte in Delmenhorst über den Widerstand der diensthabenden Pfleger hinweg und nahmen einen 22-jährigen Demonstranten vor seiner ärztlichen Behandlung vom Röntgentisch der Ambulanz weg fest.

Vor diesem Hintergrund ist die häufige Weitergabe verletzter Demonstranten verständlich, sich in Krankenhäusern behandeln zu lassen. Viele lassen sich trotz notwendiger Sofortmaßnahmen nicht einmal mehr von offiziellen Rettungswagen in Kliniken holen — die berechnete Befürchtung, zur Verletzung noch zusätzlich ein Strafverfahren angehängt zu bekommen, begünstigt Spätfolgen unbehandelter Gehirnerschütterungen und chronischer Augenerkrankungen nach Einsätzen chemischer Kampfstoffe.

Sanitätsergruppe Hamburg

P.S. Wird die Polizei ihre teuflischen Pläne fortsetzen können? Gelingt es der jungen Ärztin, den wild-schönen Demonstranten zu retten? Was besprach der Chefarzt mit dem Polizeipräsidenten beim „Doppelkopf“? Wir werden sehen... z.B. beim Gesundheitstag '81 in Hamburg. Von verschiedenen Sanigruppen sind Beiträge geplant, gesucht werden zur Information die derzeit entstehenden und bestehenden Sanigruppen. Kontakt: SG-Hamburg, c/o BUU, Bartelsstraße 26, 2 HH

Wir werden sehen... z.B. beim Gesundheitstag '81 in Hamburg. Von verschiedenen Sanigruppen sind Beiträge geplant, gesucht werden zur Information die derzeit entstehenden und bestehenden Sanigruppen. Kontakt: SG-Hamburg, c/o BUU, Bartelsstraße 26, 2 HH



POLIZEISPORTVEREIN

Polizeiladen in Hannover

Wir hatten uns zu früh gefreut. Der „Polizeiladen“ in Hannover, der Hannoveraner Bürger die Bullen näherbringen soll, wird nun doch weitergeführt.

Am 11.6. klagte die sozialdemokratische „Neue Presse“, daß der von Hannoveraner ehemaligen Polizeipräsidenten und Vorsitzenden des „Weissen Ring“, Kleine, gegründete und finanzierte „Polizeiladen“ geschlossen werden müsse, wenn sich kein neuer Geldgeber findet. Der „Weisse Ring“ hatte wohl eine Art Startkapital gebietet, möchte aber jetzt, daß die Polizei den Laden selbst weiterfinanziert. Diese Organisation nennt sich „Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e.V.“. Sein Vorsitzender Eduard Zimmermann (ZDF, Aktenzeichen XY-ungelöst) stellt ihn als eine Art Bürgerinitiative vor, die sich der Not unschuldiger Opfer von Verbrechen annimmt. Das belegen rührende Schilderungen von den Leiden Betroffenen und den Ängsten davor, die Rache von entlassenen Strafgefangenen

„Weil die Unzufriedenheit von Millionen Geschädigten sich allzu leicht gegen die gesamte innere Ordnung unserer Staatsrichtern kann...“ und „weil allzu viele Entschuldigungs- und Vermeidungskampagnen zugunsten der Rechtsbrecher den Respekt vor unseren Gesetzen aushöhlen.“, sieht sich der „Weisse Ring“ als eine „Institution, die sich um die Opfer kümmert und zugleich die Verbrechensverbreitung nachhaltig unterbindet, damit die Zahl der zukünftigen Opfer geringer wird“. Gegenüber wurde der Verein u.a. von Josef Aug. hannoverscher Rechtsanwalt, Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, den Polizeipräsidenten Klaus Hübner (Westberlin), Manfred Schreiber (München), Alfred Stämpfer (Baden-Württemberg), Walter Wallmann (CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt), einer Oberstaatsanwältin und weiteren Mitarbeiterinnen.

Obwohl die Zahl von über 7.000 Besuchern an 75 Öffnungstagen die höchsten Erwartungen der zwölf in den „Polizeiladen“ abgeordneten Bullen überstieg, machten Kleines Nachfol-

ger Walzer und auch das Innenministerium kein Geld locker. Sie befürchteten, daß durch dafür erforderliche Einsparungen an anderer Stelle die Sicherheit leiden würde. Jetzt hat sich die „Neue Presse“ den traurigen Verdienst erworben, mit ihr ein Weiterbestehen dieses Projektes gesorgt zu haben. Die Polizei hat vielleicht erkannt, daß sie damit eine willkommenen Gelegenheit bekommt, für Hintergrundmaterial für ihre Computer zu sorgen. Denn in diesem Laden erfährt der interessierte Bürger, was er alles zur „Vorbeugung“ tun kann, wie er „verdächtige Elemente“ erkennt, und vieles andere mehr. Die so bestens vorbereitete Bevölkerung ist der Polizei dann viel nützlicher und kooperativer. Denn zusätzlich zu Massenverhaftungen und erkennungsdienstlichen Behandlungen am laufenden Band braucht die Polizei nach wie vor die aktive Mitarbeit und Denunziation durch die Bevölkerung — der Kontaktabrischbeamt sieht doch noch nicht alles.

KB Hannover

Bremen:

Verfassungssch(m)utz enttarnt —
4 Wohngemeinschaften überfallen

Einige Tage hatten Bewohner der Graudenzerstr. in Bremen alles ruhig mitangesehen. „Getarnt als Hundewerker schleppten sie (Spitzel des VS) ... ihre Überwachungsgeräte ins Haus Graudenzerstr. 21“ (Erklärung vom 30.6.81). Von dort beobachteten die Spitzel „die gegenüberliegenden Häuser“ (ebd.). Dann wurde es mehreren Anliegern wohl zu bunt: sie drangen in die VS-Wohnung ein und schmissen Kameras, Telespektive und weiteres technisches Gerät aus dem Fenster, während andere Bewohner die bereits zitierte Erklärung in der Straße verteilten. Stunden später, gegen 22 Uhr, überfiel ein Großaufgebot der Bullizei vier Wohngemeinschaften in der Graudenzerstr. und riegelte alle umliegenden Straßen ab. In einer Seitenstraße wurde ein junger Mann festgenommen, da er „verdächtig“ sei. Er, zwei Männer und zwei Frauen aus den WG's wurden für zwei bis drei Stunden zur Kripo verschleppt.

„Das Pack soll mit den Kameras verschwinden!“ ...

... heißt es in der Bewohnererklärung. Allerdings schienen nicht alle Leute viel Vertrauen in diese Aufforderung zu haben: sie besuchten die zwei Spitzel in ihrer Wohnung. Diese waren nicht sehr erfreut und es kam zu einer kurzen und heftigen Auseinandersetzung. Dann flog der Spitzel-Gerät aus dem Fenster des 2. Stocks. Nach Aussagen der Bullizei soll dabei ein Sachschaden von rund 20.000 DM entstanden sein. Die Anlieger der Graudenzerstr. reagieren, aufgeklärt durch das Flugblatt, größtenteils positiv auf diese Selbsthilfeaktion.

Der Staat schlägt zu

Gegen 22 Uhr führen in der Graudenzerstr. und in allen anliegenden Straßen Mannschaftenwagen, Streifen- und zivile PKW der Bullizei auf. Dem unbefangenen Beobachter mußte es erscheinen, als würden hochgradig gefährliche Schwerverbrecher gesucht. Weit gefehlt! Zielstrebig stürmten die Polizeitruppen in vier Wohnungen von Linken in der Graudenzerstr. in rötlichroten in vier Wohnungen von Linken in der Graudenzerstr. In drei Wohnungen wurde wild gehaust, ohne irgendwelche Erklärungen, ohne Durchsuchungsbefehl wurde herumgewühlt und Notizzettel etc. mitgenommen. Aus der anderen Wohnung wurden vier Leute festgenommen, während zwei dableiben konnten.

Zur gleichen Zeit wurde ein junger Mann in einer anliegenden Querstraße festgenommen und ebenfalls ohne Angabe von Gründen in einen Mannschaftswagen zu den anderen vier gebracht. Die fünf wurden zur Kripo verschleppt, wo ihnen zunächst alle persönliche Habe abgenommen wurde (sogar Schuhbänder (von wegen Aufhängen), und sie dann in Einzelzellen gesperrt wurden. Der junge Mann verlangte mehrmals eine Erklärung,

warum er so einfach von der Straße abgegriffen worden sei, wollte zu Hause anrufen, was ihm jedoch alles verweigert wurde. Nach und nach wurden die Festgenommenen zur „Erkennungsdienstlichen Behandlung“ geführt. Der junge Mann verlangte einen Anwalt, protestierte gegen die ED-Behandlung, wollte endlich die konkreten Vorwürfe genannt bekommen. Die Bullen verwiesen ihn auf eine zukünftige Vernehmung und darauf, „daß wir ja alle Daten wieder vernichten, wenn gegen sie nichts vorliegt“.

Ein Skandal war einmal mehr das Verhalten der Bullizei gegenüber den Rechtsanwälten. Nachdem vier RAs, zwei Männer, zwei Frauen, eingetroffen waren, wurden sie zunächst relativ freundlich behandelt und bis ins Geschloß der Kripo vorgelassen. Da gab man ihnen allerdings zu verstehen, daß sie sich noch einen Moment gedulden müßten und deshalb wieder runter in die Eingangshalle sollten. Die RAs fügten sich, aber es stellte sich heraus, daß die Kripo sie hatte loswerden wollen, denn als sie nach längerer Zeit wieder hoch wollten, wurden sie von den wachhabenden Schutzpolizisten dann gehindert. Als es den Frauen dann dennoch gelungen war, wieder nach oben zu entwickeln, brach ein erhebliches Durcheinander unter der Bullizei aus: Die Rechtsanwältinnen wurden hin- und hergeschubst und ein Bulle meinte, wenn sie Männer wären, würden sie was in die Presse bekommen. Dann wurden alle vier aus dem Gebäude rausgeschmissen.

Nur ein Anwalt wurde zu zweiten der Festgenommenen vorgelassen, was wegen des Verbots der Mehrfachvernehmung unüblich ist. Als der bereits erwähnte junge Mann gerade von der ED-Behandlung kam und den RA sah, verlangte er zweimal laut, diesen sofort sprechen zu dürfen. Als dies nicht gestattet wurde, protestierte RA Wassmann ausdrücklich dagegen, was jedoch nichts nützte. Ab halb sechs wurden die Festgenommenen nach und nach freigelassen, so daß gegen 1.30 Uhr alle auf freiem Fuß waren. Dem jungen Mann wurde

und gleich „Du und wir auf freiem Fuß waren. Dem jungen Mann wurde ...“ (nach „CILIP“, 8/81).

Gegen die anderen Festgenommenen werden die gleichen Vorwürfe erhoben. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit die Justiz es wagt, in diesem Falle ein Verfahren in Gang zu setzen, ginge sie doch das Risiko ein, daß dadurch mehr über die Arbeit der VS-Spitzel an die Öffentlichkeit dringen würde als dem Staatsapparat lieb ist.

KB/Gruppe Bremen

CS-Gas zur Bekämpfung der Massen geplant

Die Einführung von „Lähmungsgas“, „Breachgas“ (auch „CS“ genannt) als polizeitypische Waffe ist geplant. Entgegen den Einschränkungen des Dusseldorfer Innenministeriums weiß die „Frankfurter Rundschau“ vom 26.6. „von gut unterrichteter Seite“ zu berichten, daß das ortho-Chlorbenzylidenmalonitril (= CS, d. Verf.) schon im nächsten Jahr das bisher in Chemischen Keulen und Wasserwerfern verwendete Tränngas (= CN, d. Verf.) ablösen soll. Es steht zur noch ein Gutachten des Fraunhofer-Instituts für Toxikologie aus, um den für kriegsrechtliche Zwecke international geschützten Kampfstoff der Innenministerkonferenz (IMK) für den Polizeigebrauch zu empfehlen.

Bei seiner Amtseinführung als Polizeipräsident in Bielefeld machte der bisherige GdP-Vorsitzende Helmut Schürmacker ein Faß auf: Das „neue“, „polizeitypische Einsatzmittel“ sei gefunden. Das „Lähmungsgas“ (bisher bekannt als „Breachgas“ oder CS) habe eine „sensationsvolle“ Wirkung: eine halbstündige Lähmung, die aber keine gesundheitlichen Schäden bei den Opfern hervorrufe (Nachrichten vom 25.6. und „FR“, 26.6.).

So „neu“ ist diese „Geheimwaffe“ allerdings nicht. Seit März dieses Jahres ist CS als „Breachgas“ in der öffentlichen Diskussion. Als erster propagierte Bayerns Innenminister Tandler nach den Ereignissen von Nürnberg die Einführung von Gummigeschossen sowie von „Breachgas“ (nach „FR“, 13.3.). Wenige Tage später legte Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff noch einen Zahn zu: Zusätzlich forderte er panzerbrechende Waffen und Flugabwehraketen, um eine angebliche „Waffenlücke zwischen Polizei und Bundeswehr“ zu schließen. Sieht man davon ab, daß diese „Waffenlücke“ minimal ist, da die Ausrüstung des BfS an die Bundeswehr heranreicht, war diese Forderung wohl mehr ein durchschichtiges Manöver, um Gummigeschosse und „Breachgas“ als harmlose Forderungen erscheinen zu lassen.

Unter den Eindrücken dieser bombastischen Forderungen konnte sich die SPD, aber auch z.T. die Polizei-„gewerkschaft“ GdP als liberal profilieren. Hamburgs Innenminister Pawelczyk hielt der CDU/CSU entgegen: „Wir sind stärker als die Gewalttäter und wir brauchen keine neuen Waffen und keine neuen Geschosse“ („Hamb. Morgenpost“, 10.4.). Die bestehende Bewaffnung reiche aus. Wenige Tage später ließ sich Pawelczyk 328.000 DM für Hamburgs Polizei bewilligen, für „Schutzkleidung“, z.B. „Plexiglasschilde, Schlaggeschutzeinlagen für Knie, Schienbein und Unterleib“ („Hamb. Abendblatt“, 15.4.).

Dabei handelt es sich nicht um eine bessere Ausrüstung für Hamburgs Verkehrspolizisten, sondern um Nahkampfausrüstung! Mit dieser Ausrüstung (von ihrer Praxis der Hausräumung u.ä. einmal ganz abgesehen) hat die SPD gezeigt, daß es ihr — ebenso wie CDU/CSU — um die praktische Bekämpfung von Massenbewegungen geht. Offensichtlich zur der Zeitpunkt und der Ton der Bewaffnungsforderungen schienen ihr damals nicht op-

portun. Dazu Pawelczyk: „Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß Bayern gleich (Hervorhebung d. Verf.) nach der Brokdorf-Demonstration mit der Forderung kam, die Gummigeschosse einzusetzen“ („FR“, 25.3.). Schürmacker, damals noch Vorsitzender der GdP, meinte: „Die Polizei braucht keine Brechmittel“. Gleichzeitig begrüßte er, daß sich die Innenministerkonferenz (IMK) am 6. Mai mit der Ausstattung der Polizei befaßen wolle („HA“, 17.3.), wobei schon damals klar war, daß sich die IMK u.ä. genau mit diesen Waffen und speziell CS befassen würde.

Nachdem zwei Monate lang fast täglich das Für und Wider von CS, Gummigeschossen u.ä. für den Einsatz gegen Massen öffentlich erörtert worden war, fand am 6.5. die lang und breit öffentlich angekündigte Klausurtagung der IMK zu Fragen der Polizeibewaffnung statt. Einigen konnten sich die Innenminister darüber, daß die neuen „guten Erfolge“ der Wasserwerfer in Brokdorf, die ein größeres Fassungsvolumen haben, dazu angetan seien, diese neuen Modelle bald bei allen Polizeien einzuführen („HA“, 8.5.).

Außerdem setzte sich die IMK ein für:

- „Verbesserung der Haltbarkeit der Schutzschilde bei Niedrigtemperaturen“;
- „schwer entflammere Einsatzanzüge“;
- „Ausstattung mit Schlagstöcken in Langform mit Parierstange für Räumungs- und Schutzaufgaben“;
- „stählere Schutzhelme mit verlängerter Nacken- und Gesichtsschutz“;
- „Schutz der Einsatzkräfte gegen Hub- und Stoßverletzungen durch Schlagwaffen“ („Deutsche Polizei“, 6/81).

Weiter wurde bekannt, daß sich die Innenminister einig waren, daß eine „polizeitypische“ Waffe entwickelt werden müsse. Eine Entscheidung über die Gummigeschosse wurde vertagt. „Die Beratungen in der Ministerrunde haben gezeigt, daß eher der Einsatz von chemischen Reizstoffen in Betracht kommen könnte. Aber auch darüber gab es keine Entscheidung“ („HA“, 8.5.). Lang waren sie sich allerdings in der Beurteilung der Nachteile von CN. Bei niedrigen Temperaturen wirke es nicht und es seien — bei

„Oft-Demonstrierern“ — schon Fälle von Resistenz beobachtet worden („HA“, 8.5.). Die Entscheidung wurde angeblich vertagt bis Ende '81.

Insgesamt wurde die IMK in der Öffentlichkeit kommentiert wie bei der „HA“: „Ohne spektakuläre Beschlüsse blieb die Sonderitzung der Innenministerkonferenz“ („HA“, 8.5.) oder dem Westbörner „Tagespiegel“ (7.5.): „Sonderitzung ohne konkrete Beschlüsse“.

Man/frau sollte annehmen, daß bei einem so „miesem“ Ergebnis die Polizei nicht gerade erfreut ist. Aber das Gegenteil ist der Fall. Geradezu euphorisch wird diese IMK von der GdP gefeiert: „Nach jahrelangem Bemühen ist es ein besonders augenfälliger Erfolg für die Gewerkschaft der Polizei, daß die Innenministerkonferenz sich die GdP-Forderungen nach einer polizeitypischen Waffe, die die Lücke zwischen Schlagstock und Schußwaffengebrauch schließen soll, voll zu eigen gemacht hat“ („Deutsche Polizei“, 6/81). So konsequenzlos scheint die IMK am 6.5. also nicht gewesen zu sein!

Und jetzt kommt Schürmacker mit seiner „Entdeckung“, der „neuen“, „sensationsvollen“, polizeitypischen Waffe, dem „Lähmungsgas“, womit er wieder CS meint. Und der einzige Kommentar, den sich die SPD dazu abringen kann, ist: „Im Dusseldorfer Innenministerium zeigte man sich am Donnerstag nicht besonders glücklich (Hervorhebung AK) darüber, daß ausgerechnet der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Helmut Schürmacker, bei seiner Einführung als Bielefelder Polizeipräsident zum ersten Mal öffentlich 'CS' erwähnt und die Wirkung als 'sensationsvoll' bezeichnet hatte“ („DR“, 26.6.). Daß sich ansonsten kein Protest bei den etablierten Parteien gegen Schürmackers „Geheimwaffe“ regt, legt den Schluß nahe, daß Politiker aller Parteien in der IMK hinter der Forderung nach CS stehen.

Was es das, was die GdP mit ihrer Forderung meinte, daß „gesellschaftliche Konflikte nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden dürfen“ — daß sämtliche Parteien uneingeschränkt hinter diesen polizeistaatlichen Forderungen stehen?!

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

Anti-Hot-gun-Soldat mit Gasmasken und Gewehr zum CS-Granaten-Einsatz im Anschlag

Ein Kampfgas stellt sich vor

Als Kampfstoff „Weißkreuz“ im Ersten Weltkrieg bekannt geworden, ist die Herstellung von CS und Anwendung — ebenso wie die von CN — durch die Genfer Konvention geächtet. (Nach dem Völkerrecht ist der Einsatz von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensmitteln im Kriege geächtet.)

CS und CN sind keine „Gase“ im herkömmlichen Sinn, sondern Aerosole, das bedeutet, daß sie sich nicht so leicht verflüchtigen wie Gase. Ihre Konzentration ist schwer berechenbar, sie hängt davon ab, wieviel CS ein Opfer trifft/wird sich in seiner Kleidung verfangt. Es „verdunstet“ erst nach einer gewissen Zeit. Das dauert bei CS länger als bei CN.

Sowohl der Name „Breachgas“ wie „Lähmungsgas“ ist zutreffend: Dazu schreibt das „Lehrbuch der Militärchemie“: „Als Aerosol übt es eine starke Reizwirkung auf die Augen und die oberen Atmungsorgane aus. Innerhalb weniger Sekunden entsteht an den Augen eine schwere Bindehautentzündung... Bei stärkerer Vergiftung tritt

Angst auf, die die Gesamtsymptomatik verstärkt und den Betroffenen daran hindert, aus- oder einzuspringen“ (nach „CILIP“, 8/81).

Offiziell soll CS neben Reizung der Atemwege, Brennen auf der Haut und vorübergehenden Lähmungserscheinungen keine gesundheitlichen Schäden hervorrufen. Nach langjährigen Erfahrungen in Vietnam, wo 1.000 Tonnen CS eingesetzt wurden, bei Bürgerkriegen in Zypern 1961 und Nordirland, aber auch in Paris 1968 sowie bei Gefängnisrevolten in den USA sind andere Tatsachen bekannt geworden.

- Hornhautverletzungen, Geschwuldbildung, die oft noch nach langer Zeit Augenschädigungen hervorriefen;
- Hautentzündungen, Blasen- und Überempfindlichkeitsreaktionen, die nach wiederholtem Kontakt mit CS immer ausgeprägter werden;
- an der Lunge ist vor allem das Lungenödem gefährlich, das ohne sofortige Behandlung tödlich ist. Be-

sonders gefährdet sind Asthmatiker und Menschen mit chronischer Bronchitis.

- Bauchschmerzen, Erbrechen;
- Längere, leichtere Trübung des Bewußtseins, anhaltende Kopfschmerzen, Handlungs- und Bewegungsunfähigkeit;
- Todesfälle gab es besonders bei Gefängnisrevolten in den USA, wo die Häftlinge stundenlang in ihren Zellen dem „Gas“ ausgesetzt wurden.

Vor dem Vietnam-Tribunal konnten 689 Todesfälle durch CN- und CS-Gas belegt werden (nach „HA“, 29.6.). Untersuchungen mit CS in jüngerer Zeit lassen auf eine krebserregende Wirkung schließen.

Die bisherigen Erfahrungen mit CN, das u.ä. in der Chemischen Keule verschossen wird, haben gezeigt, daß die Polizei nicht bereit ist, die minimalsten „Sicherheitsbestimmungen“ einzuhalten (nicht direkt in die Augen spritzen, kein Einsatz in geschlossenen Räumen etc.). Die Einsatzfälle von CS in US-amerikanischen, Kräften zeigen dasselbe.

CS wurde Anfang der 50er Jahre in Großbritannien entwickelt als „Verbesserung“ zu CN, da bei häufigem Einsatz eine „Gewöhnung“ der Betroffenen vermutet wird. Seit Anfang der 70er Jahre wird auch in der BRD von der Polizei mit Aerosolen geforscht.

Einsatzwaffen für CS gibt es als Wurf- und Schußkörper für verschiedene Entfernungen. „Weitstanz-Patronen sind in der Praxis die meist angewendeten“, schreiben die polizeitechnischen Berater und Schießausbilder Höbner und Stammel in ihrer Zeitschrift „Internationaler Waffenspiegel“ (3/81).

Hier gibt es:

- a) Hinderntsbrechende Behälterprojekte, die auf Entfernung bis 150 Metern treffgenau Fensterzerlegen, Wagentüren und Bretterwände durchschlagen, sich splitterfrei zerlegen und die (flüssige) Reizstoffmasse zur Entfaltung bringen. Diese Patronen sind z.B. bei Hausbesetzungen von äußerst probier Wirksamkeit — selbst dann, wenn die Besetzer Gasmasken tragen, denn permanenten Schauern sol-

cher Geschosse sind selbst — auf Dauer — die besten Filter nicht gewachsen.

- b) Projektil mit Verzögerungszündung können ebenfalls aus Entfernungen von 50 bis 150 Metern (je nach Patronenart) ebenfalls über den Köpfen einer Menge splitterfrei zur Entladung gebracht werden.

- c) Projektil mit Aufprallzündung werden unmittelbar vor einer Menge gegen den Boden geschossen. Durch den Aufprall findet ebenfalls eine splitterfreie Entladung statt. Mit diesen Patronen sind regelmäßige Reizstoffwolkenwände vor einer Menge aufzufüllen, um sie wirksam am Vordringen zu hindern“ („Internationaler Waffenspiegel“, 3/81).

CS kann auch in Verbindung mit Nebelgeräten wie „Pepper Fog“ (erster Einsatz 1973 in Heidelberg mit einer CN-Lösung) im freien Gelände verbreitet werden. Durch einen Zusatz wird auch der CS-Einsatz mit Wasserwerfern möglich.

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei



„Hamburger Senat und Polizeiführung sind in letzter Zeit dazu übergegangen, 'auf den Mann' drohende scharfe Polizeihunde bei jeder sich bietenden Gelegenheit einzusetzen. Die Hunde tragen keine Maulkörbe und werden vor den Einsätzen aggressiv gemacht, so daß sie bereits beim Anblick kleinerer Menschenmengen 'durchdrehen', nach Pöbelen einfallen.

Angeblieh geschieht das zur Aufrechterhaltung von 'Sicherheit und Ordnung'; angeblich zur psychologischen Abschreckung von potentiellen Gewalttätern; angeblich, um einen massiven Einsatz weiterer Polizeikräfte zu sparen, da ein Hund 'zehn Beamte ersetzt'. Innenminister Frowczyk stellt sich in der Öffentlichkeit gern als liberaler Gegner einer Polizei-Aufrüstung und Einschränkung des Demonstrationsrechts dar, der den Dialog mit der kritischen Jugend und sonstigen Bevölkerung sucht. Hamburg sei nicht Nürnberg.

Tatsächlich sind die üblichen Hundeeinsätze eine äußerst befremdliche Art, diesen Dialog zu führen.“ (Aus dem Aufruf der Initiative „Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“)

In keiner anderen Stadt der BRD wird dieser „Dialog“ bisher so „bisig“ geführt wie in Hamburg.

Modell Hamburg

Modell Hamburg

Hier seien nur einige, bestimmt unvollständige, Beispiele für die Hundeeinsätze genannt, die mit schweren, z.T. massenhaften Verletzungen verbunden sind.

Am 29.9.80 wurde bei einem Polizeihundeeinsatz in der Hospitalstraße ein junger Mann in die Wade gebissen. Dieser Einsatz war auch der freiwilligen Räumung eines besetzten Hauses erfolgt, als noch viele Menschen vor dem Haus standen.

Nach der Demonstration am 2.2.81 gegen das AKW Brokdorf wurden abziehende Demonstranten sowie Passanten im Hauptbahnhof von Bahnpolizisten mit Hunden angegriffen. Dabei kam es zu mehreren Verletzungen.

Am 8. März wurde die Demonstration zum Frauentag von Polizisten mit Hunden „eskortiert“.

Am 13.3. wurden nach der genehmigten Demonstration gegen die Mas-

senverhaftungen von Nürnberg Hunde in die bereits aufgelöste Kundgebung gebettelt. 7 Menschen wurden gebissen, drei von ihnen mußten schwer verletzt ins Krankenhaus, wo sie 3 Wochenlang stationär behandelt werden mußten.

Am 27.3. beschlagnahmten 17 Polizisten mit zwei Hunden eine angeblich zu laute Stereoanlage in einer Stralhofer Wohnung. In der jungen Leute eine Feie gefeiert hatten. Eine Quittung gab es nicht. Ein Bewohner wurde von einem Polizeihund in den Oberschenkel gebissen. Als die jungen Leute auf der Wache eine Beschlagnahmebestätigung verlangten, wurden drei Polizeihunde auf sie gehetzt. Ein junger Mann mußte mit schweren Oberarm-Bißwunden ins Krankenhaus, ein zweiter trug Verletzungen an beiden Beinen.

Während der (genehmigten) Mieterdemonstration am 11.4. standen wie schon bei Demonstrationen üblich Polizisten mit Hunden am Straßenrand, diesmal sogar mit Hundeverstärkung aus Niedersachsen.

Am 9.5. bei einem Polizeieinsatz nach Beendigung einer Hausbesetzung in Hamburg-Eppendorf sprang ein Polizeihund, diesmal ein Rotweiler (das sind die Schlimmsten - Köllnerbiester), die Halterin, auf die Menschenmenge vor dem Haus zu, der Hundeführer schrie: „Geht da weg, ich kann den Hund nicht mehr halten!“, worauf alle durcheinander liefen (nach „lat“, 15.5.). Der Hund sprang auf einen zehnjährigen Jungen zu. Eine Frau, die sich dazwischen stellte, wurde umgeworfen und der Hund, der noch auf sie angehetzt wurde, verbiß sich mehrmals in ihren Oberarm.

Nach der Räumung eines Hauses in der Stresemannstraße am 30.5. wurden Hunde auf fliehende Besetzer gehetzt. Einige wurden gebissen und verletzt. Eine Frau wurde in die Hüfte gebissen und mußte ins Krankenhaus.

Während eines Polizeieinsatzes am 12.6. gegen die Besetzer des Jonkthaus, der Fachschule für Sozialpädagogik, erlitt ein Jugendlicher eine Bißwunde am Knie.

Das sind nur die bekanntesten Fälle. Die Dunkelziffer der Verletzten dürfte noch höher liegen.

In diesem Zusammenhang ist die

Initiative dringend angewiesen auf jede Meldung über Hundeeinsätze bzw. Verletzungen!

Für ein Verbot der Hundeeinsätze

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß solche Einsätze in Hamburg fast schon zum Alltag gehören und wohl in Zukunft auch jede genehmigte Demonstration oder Kundgebung begleiten sollen. Selbst die Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai wurde von klaffenden Hunden ohne Maulkorb fast in Tuchfühlung ständig provoziert.

Schon 1976 gab es allein in Hamburg 95 Polizeihunde. Zur Ausbildung dieser Hunde meinte ein leitender Beamter der Führerschule der Hamburger Polizei: „Der Polizeihund kann nur perfekt funktionieren, wenn wir ihn vom ersten Atemzug an fest unter Kontrolle haben. Alles Spielerische muß bei ihm von Anfang an gebrochen werden. Der ideale Diensthund hat zu arbeiten wie ein Computer. Man fittet ihn mit Befehlen. Und diese Befehle muß man jederzeit abrufen können.“ (nach Bertram „Kamerad Hase“, Darmstadt 1980).

Wir, das sind Mitglieder von Bürgerinitiativen, der Bunte Liste, von Ermittlungsausschüssen sowie einige Opfer von Polizeihunden haben uns Ermittlungsausschüssen sowie einige Opfer von Polizeihunden, haben uns zu der Initiative „Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“ zusammengeschlossen, um eine größere Öffentlichkeit gegen diese Art von Einsätzen herzustellen.

Wir betrachten die Hundeeinsätze als eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und als eine praktische Einschränkung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit Hamburger Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern:

- Sofortiger Stopp der Hundeeinsätze der Hamburger Polizei
- Sofortige Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit auf Hamburger Straßen!

SCHICKT UNS BITTE BERICHTE ÜBER HUNDEEINSÄTZE FÜR UNSERE DOKUMENTATION!

„Initiative Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“
c/o Harry Sakala/BUU-Laden,
Bertelsstr. 26, 2000 Hamburg 6



§ 129a

Ermittlungsverfahren ohne Ende?

Über 200 Menschen, die während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen Anfang 1981 ihren Protest gegen die Haftbedingungen oder die Nachrichtenensperre in den Medien zum Ausdruck gebracht haben, sind inzwischen mit dem Ermittlungsverfahren nach § 129a bedroht.

Völlig gleichgültig, ob man sich Transparente auf Demos getragen, Flugblätter mit den Forderungen der Hungerstreikenden verteilt, Parolen gesprüht hat oder meistens sogar nur haben soll, selbst Angehörige, die in tiefer Sorge um ihre Verwandten Protestaktionen gegen das Schweigen des Staates gemacht haben - alle werden angeklagt, für eine terroristische Gruppe geworben oder sie unterstützt zu haben.

Die hierin liegende Einschränkung der Meinungsfreiheit gilt es mit allen Mitteln öffentlich zu machen. Ein erster Versuch, eine Übersicht über das Ausmaß der Kriminalisierung zu geben, machten wir im AK 201. Nach den uns vorliegenden Presseartikeln wußten wir die Übersicht hier ergänzen. Kriminalisiert sind nicht nur diejenigen, die eingekerkert sind, sondern auch alle, bei denen „nur“ die Personalien überprüft worden sind. Gegen alle wird nach § 129a ermittelt.

Die ersten Terrorurteile

- Mittlerweile sind schon die ersten Urteile verhängt worden.
- Sabine Schmitz ist zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden.
- Sabine Schmitz ist zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, weil sie Flugblätter zum Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt hat. Sie war schon am 22.2.81 verhaftet worden;
- zwei Tage später, am 14.2.81, wurde Johannes Thunme verurteilt. Er ist wegen desselben „Deliktes“ zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden.
- Inge P. soll am 5.3.81 Parolen gesprüht haben, deshalb wurde sie jetzt zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt.
- Hans-Gerd Sch., der sie dabei „abgeschmitt“ haben soll, wurde zu 6 Monaten ohne Bewährung verknackt.
- Andreas B., der beim „abschirmen“ geholfen haben soll, soll 1200 DM Geldstrafe zahlen.

Haftbefehl außer Vollzug

- Nach unseren Kenntnissen gibt es z.Zt. gegen 14 Leute Haftbefehle, die „gegen Meldeauflagen“ außer Vollzug gesetzt worden sind.
- 10 Leute, die am 4.4.81 auf der Autobahn festgenommen worden sind, weil sie Autobahnschilder mit Parolen versehen haben sollen. Hier muß sogar der fünfackrige rote Stern als RAF-Symbol herhalten!
 - 3 Frauen, die am 16.4. nachts „allein“ (auweia!) auf der Straße und dann auch noch in der Nähe von gesprühten Parolen gesehen wurden, und von der Bullerei als Täterinnen festgenommen worden.

Im Knast

- Ein Ehepaar, daß auf die Rückseiten seiner Briefe an einen Gefangenen als Siegel das RAF-Zeichen benutzte, durfte das nur bis zum 1.4.81, da nämlich war das plötzlich verboten und gegen beide wurde ein Haftbefehl erlassen;
- Eckhard Sch., der in der Nähe eines brennenden SPD-Büros einen Fahrradunfall hatte, wurde vorläufig festgenommen, weil er „nach Benzins roch“! Er sitzt immer noch in Vierlande;
- Miriam G. und Jürgen D. sind am 22.4.81 beim Plakatieren für eine Hungerstreikdemo festgenommen worden und sitzen seitdem in H.

Vorläufig festgenommen und was dann?

- Festnahme- und Verhaftungsaktionen, oft in Verbindung mit Wohnungsdurchsuchungen, sind eine ganze Reihe bekannt. Kein Überblick besteht, was aus den vorläufigen Festnahmen im einzelnen geworden ist.
- so im am 17.2.81 in Kaiserslautern eine Verhaftungsaktion gelaufen, die sich offensichtlich speziell gegen die drei Verhafteten bolde B., Dietrich F. und Susanne F. richtete. In deren Verlauf sind dann gleich 19 Wohnungen durchsucht und weitere acht Leute festgenommen worden.

die personalüberprüft und ED-behandelt wurden.

in Westberlin wurden nach „tar“ vom 14.4.81 bei einer Demo zum Hungerstreik 18 Menschen vorläufig festgenommen, von denen 7 dem Haftrichter vorgeführt worden sind. Weitere Informationen darüber fehlen in der Presse!

- nach „FR“ vom 18.4.81 hat es bei einer spontanen Demonstration in Frankfurt 3 vorläufige Festnahmen gegeben;

- 46 vorläufige Festnahmen nach „HA“ 37.4.81 und 34 nach „FR“ 27.4.81 gab es bei einer Demo in Frankfurt

mindestens 5 Menschen sind am 6.5.81 in Karlsruhe verhaftet worden, sie sollen mit Transparenten, Plakaten und Flugblättern für die Hungerstreikenden geworben haben, in München hat die Bullerei zehn Leute vorläufig festgenommen, weil sie verhindern wollten, daß der Redebetrieb zum Hungerstreik gestört wird.

Selbst den Angehörigen wird das Recht genommen zu sprechen

Absolut unmoralisch ist die Behandlung der Angehörigen der Hungerstreikenden. So wurde in der Presse zwar immer davon geredet, daß sie „Elternbonus“ (was auch immer das bedeutet) haben, de facto wird auch gegen sie ermittelt nach § 129a!

in Hamburg hatten etwa 18 Angehörige die Spiegelkantine besetzt, um die Nachrichtenensperre in den bürgerlichen Medien zu durchbrechen. Nach Strafanzeige durch den Spiegel wurde die Kantine von den Bullen gestürmt und die Leute alle mitgenommen und überprüft.

- in Bonn hatten sich mindestens 9 Angehörige an einen LKW gekettet, weil sie endlich Stellungnahmen von den zuständigen Behörden zu den Forderungen ihrer Kinder und Geschwister haben wollten. Auch hier kam stattdessen die Bullerei, knackte die Ketten und nahm die Menschen mit.

Kriminalisiert wurde alles

Festnahmen von Menschen, die Plakate geklebt, Flugblätter verteilt oder Transparente aufgehängt haben, gab es:

- Frankfurt am 8.3., mindestens 3,
- Heidelberg am 11.4.81, mindestens 2,
- Berlin am 18.4., mindestens 2.

Außerdem wurde offensichtlich jede sich bietende Gelegenheit zur Personalüberprüfung genutzt.

- nach „tar“ 30.3. sind in Frankfurt mindestens 18 Personen überprüfst worden, weil sie in einer antisozialistischen Ausstellung auf den Hungerstreik aufmerksam machten.

- mindestens 28 Personen fielen einer Überprüfung zum Opfer, weil sie Transparente zum Hungerstreik in Bäume gehängt haben sollen. („FR“ 31.3.81)

gegen eine unbekannte Zahl von Personen wird ermittelt, weil sie im Frankfurter Schauspielhaus mit einer Besetzung auf den Hungerstreik aufmerksam machen wollten.

- es soll ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sein, gegen die



Besitzer des SPD-Büros im Febr 81 in Westberlin.

Auch die Anwälte dürfen

Gleich zu Anfang, zur richtigen Einstimmung für alle beteiligten Anwälte wurden die Wohnungen der RA's Rainer Koch und Rainer Frommann in Frankfurt und Westberlin durchsucht. Vorwurf: illegales Nachrichtensystem.

Außer gegen Personen ist auch gegen Zeitungen vorgegangen worden. Allerdings erst wesentlich später. Es blieb also eine Beschlagnahme der Zeitungen aus, die die Hungerstreik-erklärung der Politischen Gefangenen

nachgedruckt haben. Bekannt sind:

- Ermittlungen gegen die Radikal
- gegen den AStA Marburg
- gegen ein Baselfelder Frauenflugblatt
- gegen den Arbeiterkampf
- gegen ein Göttinger Flugblatt

Die Ermittlungen gegen den Arbeiterkampf haben eine neue Variante gebracht: so wird nicht der Nachdruck als solcher inkriminiert bzw. dessen Dokumentation, sondern die Staatsanwaltschaft läßt anfragen, ob sich der presserechtlich Verantwortliche von dieser Textdokumentation distanzieren oder nicht. Offensichtlich soll das Strafmaß vom Grad der Distanzierung abhängig gemacht werden.

Unsere Auflistung ist mit Sicherheit unvollständig, wir haben uns bemüht, aus den uns vorliegenden

Presseartikeln eine Übersicht über das Maß der Kriminalisierung, die mit dem letzten Hungerstreik einherging, zu schaffen. Wir wollen diese Arbeit weiter konkretisieren, um einerseits alle, die ein Ermittlungsverfahren haben, mit Fakten unterstützen zu können und andererseits, um gegen das Ausmaß der Kriminalisierung Empörung zu schaffen. Wir müssen alles tun, um diesen Paragraphen abzuschaffen!

Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren nach § 129a und § 129! Sofortige Freilassung der Menschen, die mit der Begründung in Haft sind! Abschaffung des Paragraphen 129 und § 129a!

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) / Hamburg

RA Ströbele:

Der § 129a ist verfassungswidrig!

Am 29.6.81 fand in Bochum mit rund 600 Leuten eine Podiumsdiskussion zum Thema § 129a unter dem Motto „und wir alle eine terroristische Vereinigung“ statt. Berühmte Veranstalter/innen waren ANFA, Autonome Frauenreferat, Baumgruppen, Politischer Buchladen, die Grünen, die ESK, Amnesty international, Centro Latino-americano. Eingestimmt wurde vom 'wahren Anton' aus Köln, der zeigte, wie man/frau trotz alledem lachen kann.

Prof. Knut Ibsen, Rektor und Juraprof. der Ruhruni-Bochum, Hr. Herzberg, Prof. für Strafrecht - Bochum. Eingeladene Rechte hatten abgesagt. Christian Ströbele stellte sein § 129a Verfahren dar auf Büten des Gerichtes überreichte er - während des Prozesses gegen Ulrike Meinhof (1974) - ihre Prozeßklärung 6 Jahre später wurde daraus die Anklage gedreht, er hätte Ulrikes Erklärung an die Presse weitergeleitet. Und er erfährt Prozeßklärungen

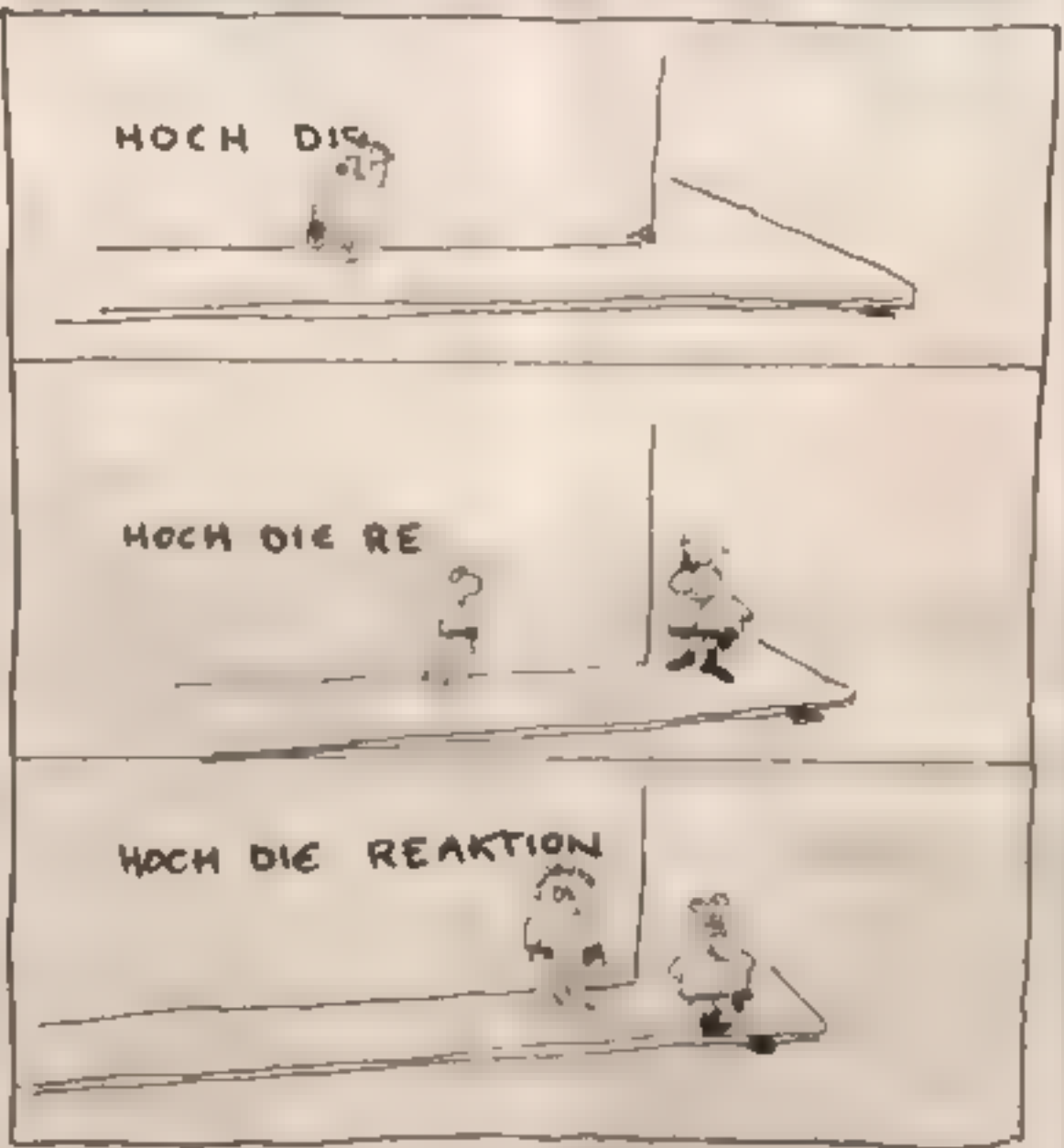
aber die Bedrohung würde immer deutlicher! Er meinte, der § 129a sei verfassungswidrig, da nach unsem Grundgesetz Paragraphen nicht so weit auslegbar und dehnbar sein dürfen.

Dagegen gab sich Otto Schily ganz liberal: er führte aus, daß eine Vorverlagerung des Staatsschutzes im Strafrecht stattfände, und eine soziale Kontrolle - in die Zukunft gerichtet - verhängt würde. Das Strafrecht würde von der Tat bis zum Wort und vielleicht den Gedanken ausgeweitet. Er stellte die These auf, beim § 129a würde schon Meinungsäußerung zu einem Delikt, verdeutlichte das an folgendem Beispiel: ein Prozeß findet statt, jemand berichtet und kritisiert die Isohaft, die im Prozeß zur Sprache kam. Schon das kann heute mit Haft bestraft werden! Das sei ganz klar ein Delikt der Meinungsäußerung! Demnach relativ kurzes Statement folgte eine lange Distanzierung: „Selbst wenn ein sinnvoller Zweck beabsichtigt wäre, würde man (mit dem § 129a) nur das Gegenteil erreichen“. Die bewaffnete Gewalt sei kein Mittel zur politischen Veränderung. Er beklagte sich, den Anwälten würde, wegen der politischen Erklärungen der Gefangenen, eine humanitäre Verteidigung äußerst schwer gemacht. Er bat, seine Äußerungen mögen nicht mißinterpretiert werden, z.B. als Absicherung nicht selber einen § 129a an den Hals zu kriegen.

Nur die Hälfte des Publikums klatschte hier, Pfiffe wurden laut, mehrmals wurde Schilys Ausführung kritisiert, u.a. mit der Frage, ob Distanzierungen nötig geworden seien, bevor man sich noch kritisch über die Haftbedingungen äußern dürfe? Das wurde als „hüflöser Antifaschismus“ gewertet, genauso wie das „Hochheulen“ des Hirsch-Interviews, wo dieser doch gleichzeitig für das Kontaktparagrafen mitverantwortlich sei.

und die Liberalen:

Prof. Ibsen führte aus, der § 129a sei ein Beispiel für mißratene reaktive Gesetzgebung, mit der man eh schlechte Erfahrungen gemacht habe. Widerstand müsse anders „geregelt“ werden. Außerdem sei unklar, welches Verhalten unter 'Verbung' falle, hier läge eine inflationäre Ausweitung des Tatbestandes vor, und der verfassungsmäßig garantierte Bestimmtheitsgrundsatz sei hier nicht mehr gegeben! (d.h. Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Maßnahme müssen



Es gab zwei Podiumsrunden, die erste bestand aus 6 Betroffenen mit § 129a Verfahren, die ihre Situation schilderten. 7 der 10 'Autobahnprüber', die Mutter einer Gefangenen, der Marburger AStA, und eine der 5 'Koblenzer Frauen'. Neben diesen Berichten gab es eine kleine Erfolgsmeldung in Marburg wurde das § 129a-Verfahren des AStA-Antipressenreferenten niedergeschlagen. Ein Artikel war ihm als Presseschlichter zur Last gelegt, jedoch überzeugten chaotische Herstellungsmstände von der Unmöglichkeit einer Ahndung.

Die 2 Runden bestand aus: Otto Schily, Christian Ströbele (Rechtswalter/W-Berlin), Reinhard Zimmermann, Rüdiger Deckers (RA's/Bo-

chum), Prof. Knut Ibsen, Rektor und Juraprof. der Ruhruni-Bochum, Hr. Herzberg, Prof. für Strafrecht - Bochum. Eingeladene Rechte hatten abgesagt. Christian Ströbele stellte sein § 129a Verfahren dar auf Büten des Gerichtes überreichte er - während des Prozesses gegen Ulrike Meinhof (1974) - ihre Prozeßklärung 6 Jahre später wurde daraus die Anklage gedreht, er hätte Ulrikes Erklärung an die Presse weitergeleitet. Und er erfährt Prozeßklärungen

Fortsetzung von d. letzten S.

bestimmt (d.h. faßbar) sein). Ursprünglich sei Werbung im Sinne vom § 129a auch nur als Anwerbung von Mitgliedern einer terroristischen Organisation definiert gewesen, auch lände er es erstaunlich, daß Personenprüfer mit dem Tatbestand Völkermord in eine Reihe gestellt würden! Man bräuhete schon einige juristische Akribie, um hier noch mitzusehen zu können!

Prof. Herzbrock distanzierte sich von den nicht erschienenen Rechten und versuchte eindringlich klar zu machen, daß er deren Aufgabe nicht übernehmen könne. Dann bekannte er sôgernd Parbe, er würde zwar der Kritik materiell weitgehend folgen, (materiell heißt, er findet den Umgang mit dem § falsch, aber den § an sich (formell) richtig). Die Strafbarkeitsgrenze würde allerdings offensichtlich vorverlegt, da schon als Versuch bestraft würde, was doch nur Beihilfe (aha!) zur Vorbereitung der Werbung sei. Sicherlich, da Stimme was nicht, wo schon Sprühen von RAF-Sprüchen (?) als Werbung bestraft würde, aber er (ganz der wortfreie Wissenschaftler) könne nicht beurteilen, ob der Staat gezwungen sei, gegen die Szene „Sperrfeuer“ zu schießen. Daß der 129a die Funktion der Isolierung habe, sei ihm klar (so-so). Er müsse in Zukunft an die lat gebunden sein, allerdings sei eine Inhaftierung was a n d e r s! Der 129a müsse als Strafgrundlage abgeschafft werden, aber man müsse schon sehen, wie man „Sympathisanten“ fassen könne, da das notwendig sei, um den Terrorismus zu bekämpfen. Hier lag natürlich die Frage nahe, ob er sich was wirksames als den § 129a ausdenken möchte...

Hier kam der berechnete Vorwurf, es ginge einigen RA's nur um Schönheitsreparaturen. ~~Man~~ ~~suffiziente~~ ~~Maßnahmen~~ wollten sie wohl vermeiden, um „gerschter“, unauffälliger verfahren zu können! Die Pubukumdiskussion gestaltete sich aber insgesamt recht mühsam, ging von ungenen Fragen an die Herren Professoren, über vereinzelt politische Beiträge und Statistiken wie 'nicht Banken knacken ist kriminell sondern sie benutzen', bis zu den üblichen Leuten, die ihre eigenen Sorgen, die nichts mit dem Thema zu tun haben, berichteten. Wir planten in Münster eine gleich konzipierte Veranstaltung werden aber aufgrund dieser Erfahrung, bes wegen der schwachen Pubukumdiskussion, das Konzept ändern, und eine reine Informationsveranstaltung machen. Einerseits mit einer Übersicht der bisherigen Verhaftungen, Anlagen, Urteile und Auswirkungen bei Betroffenen und andererseits eine Einschätzung (verschiedener politischer Coueur) dieser Willkürmaßnahmen. Bedenkliche Meldungen am Rande im Rahmen der Verfahren gegen Hausbesetzer wurden in Freiburg das TAZ-Büro und der Buchladen präventiv durchsucht mit der Begründung, das sei 'zur Gesamtschau notwendig'!!! Wenn das einreißt, kann mit der Begründung in Zukunft alles durchsucht werden... und: Der Bochumer Polizeipräsident Bernd ist in den Fettnapf getreten er behauptete, die Bildung einer Sani-Gruppe, die neue Spontiwaffe „Kleingeld in Säckchen mit sich zu führen, um Polizisten zu schlagen“, und der Satz 'dieser Staat ist nicht unser Staat' seien „Verhaltensweisen des Terrorismus“!!! Wir forderten seine Absetzung! Veranstaltungen zum § 129a sind leicht auf die Beine zu stellen! Es gibt viel zu tun!

Bx., KB-Minister

Richter bezweifeln die Stammheimer Selbstmorde

Vor 2 Jahren gab's da noch einen ziemlich spektakulären Prozeß drum: 3 Frauen hatten ein Flugblatt verteilt, in dem es heißt: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordtheorie, sondern sind der Meinung, daß die Stammheimer Gefangenen vom Staatstuchts ermordet worden sind“. Der berühmte Richter Graue hatte die drei nach § 90a („Staatsverunglumpfung“) zu je 4 Monaten Knast auf Bewährung und zusätzlich 2400,- DM Geldstrafe verurteilt, inzwischen (allerdings drei Jahre zu spät) haben selbst der Stern, Spiegel usw. die eklatanten Widersprüche in den Untersuchungsergebnissen um Stammheim festgestellt. Auf Grund dessen hat in der Berufungsverhandlung im Juni '81 zum ersten Mal ein bundesdeutscher Richter offiziell erklärt, daß „...die Selbstmorde als Tatsache der neueren Justizgeschichte nicht offenkundig“ seien. Allerdings hat ihn das nicht davon abgehalten, die Frauen trotzdem zu 60 Tagessitzen, d.h. Geldstrafen zwischen 1500 und 1800 DM (plus Gerichts- und Anwaltskosten) zu verknacken! Er sei zwar gestutzt, seine Meinung zu äußern, die Gefangenen seien ermordet worden; in dem inkriminierten Flugblatt würden jedoch über die (angeklagte und oben zitierte)

Meinungsäußerung hinaus die Morde als feststehende Tatsache dargestellt werden, indem z.B. das Ganze als „Schweineri des Staates“ bezeichnet würde usw.

Die ganze Urteilsbegründung ist reichlich spitzfindig und kaum nachvollziehbar. Und abgesehen von der begrößenwertigen Feststellung des Richters über Stammheim, hat der Prozeß höchstens noch einmal deutlich gemacht, wie weit und beliebig der § 90a ausgelegt ist, der deshalb selbst nach bürgerlichen Rechtsgrundsätzen eine Verteidigung überflüssig macht, und deshalb abzuschaffen ist.

Eine der angeklagten Frauen.

Anmerkung des IKAH: Wäre nachzutragen, ohne der Genossin zu nahe treten zu wollen, daß dem Prozeß gegen die drei Frauen, den sie erwähnt, der ebenfalls recht „spektakuläre“ Prozeß gegen den Arbeiterkampf vorzuzug. Angesichts der in diesem Prozeß von uns vorgelegten Tatsachen und der geschaffenen Öffentlichkeit zog es die STA damals vor, den Prozeß noch am Eröffnungstag wieder einzustellen (siehe dazu auch die Broschüre „Wir glauben immer noch nicht an „Selbstmord“!“)

»Hier noch jemand ohne Ermittlungsverfahren...?«

Ob Bundeswehrgeblöds, El Salvador, Haftbedingungen, Wappungsnacht, 1. Mai, Hausbesetzungen, Verkehrssituation - seit über einem halben Jahr läßt die hannoversche Polizei keine Möglichkeit aus, Teilnehmer an Kundgebungen, Aktionen oder Demos festzunehmen oder zumindest ihre Personalien festzustellen. Festgenommene werden verprügelt, Jugendzentren und Wohnungen durchsucht, Eltern und Arbeitgeber informiert („Wußten Sie schon, daß der bei Ihnen Beschäftigte X zur Hausbesetzer-Szene zu rechnen ist?“) und natürlich Ermittlungsverfahren eingeleitet - inzwischen sind das über 700 (in Worten, siebenhundert)! Bei den Verfahren gegen Hausbesetzer, die den größten Teil der Betroffenen stellen, herrscht noch relative Ruhe. Bislang ist von dieser Gruppe noch niemand angeklagt worden. Wahrscheinlich hat die SPD-Stadtverwaltung darum gebeten, die Verfahren bis nach den Kommunalwahlen im September auf Eis zu legen, um ihr „linke“ Image nicht zu gefährden. Dagegen und inzwischen drei Leute

wegen der „Krawalle“ vom 11.11. verknackt worden (Strafen 14 Tage soziale Dienste, 4 Wochenenden Arrest und vier Monate Gefängnis zusätzlich zu einer anderen Strafe von zwei Jahren). Demnächst stehen die Prozesse an gegen Dietmar der am 11.11. u.s. beim Kaufhof eine Scheibe eingeschmissen haben soll, und gegen Conny, die wegen des 11.11. bereits über 3 Wochen in U-Haft gewesen hat. Genaueres dazu und die Termine werden wir noch mitteilen.

Wenn Staatsanwaltschaft und Polizei ungestört so weiter machen wird bald auch der letzte Hannoveraner, der nicht mit allem einverstanden ist, was in der Stadt und in der Welt passiert, ein Verfahren am Hals haben. Darum unterstützt die Angeklagten! Kommt zu den Prozesskosten! Spenden! Verleiht für angewandte Sozialarbeit e.V. (Ermittlungsausschuß), Konto Nr. 340 610, Stadtpark Hannover! Der Ermittlungsausschuß trifft sich donnerstags um 18.00 Uhr im UfZ Kornstraße.

Ermittlungsausschuß Hannover

Ein fünfzackiges Siegel und seine Folgen

Neben den 129a-Verfahren gegen Miriam, Jürgen und Claudia gibt es in Frankfurt noch einen „Fall“, der an Groteske im Vorgehen der Klassenjustiz die anderen noch übertrifft, der bisher jedoch wenig Öffentlichkeit hat. Seit dem 1.4.81 (also ein Vierteljahr!) sind Angelika und Julius G. in Untersuchungshaft. Zum Verfahren wurde ihnen ein Briefwechsel mit Stefan Wisniewski, mit dem sie eine Diskussion über die Verhältnisse in der BRD geführt hatten. Einen Briefumschlag hatten sie dabei mit einem Siegel versehen, das einen fünfzackigen Stern und die Buchstaben RAF zeigte. In ihrem Haftbefehl werden die beiden beschuldigt, für eine „terroristische Vereinigung“ geworben (§ 129a) und die Gründung einer solchen versucht zu haben. Außerdem habe sich aus Unterlagen, die bei einer Hausdurchsuchung am 25.3. beschlagnahmt wurden, ergeben, daß sich die beiden in ein Palästina-Lager im Libanon absetzen wollten. Entsprechend wird der Haftbefehl mit Flucht- und Verdunklungsfahrt begründet; im übrigen seien die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Zur Vorgeschichte: Am 25.3. wurde die Wohngemeinschaft, in der Angelika und Julius wohnen, von „hohem Besuch“ beehrt: Oberstaatsanwalt Ball im Mercedes, Oberkommissare, ein Fotograf, ein Techniker und Polizisten kamen mit einem Hausdurchsuchungsbefehl des Bundesermittlungsrichters Kühn vom 19.3. Das beschuldigte Ehepaar wurde die Ziele und Methoden der RAF befürworten, denn was so ein Siegel erwerbe oder anfertige, benutze es selber auch. Bei der ersten Vernehmung, denn wer so ein Siegel erwerbe oder anfertige, benutze es sicher auch bei Briefen an andere Leute. Die Hausdurchsuchung dauerte drei volle Stunden, wobei bis zur Wandfarbe alles genauestens begutachtet wurde. Zahlreiche Notiz- und Adressenbücher sowie Aktienordner wurden beschlagnahmt. Die ganze Wohnung wurde fotografiert und natürlich auch das beanstandete Siegel sowie Kopien des Briefwechsels mit Wisniewski mitgenommen. A. mußte anschließend auf das Präsidium, um sich einer zweiwöchigen ererkennungsrechtlichen Behandlung zu unterziehen. Für den 1.4. wurden beide per Vorladung durch den Staatsanwalt ins Polizeipräsidium beordert. Sie gingen hin und wurden prompt in Haft genommen, woran sich noch einmal die ganze Gefährlichkeit dieser im Aufbau befindlichen „terroristischen Vereinigung“ zeigt.

Am folgenden Tag wurden sie in Karlsruhe dem Stellvertreter Kühn, Ermittlungsrichter Dr. Maul, vorgeführt, der dann U-Haft anordnete. A. kam in die Vollzugsanstalt in Brühl, wo sie in die Isolationszelle gehalten wurde, J. kam nach Prunghausen, wohin auch A. 10 Tage später folgte. Über die heutigen Haftbedingungen ist nichts genaues bekannt.

Das Verfahren ist inzwischen an das Oberlandesgericht Frankfurt abgetreten worden, wo sich Ermittlungsrichter Klein damit beschäftigt, der eine ähnliche Linie wie Kühn fährt und bei einem Haftprüfungstermin für weitere Inhaftierung entschieden. Er profiliert sich mit besonders rigiden und schikanösen Maßnahmen. So strich er die Besuchzeiten von 30 Minuten auf nur noch 20 Minuten in zwei Wochen zusammen, worüber sich sogar LKA-Beamte wunderten. Weiter verweigert er Besuche der Eheleute untereinander wie Besuche von draußen, sodaß seit vier Wochen von draußen niemand mehr zu ihnen kommen konnte. Briefe werden um Wochen verzögert und einen Brief einer WG-Mitbewohnerin wollte er erst gar nicht weiterleiten, da dort angeblich Informationen über das Verfahren drinnen gestanden hätten. Erst auf Intervention des Anwalts konnte der Brief seinen Empfänger erreichen. Auch die „tax“ wurde dreimal gestoppt mit den einschlägigen Begründungen („Verdacht auf Werbung für eine terroristische Vereinigung“, „Verdacht der Aufforderung zu strafbaren Handlungen“).

In den ersten Wochen nach der Inhaftierung konnten sich die übrigen WG-Mitglieder einer offenen Überwachung „aufreuen“. Wie lange sich die U-Haft noch hinzieht und wann der Prozeß stattfinden soll, ist nicht bekannt.

Einstellung aller 129a-Verfahren! Weg mit dem § 129a! Freiheit für Angelika und Julius!

KB/Gruppe Frankfurt

Westberliner »Krawall«-Prozesse: Mitgefangen - mitgehangen



Foto Peter Morone

Nachdem die Westberliner Prozesse gegen Instandbesetzer-Demonstrationen in der letzten Zeit mit Bewährungsstrafen oder auch Freisprüchen gependet hatten, gab es im 40. Prozeß wieder 14 Monate o h n e Bewährung.

Wenige Tage vorher war in einer Berufungsverhandlung die Kollektivschuld aller Demonstranten für jeden geflogenen Stein (nun auch) juristisch und ausdrücklich festgeschrieben worden.

„Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, der Angeklagte müsse sich auch die Steinwürfe und die darin zum Ausdruck kommende Aggression der übrigen Demonstranten zu rechnen lassen“ („Volksblatt Berlin“, 19.6.81). Mit dieser Kollektivschuld-Theorie hat die 3. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin in der Berufungsverhandlung gegen Guido Weitz das erste Urteil von 14 Monaten ohne Bewährung bestätigt. Aber nicht nur das: Die längst gängige Praxis, nach dem Motto „mitgefangen - mitgehangen“ zu verurteilen, ist nunmehr auch (in 2. Instanz) juristisch abgesegnet worden, das kann von den untersten Gerichten in erster Instanz nur als (in 2. Instanz) juristisch abgesegnet werden; das kann von den untersten Gerichten in erster Instanz nur als Anweisung verstanden werden, in Zukunft noch mehr und noch härter zu verurteilen - hatte es doch gerade in letzter Zeit eine Reihe von Freisprüchen (12 mal) gegeben, weil die Folterzeugen selbst zum Lügen zu dumm waren.

So beschwerte sich der für seinen Jagdger bekannten Zivildolbe Schrapper in einer Prozeßpause bei seinen Kollegen - die was er als Zeugen vernommen worden waren - „Das war aber nicht wie abgesprochen“ (TAZ, 18.6.81). Schrapper war nämlich der einzige, der „mit 100-prozentiger Sicherheit eindeutig“ (TAZ, 18.6.) den Angeklagten als Flaschenwerfer identifiziert hatte. Richter Heine mochte dem „verdeckt forschen“ Schrapper nicht glauben und sprach am 16.6. frei.

Nach dem Urteil der 3. Großen Strafkammer zwei Tage später hat es noch Freisprüche nun nicht mehr zu geben. Einzelaktdolbe ist nicht mehr gefragt. Debatte ist alles.

Die Rechtsprechung ist wieder einmal schneller als der Gesetzgeber. Die Urteilsbegründung der Großen Strafkammer nimmt die von den CDU-Bundesländern jüngst beantragte Demonstrationsrechtsverschärfung vorweg. Diese wäre gar überflüssig.

wenn auch das Kammergericht und der Bundesgerichtshof die Kollektivschuld-Theorie bestätigen würde.

14 Monate ohne Bewährung für die Teilnahme an einer Demonstration - daß Guido Weitz selbst einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen haben soll, fällt kaum ins Gewicht. Alle geflogenen Steine waren auch seine Steine. „Nicht der Tatabtrag des einzelnen, der Gesamterfolg der Demonstranten ist entscheidend“ (TAZ, 19.6.). Und: „Was als Protest erscheint, so wertet der Vorsitzende die damaligen Ereignisse („Dezember-Krawalle“ AK), sei in Wirklichkeit nur die Befriedigung des Aggressionsbedürfnisses einer militanten Minderheit, die glaube gewalttätig werden zu dürfen, wann immer es beliebt“ („Volksblatt Berlin“, 19.6.).

Zwar hatten alle Politiker von SPD bis CDU zugeben müssen, daß über Wohnungsin und kriminelle Wohnungspolitik in Westberlin erst n a c h den „Dezember-Krawallen“ öffentlich diskutiert wurde - aber Richter sind bekanntlich unabhängig und brauchen sich um solches Geschwätz nicht zu kümmern.

Richter sind bekanntlich unabhängig und brauchen sich um solches Geschwätz nicht zu kümmern.

Das Urteil der 3. Großen Strafkammer zeigte bereits Wirkung:

- Fünf Tage später wurde ein 19-jähriger Angeklagter wegen schweren Landfriedensbruchs sowie wegen schweren und einfachen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu einem Jahr Jugendstrafe (mit Bewährung) verurteilt. Er war allerdings „im wesentlichen geständig“ und soll einen Funkstreifenwagen mit Steinen beworfen haben („Tagesspiegel“, 24.6.).

- Einen Tag später, am 24.6., ging das Gericht wieder einmal in die Volle: 14 Monate o h n e Bewährung für einen Erzieher wegen schweren Landfriedensbruchs. Er soll in der Nacht zum 13. Dezember einen Stein „in Richtung eines Polizeifahrzeugs“ und einen „auf eine Gruppe von Polizeibeamten“ geworfen haben, was er aber mehr als glaubwürdig immer wieder bestritt („Tagesspiegel“, 25.6.81).

Seit dem 2. April ist dieses das erste Urteil, bei dem - nunmehr zum fünften Mal - die Freiheitsstrafe wieder nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

Solidarität ist machbar

Nachdem im AK Nr. 201 ausführlich über ein 129a-Verfahren gegen fünf Frauen, darunter einige Genossinnen, berichtet wurde, versuchen wir nun zusammenzustellen, was bisher an Solidaritätsarbeit in einzelnen Städten geleistet ist.

Der 5. Frauen wird vorgeworfen, in der Nacht vom 16. zum 17.4. in Koblenz Parolen zum Hungerstreik geschrieben zu haben. Sie wurden daraufhin in Koblenz für 16 Stunden inhaftiert und bei fast allen fanden Hausdurchsuchungen statt. Heute haben sie einen außer Vollzug gesetzten Haftbefehl nach den Paragraphen 129a, „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, und 90a, „Verunglumpfung des bundesdeutschen Staates“. Aufgrund von Anträgen der Anwälte nach Aufhebung oder wenigstens Erleichterung des Haftbefehls müssen die Frauen sich nunmehr „nur noch einmal wöchentlich melden, sie erhalten ihre Papiere zurück, der Haftbefehl bleibt jedoch.“

In Frankfurt wurde ein Flugblatt herausgegeben („...in Kooperation geht um - der § 129a“), das Öffentlichkeit über das Verfahren herstellt und mit den Forderungen schließt:

Sofortige Aufhebung der 3 Haftbefehle und der 5 Verfahren
- Solidarität mit Claudia
- Herausgabe der beschlagnahmten Kleidungsstücke!
Die Entwerfer des Flugblatts sind GFW-Gruppe der gymnasialen

Oberstufe Bockenheim-Süd, ASH, Frauenzentrum Neu-Landburg, Frauengruppe im Club Voltaire, Redaktion der SchülerInnenzeitung „Virginia“, 2 SchülerInnengruppen, Redaktion des Frankfurter Frauenblatts, Frauengruppe „Frauen zum Bund Nein Danke“, Stadtschulerrat Frankfurt, SV der GDS Bockenheim-Süd, SDF Die Falken, Unterbezirk Frankfurt, KB-Gruppe Frankfurt, Mitglieder der Programmgruppe des Club Voltaire, BI gegen Atomanlagen Bockenheim-Rödelheim, K.L. Frauengesundheitszentrum, SV Gutenberg-Schule, H. Lauterbach (Lehrerin), J. Kessel (Lehrerin), „Schmetterlinge“, Eppendorfer Initiative gegen Rechts, SV der Ernst Reuter Schule II (Vorstand), SV der E. Spranger Schule (Vorstand), Frauengruppe St. Georgien, Frauengruppe der Fachhochschule Frankfurt, AStA Uni-Frankfurt, Aktionsbündnis Rock gegen Rechts, Jutta Stöckinger (Journalistin), Claudia Michel (Journalistin), Pastor R. Röhrborn, Jugendrat der Stadt Frankfurt, KBW Heusen-Neud, ILB, Christa Scheil (Journalistin), Dieter Dohm (Lehrer), fünf Frauen der DII.

Der Frankfurter Stadtschulerrat erklärte sich sofort solidarisch und verbotene eine Protestaktion, in welcher er gegen die Verhaftung, ererkennungsrechtliche Behandlung usw. der Frauen protestiert, die Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zu der Auseinandersetzung um den letzten Hungerstreik der RAF-Gefangenen

stellung des Verfahrens fordert und sich gegen die Kriminalisierung der betroffenen Frankfurter Abiturientin, selbst Mitglied im Stadtschülerrat, ausspricht. In der Stadtschülerzeitung „Opfer“ erschien ein Artikel von Claudia und auf einem riesigen Stadtschülerfest konnte sie ausführlich über das Verfahren berichten und die Schüler auffordern, auf ungelegten Unterschriftenlisten zu unterschreiben. Bisher gibt es schon 14 volle Listen mit je ca. 20 Unterschriften, womit die Schüler die Forderungen des o.g. Flugblatts unterstützen. Ferner haben der Offenbacher Stadtschülerrat und die Schülervertretung der Beethoven-Schule Solidaritätsbekundungen verschickt. Desweiteren liegt eine Solidaritätsbekundung der KfV/Sympathisanten-Gruppe aus Baden-Baden vor, die Darmstädter Ortsgruppe spendete 100 DM, ebenfalls 100 DM spendete eine Frankfurter Genossin und 20 DM kamen neben anderen Spenden auf einer Veranstaltung der Arbeiterselbsthilfe/Oberursel zusammen.

In Münster erschien ein Flugblatt („Solidarität mit Beatrix und Toni“), worin die Öffentlichkeit über die Kriminalisierung der 5 Frauen und den § 129a informiert wurde. Die abschließenden Forderungen sind:

- sofortige Aufhebung der 5 Haftbefehle und der 5 Verfahren
- Solidarität mit Beatrix und Toni aus Münster sowie mit Claudia, Heidi und Ulrike.

Die Erstunterschriften des Flugblatts sind:

- Autonomes Frauenreferat der FH (Fachbereich Sozialwesen), Frauenbuchladen Münster, GAL-Frauengruppe, Notruf-Initiative Münster, Uni-Frauengruppe, Arbeitskreis Umwelt, ASa der Fachhochschule, Die Grünen, Grüne Alternative Liste, GAL-Gruppe, Kommunistischer Netzwerk (Münster), Erwin Rock (Homosexuelle Initiative Münster), ASa der PH (ehemals), Uni ASa, Studentenparlament der Uni, Männergruppe Münster, Bechwerdestelle gegen Verbrechen in Landestrafenanstalten, „Knapperdölling“ (Alternativzeitung), DFL, DFP, ISU/KSG der Fachhochschule, Rosta-Buchladen.

Unterschriften werden weiter gesammelt, zur Zeit schwerpunktmäßig von progressiven Professoren an der Uni. Die Uni-Frauengruppe hat 1.500 DM gespendet!

In Bochum lernte eine Freundin von einer der Münsteraner Frauen eine Kampagne an, die beispielhaft ist. So gibt es schon eine Solidaritätsbekundung, das Frauenreferat der ASa macht eine Veranstaltung zum § 129a, bei der eine der kriminalisierten Frauen auf dem Podium sitzen wird. Solidaritätsunterschriften werden auch hier gesammelt. In Bielefeld gab eine andere Freundin ein Flugblatt heraus. Freunde aus Holland stellten einen Besuch in Münster ab. Sie versuchen, ein Interview in einer holländischen Zeitung zu ermöglichen und erzählen, daß in Holland viel über die Kriminalisierungswelle mit § 129a-Verfahren in der BRD berichtet würde.

In Aschen erschien die Alternativzeitung „Kienke“ als Extraummer zu Kriminalisierungen mit der Auflage von 20.000. Zum Verfahren gegen die 5 Frauen wurde ein langer Bericht abgedruckt. Unterzeichner dieses Artikels sind Ermittlungsbeauftragter, 2 Frauenmänner, ein Deutscheminister, Fachschaft 11, Frauen gegen den Krieg, Aschener Frauenarbeit, Kommunikationszentrum Aschen e.V. und der KBW. Leider besaßen hier die Energien beim Unterschriften sammeln etwas nach, doch es wird weiter darum gebieten, Solidaritätsbekundungen zu verfassen.

In Karlsruhe gestaltet es sich relativ schwierig, eine Öffentlichkeitsarbeit konkret an einem Fall aufzubauen, da dort Verfahren nach § 129a und ähnlichem an der Tagesordnung sind. Jedoch hat eine Frau der Jungdemokraten Interneta angemeldet, mit ihrer Organisation was zu unserem Verfahren zu machen.

Zuguterletzt ist noch von Hannover zu berichten, wo eine Genossin auf mehreren Veranstaltungen über uns berichtet hat und danach eine Spendendose rumgeben ließ. So kamen auf dem nationalen „Frauen und Technik“-Treffen 150 DM zusammen, auf einem Frauenfest wurden 100 DM gespendet, Arbeitskollegen der Genossin spendeten 100 DM und auf dem Lebensplattentreffen in Berlin konnte sie für den Prozeß nochmal 150 DM sammeln.

Insgesamt haben wir bisher meist gute Erfahrungen gemacht, es wurde sich uns gegenüber sehr solidarisch verhalten, und wir möchten als Leser/innen bitten, auch an euren Orten eine ähnliche Solidaritätsarbeit zu entwickeln.

1. Zusammenhänge zwischen der Politik der Gefangenen und ihrer Haftsituation - die These von der „Endlösung“.

Eine Genossin stellt in AK 201, S. 23 die These auf: „Die staatliche Reaktion auf die Guerilla ist nicht zu trennen von der Politik der Guerilla...“

Diese These bezeichnet den Standpunkt der RAF-Gefangenen selbst. Die Genossin hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Tatsächlich geht diese These aber auf den Kern des Selbstverständnisses der RAF zurück, was sich u.a. daran zeigt, daß die Genossin von der „Guerilla“ spricht eine Terminologie, die soweit mir bekannt, bisher ausschließlich die RAF selbst (bzw. ihre Anhänger) für sich benutzt hat. Diese These hat zur Voraussetzung ein Verständnis der RAF als kriegsführende Partei gegen den imperialistischen Staat. Sie geht damit weiter davon aus, daß sich auch umgekehrt der Staat in einem Kriegszustand mit der „Guerilla“ als Vorhut des Aufstandes, der revolutionären Umwälzung befindet. Der Staat erkennt „die Guerilla“, also die RAF, als die revolutionäre Kraft und versucht nun teilsweise, mit den Mitteln der „counterinsurgency“ (d.h. Aufstandsbeämpfung) die RAF zu bekämpfen.

Im Rahmen dieses Grundverständnisses, das in der obigen These ausgedrückt ist, interpretiert die RAF die Entwicklung des Staatsapparates - d.h. Ausbau des Polizeapparat, Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, Verschärfung von Gesetzen und deren Anwendung durch die Justiz und Verschärfung der Haftbedingungen unmittelbar als Reaktion auf ihre Politik. (Als komischer Nebeneffekt dieser Interpretation, damit befindet sich die RAF im Ergebnis im vollsten Einverständnis mit allen bürgerlichen Demagogen, die ebenfalls alle in den letzten Jahren erfolgten Verschärfungen als „leider“ notwendige Reaktion auf den „Terrorismus“ zu verkaufen versuchen.)

Meine Position dazu ist eine andere. Wie m.E. überzeugend u.a. im Russell-Buch Nr. 3 ausgeführt und nachgewiesen wird, sind die Programme zur „inneren Sicherheit“ nicht erst als Reaktion auf Anschläge der RAF o.ä. entstanden, sondern als „inneren Sicherheit“ nicht erst als Reaktion auf Anschläge der RAF o.ä. entstanden. Sie sind lange vorher geplante Entwicklungen, die schließlich u.a. als A 1 a 2 dieser oder jener tatsächlichen oder angeblichen Vorgänge in der „Terrorisierungszone“ in die Tat umgesetzt worden sind. Ich gehe also davon aus, daß der Staatsapparat langfristig auf eine Faschisierung zutrifft, d.h. auf einen Abbau bürgerlich-rechtsstaatlicher Normen, auf die Durchsetzung eines immer größeren auch faktischen Handlungsraums und die entsprechende ideologische Legitimierung. Gerade im letztgenannten Zusammenhang spielt die „Bekämpfung des Terrorismus“ in den letzten zehn Jahren die entscheidende Rolle. Wir sollten uns dadurch jedoch nicht täuschen lassen: gemeint ist tatsächlich nicht nur die RAF o.ä., vielmehr hat die Entwicklung des Staatsapparates eindeutig hauptsächlich präventiven Charakter, d.h. es sollen bereits heute nicht nur die faktischen Möglichkeiten für die Unterdrückung der erwarteten sozialen Kämpfe geschaffen werden, sondern auch das Bewußtsein der Massen soll Schritt für Schritt auf eine derartig repressive „Krisenpolitik“ vorbereitet und eingeschult werden.

Im Rahmen dieser Grundannahme bewerte ich auch die Verschärfung der Haftbedingungen anders als die RAF. Freisch und auch aktuell sogar in erster Linie - die konkreten Personen, die Gefangenen aus der RAF u.a., gemeint ist sollen gebrochen werden, sie sollen mindestens total aktionsunfähig gemacht werden. Gleichzeitig gehe ich davon aus, daß an den RAF-Gefangenen die Isolationsfolter erprobt werden soll, um sie auch weiterhin gezwungen zu setzen für wen (entweder die Hochsicherheitsstrafe überall...?) Offenbar doch nicht für die RAF-Anhänger! In Hamburg beispielsweise ist der Trakt bisher überhaupt nicht mit politischen Gefangenen belegt worden, sondern ausschließlich mit „besonders gefährlichen“, „sozialen“ Gefangenen, die angeblich den üblichen „offenen Vollzug“ mißbraucht

haben sollen. Zuckerbrot und Pest - Die Genossin hat also Recht. „Wenn man etwas bekämpfen will, muß man wissen, warum das so ist“ - nur ist es anders, als die Genossin meint...

2. Zu den Forderungen des Hungerstreiks, insbesondere der Kritik von Winiwiski an der Forderung nach 15er Gefangenenzusammenlegung (AK 201, S. 22).

Winiwiski gibt als Stoßrichtung für zukünftige Knechtungskämpfe an Zusammenlegung unter Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen. Diese Stoßrichtung beinhaltet die Zerschlagung aller Hochsicherheitsstrakte/Sonderbehandlung.

Diese Stoßrichtung halte ich für haargenau richtig, insbesondere auch den von Winiwiski vorgetragenen Begründungszusammenhang. Winiwiski bringt nämlich endlich die Diskussion um die Forderung nach Zusammenlegung von der falschen moralischen Ebene herunter, auf der bisher beide Seiten, die Gegner und die Vertreter dieser Parole, argumentiert haben. Ist die Forderung nach Zusammenlegung, wie sie die RAF-Gefangenen vertreten, „berechtigt“ oder nicht? Während die eine Seite - vertreten etwa durch die Verfasser/innen der „Magna Charta“ - diese Parole als ausschließlich als Beweis für das Avantgarde-Denken der RAF ansieht, diese Parole verantwortlich macht für die Spaltung der „Gefangenensolidarität“ (7) in „soziale“ und „politische“ Gefangene und damit dieser Parole in erster Linie die Schuld dafür gibt, daß sich an den Haftbedingungen bis heute nichts verbessert hat, behauptet die andere Seite - die RAF-Gefangenen - ungeachtet aller Mißerfolge bei der Durchsetzung dieser Forderung weiterhin auf dieser Parole (Woher sich die RAF auf den Widerspruch hinweisen lassen muß, daß sie 1974 nach drei gescheiterten Hungerstreiks und nach dem Tode Hoyer Meins die ursprüngliche Forderung nach Gleichbehandlung zugunsten der Zusammenlegungsforderung aufgegeben hat, weil sie die Gleichstellungsforderung nicht, die Forderung der Zusammenlegungsforderung aufgegeben hat, weil sie die Gleichstellungsforderung nicht, die Forderung nach Zusammenlegung hingegen für durchsetzbar hielt.) Jedenfalls geht es nicht darum, ob die Zusammenlegungsforderung „berechtigt“ ist oder nicht. Es geht darum, daß diese Forderung eine Stoßrichtung enthält, bei der „et Rebellanten einfach gemacht wird, nach der Methode einzukreisen und vernichten des offenen Masses aufzustellen“ (Winiwiski, AK, S. 20). Ich denke, so einfach soll es es nicht haben. Daher gilt es, die Entwicklungen und Erfahrungen der letzten Jahre für uns nutzbar zu machen.

Das heißt selbst wenn die Einschätzung der RAF aus dem Jahre 1974 aus damaliger Sicht richtig gewesen sein sollte, so ist das kein Grund, für immer und ewig an dieser Einschätzung festzuhalten und stur auf sie zu verharren, „Integration in den Normalvollzug“ sei nicht durchsetzbar. Inzwischen muß sich der Staat vorhalten lassen, daß es offenbar sehr wohl möglich ist, auch RAF-Gefangene, die nicht „abgeschworen“ haben, in den Normalvollzug zu verlegen. Es war ja sogar schon Sigmund Freud, der aus dem Normalvollzug heraus (!) für die Forderung nach Zusammenlegung gebührend hat und sterben mußte. Inzwischen ist der Staat immerhin mit A 1 a 2 o.ä. einer Anti-Knecht-Bewegung konfrontiert, die sich an der Frage der Hochsicherheitsstrakte entwickelt hat. Die zweifellos auch in breiteren Kreisen der Öffentlichkeit vorhandene Sensibilisierung in dieser Frage muß von uns aufgegriffen und genutzt werden. Die RAF jedoch tut das Gegenteil: ihre Forderung nach Zusammenlegung geht nicht nur total an diesen Ansätzen vorbei, sondern die RAF hat „sich jetzt auf die Kleingruppentheorie im Trakt eingelassen“ (AK 201, S. 21), Erklärung der RZ1. Das eine derartig bornierte und ausschließliche auf ihr Selbstverständnis bezogene Politik der RAF (s. o.), „daß dem Rebellanten einfach macht“ nach dem „Motto starkman und vernachlässigt“ zu ver-

fahren, liegt auf der Hand. Deswegen kann ich weder der RAF noch sonstwem raten, für die Forderung nach Zusammenlegung zu kämpfen! Nicht, weil ich diese Forderung für „unberechtigt“ halte, sondern weil ich sie für politisch borniert halte.

3. Einschätzung der bisherigen Solidaritätsarbeit - Stellungnahme zu der These von Winiwiski und F., daß die Basis immer enger geworden sei.

Meine gegenwärtigen historischen Kenntnisse reichen leider nicht aus, um über diese These einigermaßen belegbare Feststellungen zu treffen. Immerhin ist aber wohl festzustellen, daß jedenfalls in den letzten Wochen des Hungerstreiks eine ganz beachtliche Öffentlichkeit zustande gekommen ist, die sich für die Hungerstreikenden einsetzte, namentlich kirchliche Kreise. Ich habe jedoch Zweifel, ob es sich hierbei um mehr als bloß aktuelles, punktuell engagiertes Handeln, so daß von einer wirklichen „Basis“ nicht die Rede sein kann. Das erscheint mir um so zweifelhafter, als noch nicht einmal in der Linken eine „Basis“ für den Kampf um bessere Haftbedingungen vorhanden ist, so daß auch hier bloß „kurzfristig eine Zunahme knast- und gefangenenspezifischer ... Aktion stattfindet“ (AK 201, S. 22, Fritz Teufel). Sicher scheint mir auch zu sein, daß der Kampf der RAF-Gefangenen auch innerhalb der sonstigen Knastkultur keine „Basis“ verfügt.

M.E. hat die These von Winiwiski, wonach sich „die breite Basis nach und nach pyramidenförmig verringert, anstatt daß umgekehrt bei einer richtigen politischen Bestimmung die Solidarität gewachsen wäre“ (AK 201, S. 22), so auf jeden Fall einen falschen Zungenschlag. Sie erinnert mich an die Behauptung in der „Magna Charta“, wonach in erster Linie die falschen Forderungen Schuld waren und am desolaten Zustand der Knastbewegung (s. o.). Ich bin immer noch der Meinung, daß die massive Kriminalisierung, wie sie gerade auch im letzten Hungerstreik in atemberaubender Breite durchgezogen wurde, die Solidaritätsarbeit mindestens genauso behindert wie falsche Forderungen. Sicher, es gibt einen Zusammenhang zwischen falschen Forderungen und Kriminalisierung - falsche Forderungen führen zur politischen Isolierung und der erleichtert Kriminalisierung - aber das heißt nicht, daß die Kriminalisierung vor richtigen Forderungen hat macht, besonders dann nicht, solange die Bewegung

4. Zum Politikverständnis, insbesondere Fritz Teufels Kritik am „blinden Aktivismus“.

Fritz Teufels Kritik an der „kurzfristigen Zunahme knast- und gefangenenspezifischer ... Aktionen“ läuft darauf hinaus: „Das Auseinanderklaffen von Anspruch und tatsächlich möglicher wirklicher Praxis führt nicht nur durch praktische Theorie und Passivität, sondern auch über theoretische Praxis und blinden Aktivismus in die Sackgasse von Resignation und dem Bewußtseinsverlust von Resignation: Selbstschätzung“.

Entscheidender Ausgangspunkt eines jeden Politikverständnisses, eines jeden Verhaltens zum Hungerstreik ist u.ä. also sein, daß die „tatsächlich mögliche wirkliche Praxis“ begrenzt ist. Aus diesem Grunde stellt sich nun die Frage der jeweiligen Effektivität von Solidaritätsaktionen.

Winiwiski stellt sich jedoch verheißernd, wenn es geht um, als ginge es darum, ob wir überhaupt praktische Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen üben. So eine Genossin in ihrem Beitrag (AK 201, S. 23), wenn sie fragt: „Aber heißt dann, wenn die Linke Angst vor Solidarität hat ... daß wir selbst auch der Maul halten?“ Der anschließende Satz: „Davon kriegen wir auch kein breites Bündnis“ ist nicht nur verheißernd, sondern vollständig unnötig. Natürlich hat niemand behauptet, daß wir durch die Nichtteilnahme an einer bestimmten Aktion (hier: Demo) ein breites

Wer die Fragestellung so verschleierte und verallgemeinert, drückt sich um die Frage herum, welchen konkreten Nutzen die Teilnahme an einer bestimmten Aktion bringen kann, bzw. hätte bringen können. Erwartungsgemäß enthält der Beitrag der Genossin dazu auch kein Wort.

Das zwingt zu der Annahme, daß es der Genossin gar nicht um die Effektivität von Solidaritätsaktionen geht, obwohl sie in ihrem Beitrag verschiedentlich diesen Eindruck zu erwecken versucht. Vielmehr scheint die Genossin die Einstellung zu haben, ob's was bringt oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle - Hauptsache, wir sind dabei. Diese Einstellung hat jedoch kaum noch etwas mit Politik zu tun, sondern ist ein rein moralisches, ich möchte bald sagen, fast religiöses Bekenntnis. Das kann man/frau je richtig finden, nur muß man/frau dann ehrlicherweise zugeben, daß diese Einstellung auch den Gefangenen nichts nützt, sondern bloß seinem eigenen „guten Gewissen“. Mit „Solidarität“ hat das dann auch nichts mehr zu tun - Genauso wenig ist es umgekehrt ein Beweis für „Entsolidarisierung“, wenn wir die Teilnahme an einer bestimmten Aktion oder sogar an einer bestimmten ganzen Kampagne ablehnen, weil wir sie für nutzlos, unnötig halten.

5. Stellungnahme zum Denunziationsvorwurf der Genossin aus Westberlin.

Der Denunziationsvorwurf der Genossin bezieht sich auf die Formulierung: „... könnt ihr nicht mehr sein als der legale Arm der RAF?“. Zunächst muß vorab festgestellt werden, daß eine konkrete Denunziation in dieser Formulierung sicherlich nicht liegt, und auch die Schlussfolgerung der Genossin, dadurch seien die Leute „zum Abschuß freigegeben“ worden, kann daraus nicht unmittelbar abgeleitet werden. Dafür ist die Formulierung - in der Zukunft und im Konjunktiv - viel zu vorsichtig. Außerdem wird der Staatsschutz nicht erst durch diesen Artikel auf die betreffenden Gruppen und deren politischen Standort aufmerksam geworden sein...

Also kann in dieser Formulierung allenfalls eine „politische Denunziation“ liegen. Politische Denunziation und Kritik liegen naturgemäß häufig nahe beieinander. Daher muß m. E. - unabhängig davon, ob man/frau diese politische Kritik teilt oder nicht - nicht nur der Kontext des gesamten Textes, sondern auch die Politik des KB als Interpretationshintergrund herangezogen werden. Maßgebend ist hierbei folgende Tatsache: bekanntlich macht der KB seine Solidaritätsarbeit nicht von politischen Differenzen abhängig. D.h.: wir sprechen dem Staat das Recht ab, Leute wegen politischer Aktionen/politischer Standpunkte zu kriminalisieren - mögen wir diese Aktionen/Standpunkte für falsch oder richtig halten (das gilt selbstverständlich nicht für Nazis). Insbesondere sprechen wir dem Staat das Recht ab, Menschen zu kriminalisieren, die in welcher Form auch immer - ganz massenweise Unrecht, das dieser Staat begeht, anprangern und bekämpfen. Daran hat der KB nie Zweifel gelassen, auch nicht daran, daß wir die Haftbedingungen für massenweise Unrecht halten.

„Politische Denunziation“ kann aber nur heißen die Leute „zum Abschuß frei geben“ für die Kriminalisierung seitens des Staates. Dabei kann diese politische Kritik aus dem Munde des KB nicht in einen Topf geworfen werden mit ähnlichen Formulierungen, wenn es etwa von Seiten der DKP/Juso, neuerdings „Z“ u.a. an der Politik des KB kommen (hier sei an die Stellungnahmen zur Hamburger Demo vom 22. sowie an den Tod von Olaf Ritzmann erinnert). Wir haben „politische Kritiken“ von dieser Seite zu Recht als „Denunziation“ angeprangert, weil bei diesen Gruppen klar ist, daß eine derartige „politische Kritik“ identisch ist mit der Verweigerung von Solidarität. Die Genossin aus West-Berlin sollte diese „feinen“ Unterschiede (erkennen und ihren unhaltbaren Denunziationsvorwurf zurücknehmen).

Dabei kann diese politische Kritik aus dem Munde des KB nicht in einen Topf geworfen werden mit ähnlichen Formulierungen, wenn es etwa von Seiten der DKP/Juso, neuerdings „Z“ u.a. an der Politik des KB kommen (hier sei an die Stellungnahmen zur Hamburger Demo vom 22. sowie an den Tod von Olaf Ritzmann erinnert). Wir haben „politische Kritiken“ von dieser Seite zu Recht als „Denunziation“ angeprangert, weil bei diesen Gruppen klar ist, daß eine derartige „politische Kritik“ identisch ist mit der Verweigerung von Solidarität. Die Genossin aus West-Berlin sollte diese „feinen“ Unterschiede (erkennen und ihren unhaltbaren Denunziationsvorwurf zurücknehmen).

Z. (KAN)

Frankreich in blau-weiß-rosa

Von insgesamt 489 Sitzen besaß die Linke 204 in der alten Nationalversammlung. Die frühere Mehrheit, die **PS**, hatte 285 Sitze. Nach den Legislativwahlen vom 14. und 21. Juni besitzt die Linke nunmehr 333 Sitze, sie hat also 129 zusätzliche Abgeordnete, und damit die absolute Mehrheit. Die KPF hat dabei die parlamentarische Vertretung halbiert, von 86 auf 44 Sitze.

Die PS und die MRG verfügen zusammen über 285 Abgeordnete. Ein Dehalet haben die Rechten erreicht als finden sich mit gerade 156 Sitzen wieder, diese Partei trifft in nahezu identischen Proportionen den RPR (Chirac) und die UDF (Zusammenschluß diverser rechter Parteien, von der PR Giscard bis zur Zentrumspartei von Lacoste). Der RPR verlor 67 Sitze (heute: 84 Abgeordnete), die UDF verlor 58 Sitze (heute: 64 Abgeordnete).

Nun ist die neue Regierung gebildet worden, herausragende Erscheinung ist hierbei die Beteiligung von vier Ministern aus den APF-Reihen.

Somit ist die PS seit 23 Jahren, die KPF seit 34 Jahren zum ersten Mal wieder an den Regierungsgeschäften beteiligt. Viel wurde versprochen, einiges schon an Maßnahmen ergriffen, worauf wir weiter unten eingehen. Die Frage ist ob die Regierung, entgegen der weltweiten Spar- und Krisenpolitik, wirklich ein Weniger an ökonomischer und politischer Unterdrückung für die Massen bedeuten wird, ob sie das tatsächlich auch will - und wenn ja, ob sie es dann auch durchführen kann.

Die Frage ist auch die nach dem „Nutzen“ (nicht nur für die französischen Massen und die französischen Linken, sondern auch für uns in der BRD) dieses Wahlsieges für alle diejenigen, die wie wir nicht nur einen Regierungswechsel, sondern einen Gesellschaftswechsel wollen.

Allgemein formuliert die Entwicklung hängt vom Verhältnis Regierung/

Bourgeoisie und von der Beibehaltung der Autonomie und der Reifung der Massenbewegungen ab. Ob die KPF-Regierungsbeteiligung in diesem Sinne ist, ist fragwürdig. Verschiedene Möglichkeiten sind denkbar.

Die eine wäre die einer schnellen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, verstärkt durch die Sabotage der Kapitalisten, wobei das sogenannte „Modell Mitterrand“ ein rapides Ende finden würde. Chirac und seine Freunde scheinen neuer-

Organisationen oder anderswo. Daraus ergibt sich die reale Perspektive einer Neuformierung der Revolutionäre. Letztlich wird die Zukunft vom Zusammenspiel dieser drei Faktoren bestimmt werden.

„Changement de gouvernement/Ce n'est pas suffisant/C'est toute la société qu'il faut changer!“ (Die Regierung zu ändern, das reicht nicht, die ganze Gesellschaft muß geändert werden).

gen. Diese ganzen Summen kommen zu den 4,6 Mrd. hinzu, die den Betrieben bereits am 10.6.81 mittels der neuen Regierung als Kredite gegeben wurden.

Ein weiterer Bestandteil der „neuen demokratischen Wirtschaftsplanung“ (François Mitterrand) sind die Verstaatlichungen:

Die PS hat die Nationalisierung eines Sektors des Bank- und Versicherungswesens sowie der Stahlindustrie und der Gruppen Dassault, Thomson,

von 25.000 F./mtl. 5.000 F., bei einem Einkommen von 50.000 F./mtl. 25.000 F. betragen. Die Reichen bleiben reich.

Demokratische Freiheiten

Innenminister Gaston Deferre hat seinen engsten Beraterkreis ausgewogen gestaltet auf der einen Seite der ehemalige Pariser Polizeipräsident Grimaud (verantwortlich für die Festsitze im Mai 68...) auf der anderen Seite der ex-Führer der „autonomen Polizeigewerkschaft“ Delthorn - der im Zusammenhang mit dem Anschlag in der Rue Copernic am 3.10.80 angeschuldigt. (Seine Gewerkschaft fordert die Streikung der Polizei von Festsitzen).

Erfreulich ist die Ernennung von R. Badinter (PS-Rechtsanwalt) zum Justizminister. Badinter verteidigte z.B. seinen westdeutschen Kollegen Klaus Croissant, besuchte die einzige Stattenheim Überlebende I. Möller im Kessel und ist in Frankreich für sein Engagement gegen die Todesstrafe bekannt. Bisher gibt es in Frankreich 628 politische Gefangene, 132 obliegen der Staatssicherheitshofprozedur, 492 Militärgefangenen. Es handelt sich hierbei um 50 korsische, 18 bretonische, 26 baskische und jeweils einen guadelupischen und guyanischen Autonomisten, ferner um 11 Menschen, denen Taten oder Unterstützung der Gruppe „Action directe“ vorgeworfen werden, 16 Menschen, denen „terroristische Akte“ angehängt werden sowie 13 Leute, die in Spionage-Affären verwickelt sein sollen.

Bei den weiteren 492 Gefangenen handelt es sich um Ungehorsam bzw. Desertionsfälle in der französischen Armee. Die meisten von ihnen sind jetzt erstmalig auf freiem Fuß, wobei der weitere Gang ihrer juristischen Verfolgung noch unklar ist, da noch keine Amnestie ausgesprochen worden ist.

Der ETA-Gonosse Tomas Linaza Echevarria (in Spanien wegen „Beteiligung am Mord von 6 Guardia Civil“ gesucht) wurde in Frankreich wieder auf freien Fuß gesetzt. Madrid wird die Auslieferung verweigert. Die Regierung hat angekündigt, keine Auslieferung mehr zu tätigen - Frankreich soll wieder „Asylland“ werden. Der Staatssicherheitshof - eine von Vichy geerbte Ausnahmejustiz, von de Gaulle 58 wieder eingeführt, die den Opfern jede Akteninsicht verweigert - soll aufgelöst werden.

Außenpolitisch nichts Neues...

Wenn es aber ein Thema gibt, an dem überhaupt nicht gerüttelt wird, dann ist es die imperialistische Realität und die Rolle des französischen Imperialismus selbst.

So unterstützte Mitterrand die Kolonial-Expedition französischer Fall-



(Aus „C'est possible“, Zeitung der belgischen Organisation „Pour le Socialisme“, PCS)

dinge auf diese Option hinzuwirken (Wiederauflösung der jetzigen Nationalversammlung, Neubildung einer Mehrheit mit den willigen PS-Mitgliedern). Die andere wäre, daß der PS die Kollaboration mit den Kapitalisten gelingt, wobei schon einige Reformen für das Volk abgepflegt würden, also grosso modo eine „sozialdemokratische Stabilisierung“.

Die dritte ist, daß der Regierungswechsel neuen Mut und neues Selbstvertrauen all denjenigen gibt, die schon lange kämpfen, ob im Betrieb, in der Frauenbewegung, in politischen

Moderate Sozialreformen

In Frankreich gibt es derzeit 1.723.700 Arbeitslose, das sind 22 % mehr als im April 1980. Davon sind 39,5 % Jugendliche unter 25 Jahren und 51,3 % Frauen.

Die Zahl der Entlassungen hat vom April 80 bis zum April 81 um 45,5 % zugenommen. Der bisherige Mindestlohn („SMIC“, 66 % der werktätigen Frauen und sogenannte „Smicardes“) betrug netto 2.300 Francs (ca. 1.100 DM). Hinzu kommt eine Inflationsrate von 14 %. Nach Rechnung der Gewerkschaft CFDT verdienten im April 1980 jeder/r zweite Werktätige weniger als 3.600 Francs monatlich (Bruttolohn, d.h. ca. 1.800 DM).

Die neue Mitterrand-Regierung hat den Bruttolohn auf 2.900 F. (statt 2.635 F.), die Mindestrente auf 1.700 F. (statt 1.416 F.) erhöht. Sensationelle Erhöhungen sind dies nicht. Auch Giscard hatte bei seinem Amtsantritt 1974 eine Geste gezeigt, der „SMIC“ wurde um 7,6 % (heute 10 %) die Mindestrente um 21 % (heute 20 %) erhöht. Bei der Preissteigerung dürfte die Kaufkraft die gleiche geblieben sein.

Parallel hierzu hat die Regierung, um vor allem die „Kleinbetriebe“ zu schützen (dort ist allerdings nicht die einzige Gelegenheit, einen Niedrigstlohn zu erhalten), den Unternehmen „Entlassungen“ bei ihren Sozialabgaben versprochen. Die jetzt beschlossene Erhöhung hätte die Kapitalisten ca. 190 Francs mehr an Sozialabgaben gekostet. Dies übernimmt der Staat. Das Geld hierzu wird wiederum aus der Krankenversicherung genommen, d.h. aus den Geldern, die die Lohnabhängigen selber monatlich abgeben müssen.

Beschlossen worden ist auch die Schaffung von 54.490 neuen Arbeitsplätzen. 12.000 zusätzliche bei der Post, 12.475 im Bildungswesen, der Rest im Sozial- und Gesundheitswesen. Dabei kommen 2000 neue Arbeitsplätze in den Krankenhäusern hinzu. 55.000 neue Arbeitsplätze sind zwar nicht zu verzichten, damit ist aber die fast 2 Millionen hohe Arbeitslosigkeit auch nicht „geröst“. Die Einführung der 35-Stunden-Woche soll gemäß Ministerpräsident Mauroy besonders flexibel gehandhabt werden. Auch 1985 sollen die 35 Stunden nur ein „Durchschnittswert“ sein. Gedacht wird nicht an ein Gesetz hierzu, sondern an einen allgemeinen Empfehlungstext, der einen Verhandlungsrahmen für die verschiedenen Branchen oder auch einzelnen Betrieben abgeben soll. Mauroy betonte auch, daß die „totale Lohnkompensation“ dabei nicht möglich sei.

Die neue Regierung hat sich aber nicht nur gleich den Fragen der Werktätigen gewidmet, sondern auch den Unternehmern. 6 Milliarden (d.h. 2 Mrd. mehr als von der Giscard-Regierung vorgesehen) haben sie für das „Abkommen für die Arbeit“ erhalten; damit soll eigentlich die Einstellungslust der Unternehmer gefördert werden. 17 Milliarden (d.h. 4 Mrd. mehr als von der Giscard-Regierung vorgesehen) haben sie als Anleihen erhalten.

Betriebe, die in Schwierigkeiten sind, können darüber hinaus eine Sonderanleihe bis zu 500.000 F. beantra-

Rhône-Poulenc, CGE, ITT-Frankreich, Honeywell-Bull, Saint Gobain und Pechiney-Ligne-Kuhlman vor. 1977 erklärte Mitterrand: „Beschlagnahmen haben wir nicht gewollt und wollen wir auch nicht; wir wollen nicht die Aktionäre enteignen. Wir wollen uns als Schuldner von Gütern verstehen, die diese im Privatsystem besaßen. In keinem Fall, unabhängig von der finanziellen Prozedur, wird das Haben oder die Eigentumsfähigkeit der Aktionäre damit verringert.“ (Interview mit F.M. im „Nouvel Observateur“, April 1977).

Wenn jetzt zum Beispiel der Staat den Dassault-Breguet-Betrieb (Übr-

igens bereits zweimal nationalisiert, 1936 und nach dem 2. Weltkrieg, nach wie vor eine florierende Flugzeugbauindustrie) zum von Dassault festgesetzten Preis aufkaufte, wechselte das Kapital lediglich seine Form. Dassault und die anderen Aktionäre besitzen keine Betriebe, sondern staatliche Aktien oder Schuldverschreibungen. Nationalisierungen dieser Art sind nichts anderes, als öffentliche Gelder Privatkapitalisten zur Verfügung zu stellen. Mit Kollektivismus oder gar Sozialismus hat das wenig zu tun. Um sein soziales Programm zu finanzieren, will Mitterrand Vermögende, Banken, Mineralölkonzerne und Unternehmer stärker besteuern. Dies ist allerdings erstmalig eine „Sondermaßnahme“. Bei den Vermögenden handelt es sich um 108.000 Personen, die ein monatliches Einkommen von über 25.000 F. beziehen. Die einmalige (!) Sondersteuer wird bei einem Einkommen

Die neue Regierung — einige Daten

Pierre Mauroy (Ministerpräsident, PS)

P. Mauroy ist Bürgermeister von Lille seit 1973. 1947 trat er der „Sozialistischen Jugend“ bei, von 1950 bis 1958 ist er ihr Sekretär. 1963 ist er Mitglied des Lenkungs-Komitees der SFIO (Vorläuferorganisation der 1970 gegründeten PS). 1966 wird er dort Generalsekretär. Mauroy machte sich zunächst für die Kandidatur von Michel Rocard innerhalb der PS stark, bevor er zugunsten Mitterrands die Position wechselte.

Gaston Deferre (Innenminister, PS)

G. Deferre ist SFIO-Mitglied bereits 1933 geworden. Er übte schon öfter Ministerfunktion aus. Seit 1953 ist er Bürgermeister von Marseille. Dort setzte er schon mal die Armee als Streikbrecher bei einem Streik der lokalen Müllabfuhr ein.

Jacques Delors (Wirtschafts- und Finanzminister, PS)

Delors fühlt sich erst seit kurzem als „Sozialist“, seit 1974, allerdings machte er dort schnelle Karriere. Zuvor war er 1969-1972 Wirtschaftsminister von Chaban-Delmas (RPR) gewesen. 1974 gründete er den Club „Austausch und Fortschritt“, Mitglieder sind diverse Bankiers und Unternehmer (z.B. Jose Bidegain, Mitglied des Büros des französischen Unternehmensverbandes „CNPF“).

Jacques Attali („Sonderberater“ von François Mitterrand, PS) Mit Michel Rocard zusammen wurde er 1974 mit einer „Gehaltskommission“ beauftragt, er sollte von der SPD-Regierung die Zusage erhalten, daß die Bundesbank im Falle eines Wahlsieges den Franc zu halten würde. Auch er ist ein „junger Sozialist“, seit 73 genauso übrigens wie der Haushaltsminister Laurent Fabius (seit 74 in der PS) oder der 1. Sekretär der PS, Lionel Jospin (seit 1971).

Claude Cheysson (Außenminister, PS)

Cheysson war bereits im Mandes-Franco-Kabinett (1934) dabei. Von 1966-1970 war er Botschafter in Dakar, von 1970-1973 Vorstandsmitglied der staatlichen Chemiegesellschaft „EMC“. Seit 1973 ist er einer der beiden Vertreter Frankreichs in der EG-Kommission und wurde in dieser Funktion zweimal von Giscard bestätigt. In dieser Funktion hat er maßgeblich an den Lomé-Abkommen sowie an der „Rationalisierung“ der Stahlindustrie teilgehabt.

Anicet Le Pors (Minister für Verwaltungsreformen, KPF)

Mitglied des ZK der KPF seit Mai 1979, Senator, Mitglied der Finanzkommission des Senats, als solcher bereits unter der Giscard-Regierung mit offiziellen Funktionen bedacht.

Jack Ralite (Gesundheitsminister, KPF)

Ex-Mitarbeiter bei den KPF-Zeitungen „Humanité“ und „Humanité-Démocratie“, seit 1965 stellvertretender Bürgermeister von Aubervilliers (Seine Saint-Denis), seit 1973 KPF-Abgeordneter (1981 wiedergewählt). Innerhalb der KPF für Kultur zuständig.

Charles Fiterman (Verkehrsminister, KPF)

Schon im Alter von 18 Jahren Mitglied der KPF. Ex-Elektriker. 1963 Leiter der Parteschule, 1967 Sekretär von Waldeck-Rochet, seit 1972 Mitglied im höchsten Parteiorgan ZK-Sekretariat, Beauftragter der KPF für Bündnisfragen, die sogenannte „Nummer 2“ der KPF, bislang nicht gerade ein PS-Liebhaber.

Marcel Rigout (Minister für Berufsbildung, KPF)

Ex-Drehler, aus einer KPF-Familie. 1944 schloß er sich nach seinem Engagement im Widerstand der KPF an. Seit 1961 Mitglied im ZK.

Die neue Regierung

Ministerpräsident	Pierre Mauroy (PS)
Staatsminister	
Innenressort und Dezentralisierung	Gaston Deferre (PS)
Außenhandel	Michel Robert (Linkage, Hist)
Verkehr	Charles Fiterman (KPF)
Planung	Michel Rocard (PS)
Forschung u. Technologie	Jean-Pierre Chevènement (PS)
Nationale Solidarität	Nicole Questiaux (PS)
Delegierte Minister zum Ministerpräsidenten	
Frauenrechte	Yvette Roudy (PS)
Beziehungen zum Parlament	André Labarraque (PS)
Öffentlicher Dienst u. Verwaltungsreformen	Anicet Le Pors (KPF)
Minister und delegierte Minister	
Justizminister u. Staatsanwalt	Robert Badinter (PS)
Außenbeziehungen	Claude Cheysson (PS)
Europäische Fragen	André Chanderbazar (PS)
Kooperation und Entwicklung	Jean Pierre Cot (PS)
Verteidigung	Charles Hernu (PS)
Wirtschaft und Finanzen	Jacques Delors (PS)
Budget	Laurent Fabius (PS)
Bildungswesen	Alain Savary (PS)
Landwirtschaft	Edith Cresson (PS)
Industrie	Pierre Dreyfus (PS)
Energie	Edmond Hervé (PS)
Handel und Handwerk	André Godelle (PS)
Kultur	Jack Lang (PS)
Gesundheit	Jack Ralite (KPF)
Arbeit	Jean Auroux (PS)
Freizeit	André Henry (PS)
Jugend und Sport	Edwige Antice (PS)
Stadtplanung und Wohnungswesen	Roger Duilliot (PS)
Umwelt	Michel Crépeau (PS)
Meer	Louis Le Penec (PS)
Kommunikation (Medien)	Georges Fauriol (PS)
Post	Louis Mesadieu (PS)
Ehemalige Kämpfer	Jean Laurain (PS)
Verbraucher	Catherine Lalumière (PS)
Berufsbildung	Marcel Rigout (KPF)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schirmjäger seines Vorgängers Giscard. So beschloß die PS-Führung vor der Wahlkampagne ihr „Ja“ zur Neutronenbombe, so stärkte Mitterrand den Rücken seines Kollegen Schmidt in der Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Zwar wird derzeit viel geredet von neuen Verhältnissen („new deal“) zu den Ländern der III. Welt, allerdings ist weder die Auflösung der französischen Interventionstruppen noch die Annäherung verschiedener Verträge (wie Waffenlieferungen nach Südafrika) geplant. Alle Verträge werden eingehalten, was nichts anderes bedeutet, als daß Frankreich weiterhin seine Spitzenstellung im Waffenexport beibehalten soll.

Sowohl mit Claude Cheysson (PS) als Außenminister als auch mit Charles Hernu (PS) als Verteidigungsminister dürfte sich die französische Bourgeoisie glücklich schätzen. Hernu ist nicht nur uneingeschränkter Anhänger der militärischen Nutzung der Atomenergie (der zivilen sowieso), sondern begann sein Amt gleich mit der Verkündung der Auflösung der Soldatenkomitees, sprich Verbot derselben.

Cheysson ist seit 1973 der Vertreter Frankreichs in der EG-Kommission. Sein Amt wurde von Giscard zweimal verlängert. Cheysson hat nicht nur bei den Lomé-Abkommen, sondern auch beim „Rationalisierungsplan“ der Stahlindustrie innerhalb der EG eine maßgebliche Rolle innegehabt.

„Ich bin darüber erschüttert, wie in manchen Ländern der Neutralismus sich heute zu einer bedeutenden Kraft entwickelt. Denn Neutralismus, das ist keine Politik, sondern Verzicht, Resignation, Ermüdung, Mangelerscheinung – das ist dramatisch. Wenn irgendwo in Europa, aus einer Haltung des Verzichts eine Entscheidung gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen gefällt wird, ist dies extrem schlimm.“

Wir sehen nicht, wie eine seriöse Verhandlung mit den Russen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts, durch die SS-20 gebrochen, geführt werden soll, wenn wir nicht selber, für den Fall, daß nichts anderes mehr möglich ist, die Möglichkeit haben, den Russen auf diesem Terrain eine Antwort zu geben – das sagt Außenminister Cheysson („LM“, 2.6.81). Auch PS-Sekretär Jospin betonte: „Wir haben noch nie innerhalb unse-

rer außenpolitischen Konzeption gesagt, wir wären für Neutralismus. Nie!“ (ebda.).

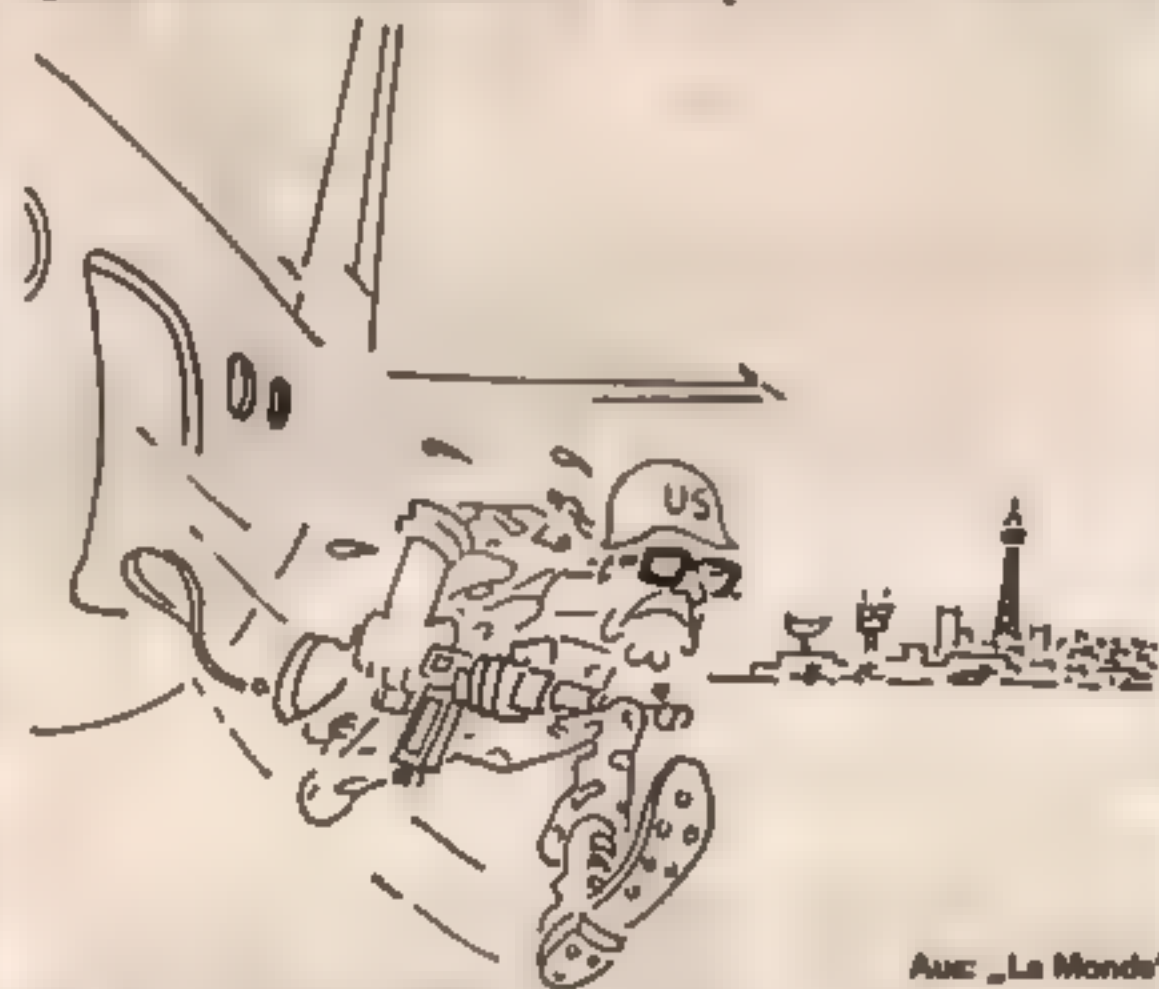
... Und die KPF-Minister?

Im PS/KPF-Abkommen haben sich beide Parteien zur „uneingeschränkten Regierungssolidarität“ verpflichtet. Festgehalten wird der „demokratische Weg“ zu Veränderungen, die „schrittweisen, in einem Transformationsrhythmus entsprechend der Erbsituation“ vollzogen werden sollen. Ein Zweijahresplan zur Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten und zur Demokratisierung

besondere die Anwesenheit der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20 und die Entscheidung über die Stationierung der amerikanischen Pershing II.

Beide Parteien werden für das Selbstbestimmungsrecht der Völker wirken, für die Souveränität der Staaten, für die Nichtmischung in ihre inneren Angelegenheiten und für das Recht auf Sicherheit jedes Landes. Diesen Prinzipien messen sie eine unverzichtbare Bedeutung bei.

Aufgrund dieser Prinzipien bekräftigen sie das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung seines Regimes und seiner Regierung. Sie erklären sich für den Rückzug der



„24. Juni: Der Vize-Präsident Georg Bush kommt in Paris an“

soll in den nächsten Monaten erarbeitet werden.

„Beide Parteien werden die internationale Aktion Frankreichs – bei Respektierung seiner Bündnisse – für den Frieden und die schrittweise Abrüstung, mit dem Ziel der gleichzeitigen Auflösung der Militärblöcke, bei Gewährleistung des Kräftegleichgewichts in Europa und in der Welt und der Sicherheit jedes Landes vorantreiben. In diesem Sinne treten sie für eine baldige internationale Verhandlung ein zur Begrenzung und Heruntersetzung der Rüstung in Europa. Diese Verhandlung betrifft ins-

sowjetischen Truppen aus Afghanistan sowie für die Beendigung jeder ausländischen Einmischung. Sie nehmen die durch die Camp David-Abkommen geschaffene Situation zur Kenntnis und bekräftigen das Selbstbestimmungsrecht Israels sowie aller Staaten der Region und das Recht des palästinensischen Volkes auf eine eigene Heimat.“

Beide Parteien werden aktiv Frankreichs Beteiligung an der EG, ihren Institutionen und ihrer gemeinsamen Politik, bei Respektierung ihrer (EG) Aktionsfreiheit und legitimen Interessen unterstützen. Sie werden ge-

meinsame Initiativen (der EG) auf dem sozialen Sektor, zugunsten der Landwirtschaft und bedrohter Sektoren, für die Vitalität der Forschung und der Spitzenindustrien unterstützen.

Beide Parteien haben die politische Situation erörtert und wünschen, daß dieses Land und sein Volk selber den von ihnen eingeleiteten Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Erneuerung erfolgreich abschließen werden.

Beide Parteien erklären sich sowohl auf ökonomischer als auch auf politischer Ebene mit den Völkern der III. Welt solidarisch, die wie in Nicaragua und El Salvador für die nationale Emanzipation, für ihre Entwicklung und ihre soziale und demokratische Befreiung kämpfen“ (Abkommen PS/KPF, 23.6.81).

Kurz darauf tagte das ZK der KPF, der nächste Parteikongreß soll Ende Januar 1982 stattfinden und die Debatten hierzu ab Oktober dieses Jahres vorbereitet werden. In seinem Bericht vor dem ZK bestätigte Generalsekretär Marchais die bisherige Linie seiner Partei.

Zwar nimmt er dort den „ernsthaften Schlag“ bei den Wahlen zur Kenntnis, er bestritt aber einen Zusammenhang mit dem Bruch der Linken (bei dem die KP-Führung nach Meinung ihrer Kritiker eine aktive Rolle gespielt hat). „Ich möchte hierzu nur daran erinnern, daß die Wahlverluste der Partei viel früher begonnen haben als in der Periode 7/77, die man in der Linken die „Periode“ nennt.“

Im Gegenteil, meint Marchais heute. Hätte die KPF damals „kapituliert“ (z.B. in der Frage der Anzahl der Verstaatlichungen, in der Frage der Erhöhung des Mindestlohnes, in der Frage der Verteidigungspolitik), wäre sie heute in einer noch schlechteren Situation. Den Rückgang der Stimmen erklärt Marchais so: „Weder 1978 noch seitdem ist es uns gelungen, eine Verständigung mit Millionen von Menschen zu finden, die eigentlich alles zu unserer Unterstützung führen müßte ... Dies liegt an der Verzerrung jeder unserer Positionen (in den Medien), und – seien wir ehrlich – auch an einigen unserer Positionen, die in diesem Klima Verzerrungen und Mißinterpretationen unserer realen Intentionen und tatsächlichen Ziele möglich werden ließen.“

In diesem Zusammenhang nannte Marchais die KPF-Aktionen zur Ausländer- und Drogenproblematik. Weiter bekräftigt Marchais nochmals den

KPF-Weg des „Sozialismus in den Farben Frankreichs“.

Kein Wort indessen über das konkrete Abkommen mit der PS und seine delikatesten Passagen wie z.B. zu Polen, Afghanistan oder zur Rüstungspolitik.

Ebenso wenig erklärt Marchais, weshalb eine Kapitulation vor den PS-Forderungen 1978 schädlich gewesen wäre, daselbe aber 1981 nützlich sein soll. Es handelt sich ja nahezu um die gleichen Fragen (wie viele Verstaatlichungen, wie hoch soll der Mindestlohn erhöht werden?).

In seinem Bericht warnt Marchais diejenigen außerhalb der Partei, die nun an das Ende der KPF glauben würden. Denjenigen innerhalb der Partei, die „parteiliche Methoden“ anwenden, kündigte er anlässlich des 24. Kongresses (s.o.) Sanktionen an.

Kaum gesagt – schon gemacht. Am 29. Juni wurden 11 KPF-Mitglieder ausgeschlossen wegen „Anwendung von total undemokratischen Methoden“. Es handelt sich um die Gründungsmitglieder von „Recontres Communistes“ („Kommunistische Begegnungen“), eine Gruppe, die vor einigen Wochen entstand und öffentliche Debatten initiieren will (die erste wird am 8.7. stattfinden). Unter den Ausgeschlossenen befindet sich insbesondere Henri Firbin, bisheriger KPF-Stadtrat in Paris, ehemaliges ZK-Mitglied. Firbin engagierte sich innerhalb der Partei für zensurfreie Debatten bzw. für eine tatsächlich offene Diskussion auch in der Parteipresse, sowie für die Linken bei Beibehaltung einer revolutionären Identität.

Zusammengefaßt bedeutet das jetzt eröffnete Mitterrand-Are eine real bessere Ausgangssituation für die Massen und die Linken. Der Wahlsieg selber ist Ausdruck des Wunsches nach radikalen Reformen. Dazwischen wird viel, hier und dort, von einer neuen Formierung der revolutionären Kräfte, vom Aufbau einer „pluralistischen revolutionären“ Kraft gesprochen. Dabei dürften insbesondere die anti-imperialistische Solidarität und der Kampf gegen die Kriegsgefahr eine zentrale Rolle spielen, sowie die Ablehnung einer reformistischen Klassenkollaboration.

Über die verschiedenen Initiativen, Vorschläge und Aktivitäten zur Einheit der Linken in Frankreich wollen wir im ersten „ARBEITERKAMPF“ nach der Sommerpause berichten.

Frankreich-Kommission

Militärische Aggressionen, wirtschaftliche Erpressung, handfeste Kriegsdrohungen ...

Der Imperialismus läßt Nicaragua keine Ruhe!

Am 19. Juli feiert das nicaraguanische Volk den zweiten Jahrestag seines in erbittertem Volkskrieg erstrittenen Sieges über die Somoza-Herrschaft. Die sandinistische Revolution öffnete nach 400-jähriger Unterdrückung durch Kolonialismus und Neokolonialismus den Weg zum Aufbau einer neuen, freien Gesellschaft, deren Arbeit nicht mehr einer inländischen Blutsauger-Oligarchie und ausländischen Konzernen zugute kommt, sondern der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des eigenen Landes – und damit den Lebensbedingungen der Nicaraguaner selbst.

Von Beginn an war jedoch der Prozeß der revolutionären Umwandlung und des Neuaufbaus den Angriffen der inneren Reaktion sowie konterrevolutionärer Banden von ehemaligen Somoza-Gardisten ausgesetzt, die ihre Aktivitäten im Untergrund oder vom Ausland aus fortsetzten. Erinnerung sei nur an die Ermordung von sieben jungen Alphabetisatoren während der großen nationalen Alphabetisierungskampagne von März bis August 1980. Weder die vertriebenen Unterdrücker und Profiteure der somozistischen Bereicherungsdiktatur noch die nordamerikanischen Imperialisten konnten sich mit der Niederlage abfinden. Insbesondere nach dem Wahlsieg von Ronald Reagan hat die Reorganisation und Zusammenfassung von Einheiten der ehemaligen Nationalgarde Somozas in Honduras und Florida/USA ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Ihre inzwischen tagtäglichen militärischen Provokationen gegen das befreite Nicaragua, ihre Unterstützung durch hondurensches Militär, ihre Vorbereitung auf eine Intervention in Ausbildungslagern auf un-amerikanischem und hondurenschem Gebiet, Maßnahmen des US-Imperialismus zur wirtschaftlichen Strangulierung Nicaraguas, das immer frechere Verhalten der bürgerlichen Opposition in Nicaragua – all' das fügt sich zu einem alarmierenden Gesamtbild zusammen: es ist der Versuch, Nicaragua „reif“ für eine Rückeroberung in den Machtbereich des Imperialismus zu machen.

Dieser Artikel soll Informationen über Einzelheiten und Hintergründe der imperialistischen Manöver gegen Nicaragua geben, die während eines Aufenthalts dort im April und Mai dieses Jahres gesammelt werden konnten.

Provokationen und Terror an der hondurenschen Grenze

Ein 45-jähriger Landarbeiter in Cusmapa (Region Somoto), nahe der hondurenschen Grenze, ist am frühen Morgen des 20. April 1981 auf dem Weg zu der Finca, auf der er als Landarbeiter beschäftigt ist. Er ist

Mitglied der sandinistischen Volksmiliz, die hier besondere Aufgaben zur Bewachung des Grenzgebietes hat. Plötzlich tauchen 25 bewaffnete Gestalten auf, die ihn umstellen. Sie verlangen, von ihm zur Kaserne von Cusmapa geführt zu werden, wo Grenztruppen des sandinistischen Volksheeres stationiert sind und lau-

sen an ihren Absichten keinerlei Zweifel: Sie ziehen ihm eine Schlinge so fest um den Hals, daß er Angst bekommt, zu ersticken, fragen nach der Anzahl der Soldaten in der Kaserne und sagen, sie würden alle töten. Als der gefangene Landarbeiter sich dennoch weigert, zu der Kaserne zu gehen, schützen sie ihn einen Oberschenkel auf. Er ist gezwungen, die Bande von Somoza-Gardisten zur Kaserne zu führen. Während sie unterwegs einen sehr steilen Abhang passierten, unternimmt der Milizionär einen tollkühnen Fluchtversuch. Er kann sich bremsen, wirft sich den Abhang hinunter und läßt sich in die Schlucht rollen. Die Konterrevolutionäre eröffnen sofort das Feuer, erwischen ihn an der Wange und am Arm. Trotz einem wahren Kugelhagel und seiner Verletzungen kann er in der Sohle der Schlucht entkommen. Er schafft es bis zu seinem Haus und läßt die Kaserne und die Miliz benachrichtigen. Die Suche nach den Invasoren findet gerungelnetenmaßen an der Grenze nach Honduras ihr Ende – wieder einmal haben sie sich auf der anderen Seite in Sicherheit bringen können. Der Landarbeiter und Milizsoldat Nazividad Vilchez wird mit einem Wangenschuß und einem Arm (Spitzerbruch) ins Krankenhaus von Esteli gebracht.

Diesen Überfall, den der mutige Milizionär der FSLN-Zeitung „Barricada“ schilderte (1), ist ein Beispiel für eine (glücklich verlaufene) Terror-Aktion der ehemaligen Nationalgardisten, wie sie sich in jüngerer Zeit stark gehäuft haben. Die Angriffe richteten sich sowohl gegen die nicaraguanische Landbevölkerung in der Grenzregion als auch gegen die dortigen Milizverbände und Einheiten des sandinistischen Volksheeres.

Am 3. Mai 1981 z.B. wurde gegen Mittag von der hondurenschen Seite aus heftiges Gewehrfeuer gegen den nicaraguanischen Grenzposten „Los Planes“ eröffnet. Eine Gruppe der sandinistischen Volksmiliz aus Managua, die dort für einige Zeit zur Verstärkung der Grenztruppe stationiert ist, wurde 190 m vor der Grenze beschossen. Ca. 25 Somozisten waren bereits auf nicaraguanisches Gebiet vorgedrungen. Sie verwickelten die Miliz-Einheit in ein vierstündiges Gefecht, wobei sie auch Granaten einsetzten. Nachdem vier der Konterrevolutionäre gefallen waren, zogen sie sich nach Honduras zurück. 20 Minuten später bezog ein großes Kontingent der somozistischen Banden mit drei Maschinengewehren jenseits der Grenze Stellung. Die Einheit der sandinistischen Miliz erhielt aus dem Befehl, sich zur Vermeidung einer weiteren Eskalation zurückzuziehen. Ein Hubschrauber kam aus dem hondurenschen Inland heran und überflog die Grenzregion. Eine Gruppe der Aggressoren drang erneut auf nicaraguanisches Gebiet vor und transportierte (unbehelligt) die vier Gefallenen ab, während auf der anderen Seite rege Bewegung von Militärfahrzeugen einsetzte. Als einige Tage später Journalisten den Ort des Geschehens besichtigen wollten, wurden auch sie beschossen und in die Schutzengraben getrieben (2).

Ebenfalls am 3. Mai wurde nordöstlich von Teotecacinte eine Grenzpostenlinie des sandinistischen Volksheeres angegriffen. Wiederum war eine Gruppe von 25 Aggressoren eingedrungen und flüchtete nach heftigem Feuergefecht in Richtung Honduras. Als sie sich der Grenze näherten, gaben ihnen reguläre hondurensche Truppen Feuerschutz; sie setzten Granatwerfer und schwere Maschinengewehre ein und wurden von einem Kampfhubschrauber unterstützt. Erst nach 6 Stunden brachen die hondurenschen Militärs den Angriff ab. Über die Zahl der Opfer ist nichts bekanntgegeben worden (3).

Allein in diesem Jahr hat es 37 derartige Aggressionen von Honduras aus gegeben (Stand 9. Mai 1981). Zehn Genossen der Grenztruppen des sandinistischen Volksheeres und der Miliz verloren bei der Abwehr der Angriffe ihr Leben. Darüber hinaus richteten die Somoza-Banden schweren wirtschaftlichen Schaden an: sie brachten bei den Überfällen 3.000 Stück Rindvieh in ihre Gewalt und trieben diese über die Grenze nach Honduras. Bauern mußten mit ansehen, wie neue landwirtschaftliche Maschinen geraubt und nach Honduras abtransportiert wurden – Maschinen, die häufig mit Hilfe des von den Sandinisten geschaffenen „Instituts für die Agrarreform“ gekauft worden waren, um die landwirtschaftliche Produktion auch der mittleren und kleinen Bauern zu steigern.

An den ständigen Grenzprovokationen beteiligt sich hondurensches Militär zunehmend nicht nur, indem den Truppen von somozistischen Ex-Nationalgardisten der Rückzug gesichert wird, sondern es dringt auch mit eigenen regulären Verbänden nach Nicaragua ein (so am 3.5. und 6.5. laut „Barricada“ vom 7.5.81).

Der Zweck dieser Aggressionspolitik ist offenbar zum einen, Zweifel und Unsicherheit unter dem nicaraguanischen Volk zu stiften, das sich nach einem stabilen Frieden für den Neuaufbau sehnt, und zum anderen, die nicaraguanischen Grenztruppen zu Gegenangriffen zu reizen. Die hondurensche Militärdiktatur hat Nicaragua bereits mehrfach der militärischen Aggression beschuldigt, womit in der Weltöffentlichkeit Rechtfertigungsgründe für eine mögliche Intervention geschaffen werden sollen.

Miami und Honduras – Stützpunkte der Konterrevolution

Die Ex-Somoza-Gardisten genießen in Honduras alle Freiheiten und unterhalten nahe der Grenze 14 militärische Lager, wo sie sich auf einen großangelegten Angriff gegen das revolutionäre Nicaragua vorbereiten (siehe Karte). Alle Proteste des nicaraguanischen Verteidigungs- und des Außenministeriums in Tegucigalpa (Hauptstadt von Honduras) wurden bisher

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. von d. letzten S.

mit Gegenwürfen oder der Feststellung, es gebe keine Verbände von Ex-Nationalgardisten der Somoza-Diktatur, beantwortet oder wurden einfach ignoriert.

Welchen Ausmaß der Aufmarsch dieser Terrorgruppen in Honduras erreicht hat, enthüllte im April der Hondurensche Friedensrat, über acht Trainingslager im Grenzgebiet zu Nicaragua machte er detaillierte Angaben, veröffentlichte die Namen der Großgrundbesitzer, auf deren Gelände sich die Lager befinden, und die Zahl der Somozisten darin. Demnach werden in diesen acht Lagern 3.000 ehemaligen Nationalgardisten auf eine Invasion vorbereitet, wobei sie in völliger Offenheit von bekannten Großgrundbesitzern und Teilen der hondurenschen Armee mit Versorgungsgütern und Waffen unterstützt werden.

In dem Dokument wird hervorgehoben, daß das regionale Oberkommando der hondurenschen Streitkräfte voll über diese Tatsachen unterrichtet ist, aber nicht darauf reagiert (4).

Die Sudmetropole der USA und Hauptstadt von Florida, Miami, hat insbesondere nach der kubanischen Revolution Berühmtheit als Sammelort von Konterrevolutionären und Reaktionen aus Lateinamerika bekommen. Auch die Angehörigen des Somoza-Regimes und ihre Mordbanden fanden dort nach der Befreiung Nicaraguas eine erste Zuflucht. Inzwischen gibt es eindeutige Beweise dafür, daß sie sich außer in Honduras schwerpunktmäßig auch in Miami und Umgebung ungehindert reorganisieren konnten.

Der Genosse Comandante Bayardo Arce, Koordinator der Politischen Kommission der Nationalen Leitung des FSLN, machte in einer Rede Ende März 1981 Angaben über vier Trainingslager in und um Miami, wo insgesamt 2.000 ehemalige Nationalgardisten, verstärkt durch Exilkubaner, auf eine Intervention vorbereitet werden. Die Tageszeitung „Miami Herald“ veröffentlichte gar Interviews mit dort stationierten Somozisten, die ohne jede Vorichtsmaßnahme über ihre Interventionsvorbereitungen redeten. Damit alle Exilnicaraguaner wissen, wohin sie sich wenden können, gab das Blatt gleich die Adressen der Lager bekannt (5). Die spanische Zeitschrift „Interviú“ brachte im April einen Bildbericht, durch den die Existenz der Lager und die Tätigkeit ihrer Insassen bestätigt wird. Um eine positive Presse für Kriegsdrohungen und Interventionsabsichten gegen Nicaragua und Kuba zu bekommen, hatten Exilnicaraguaner und -nicaraguaner eine Gruppe von Journalisten nach Miami eingeladen und sie sogar ein Lager besichtigen lassen.

Auf die vielfachen Proteste der nicaraguanischen Regierung des Nationalen Wiederaufbaus ließ US-Außenminister Haig bisher nur provokative Antworten hören. Die nicaraguanische Regierung des Nationalen Wiederaufbaus ließ US-Außenminister Haig bisher nur provokative Stellungnahmen abgeben: Die Einrichtungen der Exilnicaraguaner befänden sich auf Privatgeländen, und das sei in den USA geschützt — man könne also nichts machen. Auf den Hinweis aus Nicaragua, daß in den Lagern von Miami mit Kriegswaffen und automatischen Gewehren geübt werde (was selbst in den USA auch auf „Privatgeländen“ verboten ist), ließ das FBI



Die FSLN-Zeitung „Barricada“ veröffentlichte diese Karte der Lager und der Aggressionen von Ex-Nationalgardisten.

in Miami verurteilen, es handle sich lediglich um „autorisierte Versionen von Kriegswaffen“, deren Verwendung kein Delikt darstelle. Die Konterrevolutionäre haben in Florida auch die Freiheit, über eigene Rundfunksender für ihre Sache zu werben. Die mexikanische Zeitung „uno más uno“ berichtete am 22.4.81, daß folgender Werbespot alle 30 Minuten ausgestrahlt worden sei: „Nicaraguaner, schließe dich den Reihen der Feinde des Marxismus-Sandinismus an, der Krieg gegen das blutige Regime hat schon begonnen und du hast einen Platz in diesem Kampf“ — dazu Fanfarenstöße und die Adressen von Büros der Somozisten. Mit Recht werfen die Sandinisten in ihrer Presse der Regierung Reagan direkte Komplizenschaft mit den konterrevolutionären Banden bei der Vorbereitung und Durchführung krimineller Aktionen vor.

Strategie-Planung der Reagan Berater zur Befriedung Zentralamerikas

Neben der Konzentration konterrevolutionärer Truppen in Honduras und den USA (und in geringerem Umfang auch in Guatemala und Costa Rica) stellt die umfassende Aufrüstung der nicaraguanischen Unterdrückungsarmee durch die USA eine Bedrohung für das nicaraguanische Volk dar. In diesem Jahr sind bereits 10 Kampfflugzeuge des Typs Huey, 10 Düsenflugzeuge T-28, T-2-Flugzeuge und Ausbildungsmaschinen geliefert worden. Außerdem ist beobachtet worden, daß große US-Transportflugzeuge vom Typ C-130 Hercules in kurzen Abständen

auf dem hondurenschen Flughafen Toncontin gelandet sind und Kriegsmaterial entladen haben. Auch per Schiff sind Waffen nach Honduras transportiert worden, u.a. britische Panzer. Bezeichnenderweise ist parallel zu dieser Aufrüstung die Militärgesetzgebung in Honduras geändert worden. Es ist künftig erlaubt, daß die hondurenschen Militärs Bürger jedweder Nationalität in ihre Armee aufnehmen, dadurch können nun alle konterrevolutionären Banden in Honduras kurzerhand zu Teilen der Armee erklärt und somit „legalisiert“ werden, wie auch das Anwerben von Soldaten eine rechtliche Grundlage bekommen hat. Darüber hinaus wurden Gesetze erlassen, durch die fremden Streitkräften freier Durchgang durch Honduras gewährt werden kann und die der hondurenschen Armee gestatten, Aufgaben außerhalb der Landesgrenzen zu erfüllen (6). Noch einen wichtigen Teil „Entwicklungshilfe“ haben die USA hier übernommen: In großer Zahl bringen sie militärischen Nachwuchs aus Honduras in ihre Militärschulen der Panama-Kanalzone und bündeln sie dort aus.

Nachdem die Militärhilfe für Guatemala seit 1977 gesenkt und dann fast ganz eingestellt wurde, bekam das dortige Regime für 1981 ebenfalls nur 100.000 US-Dollar. Guatemala seit 1977 gesenkt und dann fast ganz eingestellt wurde, bekam das dortige Regime für 1981 ebenfalls wieder US-Rüstungsgelder, bisher 3 Millionen Dollar. Unabhängig davon lieferte Israel 23.000 Gahl-Gewehre. Weitbin bekannt ist im übrigen die dramatische Aufrüstung des zum Völkermord entschlossenen Regimes in El Salvador durch die Reagan-Regierung. Während die Machthaber in Zentralamerika, die der nicaraguanischen Revolution erklärtermaßen feindlich ge-

genüberstehen, von den USA aufgerüstet und zu immer grausamerer Verfolgung der Volksbewegungen in ihren Ländern ermuntert werden, versuchen die Imperialisten mit ökonomischen Maßnahmen eine Versorgungskrise in Nicaragua heraufzubeschwören. Mit der Sperrung einer Finanzhilfe in Höhe von 9,6 Millionen Dollar, die die Carter-Regierung für den Kauf von US-Weizen bewilligt hatte, und der Suspendierung eines 15-Millionen-Dollar-Kredits für den Bau von Schulen und der Schaffung von Sozialleistungen, sollen die ungeheuren Probleme, die die Somoza-Diktatur und der Krieg dem nicaraguanischen Volk hinterlassen haben, verschärft werden. Man hofft dadurch, in einer Situation akuten Devisenmangels, Unzufriedenheit und Verunsicherung unter den Nicaraguanern zu säen. Wichtig zu wissen ist hierbei, daß die Wiederaufbaumaßnahmen, die Neuananschaffung und die noch immer notwendigen Importe von Lebensmitteln die Investition von Devisen erfordern, welche größtenteils durch Kreditaufnahme aufgebracht werden müssen.

Der US-Imperialismus verteidigt seine Interessenszone

Der US-Imperialismus verteidigt seine Interessenszone

Hintergrund all' der Machenschaften der USA in Zentralamerika und gegen Nicaragua sind strategische Planungen, die von Beratern des Herrn Reagan bereits zu dessen Wahlkampf angefertigt wurden. Verschiedene Institutionen und Arbeitsgruppen waren damit beauftragt, Grundlagen für die neue Außenpolitik einer republikani-

schen Regierung und speziell für ihre Lateinamerika-Politik zu erstellen. Jane Kirkpatrick, heute Reagan-UN-Botschafterin, stellte als Mitarbeiterin des Strategischen Instituts Georgetown fest, Lateinamerika sei eine Interessenszone, in der die USA offen oder verdeckt intervenieren müssen, um die Etablierung von Regierungen zu verhindern, die für die nationale Sicherheit der USA inakzeptabel sind (7). Vor einigen Wochen äußerte sie, die Region Zentralamerika und der Karibik sei „heute für die Vereinigten Staaten die wichtigste Region auf der Welt“ und kritisierte die Lateinamerika-Politik des Expräsidenten Carter, die eine Politik „mit sonderbaren Elementen wie Menschenrechte, Entwicklung, Ehrenhaftigkeit“ gewesen sei. Roger Fontaine, Direktor des Georgetown-Instituts und Chef der Arbeitsgruppe Santa Fe, leitete die Erstellung eines Programmpapiers für Reagan mit dem Titel „Die neue Interamerikanische Politik für die 80er Jahre“. Darin heißt es, die vor 150 Jahren (zur Untermauerung der imperialistischen Expansionspolitik der USA, d.V.) ausgegebene Monroe-Doktrin „Amerika den (Nord-)Amerikanern“ müsse heute wieder Eckstein der US-Lateinamerikapolitik sein (8). Und wie zur Ergänzung äußerte am 9. März 81 der Sprecher des US-Außenministeriums William Dymally, „die Gründe für die Entstehung der Monroe-Doktrin vor 150 Jahren sind die gleichen wie die heutigen Motive der Vereinigten Staaten für ihre Politik gegenüber El Salvador.“ In diesem Sinne fand folgende Passage Eingang in das Regierungsprogramm der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen: „Wir bedauern die marxistisch-sandinistische Machtergreifung in Nicaragua und die marxistischen Absichten, El Salvador, Guatemala und Honduras zu destabilisieren. Wir lehnen die Hilfe der USA für jedwedes marxistische Land in dieser Hemisphäre ab und wir werden uns gegen das Hilfsprogramm der Carter-Administration für die Regierung von Nicaragua. Jedoch werden wir die Anstrengungen des nicaraguanischen Volkes unterstützen, eine freie und unabhängige Regierung zu schaffen ...“ (9).

US-Außenminister Haig gab im März 1981 seine „Analyse der Probleme Lateinamerikas“ zu verlesen. Demnach wolle der Kommunismus in vier Phasen die endgültige Kontrolle über diese Region erringen. Mit dem Sturz Somozas und der Eroberung Nicaraguas sei die erste Phase bereits abgeschlossen. Die drei weiteren sollen aus der Eroberung von El Salvador, Honduras und Guatemala in dieser Reihenfolge bestehen. Hieran werde bereits die permanente und unausweichliche Konfrontation mit der Sowjetunion deutlich. Das öffentliche Plaudern über die Schlußfolgerungen daraus überließ er seinem engsten Berater Di Giovanni, ehemals Offizier der CIA. Der meinte, es sei nicht wichtig, die Eigenarten der Gesellschaften und Regierungen der Region zu untersuchen, sondern sich dem zunehmenden marxistischen Vordringen entgegenzustellen. „Das heißt, eine strategische Offensive zu planen, um die sandinistische Regierung zu stürzen und die Aufstandskräfte in El Salvador zu zerstören. [...] Die sandinisti-

Fortsetzung nächste Seite



Übungslager der Sandinistischen Volksmiliz, mit vereiften Gewehren, teilweise Holzzatzen

Fortsetzung von vorheriger Seite

sche Regierung ist noch schwach und kann durch eine koordinierte, seitlich und räumlich begrenzte Anstrengung vertrieben werden" (10). In diesem Zusammenhang haben auch die wändigen Grenzverletzungen ihren Platz.

Die strategischen Vordenker der Herren Haig und Reagan sind sich darin einig: Die Widerstandsbewegungen und antilimperialistischen Befreiungskämpfe in Mittelamerika sind nur zu beschlagen, wenn die nicaraguanische Revolution zerschlagen wird. In der Folge müsse auch ein „Befreiungskrieg“ in Kuba geführt werden. Für Nicaragua präzisiert Di Giovanni, unabhängig vom Grad des Blends der Bevölkerung werde es ohne eine Militärfaktion nicht möglich sein, „die gegenwärtige kommunistische Regierung von Nicaragua auszutreiben. Ohne Zweifel gibt es unzufriedene Nicaraguaner; im bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten könnten sie von den ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde unterstützt werden, die heute im Exil sind. [...] Obwohl die Nicaraguaner gerade einen grausamen Bürgerkrieg hinter sich haben, der fast 3,5% der Bevölkerung tötete, gibt es einige Anzeichen für die wachsende Unterstützung breiter Kreise, die Waffen zu ergreifen und die sandinistische Regierung zu vernichten. Und diese Unterstützung kann dadurch wachsen, daß sich die ökonomischen Probleme verschärfen.“

Aus diesen Äußerungen wird nun ein klarer Zusammenhang sichtbar zwischen den menschenfeindlichen Planungen der imperialistischen Strategiedenker, der weltweiten Pressenkampagne im Frühjahr dieses Jahres gegen Nicaragua und Kuba wegen angeblicher Organisation von Waffenströmen zu den salvadorianischen Befreiungskämpfern, dem Kredit- und Weltenembargo des USA gegen Nicaragua und den Aktivitäten der kon-

terrevolutionären Verbände in Honduras und Miami.

Wie genau der Zeitpunkt kalkuliert war, zu dem die USA ihre wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen gegen Nicaragua verhängt haben, läßt sich an einer weiteren Überlegung des Haig-Beraters Di Giovanni erkennen. „Trotz ihrer wachsenden Ernüchterung über die sandinistische Regierung haben die nicaraguanischen Arbeiter weiterhin eine emotionale Bindung zu der revolutionären Bewegung. Es ist zu erwarten, daß diese Bindung in dem Maße schwächer wird, wie die Wirtschaft Schaden erleidet. [...] Die wirtschaftlichen Bedingungen werden um den Dezember 1980 schwieriger und können zumindest eine begrenzte Unzufriedenheit provozieren, wenn die gegenwärtige Ernteperiode im Mai und Juni 1981 beendet wird; dann wird das Land ein schweres Finanzdefizit haben, falls es nicht massive Hilfe von außen erhält [...]“. Im März und April verhängte die USA ihre Boykottmaßnahmen, gut vorbereitet durch ihre antikommunistische Hetzkampagne in den Massenmedien des „freien Westens“.

Roger Pontaine, lauzwischen Berater des nationalen Sicherheitsrates der US-Regierung in lateinamerikanischen Angelegenheiten, empfiehlt ausdrücklich, die Lebensmittelversorgung als politische Waffe einzusetzen und dafür mit den anderen großen Nahrungsmittel-Exportländern Canada, Brasilien, Argentinien, Australien und Neuseeland eine Koalition einzugehen, die „den mächtigsten Druck gegen ihre potentiellen Feinde“ ausüben könnte. So versuchen die Imperialisten, Völkern wie dem nicaraguanischen ihren Herrschaftsanspruch auch durch Hunger aufzuzwingen. Der nordamerikanische Imperialismus kann eine Ausbreitung der Revolution in seinem „Hinterhof“ Zentralamerika nicht dulden.

Die Verteidigung der sandinistischen Revolution in Nicaragua und die revolutionäre Befreiung El Sal-

vadors wie der anderen unterdrückten Völker Zentralamerikas brauchen unsere verstärkte Solidarität!

Ein Genosse aus Bremen

Anmerkungen

1. „Barricada“, Managua 24.4.1981
2. „Barricada“, 9.5.1981
3. „Barricada“, 7.5.1981
4. „Barricada“, 23.4.1981
5. „Patria Libre“, Managua, Organ der Sandinistischen Streitkräfte Nr. 12 und Rede von Bayardo Arce Castaño, abgedruckt in „Nuevo Diario“, Managua, 2.4.1981
6. Bayardo Arce Castaño in „Nuevo Diario“, 2.4.1981
7. ebenda
8. ebenda
9. zit. n. Bayardo Arce ebenda
10. Bayardo Arce, ebenda



Exil-Nicaraguaner im „trotel“ Miami



Somocistas in Miami in einem Trainingslager

Bild aus „stern“, 25.6.81

Subimperialistische Scharmützel am Kap Hoorn

Die drei im Beagle-Kanal befindlichen Inseln Picton, Nueva und Lenox sind in den letzten drei Jahren immer wieder Streitobjekt der beiden faschistischen Diktaturen Chile und Argentinien gewesen. Eine Kränze hackt der anderen kein Auge aus, sollte man meinen. Warum es dennoch fast zum Krieg der beiden Staaten gekommen wäre, läßt sich nicht allein mit innenpolitischen Schwierigkeiten der Gorbilas erklären.

Die Hintergründe des Beagle-Konflikts

Es geht um ein ca. 300 Quadratkilometer großes felsiges, vulkanisches und vereistes Territorium am Südpol Feuerlands. Die britische Krone fällte 1977 ein Gerichtsurteil, in dem sie Chile die Hoheit über die drei Inseln einräumte, die derzeit zu Argentinien gehören.

1978 wäre es wegen dieses Urteils fast zu einem Krieg gekommen. Die Militärkassen in Santiago und Buenos Aires beschworen die nationale Souveränität und die Liebe zum Vaterland, um einen bevorstehenden Waffengang zu rechtfertigen. Dahinter standen jedoch recht schlechte Interessen.

Erstens: Wer die Insel besitzt, hat automatisch die Hoheit über 200 Seemeilen in den atlantischen Ozean hinein. Chile ist jedoch ein Pazifik-Anrainer. Würde Chile die Inseln bekommen, würden sich automatisch die chilenischen Hoheitsgewässer um ca. 1,5 Mio qkm in den Atlantik hinein erweitern (nach „resistencia“ Nr. 2, März 1981).

Zweitens werden vor der Küste Feuerlands große Erdölvorkommen vermutet.

Drittens würde ein chilenischer Besitz der Insel gleichzeitig die Oberlegenheit über Argentinien auf Gebieten der Antarktis implizieren.

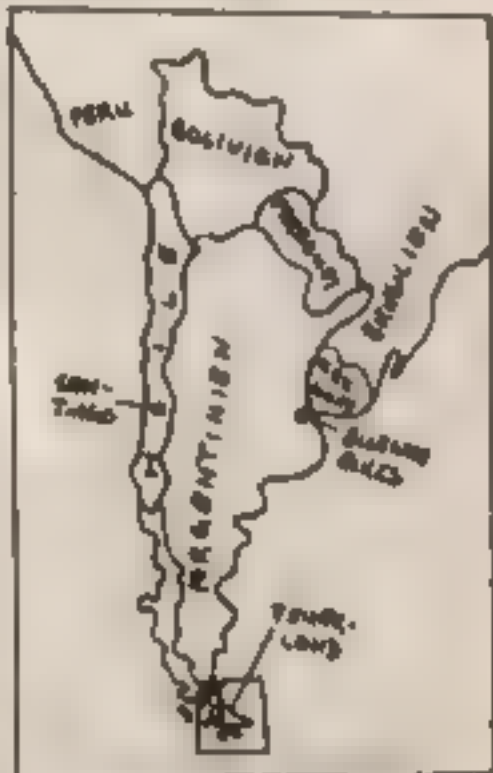
Unter den 14 Mio qkm der Antarktis, dem sechsten Kontinent der Erde, verborgen sich Gas- und Erdölvorkommen in einem Maße, daß die die jetzigen Energievorkommen ersetzen könnten. Außerdem sollen hier nach Aussagen von Wissenschaftlern die größten Kohlevorkommen der Erde lagern sowie enorme Mengen an Eisen. Darüber hinaus befinden sich hier Quarz, Zink, Molybdän, Silber und vermutlich Diamanten, ebenso wie eine große Menge Magnesium und Kalk, eine für die Zukunft sehr wichtige Ernährungsquelle („resistencia“, März 1981).

Es geht also um wesentlich mehr als um drei kleine Inseln. Im Hintergrund stehen offensichtlich langfristige strategische Interessen um die Vorherrschaft im Cono Sur. Und diese wird sich Argentinien mit seinen ehrgeizigen

atomaren Großmachtplänen nicht durch einen nichterlichen Schiedsspruch streitig machen wollen.

Der Papst vermittelt

Ende 1978 einigten sich die katholischen Militärbefehlshaber darauf, dem Papst um eine Vermittlung zu bemühen. Jedoch erst zwei Jahre später wurde ein Urteil gefällt. Nach dem Ableben zweier Oberhäupter ward es erst Papst Wojtyla beschieden. Ende 1980 folgendes Urteil erging zu lassen: „Chile soll die drei Inseln zurück-erhalten, aber gleichzeitig soll die argentinische These bestätigt werden, daß der Pazifik zu Chile und der Atlantik zu Argentinien gehört“ („LAN“, Juni 81). Chile erklärte sich



einverstanden, aber Argentinien lehnte ab. Aus im April d. J. Chile zwei argentinische Offiziere an der Grenze wegen Spionageverdachts verhaftete, antwortete Argentinien mit der Schließung seiner Grenzen zu Chile und mit einer Zusammenziehung seiner Truppen in diesem Gebiet.

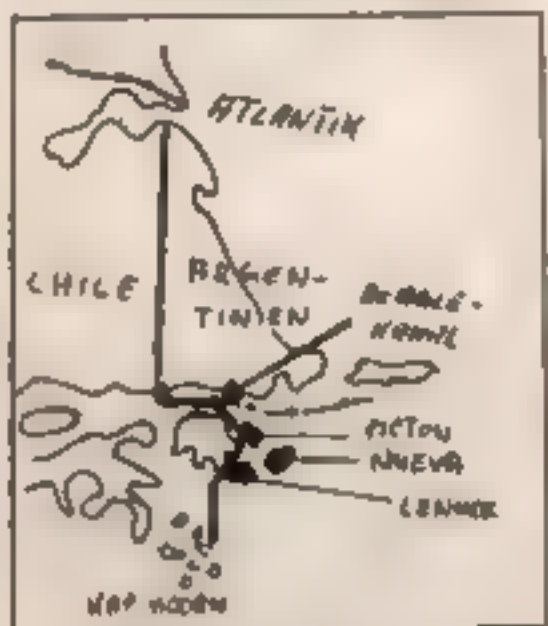
Was hat die BRD damit zu tun?

Direkt erstmal gar nichts, aber indirekt! In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Bau und die geplante Lieferung von zwei U-Booten nach Chile interessant. Der Bau dieser Kriegsschiffe wird von der Kieler HDW Werft ausgeführt, die sich zu 74,9 % in Staatsbesitz befindet. Mit dem Hinweis darauf, daß die U-Boote ursprünglich für den Schah vorgesehen waren und der bedrohten Arbeitsplätze, ließ sich die Geschäftsführung auf das U-Boot-Geschäft mit Chile ein-

Freie Kriegsschiffbaukonzepte, welches Waffenlieferungen der BRD in

Spannungsgelände unterlegt. erzielte der zuständige Bundeswehrminister die entsprechende Genehmigung. Mehr noch, im Dezember 1980 wurden weitere Genehmigungen für U-Bootlieferungen nach Peru, Argentinien (!), Indonesien und Indien erteilt („FR“, 23.12.80).

Dabei kann sich diese Politik einer gewissen Tradition rühmen. „In den vergangenen Jahren hatte die Werft bereits U-Boote an die Militärdiktaturen Argentiniens, Uruguays und Indonesiens sowie an die südafrikanischen Rassistens geliefert“ („Metall“, Jan 81 Nr. 1/14). Kriegsminister Apel dementierte sich zu keiner Zeit von den geplanten Waffenexporten, sondern zog sich hinter die Beschlüsse des Bundessicherheitsrates zurück (Vgl. „Mor-



--- Grenze nach chilenischer Interpretation
— Grenze nach argentinischer Interpretation

genpost“-Interview vom 22.1.81).

Deutsche Technologie in Argentinien

Die o.g. U-Boote wurden bereits 1974 mit vorgefertigten Teilen der Kieler HDW für Argentinien fertiggestellt. Damals handelte es sich um zwei U-Boote des Typs Z-09 mit nur 300 t Tragfähigkeit. Mittlerweile bekam der Kaiser-Kriegskonzerne Thyssen/Henschel einen Auftrag über den Bau eines wesentlich größeren U-Bootes vom Typ TR 1700 aus einer Tragfähigkeit von 1.800 t (nach „Argentinica-Info“ Nr. 1). Darüber hinaus soll der Bau von sechs Fregatten des Typs 122 von einer westdeutschen Werftengruppe für Argentinien übernommen werden (siehe Anzeige).

TAM, ein Beispiel westdeutscher Waffenhilfe

Wirklich brüderlich bemühte sich die

westdeutsche Kriegindustrie um die Entwicklung eines speziellen argentinischen Kampfpanzers. Die „Internationale Wehrrevue“ berichtete im März 1977: „Der neue, im Auftrag des argentinischen Verteidigungsministeriums entwickelte mittelschwere Kampfpanser TAM (Tanque argentino mediano), dessen erster Prototyp im Januar 1977 fertiggestellt wurde, soll im argentinischen Heer die nach vorhandenen, aus der Zeit des 2. Weltkriegs stammenden US-Kampfpanser des Typs Sherman ablösen. Die für diesen Beschaffungsvorgang erforderliche Gesetzesvorlage wurde, wie wir aus Argentinien erfahren, zwischenzeitlich verabschiedet. Eine Variante des TAM, der VCI (vehículo combate infantería), der anstelle der 105 mm-Kanone eine ebenfalls turmlaffierte 20 mm-MK von Rheinmetall erhalten wird, soll die Mobilität und Schlagkraft der mechanisierten Verbände des argentinischen Heeres erhöhen. Damit wird Argentinien das erste Land sein, das sowohl für den Kampf, als auch Schützenpanzerersatz ein logistisch gleiches Fahrzeug erhalten wird, ein Ziel, das im Nato-Bereich wohl immer angestrebt, aber niemals erreicht wurde.“

Als Lösung bot sich ein von Thyssen/Henschel in Zusammenarbeit mit Argentinien konzipiertes neues Fahrzeug an, das nicht nur die militärischen Forderungen des argentinischen Heeres erfüllt, sondern darüber hinaus auch modernste Panzerfahrzeugschulung ins Land bringen wird.“ Darüber hinaus versuchte Thyssen/Henschel eine eigenfinanzierte Entwicklung eines weiteren TAM-Prototypen mit noch präziserer Feuerkraft.

Zu fragen bleibt, wofür der ganze Aufwand? Geht es um Entwicklungshilfe für die westdeutsche Rüstungsindustrie? Oder soll die Kriegstechnologie der argentinischen Subversion (sprich Opposition) besser bekämpfen helfen? Aber die ist nach den Worten der Generale ja so gut wie ausgerollt. Oder ist der Einsatz der Panzer und U-Boote gegen äußere Bedrohungen vorgesehen? Welche würden da wohl in Frage kommen? Hier warten im Kriegsfall interessante Geschäfte auf die westdeutsche Wirtschaft, auf beiden Seiten der Front, versteht sich. Und daß der westdeutsche Imperialismus nicht zögern wird, folgt seine indifferente Haltung zum Beagle Konflikt. Die Folgen dieser Politik haben die lateinamerikanischen Völker mit Hunger, Blund, Hunger und Fol-

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schillerstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 088248 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lehner
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 316 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Pöhl, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o w.b. Verbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47697

B. Möller
Postfach 103141
2800 Bremen

Postlagerkarte 001 378

33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A

297 Emden

Göttingen

Buchladen Rote Straße

Rote Straße 10 z.Hd. KB

34 Göttingen

Hannover

V. Campen

Postfach 1262

3 Hannover 1

Hildesheim

Postlagerkarte 018182

3200 Hildesheim

Lüneburg

Postlagerkarte A 017 890

314 Lüneburg

Wasser-Elbe-Gebiet

Postlagerkarte 070 178 A

28 Oldenburg

Oldenburg

Vertriebsbüro

Buckstraße 2

48 Bielefeld

Bochum

Postlagerkarte A 088011

463 Bochum

Darmstadt

KB c/o Buchvertrieb

Große Heimbstraße 62

48 Darmstadt 1

Düsseldorf

Postlagerkarte 080 180 A

41 Dülburg

Köln

KB/Gruppe Köln

c/o BUL-Büro

Ällicher Straße 22

5000 Köln 1

Mönchengladbach

Postlagerkarte A 008 748

4050 Mönchengladbach

Münster

Postlagerkarte Nr. 028033 B

4400 Münster

Darmstadt

Hauptpostlageramt

Postlagerkarte Nr.: 018040 B

61 Darmstadt

Frankfurt

S. Löhner

Rödenstraße Str. 13

6 Frankfurt 90

Kassel

Florian Rohs

Kirchweg 77

3500 Kassel

Krefeld

schriftlich über Buchladen Joe Fritz

c/o Kommunistischer Bund

Wilmstraße 15

Heidelberg

Postlagerkarte 080 846 B

Heidelberg

Karlsruhe

Postlagerkarte 063508 B

76 Karlsruhe

Stuttgart

Postlagerkarte 824 B

7000 Stuttgart 1

Hamburg

P. Trüger

Postfach 160 472

86 Hamburg

Wuppertal

Postlagerkarte Nr. 0074298

1000 Wuppertal 82

Wuppertal

Postlagerkarte 078303 A

5700 Wuppertal

Trier

Postlagerkarte Nr. 031078 B

5500 Trier

Redaktion des

ARBEITERKAMPFES

Lärchenstraße 75

c/o Hamburger Betz u. Ver-

lags-Kooperative GmbH

2000 Hamburg 60

Redaktion: 040/43 54 16

Abonnement-Verwaltung:

040/43 53 48

Interview mit einem iranischen Genossen Der Sturz Banisadr

Das folgende Interview machten wir mit einem iranischen Genossen, der kürzlich aus dem Iran zurückgekehrt ist. Wir danken dem Genossen für das Gespräch.

Frage: Banisadr wurde mit über 75 % der Stimmen (bei etwa 60 % Wahlbeteiligung) im Januar 1980 für das Amt des Staatspräsidenten gewählt. Diese hohe Stimmenzahl konnte er erreichen, weil er sowohl von Khomeiny als auch von breiten Teilen des Klerus unterstützt wurde (zur Wahl siehe AK 173, S. 2). Nach nur wenig mehr als einem Jahr hat Khomeiny der Amtsübernahme Banisadrs zugestimmt, das Parlament hatte zuvor seine politische Unfähigkeit festgestellt und ihm vorgeworfen, als Oberbefehlshaber der Armee für die Siege Iraks verantwortlich zu sein, die revolutionären Institutionen geschwächt und zum Aufbruch angestiftet zu haben. Banisadr ist in der letzten Zeit mehr und mehr als „Oppositioneller“ aufgetreten, wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Antwort: Wenn man das Verhältnis Khomeiny zu Menschen um ihn seit seinem Exil im Irak, dann in Paris und nach seiner Rückkehr in Teheran studiert, stellt man fest, daß es nicht nur das Los Banisadr gewesen ist, von ihm ausgesucht, ausgenutzt und dann ausgestoßen worden zu sein. Genauso hat sich Khomeiny verhalten mit dem Führer der Nationalen Front, Sandjabi, dem ersten Außenminister nach der Revolution; mit Ghotbzadeh, mit Bazargan, mit Yazdi, Madani, Nazih (1) usw., ganz zu schweigen von den Linken, die er im irakischen Exil versuchte durch Versprechungen für seine Zwecke zu mißbrauchen. Es handelt sich meiner Ansicht nach darum, daß sich Khomeiny zu Menschen und politischen Gruppen in seiner Nähe verhält, wie ein Bauer zu einer Milchkuh, die geschlachtet wird, sobald sie nicht mehr ihre Funktion erfüllt. Er nutzt sie im Sinne seiner Zwecke aus. Diese

sind: seine Machtgier und seine Vorstellung, die ganze Welt oder zumindest den arabischen Iran nach seiner archaischen religiösen Vision umzugestalten. Diese Vorstellung ist in seinem 1971 erschienenen Buch „Der islamische Staat“ nachzulesen. Politiker, die sich ihm zur Verfügung stellten, haben entweder dieses Buch nicht gelesen, nicht ernst genommen oder, was wahrscheinlicher ist, haben genauso gedacht wie er, entweder in Übereinstimmung mit seiner Vision oder in Übereinstimmung mit seiner Methode, andere Leute zu behandeln, als wären sie Werkzeuge einer Politik. Die letzteren hatten also von Anfang an eine andere Vorstellung von dem gehabt, was nach der Revolution im Iran im Sinne und durch Ausschluß der Religion politisch, ökonomisch, gesellschaftlich usw. zu geschehen hatte.

Banisadr gehörte von Anfang an zu dieser zweiten Gruppe. Politisch stammt er aus dem Lager der Nationalen Front um Mossadegh (2). Aus dieser bürgerlich-laizistischen Tradition heraus versuchte er, seine politischen Ambitionen und seinen toxischen-islamischen Phantasiebildern folgend, eine Brücke zum Lager der Religionen zu schlagen. Diese hatten sich seit Anfang der sechziger Jahre verstärkt und in einer bunten Mischung wieder hervorgetan, sie bildeten daher ein sowohl von den Linken als auch von der Nationalen Front selbständiges Lager. Die sozialpolitischen Vorstellungen Banisadr trugen also verschiedenartige Elemente aus diesen beiden Lagern. Er will im Iran und der ganzen Welt eine sowohl islamische als auch modernistische Gesellschaft aufbauen. Er will Qom und Paris (3) miteinander vereinen. Er will eine Pariser Kommuni-

ne, in der alle Menschen in Richtung Mekka beten, wobei es keinen Vorbeter, keinen Imam mehr gibt, oder jeder sein eigener Vorbeter, sein eigener Imam ist. Er will aber auf jeden Fall dieser Gemeinde selbst vorstehen. Unter seiner Führung sollten die Gegenstände, wie Mossadegh und Khomeiny neben verschiedenen linken Schattierungen die dritte Epoche der Men-



schengeschichte überhaupt einleiten. Die erste Epoche ist nach ihm die Erhebung Mohammads und die zweite die europäische Renaissance. Man muß ein Superman sein, um diese Vorstellung in die Tat umzusetzen. Wenn man keine ist, dann stolpert man über die ersten Hindernisse, die dem Träumen im Wege stehen. Man macht unheimliche Fehler, man wird zum Opportunismus gezwungen, man wird ausgenutzt, um anschließend ausgestoßen zu werden.

So ist es Banisadr gegangen. Er ist über Khomeiny und seine Wunschräume gestolpert. Dabei hat er sehr oft seinen Prinzipien zuwidergehandelt. Ich denke an den Krieg gegen die Kurden, an die Schließung der Universitäten usw., ohne allerdings seine Prinzipien ganz aus den Augen zu lassen. Aber gerade dieses restliche Festhalten an seinen Ideen hat Khomeiny ihm übel genommen. Er ist letzten Endes entlassen worden, weil er dem greisen Despoten nicht ganz zur Verfügung stand, weil er seinem Ehrgeiz, aber auch seinen religiösen und sozialpolitischen Visionen treu geblieben ist.

Frage: Welche Gruppierungen oder Fraktionen gibt es im Lager der Machthabenden? Welche Ziele verfolgen sie? Von wem werden sie unterstützt und auf welche Bevölkerungsschichten können sie sich stützen?

Antwort: Die islamisch-republikanische Partei um Beheshti und Rafsanjani, die sogenannten Modjahedin der islamischen Revolution um Nabavi (4), dem eigentlichen Ministerpräsidenten im Kabinett Rajai, und eine Reihe kleinerer Gruppen um einzelne Personen, wie zum Beispiel die Schlächtertruppe um Ghafari und eine Anzahl nicht parteigebundener höherer Geistliche, wie Maltgawikani. Aus dem Lager der Linken wird das Regime unterstützt durch die Tudeh Partei, die sogenannte Mehrheitsfraktion der Volksfedayin (5) und die „Religiöse Bewegung der kombatanten Moderns“ um den Zahnarzt Dr. Peyman. Bei diesen Linken handelt es sich um die Moskautreuen. Dies ist gleichzeitig ein Hinweis darauf, wie Moskau sich zumindest in dieser Form zur noch bestehenden Macht im Iran verhält. Über das Verhältnis des westlichen Auslands zu dieser Macht bin ich noch nicht in der Lage, etwas resümeehaftes zu sagen. Fest steht, daß die Machtergreifung Khomeinys von den USA zumindest als letzte Alternative geduldet wurde (6). Fest steht, daß der Vertrag zur Lösung der Geisellafäre wie eine Opfergabe zur Amtseinführung Reagans aussieht (7). Fest steht, daß die Briten im vergangenen Jahr ihre besten Geschäfte mit dem Iran getätigt haben und jetzt dabei sind, sich einen Auftrag im Wert von über 2,5 Mrd. Dollar für die nächsten fünf Jahre einzukaufen. Alles nicht danach aus, daß Iran wieder einer Periode der positiven Neutralität in seiner Außenpolitik entgegensteht, das ist ein gebräuchlicher Ausdruck im Iran, wenn man sagen will, daß das Land neutral ausverkauft wird.

Was das Programm der erwähnten

Parteien und Banden betrifft, reden sie alle von der Herstellung einer dem islamischen Recht entsprechenden Gesellschaft. Dabei interpretieren sie das Recht orthodox und ziemlich buchstabengetreu. Obwohl es schlimm genug ist, wenn man in diesem Jahrhundert eine Gesellschaft nach den Gesetzen der vergangenen Jahrtausende umgestalten will, so ist es immer noch besser, für die Beurteilung des politischen Programms sich an der Praxis zu orientieren. Die Praxis der letzten zwei Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes wird und ein wahrheitsgetreues Bild des Programms liefern. Was ist gewesen außer der blutigen Unterdrückung der ethnischen, religiösen und politischen Minderheiten, außer der durch

bedingt durch die eben dargestellte Politik, immer mehr an Unterstützung, und zwar in allen Schichten des Volkes. Man kann mit Sicherheit sagen, daß seine Anhänger im Iran heute eine immer kleiner werdende Minderheit bilden. Die Kundgebung vom 5. Juni in Teheran hat nicht einmal 300.000 Leute auf die Beine gebracht. Die Zahl muß verglichen werden mit der zehnfachen Teilnahme an früheren Kundgebungen. Dies, obwohl sie aus allen Himmelsrichtungen ihre Anhänger mit allen möglichen zur Verfügung stehenden Transportmitteln scharenweise angekarrt hatten. Und obwohl Khomeiny selbst seine Anhänger zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen hatte. Nach der Absetzung von Banisadr vom Posten des Oberbefehlshabers der Armee hat Khomeiny in verstärktem Maße an Anhängern verloren. Ich habe selber viele Leute kennengelernt, die vor diesem Ereignis versuchten eine Stellung zu beziehen, nach der sie sowohl Banisadr als auch Khomeiny als ihre Führer betrachteten. Aber nach diesem Ereignis haben sie Khomeiny fallengelassen.

Die noch bestehenden Anhänger rekrutieren sich vor allem aus den Reihen des sogenannten Lumpenproletariats. Aus afghanischen Flüchtlingen. Dazu kommen noch einige Angehörige des Bürgertums, der Intelligenz, der Arbeiterschaft und vor allem des Kleinbürgertums, also aus allen Schichten der Bevölkerung. Das liegt an dem Charakter der iranischen Revolution, was wiederum zu tun hat mit den sozio-ökonomischen Strukturen dieses Landes, die keine eindeutige Klassenbildung im westeuropäischen Sinne des Wortes bisher zugelassen hat.

Frage: In welchen Fragen hat es Widersprüche zwischen Banisadr und der IRP bzw. der reaktionären Geistlichkeit gegeben?

Antwort: Die Antwort darauf habe ich teilweise schon bei der ersten Frage gegeben. Es ging um Macht, nicht nur um persönliche Macht. Banisadr ist als Modernist, was ihn in Gegensatz zu den sogenannten Fundamentalisten setzt. Er ist kein Demokrat im Sinne der Anerkennung der Gleichheit der Ideen. Er möchte genauso wie die Mullas eine islamische Gesellschaft im Iran und in der ganzen Welt errichten, im Gegensatz zu den Fundamentalisten weniger durch Gewalt und Ausschluß der Andersgläubigen und mehr durch Überzeugung und Diskussion. Mullas wie Beheshti waren sich von Anfang an dieser Diskrepanz der Vorstellungen bewußt und versuchten schon früh, ihn an die Wand zu drängen. In seiner Selbstverteidigung vor diesem Druck und um seine Position in diesem Kampf zu stärken, prangerte er immer mehr das an, was bei der Bevölkerung ohnehin verhaßt war: die Zensur, die Einschränkung sonstiger Freiheiten, den ökonomischen Ruin des

Fortsetzung nächste Seite

Die Organisation der Volksmodjahedin im Iran

Die religiöse Organisation der Volksmodjahedin ist die stärkste, bestorganisierteste linke Organisation im Iran. Ihre Wochenzeitung Modjahed erreichte eine Auflage von 800.000, obwohl sie illegal herausgegeben und verteilt werden muß. In den letzten Tagen wurden fünf Zeitungsverkäufer erschossen. Seit der letzten Zuspitzung der Kämpfe wird die Zeitung täglich herausgegeben und erreicht eine Auflage von mehr als 1 Mio Exemplaren.

Wir drucken im folgenden eine Selbstdarstellung der Volksmodjahedin ab.

Zum Kennenlernen der Organisation Volksmodjahedin

Die Organisation der Volksmodjahedin im Iran

Die religiöse Organisation der Volksmodjahedin ist die stärkste, bestorganisierteste linke Organisation im Iran. Ihre Wochenzeitung Modjahed erreichte eine Auflage von 800.000, obwohl sie illegal herausgegeben und verteilt werden muß. In den letzten Tagen wurden fünf Zeitungsverkäufer erschossen. Seit der letzten Zuspitzung der Kämpfe wird die Zeitung täglich herausgegeben und erreicht eine Auflage von mehr als 1 Mio Exemplaren.

Wir drucken im folgenden eine Selbstdarstellung der Volksmodjahedin ab.

Zum Kennenlernen der Organisation Volksmodjahedin im Iran (PMOI)

Name: Volks-Modjahedin-Organisation-Iran (PMOI)
Gründungszeit: Iranisches Jahr 1344 (1965)
Begründer: Mohammad Hanif-nasab, Sa'ad Moham, Ali-Ashgar, Badr Isadegan

Ideologischer Inhalt: politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich

1) Unsere Ideologie ist der Islam und gründet auf der Weltanschauung von Tolid (Koran, = göttliche Integration) als Wegweiser, die Gesellschaft zur umfassenden Ausrottung jeder Ausbeutung zu geleiten und das tohidische System (göttlich integriertes) aufzubauen. Denn diese Ideologie stützt sich — in welcher geschichtlichen Situation auch immer — auf die unterdrücktesten und fortschrittlichsten Kräfte und soziale Klassen (wie der Koran sagt: erniedrigtesten, gedemütigtesten), deren wahre Repräsentanten in den aktuellen Bedingungen der iranischen Gesellschaft die Arbeiter und ihre Verbündeten, die Bauern, sind.

Die PMOI glaubt an die totale Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — auf jeder Ebene und in jeder Dimension — durch die Ausrottung jeglicher Klassenunterschiede und wird ihren Kampf bis zur Verwirklichung der klassenlosen Tolidgesellschaft fortführen.

2) Die PMOI hält den Widerspruch zwischen dem Volk und dem Imperialismus in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase für grundsätzlich, weswegen sie gleich seit ihrer Gründung den Kampf als bewaffneten Kampf und mit der Politik des Guerillakampfes begonnen hat, was zum Sturz des Anti-Volks- und Kompradoren-Regimes Pahlawi geführt hat, einen Schritt vorwärts bei der Verwirklichung der Ideale von Tolid.

Seit Errichtung der Islamischen Republik Iran hält die PMOI an für

notwendig, den anti-imperialistischen Kampf durch Einheit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen voranzutreiben, wobei sie sich aktiv in der politischen und sozialen Arena beteiligt.

Die PMOI war beständig die Triebkraft in dem Bestreben, eine Front aus allen anti-imperialistischen Kräften mit Programm zu formieren, während sie an ihrem Motto festhält: „Volle Unterstützung aller revolutionären und Befreiungs-Organisationen außerhalb der iranischen Grenzen, damit und bis eine solide anti-imperialistische Front bewerkstelligt wird.“

Seit dem triumphalen Aufstand am 22. Bahman 1357 (11. Februar 1979) hat die PMOI folgendes erreicht:

- 1) Sich ideologisch abzugrenzen von anderen Kräften, die unter dem Namen des Islam arbeiten und oberflächlich ähnlich scheinen, und diese Abgrenzung bis in die politisch-strategische Ebene zu heben.
- 2) Ihre revolutionäre Verantwortlichkeit in der Hitze der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Iran einzulösen, ohne an der Regierung beteiligt zu sein.
- 3) Einen aktiven Kontakt mit allen fortschrittlichen und revolutionären Sektoren und Kräften des Volkes im Zusammenhang mit den Wahlprogrammen (während der Präsidentschaftskandidatur) von Modjahed-Bruder Mas'ud Radjavi zu entwickeln, wobei sie sich als Stützpunkt der revolutionären Kräfte inmitten aller Repressionen, die von Seiten der Regierung zu tragen hatte, gezeigt hat.

eines durch die Schule der Revolution gegangenen, zu jeder schöpferischen Arbeit bereitstehenden Volkes, so daß es heute wieder im politischen Abglauben Zuflucht nehmen muß, das Selbstvertrauen verliert, sich betrogen fühlt und keinem mehr bereit ist, sein Vertrauen zu schenken. Die Liste der Einzelheiten dieses düsteren Programms ließe sich noch weiterführen.

Welche Basis dieses Regime in der Bevölkerung hat, oder besser, noch hat? Die Revolution von 1979 war, wie die meisten vergangenen Revolutionen im Iran, eher eine Revolution des ganzen Volkes gewesen. Khomeiny genöß ganz zu Anfang beinahe das Vertrauen des ganzen Volkes. Seitdem verliert er,



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Landes, die Korruption, die Fehler der Außenpolitik usw. Dabei erhöhte sich seine Popularität bei dem Volke bis zu einem so hohen Grad, daß es selbst für Khomeini zu viel wurde. Daher kommt also der letzte Druck, der nun zu seinem Sturz geführt hat.

Frage: Auf welche Schichten kann Banisadr sich heute stützen?

Antwort: Die vielleicht einzige Schicht, aus der Banisadr keine Anhänger rekrutieren könnte, ist die der Lumpen, sonst bindet er vieles von dem, was Khomeini an Anhängern verliert, wieder aus allen Volksschichten. Ich sage vieles und nicht alles, weil ein Teil der Volksmodjahedin zufließt oder der politischen Apathie, dem Mißtrauen und dem Aberglauben anheimfällt. Die Zahl der letzten Gruppe ist sehr groß geworden, ebenso die Zahl jener, die es bereuen, bei der Revolution gegen den Schah mit dabei gewesen zu sein. Diese beiden Gruppen sind zu beachten, wenn über die Zukunft des Landes nachgedacht wird.

Frage: Wie stellen sich die Linken und die religiöse Organisation der Volksmodjahedin zu diesen Auseinandersetzungen?

Antwort: Das Lager der Linken ist sehr bunt, und es ist immer ein Problem gewesen, festzustellen, was links und was rechts ist. Um die Auseinandersetzung an diesem Ort zu vermeiden, nenne ich links, was sich selbst so bezeichnet. Von diesen schlägt sich ein Teil auf die Seite Khomeinis gegen Banisadr, die Tudeh-Partei, die Mehrheitsfraktion der Volksfedayin, die Gruppe um Peyman. Weil Khomeini angeblich eine ant imperialistische Politik vertritt, seien seine antidemokratischen Ausschreitungen zu verzeihen.

Für die zweite Gruppe der Linken, die Demokratische Partei Kurdistans, Komeleh, Peykar, Minderheitsfraktion der Volksfedayin usw., stellen Banisadr und Khomeini die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Reaktion dar und sind als solche zu bekämpfen. Erst nach dem Sturz Banisadrs scheint sich bei der Minderheitsfraktion der Volksfedayin eine differenziertere Einstufung Banisadrs durchzusetzen. In ihrem letzten Kommuniqué haben sie sich dafür ausgesprochen, Banisadr in seinem Kampf gegen die Mullahs zu unterstützen. Peykar tun es stillschweigend, sie haben offiziell nichts darüber verlauten lassen. Die Demokratische Partei Kurdistans hat in der Vergangenheit Banisadr schon weniger feindlich behandelt als Khomeini.

Die dritte Gruppe der Linken unterstützt Banisadr in seinem Kampf gegen die Diktatur des Khomeini-Regimes und tut das ganz offiziell, ohne sich dabei mit der Banisadr-Linie zu identifizieren. Zu dieser Gruppe gehört als erste die stärkste, bestorganisierte linke Partei in Iran, das heißt die Partei der Volksmodjahedin. Dazu kommen noch einige Gruppen der selbständigen demokratischen Marxisten. Vom Verlauf des nun bevorstehenden bewaffneten Kampfes wird es abhängen, wie weit sich die zweite und dritte Gruppe zwecks Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Reaktion einander nahe kommen werden. Die ersten Schritte hierzu sind schon unternommen worden.

Frage: Der Kampf der Machthaber gegen jede Opposition hat eine neue Stufe der Brutalität erreicht. Wie ist das weitere Vorgehen einzuschätzen?

Antwort: Die Reaktion ist fest entschlossen, alles, was ihr im Wege steht, zu vernichten. In Teheran redet man schon von einer Liste von mehreren tausend Personen, die festgenommen und zum Teil hingerichtet werden sollen. Ghafari, der Mullah, der die Schlagertruppe führt, hat dem Gefängnisleiter von Evin-Gefängnis gesagt, im Falle eines Falles sollen alle Insassen, alles politische Gefangene, hingerichtet werden. Daß dies kein Gerücht ist, zeigt die Praxis der letzten Tage und Monate. Militärisch stützt sich die Reaktion hierbei und bei dem schon laufenden und in größerem Ausmaß bevorstehenden Bürgerkrieg in erster Linie auf die Pasdaran und die militärischen Anhänger der herrschenden Parteien und Banden. Die sogenannten Linken auf der Seite der Reaktion, also Tudeh-Partei, Mehrheitsfraktion der Volksfedayin, Peyman-Gruppe, beschränken sich zur Zeit auf Handlangerdienste; sie arbeiten vor allem als Spitzel. Ob sie sich in diesem Kampf auch mit ihren Waffen zur Verfügung stellen würden, wird sich zeigen.

Frage: Wie wird sich die Armee verhalten?

Antwort: Das Verhalten der Armee ist schwer einzuschätzen. Sie hat sich im Kampf zwischen Khomeini und Banisadr bisher auf keine Seite gestellt, ebenso neutral verhält sich zur Zeit die Polizei. Daß sie keine Vorliebe für Khomeini haben, scheint festzustehen. Aber es deutet auch nichts darauf hin, daß sie bereit wären, die Partei Banisadrs zu ergreifen. Sie werden vielleicht versuchen, eines Tages die rettende Hand der Nation zu spielen. Mehr dazu kann ich heute noch nicht

sagen, das heißt, ich weiß es nicht.

Frage: Haben die fortschrittlichen Kräfte eine Chance, diese Angriffe zurückzuschlagen?

Antwort: Ob die Opposition gegen die militärische Macht Khomeinis eine Chance hat, sich durchzusetzen, hängt sehr von ihrer Entschlossenheit, taktischen Klugheit und organisatorischen Fähigkeit ab. Sie hat die überwältigende Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite, aber diese ist bis auf die linken Gruppen unorganisiert, teilweise deprimiert und mißtraulich. Es liegt also an den bestehenden Organisationen, vor allem an den Volksmodjahedin, sich der Sympathie der Bevölkerung zu bedienen, das Mißtrauen abzubauen und einen geordneten Kampf gegen die Reaktion zu führen. Der Erfolg wird in diesem Fall ganz sicher sein. Die Rolle, die Banisadr dabei spielen wird, hängt davon ab, wie weit er sich von seinen Illusionen schon bald befreit, seine

Fehler einleitet, sein Verhalten korrigiert und entschlossen auf der Seite der eigentlichen Opposition im Kampf gegen die Reaktion teilnimmt. In diesem Fall wird ihm eventuell eine zentrale Position sicher sein.

Anmerkungen:

- (1) Ghotbzadeh war nach der Revolution Chef des Rundfunks und Fernsehens, einen Tag nach dem Aufstand verhängte er die totale Zensur, später Außenminister, mußte wegen Widersprüchen in der Geiseltat zurücktreten. Bazargan war der erste Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, mußte unmittelbar nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran zurücktreten, war aber noch weiter im Revolutionärsrat. Yazdi war der erste Außenminister, Madani Gouverneur der Erbilprovinz Khuzestan bis zu den Präsidentschaftswahlen und Chef der Marine, Nazih Direktor der staatlichen Erdölgesellschaft.
- (2) Mousadegh war seit 1951 Ministerpräsident.

Said Soltanpur ermordet

Am Samstag, den 20.6., fand eine von den Volksmodjahedin organisierte Demonstration gegen die Amtsenthebung Banisadrs in Teheran statt. In schweren Kämpfen mit Anhängern der Partei Ootes (Hezbollah) und Pasdaran wurden mindestens 30 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Von den Verhafteten wurden am nächsten Morgen 15 erschossen, ohne daß zum Teil ihre Namen bekannt gewesen wären. Die Gelegenheit wurde von den Machthabern ausgenutzt, auch acht Insassen des Evin-Gefängnisses ohne Gerichtsverfahren zu ermorden, unter ihnen der bekannte Schriftsteller, Theaterregisseur und Schauspieler Said Soltanpur (im Januar 1979 druckten wir ein Interview mit ihm im AK ab).

Im folgenden drucken wir einen Teil eines Flugblattes der Volksfedayin (Minderheit) ab, das kurz vor seiner Ermordung herausgegeben wurde, um eine Kampagne zu seiner Freilassung zu initiieren. Said Soltanpur war zuletzt führendes Mitglied der Volksfedayin (Minderheit).

Wer ist Said Soltanpur?

Said Soltanpur ist Hochschullehrer, Dichter und arbeitete als Theaterdirektor in Teheran. Seine Werke brachten ihn ständig in Konflikt mit der Zensur. Als Mitgründer der iranischen „Drama-Gesellschaft“ inszenierte er unter anderem Ibsens „Menschenfeind“, Gorkis „Kleinbürger“ und

Brechts „Die Geschichte der Simone Machard“. Bei der Aufführung dieser Stücke wurde das Theater mehrmals von Agenten der iranischen Geheimpolizei SAVAK besetzt und geschlossen. Direktor, Intendant und Schauspieler wurden vorübergehend festgenommen.

Im Jahre 1973 wurde Soltanpur wegen des von ihm geschriebenen Stückes „Balladen aus dem Gefängnis“ verhaftet und sieben Monate lang gefoltert. In kritischem Zustand wurde er für 21 Tage in ein Polizeihospital verlegt, jedoch vor Ausheilung der durch die Folter verursachten Verletzungen ins Gefängnis zurückgebracht und weiter gefoltert. In einem Schauprozess wurde er dann zu drei Jahren Haft verurteilt. Während der Haft schrieb er „vom Schlafhaus“. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis 1977 wurde die Dichterlesung von Said Soltanpur an der Technischen Universität zum Ausgangspunkt der ersten großen Demonstration in Teheran. Die Dichterlesung wurde in eine die ganze Nacht dauernde Protestkundgebung gegen das Schahregime umfunktioniert; am nächsten Tag fand eine große Demonstration statt. Nach diesen Protesten mußte Soltanpur für zwei Monate in den Untergrund gehen, wie im übrigen fast alle ehemaligen politischen Häftlinge, um der Erschießung auf offener Straße zu entgehen.

Nach seiner Flucht ins Ausland

gründete er mit drei weiteren ehemaligen politischen Häftlingen — zwei ehemaligen Armee-Offizieren und einem ehemaligen Medizin-Studenten — das „Komitee vom Gefängnis ins Exil“, das zusammen mit der CISNU die Solidarität mit den politischen Gefangenen im Iran und mit den kämpfenden iranischen Völkern organisierte.

Während ca. 13 Monaten Aufenthalt in Europa hat Said Soltanpur diverse Meetings und Protestkundgebungen gegen das Schahregime veranstaltet und die Aufdeckung der Politik der Schah-Diktatur vorangetrieben. Nach seiner Rückkehr in die Heimat setzte Said Soltanpur sein kämpferisches Leben und Bewußtsein noch intensiver für das Volk und für revolutionäre Organisationen ein; er ist derjenige, der zu dieser Zeit das proletarische Dokumentartheater gegründet hat. Gespielt und vorgeführt wurde diese Theaterart in „Herr Abbas, Arbeiter bei Iran-National Autoindustrie“ und „Tod dem Imperialismus“; mit diesen beiden Stücken gelang es ihm, Kunst und Klassenkampf in einer noch nicht dagewesenen Weise so zu verknüpfen, daß sich die Zuschauer während der Aufführung wie in einer Arbeiterkühngebung vorkamen.

Iranische Studenten-Organisationen Sympathisanten der Vereintigungsorganisation der Volksfedayin Irans in der Bundesrepublik

Widerstand gegen die Mullah-Diktatur in der BRD

Die aktuelle Entwicklung im Iran war für die linken Iraner in der BRD Anlaß zu einigen Aktionen. In Hamburg wurde am 23.6. das iranische Konsulat für eine halbe Stunde durch Sympathisanten der Volksfedayin (Minderheit im ZK) besetzt; in Bremen kam es beim Versuch, den Bucharisch Khomeini-treuer Spitzel in der Mensa zu verhindern, zu schweren Handgreiflichkeiten und dem ersten Polizeieinsatz an der Uni.

Iranisches Konsulat „aufgeräumt“

Nachdem im Iran erneut 35 Revolutionäre, darunter sechs 14-jährige Mädchen, hingerichtet worden waren, nahmen Sympathisanten der Volksfedayin dies zum Anlaß, durch eine Besetzung des iranischen Konsulats in Hamburg auf die Verhältnisse im Iran aufmerksam zu machen. Die rund 40 Genossen hängten einige Transparente in den Konsulatsräumen auf und „räumten“ die Aktenschränke auf. Die sofort eintreffende Polizei ging mit Knüppeln auf die fliehenden Iraner los. Von sieben festgenommenen Iranern wurden vier bereits nach drei Stunden freigelassen, während die anderen drei ohne nähere Begründung in Einzelhaft festgehalten werden. Alle drei begannen aus Protest gegen diese Haftbedingungen und die Entwicklung im Iran einen Hungerstreik.

Khomeini-Spitzel raus aus Bremen!

Die Auseinandersetzungen in der Bremer Uni-Mensa vom 23.6. sind nur das vorerst letzte Glied einer Kette von Widerstandaktionen gegen die Mitglieder der U.I.S.A. (United Islamic Students Association), einer Vereinigung fanatischer Khomeini-Anhänger in den USA und Europa.

Im Zuge des Aufbaus der reaktionären „Islamischen Republik“ wurde die U.I.S.A. von den „Modjahedin der islamischen Revolution“, einer rechtsorientierten paramilitärischen, der islamisch-republikanischen Partei

nahestehenden Terrororganisation, aufgefördert, im Ausland ihren Teil dazu beizutragen, die Opposition auszuschalten. Das „Koordinationskomitee der Antimperialistisch-Antireaktionären Iranischen Studenten in Bremen“ veröffentlichte ein Schreiben, in dem die U.I.S.A. aufgefordert wird, „die aktiven marxistischen Gruppen in Eurem Wohnort und nach Möglichkeit die Namen ihrer Führer“ zu nennen und Berichte über die „Aktivitäten der Konterrevolution“ zu schreiben. Die Angst vieler fortschrittlicher Iraner nach der Veröffentlichung dieses Schreibens ist verständlich, denn die Ergebnisse der Spitzelarbeit werden an SAVAMA, den Geheimdienst der Mullahs, weitergeleitet. Nach ihrer Rückkehr in den Iran droht den Oppositionellen dann Verhaftung, Folter und Tod.

Bereits am 16. Juni kam es zu kleineren Prügeleien, als der Propaganda-stand der U.I.S.A. kurzerhand umgeschmissen wurde, denn allein das Rufen von Parolen reichte nicht aus, die Spitzel aus der Mensa zu vertreiben. Die Khomeini-Anhänger schlugen daraufhin wild um sich, waren jedoch der Überzahl linker Iraner und einiger Westdeutscher nicht gewachsen. Aus dieser Erfahrung heraus holte sich die U.I.S.A.

Verstärkung durch auswärtige Faschisten

Zum Schutz des U.I.S.A.-Standes waren U.I.S.A.-Studenten aus anderen Städten, Mitarbeiter der iranischen Konsulate in Hamburg und Aachen, libanesische Falangisten und türkische Graue Wölfe eingetroffen. Alles in allem ca. 30 Faschisten, z.T. mit Schlagringen und Ketten ausgerüstet, standen um den Bucharisch herum, als iranische und westdeutsche sowie weitere ausländische Studenten gemeinsam Parolen riefen und über Megaphon die Mensa-BesucherInnen über die Hintergründe aufklärten.

Ganz unvermittelt griffen die Khomeini-Anhänger an, funktionierten die Mensa-Stühle zu Knütteln und

Wurfgeschossen um. Erholt vom ersten Schrecken gelang es, die Faschisten aus den Fenstern zu drängen. Durch eine Seitentür kamen sie allerdings in die Mensa zurück, jedoch wurden ihnen diesmal Ketten ausländischer und westdeutscher Studenten entgegengestellt, was weitere Gewalttätigkeiten verhinderte.

In diesem Moment stürmten etwa 30 Polizisten in die Mensa, die mit wahllosem Schlagstockeinsatz auch gegen gänzlich Unbeteiligte zunächst für „Ruhe“ sorgten, sich dann in den Hintergrund zurückzogen und teilweise auf dem Umgelände patrouillierten. In den anschließenden hitzigen Debatten stellte sich heraus, daß Uni-Kanzler Maas die Polizei gerufen hatte, um „ohne die Vorfälle irgendwie zu werten“, die linken Iraner ebenso wie die Spitzel und Faschisten aus der Mensa zu befördern. Dieser „demokratische

Schlichtungsvorschlag“ stieß auf geschlossenen Protest, und die Demonstranten bestanden darauf, die Schläger selbst rauszuschmeißen. Allein diese Geschlossenheit veranlaßte Maas, die Spitzel durch die Polizei aus der Mensa führen zu lassen.

Reaktionen

Im Flugblatt des AStA am darauffolgenden Tag wird festgestellt: „Fortschrittliche Studenten (darunter Mitglieder des AStA; Anm. AK) hatten durch ihren mutigen Einsatz die streitenden Parteien getrennt. Der erste Polizeieinsatz auf dem Gelände der Universität war unnötig“. Damit werden die Geschehnisse auf den Kopf gestellt, denn nicht „fortschrittliche Studenten“ haben schon neutral „streitende Parteien getrennt“, sondern richtig war gerade, sich zu „streiten“

und den Faschisten entgegenzustellen.

Die Unileitung hat in Form einer Mitteilung durch Rektor Wittkowsky bekanntgegeben, daß „die Erlaubnis, weiterhin Bucharische iranischer Studentengruppen in der Mensa aufzustellen, an folgende Bedingungen geknüpft wird:

1. Wie auch für die deutschen Studenten gilt für die Iraner, daß weder in der Universität noch in der Mensa auch noch so begründete Kritik mit gewalttätigen Mitteln durchgesetzt werden darf. (...) Ausländerfeindlichkeit ist ein Übel, das allerdings durch solche Vorkommnisse gefördert statt abgebaut wird.“

Es gilt die Parole: Hauptsache ist „Ruhe und Ordnung“ — und was geht „una“ die Diktatur im Iran an. Mit dieser Parole wurde auch schon der Schah geschützt.

KB/Gruppe Bremen

Terroranschlag auf Palästinenser in Bremen

„Am 26.6.1981 um 0.30 wurde in einem Studentenwohnheim in Bremen ein Attentat auf ein Mitglied des PSV (Palästinensischer Studentenverband) verübt.“

Unter dem Vorwand, eine Übernachtungsmöglichkeit bei ihrem Landmann zu suchen, überredeten zwei nicht bekannte Palästinenser ihn, mit ihnen das Gepäck aus dem Auto zu holen. Zwei Minuten vorher hatten die letzten Gäste die Wohnung verlassen. Die beiden Attentäter und ihr nichtssagendes Opfer gingen zu dem angeblich wartenden Taxi, und in der einsamen Stelle an Wegen zog einer der beiden einen scharfen Metallgegenstand aus der Jacke und versetzte unserem Genossen damit einen wuchtigen Schlag auf den Schädel. Als er — für die beiden Täter unerwartet — laut schrie, ließen die Attentäter weg.

Unser verletzter palästinensischer Genosse wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Art der Verletzung läßt auf einen Mordversuch schließen. Als

Tatmotiv scheiden persönliche Angelegenheiten aus. Der Anschlag hat eindeutig politischen Hintergrund“. (Aus einer Presse-Erklärung, die u.a. von palästinensischen, iranischen und arabischen Gruppen sowie vom KB herausgegeben wurde).

Mit diesem Mordanschlag wird deutlich, zu welchen brutalen Methoden gewisse bürgerliche und rechte Strömungen in der PLO bereit sind, um ihren Alleinvertragsanspruch für das palästinensische Volk durchzusetzen. Links, revolutionäre Palästinenser, die es z.B. ablehnen, einen von den Imperialisten und israelischen Zionisten überwachten „Teilstaat“ als Lösung der „Palästina-Frage“ zu akzeptieren, und die an der Forderung nach völligem Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk auf ihrem Land bei friedlichem Zusammenleben mit den dort angesiedelten Juden festhalten, werden schon seit Jahren von bürgerlichen Palästinensern hart bekämpft. Insbesondere, seit imperialistische Kreise die Hoff-

nung geweckt haben, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen eventuell doch einen palästinensischen Teilstaat (mit eingeschränkter Souveränität) zulassen würden, unternehmen reformistische und bürgerliche Strömungen in der PLO größte Anstrengungen, um sich als zuverlässiger (Verhandlungs-) Partner der Imperialisten zu erweisen. Gerade das politische Wirken von linken Palästinensern im europäischen Ausland wird dabei als nachhaltige Störung, ja als Untergrabung der Versuche empfunden, mit den Imperialisten zu einem friedlichen Vergleich zu kommen.

Dieser jüngste Anschlag ist leider nicht das erste Beispiel dafür, daß bürgerliche Kräfte in der PLO die revolutionäre palästinensische Linke im Ausland mit Gewalt und Terror zu unterdrücken versuchen. (Diese Hintergrundinformationen erhielten wir in einem Gespräch mit palästinensischen Genossen)

Genossen in Bremen

Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst

In der der aufgelösten „KPD“ nahe-
stehenden Zeitschrift „Befreiung“
hat Rudolf Bahro einen neuen Auf-
satz vorgelegt, in dem er seine eige-
nen Gedankengänge weiter voranzut-
reiben versucht (Nr. 21/81). Realitäts-
nahe Argumentation ist Bahro
da nicht abzusprechen, wo er sich in
der Polemik an eher rechten
Positionen anlehnt, beispielsweise
in seinem Widerspruch gegen die
kriegsfördernde Legende von der
sowjetischen Überlegenheit und Be-
drohung. Sobald Bahro sich aber sei-
nem Hauptgegenstand zuwendet,
nämlich der Polemik gegen Linke,
entfernt er sich immer mehr von sei-
nen marxistischen Ursprüngen, zu de-
nen er sich noch bei seiner Einreise
in die BRD mit Selbstverständlich-
keit bekannt hatte.

In seinem neuen Aufsatz setzt
Bahro erneut bei der von ihm in letz-
ter Zeit aufgegriffenen „Exterminis-
mus“-Theorie an, die übrigens auch
die theoretische Basis des Russell-
Aufrufs für eine atomwaffenfreie Zo-
ne in Europa ist. Dieser Theorie zu-
folge ist das moderne Industrie-
gesellschaften – unabhängig vom
konkreten politisch-sozialen System
– der unwiderstehliche „Drang“ zu
Massenvernichtung und Massenzerstö-
rung „eingelagert“ (Exterminare =
auslöschen, vernichten). „Eingelagert“
soll besagen, daß der „Exterminis-
mus“ untrennbarer Bestandteil aller
Industriezivilisationen sei; man müsse
also die Industriezivilisation selbst
überwinden, um den „Exterminis-
mus“ zu überwinden. Hier könnte
mensch die Frage weiterplanen, was
eigentlich Überwindung der Industrie-
zivilisation konkret zu bedeu-
ten hätte, da zweifellos auch Bahro
nicht die Rückkehr zum hölzernen
Handpflug oder gar zum Faustkeil
vorschlagen will, und da er wohl eben-
sowenig die Reduzierung des per-
sönlichen Besitzes auf einen Satz
Messer und Gabel, ein paar Schuhe
und einen Einheitskittel anstrebt.
Die menschliche Gesellschaft wird also
Industriegesellschaft bleiben
müssen. Es geht nicht um die Beseiti-
gung der industriellen Produktions-
weise, sondern um die Veränderung
der Antriebe und Kontroll-
mechanismen, nach denen diese Pro-
duktion funktioniert, was heißen
müßte, der Industriezivilisation die
„Giftzähne“ zu ziehen. Leider kon-
kretisiert Rudolf Bahro seine Über-
legungen nicht in diese Rich-
tung, sondern wendet den Blick zu-

zum „Exterminismus“ führenden
Sündenfall zu bezeichnen: Der Sün-
denfall müßte dann ja noch viel
früher zu orten sein. Diese Kon-
sequenz deutet Bahro sogar selbst an,
indem er davon spricht, daß der „Ex-
terminismus“ die „Quintessenz des
gesamten Werkzeugsystems,
das auf den Menschen und die Erde
gerichtet ist“ sei (Hervorhebung von
mir – kt.). Tatsächlich kann man
auf der Suche nach dem zum „Ex-
terminismus“ führenden Sündenfall
auch gut und gern behaupten, daß al-
les Unheil schon mit der sich vor ei-
nigen Hunderttausend Jahren entfal-
tenden systematischen Produktion
menschlicher Werkzeuge begonnen
habe.

Man kann aber auch noch weiter
in den unerschöpflichen Brunnen der
Geschichte steigen und beispielsweise
behaupten, daß bereits die evolu-
tionäre Abtrennung des Frühmen-
schen von seinen äffischen Vorfah-
ren die Wurzel allen Übels gewesen
sei. Da die Marxisten – und Bahro
argumentiert in dieser Beziehung
tatsächlich noch als Marxist – die
gesamte Evolution des Lebens
ablaufenden Prozesß begreifen, kann
man den Zeitpunkt des Sündenfalls
auch beliebig früher datieren, in der
Entwicklung der Säugetiere oder
sonstwo. Man kann schließlich sogar
zu dem schönen Paradoxon gelangen,
daß vielleicht die Weichen für die
Zerstörung jedes Lebens auf diesem
Planeten bereits in jenem Moment
gestellt wurden, wo auf diesem Pla-
neten das Leben begann. So ge-
sehen trug schon der früheste lebende
Glibber vor vier Milliarden Jahren
mit einiger „Unausweichlichkeit“ die
Keime des „Exterminismus“ in sich.

Wie einfach hat es da vergleichs-
weise die Religion, die einen durch
„Gott“ produzierten paradiesischen
Urzustand annimmt, der vom Men-
schen durch eine einzige, exakt zu
definierende und tendenziell auf die
Minute genau zu bestimmende Hand-
lung zerstört wurde – den bekannten
Bis in den Apfel, den die zuvor von
der Schlange indoktrinierte Eva
ihrem Adam reichete. Man mag sich
bei dieser Gelegenheit daran erin-
nern, daß die Bibel eigentlich nicht
von einem Apfel spricht, sondern
nur von einer nicht näher bezeichne-
ten Frucht, die am Baum des „Er-
kennens von Gut und Böse“ gewach-
sen ist. Dies nur als kleiner Denkan-
stoß für weiterführende Überlegun-
gen von Bahro oder seinen Epigonen.

Bahro, um auf dessen Aufsatz in
der „Befreiung“ zurückzukommen,
sucht die Wurzel des Übels in der
menschlichen „Gattunganlage“.
„Insofern müssen wir heute statt
oberflächlich mit Kritik
der (modernen) politischen Ökono-
mie f a n d a m e n t a l mit Kritik
der menschlichen Natur beginnen“.
Wir müßten uns „gegen den Rat aller
Aufklärung doch auf die Suche nach
dem Bösen in uns selber machen“.
Ein interessantes Thema, aber Bahro
schürft diesbezüglich gar nicht be-
sonders tief, sondern kommt direkt
auf sein zentrales Anliegen zu spr-
chen: den bösen Klassenkampf. „Die
drohende Katastrophe hängt offen-
bar mit jener sozialen Dynamik zu-
sammen, die dahin trieb, daß alle
schriftlich überlieferte Geschichte
eine Geschichte von Klassenkämpfen
wurde ... Wenn es so ist, dann bleiben
wir mit der Orientierung am Klassen-
kampf als Lösungsweg in dem Zirkel
befangen, aus dem wir ausbrechen
müssen“.

Bahros Schlußfolgerung ist keines-
wegs so glatt-logisch, wie er sie dar-
stellen möchte. Rudolf Bahro wird
wohl immer noch zustimmen, daß
das tiefere Übel nicht der Klassen-
kampf ist, sondern die Existenz
von Klassen, die den Klassenkampf
„gesetzmäßig, also unausweichlich“
hervorbringt. Die „soziale Dynamik“,
von der Bahro in Zusammenhang mit
der drohenden Katastrophe spricht,
ist erst einmal die Existenz von
Klassen und weitergehend, der priva-
te Besitz an den Produktionsmitteln.
Folglich muß man, um die drohende
Katastrophe abzuwenden, den Pri-
vatbesitz an den Produktionsmitteln
beseitigen. Das wiederum ist gar
nichts anderes als die zentrale
Schlußfolgerung der Kritik der poli-
tischen Ökonomie und des wissen-
schaftlichen Sozialismus überhaupt.
Man kann zwar immer noch darauf
beharren, daß der Privatbesitz an den
Produktionsmitteln einerseits bloß
Produkt des „Bösen in der mens-
lichen Natur“ sei, nämlich des Stre-
bens nach privater Aneignung von
Dingen und Lebewesen. Das bringt
aber bei der aktuellen Aufgabe, näm-
lich das atomare Finale zu stoppen,
kein Schritchen weiter. Wo es poli-

tisch konkret wird, landet Ru-
dolf Bahro bei der Hoffnung, den
Herrschenden das Heil pre-
digen zu können: Daß es böse sei,
was sie tun; daß es überdies auch für
sie selbst gefährlich sei, da auch sie
einen Atomkrieg entweder gar nicht
überleben würden oder jedenfalls die
Erde danach nicht mehr lebenswert
wäre. Bahro faßt diese Vorstellung
in dem störend eindeutigen Satz zu-
sammen: „Es gibt keine andere
Möglichkeit, den Exterminismus zu
beseitigen, als in der Seele des Ex-
terministen“. Und: „Wir werden den
Exterminismus nur besiegen, wenn
wir einen Einbruch in seine Eliten
erzielen“. Nötig sei „eine Politik, die
den Spalt zwischen den zwei Seelen
in jeder Brust anstellt“.

Klassenkampf kann bei dem rein
geistig zu führenden Ringen um die
Seelen der Herrschenden nur schaden,
das versteht sich von selbst. Auch
„Gewalt gegen Sachen“ möchte Ru-
dolf Bahro möglichst total gebannt
sehen. Aber er möchte noch viel
weiter gehen: „Das hieße zum
Beispiel, auch solche vergleichsweise
harmlosen Sachen zu lassen wie das
Spektakel „Brecht statt Strauß“. Wir
werden nie dazu kommen mit dem
altbayrischen Pfarrer und seiner Ge-
meinde darüber zu sprechen, daß sie
nicht davonkommen werden mit
„Brot für die Welt“, wenn wir den
Mann vorher dazu zwingen, das
Kreuz gegen uns zu schwingen. Viel-
mehr müßten wir uns in die Lage
versetzen, selbst einen Franz Josef
Strauß einzuladen, anzuhören und
ohne persönliche Diffamierung mit
ihm zu streiten“.

Letzteres ist Geschmackssache,
und für einen Streit um Fragen sozia-
listischer Strategie und Taktik in der
BRD ist Rudolf Bahro wahrschein-
lich sowieso nicht mehr der richtige
Adressat. Es müßte ihm aber eigent-
lich einleuchten, daß selbst aus
seiner Argumentationsebene die
Sache so nicht hinausläuft. Warum
schwingen denn, um im Bilde zu blei-
ben, der altbayrische Pfaffe und seine
Schäfchen Kreuze und sonstige
Schlagwerkzeuge gegen links, bei-
spielsweise anläßlich des Zuges von
„Brecht statt Strauß“? Doch das
h a l b , weil hier zwei völlig unter-

schiedliche Arten von politischem
Bewußtsein wie auch zwei völlig
unterschiedliche Arten von kulturel-
ler und moralischer Zivilisation auf-
einanderprallen. Dieser Zusammen-
prall ereignet sich übrigens, ganz un-
abhängig vom Willen der Sozialisten,
in unserem Land tagtäglich. Er findet
dort statt, wo die Pfaffen eine men-
schenverachtende und menschen-
feindliche Moral zu diktieren ver-
suchen, und er findet im Widerstand
von Frauen, von Jugendlichen, natür-
lich auch von Männern gegen dieses
Diktat statt. Zwischen diesem „zwei
Welten“ kann und darf es kei-
ne friedliche Koexistenz geben, weil
sie im wirklichen Leben
nicht koexistenzfähig sind. Welche
„friedliche Koexistenz“ gibt es bei-
spielsweise zwischen einem bayri-
schen Mädchen, das sein eigenes
Leben will, und ihrem vom Pfaffen
und anderen Teufeln besessenen Va-
ter, der sie einmal im Vierteljahr
krankenhausesreif prügelt?

Wenn wir uns nicht den Zorn und
die Ablehnung des von Rudolf Bahro
bemühten altbayrischen Pfaffen zu-
ziehen wollen, dann ist nicht bloß
auf Umzüge wie „Brecht statt Strauß“
zu verzichten, sondern dann ist auch
auf Widerstand gegen die Diffamie-
rung und Terrorisierung abtreibender
Frauen zu verzichten; dann ist auf
Widerstand gegen die mittelalterliche
Schwulen-Hetze zu verzichten; dann
ist auf Protest gegen das von den
Pfaffen gepredigte katholische Fami-
lienideal zu verzichten – usw. usw.
Das kann aber eigentlich nicht ein-
mal Rudolf Bahro so meinen.

Zum Schluß seines Aufsatzes in
der „Befreiung“ kommt Bahro auf
einen seiner Lieblingsthemen zu spr-
chen: „Möglicherweise befinden wir
uns hier an einem Punkt der bedroh-
ungslosen Identität mit der Bot-
schaft Christi“. Das ist eine Frage
der Interpretation. Als Tatsache
bleibt jedenfalls festzuhalten, daß die
„Botschaft Christi“, wo immer sie
zur politischen Praxis wurde, die
herrschenden Verhältnisse nicht ver-
bessert hat. Gerade in ihrem An-
spruch, auch auf die Gemüter und
Gehirne der Herrschenden bessernd
einzuwirken, hat die „Botschaft
Christi“ den totalsten Schifferbruch er-

litten, den man sich vorstellen kann.
Die „Eliten“ des antiken römischen
Imperiums wurden zwar schließlich
massenhaft für die neue Religion ge-
wonnen, aber dabei veränderten sich
nicht die „Eliten“ zugunsten der reli-
giösen Ideale, sondern die Religion
paßte sich der herrschenden Politik
an. Dabei ist es geblieben.



Bahro, der das selbstverständlich
gut weiß, scheint selbst nicht frei
von Zweifeln an seinen Thesen zu
sein: „Ich schließe nicht aus, leider
kann man es nicht ausschließen –,
daß sich die große Maschine als so
unbeeinflussbar erweist, daß dem all-
gemeinen Untergang nur noch mit
dem totalen Bürgerkrieg zu begegnen
ist“. Ja, darauf könnte es wirklich
hinauslaufen. Nur: Welche Beweise
für die Unbeeinflussbarkeit der
großen Maschine will Rudolf Bahro
noch sehen, da ihm zwei imperialis-
tische Weltkriege, Faschismus und
Völkermord an den Juden (um nur
die wichtigsten Taten der großen Ma-
chine zu nennen) als Beweis noch
nicht ausreichend erschienen? Wird
dieser letzte Beweis für die Unbeein-
flussbarkeit der großen Maschine erst
im 3. Weltkrieg selbst bestehen
müssen?

Kl., Hamburg

Buchbesprechung

Buchbesprechung

Die demokratische Bewegung in China

Das bisher wohl informativste Buch
über die neuere chinesische Dissiden-
ten-Szene ist kürzlich in deutscher
Übersetzung im Münchner Verlag Si-
mon & Magiera erschienen. Sein Titel:
„Die demokratische Bewegung in Chi-
na – Revolution im Sozialismus?“,
die Originalausgabe war 1980 in dän-
ischer Sprache herausgekommen.

In der Folge des Rechtsputches
vom 6.10.76 und der danach zunächst
verkündeten Liberalisierung konnten
in Peking und einigen anderen chine-
sischen Großstädten Dissidentengrup-
pen aufblühen, die auf Wandlungen
und mit meist sehr primitiv produzier-
ten eigenen Zeitungen Stellungnahmen
allgemeiner und aktueller Art abgaben
und manchmal auch einen Dialog
untereinander führten. Der Höhe-
punkt dieser Aktivitäten lag in der Zeit
vom Herbst 1978 bis zum Frühjahr
1979. In dieser kurzen Phase erfreute

sich die Dissidenten-Szene sich des
Wohlbollens von Deng Xiaoping,
der die Bewegung instrumentalisierte,
um den „maoistischen“ Flügel im Par-
teiparat zurückzudrängen und um
anläßlich seiner diplomatischen Annä-
herung an die USA das Bild Chinas als
einer sich öffnenden Gesellschaft zu
präsentieren. Diese Phase relativer
Toleranz und Liberalität endete ziem-
lich brutal im März '79, unmittelbar
nach Einstellung der chinesischen Ag-
gression gegen Vietnam. Das Recht auf
Wandlungen wurde rigide einge-
grenzt, mehrere führende Dissidenten
wurden verhaftet, gegen die Verbrei-
tung der bisher geduldeten Dissiden-
tenzeitungen wurde mit Polizeigewalt
eingeschritten.

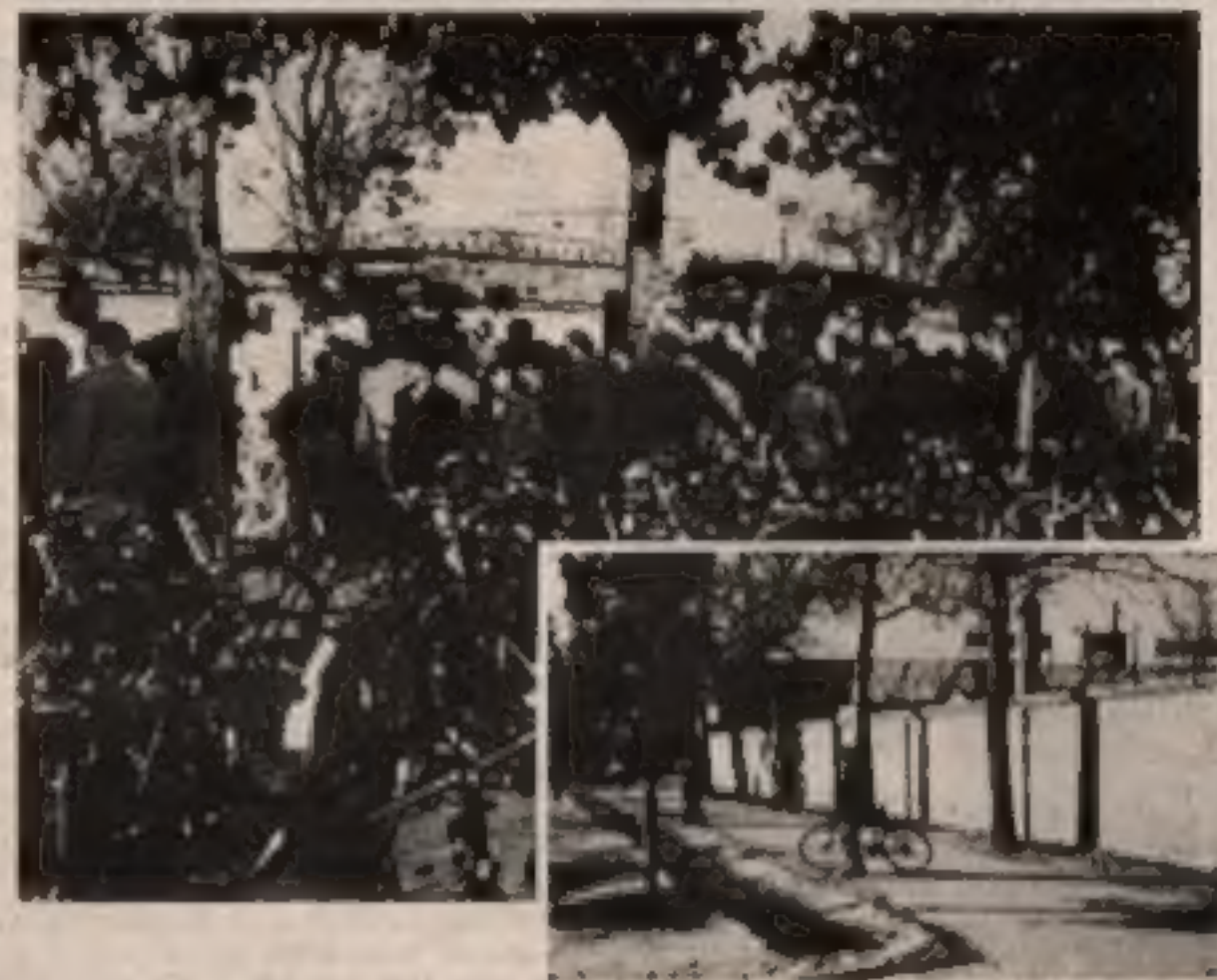
Das Spektrum der chinesischen Dis-
sidenten-Szene reicht(e) von Men-
schenrechtlern, Radikaldemokraten,
Befürwortern des kapitalistischen Sys-
tems bis hin zu Positionen, die sich an

Mao Tse-tung und positiv begriffenen
Elementen der Geschichte der Volks-
republik anlehnten. Punktuell kam es
auch zu Berührungen zwischen der
Dissidenten-Szene und Randgruppen-
Protesten. So gab es Kontakte zur
Bewegung der arbeitslosen bzw. in die
Städte zurückgekehrten (ehemals
zwangsweise aufs Land geschickten)
Jugendlichen und zu den Ansammlun-
gen von „Beschwerdeführern“, die oft
tagelang irgendwelche Behörden bela-
gerten, um Klagen vorzutragen und ihr
Recht zu fordern.

Bei allen Begrenztheiten innerhalb
der Bewegung (speziell den verbreite-
ten Illusionen über die Demokratie
westlicher Prägung und über den
american way of life) bot sich mit der
Dissidenten-Szene erstmals eine Mög-
lichkeit, öffentlich und kontrovers
auch über die Analyse der chinesischen
Gesellschaft und alternative Sozialis-
mus-Vorstellungen, über das Verhält-
nis Partei/Massen usw. zu diskutieren.

Das Buch „Die demokratische Be-
wegung in China“ bietet einen aus-
führlichen und um Objektivität be-
mühten chronologischen Grundriß der
Entwicklung der Dissidenten-Szene
von 1976 bis 1980. Die Zeitungen der
„demokratischen Bewegung“ und die
wichtigsten daran wirkenden Personen
werden detailliert vorgestellt; auch
Herstellung und Vertrieb dieser Zei-
tungen werden beschrieben. An einzel-
nen Beispielen werden unterschiedliche
Gesellschaftsauffassungen und pro-
grammatische Vorstellungen innerhalb
der Dissidenten-Szene gegenüberge-
stellt. Außerdem werden mehrere rele-
vante Texte und Artikel aus der Dis-
sidenten-Szene dokumentiert. Das Buch
bietet ein sehr ausführliches Literatur-
verzeichnis (ohne allerdings etwas zu
Wert und Inhalt der einzelnen Bücher
auszusagen), eine Chronologie (von
1974 bis 1980) und ein Namenslexikon
von Dissidenten und Politikern.

Flemming Christensen, Susanne Fos-
borg, Anne Wedell-Wedellsborg: Die
demokratische Bewegung in China –
Revolution im Sozialismus?
Verlag Simon & Magiera, München
1980, Preis: Rund 20 DM



Spionage, Diversion, Konterrevolution ...

Zwei Absagen ...

Die DKP packt aus

„NATO-Geheimdienste über Aktionen gegen Polen veröffentlicht - NATO-Sekretärin packt aus“, meldete die DKP-Zeitung „UZ“ am 25.6. „Authentische Dokumente über subversive Tätigkeiten der NATO und westlicher Geheimdienste gegen Polen und andere sozialistische Länder“ seien „jetzt“ im polnischen Fernsehen „enthüllt“ worden. Eigentlich waren es sogar zwei Sekretärinnen, die da „ausgepackt“ hatten, nämlich Frau Lorenzen (ehem. Sekretärin bei der NATO) und Frau Goliath (ehem. Sekretärin des CDU-MdB Marx). Beide Frauen haben sich nach längerer Tätigkeit für realsozialistische Geheimdienste im März 1979 in die DDR abgesetzt, leben dort also schon seit mehr als zwei Jahren.

Wenn man sie jetzt mit „Enttrollungen“ über „NATO-Geheimdienste“ gegen Polen vorführt, gibt das Grund zum Mißtrauen. Ist ihnen diese „Enttrollung“ jetzt erst eingefallen, oder halten ihre Auftraggeber die beiden Frauen als Sprachrohre für passende „Enttrollungen“ zum passenden Zeitpunkt bereit?

Bei den jetzt präsentierten „Enttrollungen“ geht es um Folgendes: Frau Goliath behauptet, daß die polnische Oppositionsgruppe KOR „auf Initiative der bundesdeutschen Geheimdienste geschaffen worden“ sei. Kolokowski und Michnik vom KOR hätten „Geldsummen aus einem Sonderfonds“ erhalten, „der für die Beziehung antisozialistischer Elemente bestimmt war“. Michnik habe „hohe Honorare“ vom BND (Bundesnachrichtendienst) kassiert. 1977 habe sich Michnik mit dem BND-Agenten G. Baltus, „Leiter der BND-Abteilung in Köln, die sich auf Spionage gegen sozialistische Länder spezialisiert“, getroffen. Diese „Enttrollungen“ mußten mihelos für einen Spionage-Prozess gegen Michnik und andere KOR-Vertreter ausreichen - und man fragt sich erneut mit Mißtrauen, warum solche brisanten „Enttrollungen“ bis heute zurückgehalten wurden.

Frau Lorenzen „berichtet

über langfristige Bestrebungen der NATO-Geheimdienste, die Staatsordnung in sozialistischen Ländern zu untergraben“. „Seit 1980“ (?) führe das NATO-Kommando „regelmäßig“ Stabsübungen durch, bei denen Kriegshandlungen gegen und Überfälle auf polnisches Territorium geübt werden“. (Da Frau Lorenzen schon seit März 1979 in der DDR lebt, muß hier entweder ein Druckfehler vorliegen - oder ihre „Enttrollung“ stützt sich in diesem Punkt nicht einmal dem Anschein nach auf eigenes Wissen). Frau Lorenzen „enthüllte“ außerdem, „daß im Laufe der letzten zehn Jahre die NATO aktiv die polnische Karte gespielt habe, um Polen wirtschaftlich vom Westen abhängig zu machen. Nach dem 1972 ausgearbeiteten Plan „Hilax-5“ wurde dabei „eine wichtige Rolle“ den westlichen Krediten beigemessen“. (Da ersichtlich ist, daß Polen sich in der Tat in eine sehr ungunstige Kreditpolitik verstrickt hat, fragt sich bloß noch, ob man nicht gleich die alte polnische Führung, Gierok & Co., als NATO-Agenten anklagen sollte).

Frau Lorenzen erwähnte ferner ein „NATO-Seminar“, das im August 1978 stattgefunden habe. Dort seien „konkrete Aufgaben zur Untergrabung der Wirtschaft der sozialistischen Länder und zur Senkung des Lebensniveaus der Völker der sozialistischen Länder gestellt“ worden. Konkret bezogen auf Polen sei von der NATO beschlossen worden: „...Die Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung mit dem Lebensniveau zu vertiefen sowie den Nationalismus und Antisowjetismus zu verbreiten“.

„Es gebe keinen Zweifel, so Ursula Lorenzen, daß die ganzen Ereignisse in Polen „nicht ohne NATO-Hilfe“ möglich geworden seien“. Mit dieser Aussage endet der „UZ“-Artikel, der sich übrigens auf eine Meldung der sowjetischen Nachrichten-Agentur TASS stützt, obwohl die „Enttrollungen“ ja im polnischen Fernsehen vorgetragen worden sein sollen. Die Schlußfolgerung der Frau Lorenzen drückt, auf den Punkt gebracht,

die klassische realsozialistische Gesellschaftsauffassung aus, wonach sämtliche Oppositionsbewegungen in ihrem Machtbereich das Werk raffindierter Agenten des Imperialismus sind.

„Enttrollungen“ dieser denkbar primitiven Machart haben aktuell ihre Funktion beim Aufbau einer Legitimation für gewalttätige Eingriffe in Polen. Schon am 5.6. hatte die „UZ“ gemeldet: „Spionage und Diversion nehmen zu“. Die Entwicklung in Polen werde „von ausländischen Geheimdiensten auf jede Weise gefördert“, hieß es da. Und unter Berufung auf „Dokumente westlicher Spionagesentralen“ wurde behauptet: „Immer öfter würde die Spionagetätigkeit mit politischer Diversion verbunden“, d.h. mit „zerstörerischer“ politischer Aktivität. Sachlich betrachtet ist diese Behauptung lächerlich, weil alle Geheimdienste der Welt aus gutem Grund streng zwischen Spionage und politischer Aktivität trennen. Es wäre schlicht selbstmörderisch, einen Spion durch gleichzeitige politische Oppositionstätigkeit auffällig zu machen und Angriffen auszusetzen. Aus gutem Grund hat beispielsweise auch das MfS (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) seine Spione in der BRD als stramm rechte Sozialdemokraten oder einfältige CDU-Sekretärinnen auftreten lassen, niemals aber als linke Staatsgegner. Bloß macht es sich in der Argumentation natürlich besser, wenn man beispielsweise polnische Oppositionelle nicht bloß der „politischen Diversion“ im Auftrag des BND beschuldigt, sondern auch gleich noch der „Spionage“ oder gar „Militärspionage“.

Die gegenwärtig zu beobachtende Zunahme und Steigerung derartiger „Enttrollungen“ enthält letztlich nur eines: Der Moment für gewalttätige Eingriffe in Polen rückt näher.

Kt, Hamburg

Zwei bedauerliche Absagen erteilten uns kürzlich. Die erste Absage kam von der Hamburger Landesleitung der DKP. Ihr hatten wir vor ein paar Wochen angeboten, im „Arbeiterkampf“ ein Interview zu den Ergebnissen des DKP-Parteitag (Ende Mai) zu machen. Dieser Einladung war zunächst im Prinzip zugestimmt worden. Jetzt wurde die Absage damit begründet, daß der KB aus Sicht der DKP doch (noch) nicht bindungsfähig sei. Der „Arbeiterkampf“ habe nämlich über den Versuch berichtet, nach dem Klose-Rücktritt eine gemeinsame Erklärung von KB, Z, DKP, Bunter Liste und Grünen zu formulieren. Das hätte die DKP - aus uns unklaren Gründen - lieber geheimgehalten, obwohl ja zu den damaligen Gesprächen über eine gemeinsame Reaktion ziemlich öffentlich eingeladen worden war. (Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die DKP weniger Bedenken hatte, der Z ein Interview für deren „Bunte Zeitung“ zu geben, und daß umgekehrt in der DKP-Hochschulzeitung „Kommunist“ ein Interview mit ei-

nem Z-Leitungsmitglied veröffentlicht worden ist. Die DKP „kann“ eben nicht mit jedem ...).

Die zweite, nicht weniger schmerzliche Absage traf uns wie ein Keulenhieb seitens der Z-Leitung. Da wir im „Arbeiterkampf“ so umfassend wie möglich über Erfahrungen von Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen mit der DKP (örtliche Bündnisse, Wahlbündnisse usw. usf.) berichten wollen, hatten wir die Gruppe Z schriftlich gebeten, im AK ihre eigenen praktischen Erfahrungen darzustellen. Daraufhin teilte uns die Z-Leitung mit Schreiben vom 17.6. in frostiger Kürze mit: „Betr. Eure „DKP-Anfrage“: Zu einer solchen „Zusammenarbeit“ haben wir weder Zeit noch Interesse, verstehen nicht einmal den Sinn der Angelegenheit“. Der Sinn einer regelmäßigen und aktuellen Berichterstattung über praktische Erfahrungen im Umgang mit der DKP ist ja auch wirklich schwer zu begreifen ...

Zwei Absagen innerhalb weniger Tage - wir scheinen in einer Pechsträhne zu stecken?

Die platonische Liebe des KBW

Beim KBW herrscht Tauwetter. Unter dem langsam schmelzenden Sekten-Eis knospen exotische Blümlein aus spontaneistischen Gärtnereien (siehe AK 203), aber einigen hartnäckigen Giftpflanzen aus der letzten Frostblüte scheint dieser „undogmatische Frühling“ ebenfalls sehr gut zu bekommen.

Vaterlandsverteidigung

Dieses Pflänzlein ist besonders weit gediehen; hatten wir vor einigen Jahren noch davon gesprochen, daß der KBW in dieser Frage „am Scheideweg“ stünde, so kann davon heute keine Rede mehr sein.

In einem 20seitigen Grundsatzpapier im neuen „theoretischen Organ“ des KBW breitet dessen Sekretär „Joscha“ Schmierer seine Weltkriegs-Phantasien aus. Kostprobe:

„Wie sich also zum drohenden Krieg stellen, wenn er unter den gegebenen Bedingungen ausbricht? Die Perspektive, diesen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umzuwandeln, ist von vornherein dadurch getrübt und illusorisch, daß die westdeutsche Bourgeoisie noch nicht mal in Westdeutschland die hauptsächlich kriegsführende Macht sein wird. (...) Also wäre die erste Antwort darauf nicht die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg, sondern ein Befreiungskrieg gegen die USA. Wie aber den führen, wenn gleichzeitig die Sowjetunion von der DDR aus ihrerseits einen Krieg um die Unterwerfung Europas führt?“

delt werden, neutral zu verhalten. Man muß diese Widersprüche ausnützen, um wirkliche Anhaltspunkte für die Volksbewaffnung zu ergreifen, die ja nicht neben der Bundeswehr zu finden sind“. Ob die „alternativen Militärfachleute“ vom Schlage des CSU-Mitgliedes Mechttersholmer sich über diese Schlitzenhilfe freuen werden?

Der „platonische Imperialismus“

„Bewiesen“ wird diese Strategie mit einigen ideologischen Tiefflügen, wo Schmierer ausgerechnet Lenin aktualisieren will: „Imperialismus ist Streben nach Weltherrschaft, Beherrschung und Eroberung fremder Länder, und trotz hochentwickeltem Kapitalismus ist es mit der Eroberung und Beherrschung fremder Länder durch die BRD gegenwärtig nicht weit her“. Beleg dafür: „Der deutsche Kolonialismus ist zerschlagen“. Aber gerade gegen diese simple Gleichung (Imperialismus = Kolonialismus) hat sich Lenin gewandt! Außerdem: Wie man auch ohne militärische Besitzung ein Land kolonialisieren und seine Geschichte bestimmen kann, zeigt sich aktuell an Beispiel BRD - Türkei. Doch das ist sicherlich zu banal für den KBW ...

Die Schlußfolgerungen dieser „Theoretiker“ - trotz jahrelangem Büffeln und Pauken von Lenins „Der Imperialismus ...“ - können nach dem oben Ausgeführten nicht mehr verwundern. Als Stilblüten fürs Poetendebüt sollen sie trotzdem zitiert werden: „In Deutsch-

»Welle des Antikommunismus und Antisowjetismus« in der »UZ«?

Bis vor kurzem fand man in der „UZ“ der DKP nur lobende Worte über den „realen Sozialismus“ und nicht einen kritischen Satz über die Verhältnisse in diesen Ländern. Begründet wurde dies z.B. von dem DKP-Chefideologen Willi Gerns mit der originellen Feststellung, das Verhältnis der DKP zum „realen Sozialismus“ sei „nicht durch kritische, sondern durch prinzipielle Solidarität bestimmt“ („UZ“, 2.3.1979). An dieser Sichtweise hält die DKP bis heute fest, was nicht zuletzt ihre absolut KPdSU- und SED- konforme Berichterstattung zu Polen zeigt.

Bis vor wenigen Monaten kamen in der „UZ“ Bündnispartner der DKP (z.B. linke Sozialdemokraten) nur dann zu Wort, wenn sie sich DKP- genehm äußerten (gegen NATO-Rüstung usw.). Wenn dieselben Kräfte kritisch gegenüber Ereignissen im „realen Sozialismus“ Stellung nahmen, fand derartige nicht Eingang in die „Zeitung der arbeitenden Menschen (UZ)“. Hier hat sich die Szene in den letzten Monaten im Zuge der „Öffnung“ der DKP erheblich verändert.

Der „UZ“-Frühling

So gab die „UZ“ am 20.2. dieses Jahres ein Interview mit Abgeordneten der Bunten Liste Bielsfeld (BuLi) wieder, in dem ein BuLi-Vertreter „den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan sowie die Haltung der DKP zum äthiopischen Militärregime in Eritrea“ kritisierte und erklärte: „Man kann nicht ein Gesellschaftssystem, wie das der DDR, immer wieder als fortschrittlich verkaufen. - Beispiel AKW - wenn jedermann weiß, daß das nicht stimmt“.

Am 25. März dieses Jahres kam in der „UZ“ im Rahmen eines Rundtischgesprächs ein linkes SPD-Mitglied zu Wort, das erklärte, ihn störe an der DKP vor allem deren „Abhängigkeit gegenüber der DDR“. Der SPDler bezeichnete den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als „Überfall“ und warf der „UZ“ in bezug auf den „realen Sozialismus“ vor, „nicht kritisch genug an die Sache heran“zugehen. Vor dem 5. Parteitag der DKP druckte die „UZ“ unkommentiert eine Erklärung der eurokom-

munistisch orientierten „Sozialistischen Studiengruppen“ (SOST) ab („UZ“, 20.5.1981). Anlässlich des „Festivals der Jugend“ der SDAJ und des MSB (DKP-Studentenorganisation) konnte ein Leitungsmitglied der Gruppe „Z“ als angeblicher Vertreter der Bunten Liste Hamburg in der „UZ“ erklären: „Mein hauptsächlichstes Anliegen ist es zum Beispiel, die SDAJler zu überzeugen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie überlebenswichtig ist, je menschenbedrohender sie ist. Ich will die Konflikte suchen, Mißverhältnisse aufzeigen ...“. Er werde sich am „Festival der Jugend“ u.a. auch mit dem Ziel beteiligen, „mit SDAJ und MSB fruchtbar zu streiten“ („UZ“, 13.6.1981). Mitte Juni konnte eine linke Gewerkschafterin in der DKP-Zeitung begründen, warum sie sich nicht in der DKP organisieren will. Als wichtigsten Punkt nannte sie dabei die Haltung der DKP zur DDR, die ihr „sehr unkritisch und schönfärbisch erscheint“. Sie hält die DDR „nicht für einen real existierenden Sozialismus“. Denn dazu würden für sie „auch die Abschaffung jeglicher Privilegien gehören, wie sie dort Künstler, Sportler und Funktionäre genießen. Diese müssen nicht sieben Jahre auf ein Auto warten wie ein Arbeiter“. Darüber hinaus kritisiert die Kollegin „die Verabsolutierung der Ehe“ durch die DKP und die unkritische Übernahme von Positionen der Gewerkschaftsführung sowie die fehlende Unterstützung für Rock-Gegen-Rechts - Bündnisse, „weil da auch Chaoten mitmachen“ („UZ“, 19.6.81).

Derartige Beiträge wären noch vor einem Jahr in der „UZ“ nicht möglich gewesen. Die Ursachen für die offensichtlichen Veränderungen in der DKP- Pressearbeit liegen wesentlich in der katastrophalen Niederlage der DKP bei der Bundestagswahl 1980 begründet (Abstieg von 0,3 auf 0,2%, d.h. auf 72 000 Stimmen - bei angeblich 48 000 eingeschriebenen Mitgliedern). Daneben dürfte auch die Entwicklung in Polen, der Zerfall der polnischen Bruderpartei, einen gewissen Eindruck auf die DKP-Führung gemacht haben. In der Presse der „realsozialistischen“ Länder, z.B. im „Neuen Deutschland“

der SED, sind Beiträge wie neuerdings in der „UZ“ mit Kritik an AKWs, der sowjetischen Waffenhilfe gegen die Ernter, den Privilegien von Funktionären u.ä. völlig undenkbar. Derartige Fragen werden in der DDR durchaus diskutiert - allerdings nur im privaten Kreis. Von Seiten des Staates werden diese Fragen und Kritiken mit „Antisozialismus“ und „Antisowjetismus“ (Straftatbestände!) gleichgesetzt und ggf. entsprechend geahndet (siehe Biermann-Ausbürgerung, siehe Bahro-Inhaftierung). Ja, ist es nicht so, daß die DKP durch ihre neue Veröffentlichungspraxis „ständige KonzeSSIONen gegenüber antisozialistischen Kräften und ihren Forderungen“ macht und damit „Schritt für Schritt dem Druck der internen Konterrevolution weicht“? Stellen nicht die oben zitierten Beiträge in der „UZ“ eine „Welle des Antikommunismus und Antisowjetismus“ dar? (Zitate aus dem Brief der KPdSU-Führer an die polnische Regierungspartei von Anfang Juni 1981).

Die (zaghafte) Öffnung der „UZ“ gegenüber Kritiken an der DKP und am „realen Sozialismus“ dürfte in der Partei nicht unumstritten sein. Denn die Öffnung gegenüber kritischen Fragen, zu denen die DKP keine besonders überzeugenden Antworten zu bieten hat, ist nicht ohne Risiko. Die Gefahr, daß kritische Kräfte in der DKP und in ihrem Umfeld durch das „Tauwetter“ in der DKP-Presse gestärkt werden, scheint mir größer zu sein als die Möglichkeit, dadurch neue Mitglieder zu gewinnen, die die DKP für eine kritische, diskussionsoffene und demokratische Organisation halten. Daher sollte man sich nicht darauf verlassen, daß der „UZ-Frühling“ lange anhält. Die DKP wird sich bei ihrer neuen Bündnis- und Pressepolitik solange den Vorwurf der Unehrlichkeit und Doppelzüngigkeit gefallen lassen müssen, wie sie an einem „Sozialismus“-Modell festhält, in dem ihre heutigen Bündnispartner das Maul zu halten hätten bzw. in den Knast gesteckt würden.

U.,RGW-Kommission

Für den KBW gibts da nur eins: „(...) Die europäischen Völker (sollen) in einem solchen Krieg alles daran setzen, um zunächst die Sowjetunion zu schlagen als den gefährlichsten Feind“.

Schmierer's „Revolutionsmodell“ sieht dann so aus: Nachdem (mit Hilfe der USA und der einheimischen Bourgeoisie) die UdSSR geschlagen wurde, wird (mit Hilfe der eigenen Bourgeoisie) der US-Imperialismus vertrieben und dann mit der „eigenen Bourgeoisie abgerechnet“. Raffiniert, gel?

Wer die BRD gegen die „Gefahr aus dem Osten“ verteidigen will, braucht natürlich Waffen. In der Friedensbewegung will der KBW deswegen „den Kampf führen gegen jene Tendenzen, die den Kampf gegen die Kriegsgefahr unter der Losung der Entwaffnung stellen wollen“.

Bündnispartner sind anderswo zu finden: „Es wäre ganz falsch, sich gegenüber den verschiedenen Verteidigungskonzeptionen, die unter bürgerlichen Militärpolitikern gehan-

land gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexport, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht (...)“. „Der europäische Imperialismus ist auf dem absteigenden Ast, er ist bereits ein mehr platonischer Imperialismus“.

Eigentlich ...

hätte es wohl heißen sollen: Der KBW ist auf dem absteigenden Ast, er ist bereits eine mehr platonische Organisation. Die „Verteidigungsbereitschaft“ gegen die „Supermacht UdSSR“ ist anscheinend einer der wenigen Bezugspunkte zur Wirklichkeit. Und der hat zudem mit linker Politik gar nix zu tun.

Ju./KB-Gruppe Freiburg

Anmerkung: Alle Zitate stammen aus Schmierers Aufsatz „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen“, erschienen in „Kommunismus und Klassenkampf“ vom Juni 1981.



Ferienlager Gardarem lo Larzac!

1981

Wann: 14. - 22. August
Wo: Brezger Berge/Ostereich
Wieviel: 55.- DM/45.- DM (Schüler)
reine Übernachtungsgebühr.
Geboten werden:
Ausflugsmöglichkeiten zum Bodensee, Bergsteigen, Schwimmen, Filme, Musik-AG, Feste ...
Diskutieren wollen wir:
Welche Hoffnungen auf einen „echten“ Sozialismus bieten sich uns noch nach dem vorläufigen Scheitern der chinesischen Kulturrevolution? Welche Gründe waren für das Scheitern maßgeblich? Führt eine „zentralistische Organisation“ und die „Diktatur des Proletariats“ notwendigerweise zu neuer Unfreiheit und Unterdrückung? Auf der Grundlage soll-

der Fachkenntnis (s. die Artikel zur Kulturrevolution in den AK-Ausgaben der letzten Zeit) und verschiedener Auffassungen von Marx bis Mao wollen wir uns mit den Kritiken unserer anarchistischen Freunde und den Spinnis auseinandersetzen.
Einzelheiten
sind alle Genoss/innen und auch die unorganisierten Freunde des KB (z.B. AK-Leser/innen) - bevorzugt natürlich aus Baden-Württemberg. Wegen der Formalitäten (Vorbereitung, Anfahrt, Mitfahrgelegenheit) bitte wenden an:
KB/Gruppe Freiburg,
c/o Buchladen Jos Fritz,
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg

Aufruf zum internationalen Friedens-treffen im Larzac vom 17. bis zum 23. August 1981

Korn bringt Leben - die Waffen bringen den Tod: 1974 riefen wir zu einem Erntefest auf, gegen den Waffenhandel, zur Solidarität mit der hungernden Sahel-Bevölkerung.

Der Krieg schien damals noch fern, und die Krise, die heute die westlichen Gesellschaften kennen, begann gerade erst.

Die Konfliktsituationen sind heute ernsthafter geworden - und der Krieg steht unmittelbar bevor, so sagt man uns das.

Aber die Völker Afrikas, Asiens und Amerikas, Schachfiguren bei der Konfrontation der großen Mächte, erleiden schon heute den Krieg.

Frankreich hat seinen Part dabei mit der Verschickung von Fallschirmjägern nach Afrika und mit Manövern seiner Elitetruppen übernommen. Die Entwicklung der Krise verschärft andererseits auch den ökonomischen Krieg zwischen den großen Mächten.

Dieses Klima und die Verschärfung der Ost-West - und Nord-Süd-Spannungen gibt den Militaristen wieder Auftrieb.

Es dient zudem als Vorwand, um Proteste, Forderungen und Initiativen der Völker und Individuen zu ersticken, die die Krise erleben und anders leben wollen.

So steht sich der Larzac-Kampf nach 10 Jahren in seiner Orientierung bestätigt: ein Volkswiderstand gegen die Kriegslüge.

Deswegen geben wir nicht nach - trotz aller Pressionen, denen wir ausgesetzt sind, trotz der sogenannten „Abkommen“, die hinter unserem Rücken verhandelt werden.

Wir verteidigen einen Lebens- und Arbeitsstil, einen Boden, dessen Reichtümer wir wieder entdeckt haben, das Recht dieser Region, über ihr Schicksal selber zu entscheiden.

Der Larzac ist seit 10 Jahren ein Ort der Begegnung und der Solidarität.

In der heutigen Situation schlagen wir eine neue FRIEDENSINITIATIVE vor.

Wir laden alle sozialen, gewerkschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Bewegungen, Kräfte, Organisationen und Individuen ein, die in Frankreich und in anderen Ländern ihre Gedanken, ihre Praxis, ihre Erfahrungen und ihre Suche nach Alternativen zusammenbringen wollen. Um eine tiefere Arbeit zu ermöglichen, werden diese internationalen Treffen für den Frieden eine Woche lang dauern, vom Montag, den 17. August, ab 17 Uhr bis zum Sonntag, den 23. August, abends. Es gibt sehr viele Gründe, gegen den Krieg zu sein, und sehr viele Möglichkeiten, die Situation wieder umzukehren. Wir schlagen drei Schwerpunkte für die Debatten vor, drei von denen, wo wir uns seit 10 Jahren engagiert haben:

1. Das Wettstreiten, insbesondere die Frage der Atomwaffen, die Militarisierung der Gesellschaft, die Kriegsdrohungen und Erpressungen der Großmächte. Wie kann der Stillestand derer, die sich wie im Larzac der Ausweitung des militärischen Lagers, der Staatslogik widersetzen, Gehör verschafft werden? Wie kann jedem Individuum seine Verantwortung als Bürger zurückgegeben werden?

2. Der Hunger in der Welt, die Nutzung der natürlichen Ressourcen und das Überleben der Menschen. Wie kämpfen für eine solidarische Welt? Müssen dazu nicht Initiativen entwickelt und miteinander konfrontiert werden, die sich der Profitlogik, der Logik des Krieges und der Ausbeutung beherrschter Länder widersetzen? Was uns betrifft, fahren wir fort, aus einem Plateau einen Ort zu machen, der nicht zum Testen neuer Waffen, die der III. Welt verkauft werden sollen, dient, sondern einen Ort, wo wir Lebensmittel produzieren wollen, um den Hunger in diesen Ländern mit zu bekämpfen.

3. Der Angriff auf die Freiheiten und die Demokratie. Gegenüber Staaten, die über unser Leben verfügen, ohne uns zu konsultieren, die hier ihre Repressionskräfte schicken, dort ihre



LARZAC

Interventions- oder Besetzungstruppen, mußten viele Bewegungen wie die unsere über den Individualismus und die traditionellen Differenzen hinaus Widerstandsgemeinschaften und neue Kampfmittel schaffen. Wir mußten gar, in mancher Angelegenheit, die Gesetze mißachten, ohne allerdings die Spirale der Gewalt

weiter zu drehen, um die Freiheit und die Gerechtigkeit zu verteidigen, die von der herrschenden Ordnung erstickt werden.

Landarbeiter des LARZAC
Unterstützerbewegung des LARZAC
(Juni 1981)

... aber, um unsere Initiativen, ...
allerdings die Spirale der Gewalt

Technisch-organisatorische Hinweise zum internationalen Friedens-treffen im Larzac, 17 - 23. August 1981

Zur Vorbereitung: Wenn ihr an den Treffen interessiert seid und sie mit vorbereiten wollt, teilt das bei den unten genannten Adressen mit. Schreibt bitte, was ihr genauer übernehmen wollt, welche Themen euch interessieren, über welche Themen ihr gerne mit anderen Menschen diskutieren möchtet. Wenn ihr Mitglieder einer Gruppe, einer Bewegung oder einer Organisation seid, wenn ihr bei einer Zeitung mitarbeitet: schlagt uns eure Diskussionsvorstellungen vor. Nehmt möglichst Kontakt mit weiteren Gruppen oder Individuen in der BRD auf. Macht das Treffen bekannt!

Sagt Bescheid, welche Verantwortung ihr bei entsprechenden Themen/Initiativen übernehmen würdet. Die Larzac-Komitees können auch dann Kontakte zu Gruppen oder Individuen vermitteln, die u.U. zum gleichen Thema arbeiten. Unter Umständen könntet ihr lokale Vorbereitungsgruppen bilden!

Die Larzac-Komitees in Frankreich werden sich bemühen, euch einen Rundbrief zuzuschicken zum Stand der technischen und inhaltlichen Vorbereitungen. Dieser Rundbrief wird allen zugesandt, die der unten genannten Adresse 20 DM zuschicken.

Vorbereitungstreffen in Frankreich:
Samstag, den 11., und Sonntag, den 12. Juli.
Vom 3. bis zum 16. August:
Technische und politische Vorbereitung im Larzac selber.

Wie kommt ihr zum Larzac?

Per Flugzeug: die nächstgelegenen Flughäfen sind Montpellier und Toulouse.
Per Bahn: Von der BRD aus über Straßburg/Lyon Richtung Beziers; dort müßt ihr umsteigen nach Millau. Von Belgien aus: über Paris (Austerlitz, bzw. Lyon-Bahnhof) Richtung Beziers.
Von der Schweiz aus: über Lyon, Richtung Beziers, nach Millau umsteigen.
Von Italien aus: über Marseille, in

Beziers nach Millau umsteigen. Von Spanien aus: über Toulouse Richtung Montpellier, in Beziers umsteigen nach Millau. Der Bahnhof von Millau ist 10 km von der Larzac-Ebene entfernt. Mit dem Auto: Richtung Montpellier, 5 km vor dem Ort La Cavalerie befolgt bitte die Verkehrshinweise (Pfeile etc. ...) der Larzac-Komitees. Wenn ihr nach Millau reinfahrt, nehmt die Richtung Montpellier und befolgt dann die Pfeile.

Unterkunft

Das internationale Friedens-treffen wird auf der Larzac-Ebene stattfinden, 10 km von der Stadt Millau entfernt. Zur Unterkunft werden Zeltplätze organisiert sowie verschiedene Wasservorrichtungen. Wenn ihr ankommt, bekommt ihr eine Karte der Larzac-Ebene mit allen notwendigen Details. Die nächstgelegenen Hotels sind in Millau, Creissac, Nat. Allerdings sind sie zu dieser Jahreszeit meist überfüllt. Was Essen und Trinken betrifft: es werden Mini-Lebensmittelläden auf der Ebene sein, wo unter anderem lokale Produkte verkauft werden.

Nicht nur „Arbeit“ ist vorgesehen...

Sondern: Filme werden vorgeführt, Musiker, Sänger, Theatergruppen sind vorgesehen, Ausstellungen werden aufgebaut etc. ... Selbstverständlich ist das auch so gedacht und erhofft, daß ihr euch selber was einfallen laßt.

Adressen:
Payens du Larzac
Ponsac du Larzac
12003 Millau

Comité Larzac
14, Rue de Nanteuil
75015 Paris
Tel.: 931.43.38 (Mittwoch abends!)

Frankreich-Kommission

Damit ihr nichts verpaßt... Arbeiterkampf-Abo

... mit angelegt sein“ müsse. Auf seiner weiteren Suche nach den historischen Ursprüngen des „Exterminismus“ rößt Bahro zunächst auf die Tatsache, daß bereits um 1750 die Weichen für die Entwicklung des heutigen Systems, d.h. für den Aufstieg des Industriekapitalismus, gestellt worden seien. Aber „das Phänomen“ reiche ja weit hinter den Kapitalismus zurück. „Der europäische Gesellschaftskörper ist von weither für seine kapitalistische Verfassung disponiert gewesen“, d.h. die europäischen Gesellschaften der Antike trugen schon die sich Jahrhunderte später mit historischer Zwangsläufigkeit entwickelnden Keime des Industriekapitalismus und damit des „Exterminismus“ in sich. Aber noch weiter rast Rudolf Bahro in die Geschichte zurück: „Es spricht vieles dafür, daß schon der Übergang von den mütterrechtlichen Sammlerinnen- und Jägerkulturen zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft, parallel zum Nomadenein, der „Sündenfall“ war“. Bahro oder der Setzer scheitert da, was die historischen Zusammenhänge angeht, ein bißchen durcheinander gekommen zu sein, aber das macht gar nichts, denn gleich geht es weiter zur nächsten Station auf Bahros Reise in die Vergangenheit: „... Dabei kam dieser Übergang an so vielen mehr oder weniger voneinander unabhängigen Orten und Zeitpunkten zustande, daß man ihn zweifellos als gesetzmäßig, also unausweichlich in der Gattungsebene vorgebildet ansehen muß“ (Hervorhebung von mir - kt.). Gemeint ist, daß der „Übergang ... zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft“ sich gesetzmäßig aus der vorhergehenden Geschichte der menschlichen Evolution (Entwicklung) ergeben haben muß.

Wenn das aber so ist, hat Bahro unrecht, gerade diesen gesetzmäßig notwendigen „Übergang“ als den

der menschlichen Natur beginnen“. Wir müßten uns „gegen den Ras aller Aufklärung doch auf die Suche nach dem Bösen in uns selber machen“. Ein interessantes Thema, aber Bahro schließt diesbezüglich gar nicht besonders tief, sondern kommt direkt auf ein zentrales Anliegen zu sprechen: den bösen Klassenkampf. „Die drohende Katastrophe hängt offenbar mit jener sozialen Dynamik zusammen, die dahin trieb, daß alle schriftlich überlieferte Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen wurde ... Wenn es so ist, dann bleiben wir mit der Orientierung am Klassenkampf als Lösungsweg in dem Zügel befangen, aus dem wir ausbrechen müssen“.

Bahros Schlussfolgerung ist keineswegs so glatt-logisch, wie er sie darstellen möchte. Rudolf Bahro wird wohl immer noch zustimmen, daß das tiefere Übel nicht der Klassenkampf ist, sondern die Existenz von Klassen, die den Klassenkampf „gesetzmäßig, also unausweichlich“ hervorbringt. Die „soziale Dynamik“, von der Bahro in Zusammenhang mit der drohenden Katastrophe spricht, ist erst einmal die Existenz von Klassen und weitergehend, der private Besitz an den Produktionsmitteln. Folglich muß man, um die drohende Katastrophe abzuwenden, den Privatbesitz an den Produktionsmitteln beseitigen. Das wiederum ist gar nichts anderes als die zentrale Schlussfolgerung der Kritik der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt. Man kann zwar immer noch darauf beharren, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln seinerseits bloß Produkt des „Bösen in der menschlichen Natur“ sei, nämlich des Strebens nach privater Aneignung von Dingen und Lebewesen. Das bringt aber bei der aktuellen Aufgabe, nämlich das stumme Finale zu stoppen, kein Schrittchen weiter. Wo es poli-